

J. germ.

220

kh

J. germ.
20 kh

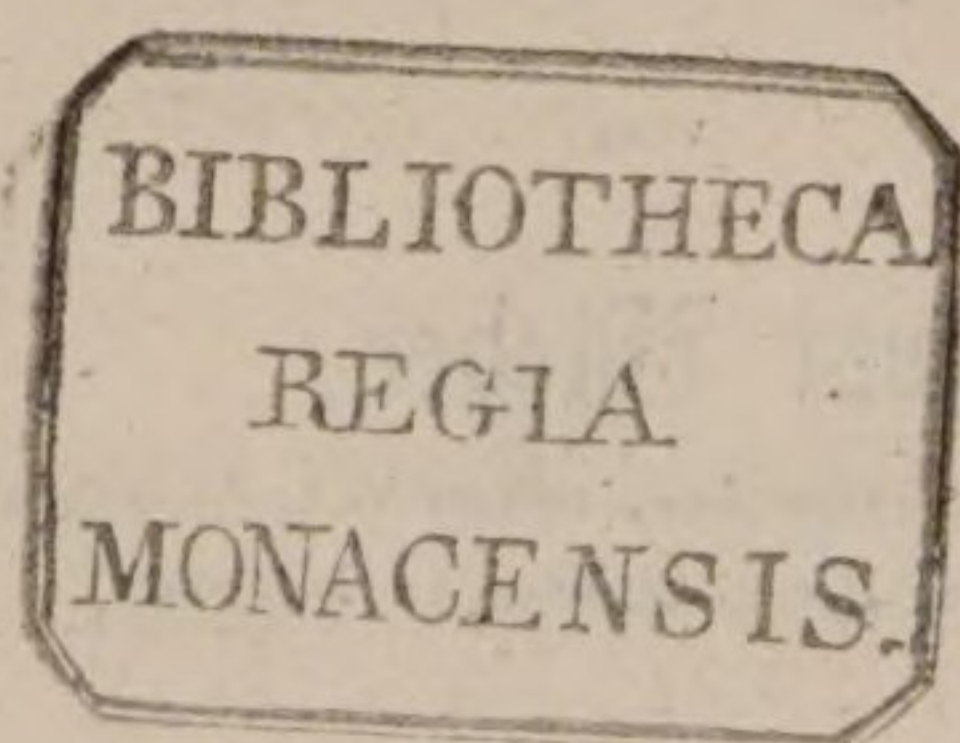
Weber

Das Recht
der unehelichen Geburt
in
der Schweiz.

Mit Rücksicht
auf
die schweizerischen Gesetzgebungen und die wichtigsten ausländischen
Rechte, nebst einem Beitrage zur Statistik der unehelichen
Kinder in der Schweiz.

von
Jost Wleber,
Mitglied des schweizerischen Ständerathes
und des Obergerichtes in Luzern.

Bürich,
Verlag von Meyer & Zeller.
1860.



V o r w o r t.

Meine zwölfjährige Praxis als Anwalt hatte mich überzeugt, dass der schweizerische Advokat vielleicht in keinen anderen Rechtsverhältnissen so oft der Kunde der verschiedenen kantonalen Gesetzgebungen bedarf, als da, wo es sich um die Rechte der unehelichen Kinder, und die Einleitung von Vaterschafts- und Alimentationsklagen handelt. Und da es dem Einzelnen oft nicht leicht ist, sich aus unseren 25 Freistaaten alle auf diese Materie bezüglichen Gesetze zu verschaffen, fühlte wenigstens ich nicht selten den Mangel einer umfassenden Darstellung über diesen Gegenstand.

Meine Theilnahme an der luzernerischen Gesetzgebung, woselbst man seit acht Jahren an der Revision der bestehenden Paternitätsgesetze arbeitet, brachte mir im Weiteren die Ueberzeugung bei, dass auch in solchen Kreisen über die Natur dieser Verhältnisse und die hierauf bezügliche Aufgabe der Gesetzgebung die verschiedensten, und in meinen Augen nicht selten unrichtigsten Anschauungen walten.

Es erschien mir aus diesen beiden angeführten Gesichtspunkten um so zweckmässiger, diese Verhältnisse in ihrer grösstmöglichen Vollständigkeit auseinander zu setzen, als nicht nur die schweizerische, sondern namentlich auch die deutsche Litteratur diese Rechtsverhältnisse äusserst selten,

und in neuerer Zeit, soweit meine Kenntniss geht, gar nie zum Gegenstande einer umfassenden Behandlung gemacht hat.

In der Vergleichung zudem zwischen den verschiedenen Gesetzen liegt das beste Mittel, die Einzelnen besser zu verstehen; die Vorzüge und die Mängel derselben einzusehen, und so allseitig eine gesunde Fortentwicklung unseres heimischen Rechtes zu befördern.

In diesen wenigen Thatsachen liegt die Veranlassung zu der vorliegenden Schrift, welcher ich seit mehreren Jahren meine wenigen Mussestunden gewidmet; und die ich jetzt, — und zwar erst nach der bestimmtesten Aufmunterung eines der geachtetsten Juristen des schweizerischen Bundesgerichtes, welcher die Güte hatte, das Manuscript zu durchgehen, — der Oeffentlichkeit übergebe.

Entlebuch, den 1. Juni 1860.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite.
§. 1. Einleitung	1
§. 2. Quellen	2

Erster Abschnitt.

Staatsbürgerliche oder öffentliche Rechte.

§. 3. Allgemeines	12
§. 4. Staatsbürgerliche Rechte	13
§. 5. Gemeinderechte	19
§. 6. Korporationsrechte	21
§. 7. Die Heimathlosen	23
§. 8. Die Findelkinder	26

Zweiter Abschnitt.

Privatrecht.

Erste Abtheilung.

Das Familienrecht.

§. 9. Allgemeines	28
§. 10. Stellung zur Familie der Eltern	29
§. 11. Geschlechtsname	58
§. 12. Elterliche Gewalt	61
§. 13. Unterhaltungspflicht im Allgemeinen	65
§. 14. Unterhaltungspflicht der Mutter	66
§. 15. Unterhaltungspflicht des Vaters	71
§. 16. Die subsidiäre Unterhaltungspflicht	79
§. 17. Die Legitimation im Allgemeinen	85
§. 18. Die Legitimation durch nachfolgende Ehe	85
§. 19. Die Legitimation durch Rescript	94

Zweite Abtheilung.

Die Vermögensrechte.

§. 20. Das Erbrecht	104
-------------------------------	-----

Dritter Abschnitt.

Das Prozessrecht.

	Seite.
§. 21. Einleitung	131

Erste Abtheilung.

Einleitung zur Klage.

§. 22. Von der Anzeige der ausserehelichen Schwangerschaft	136
§. 23. Von den amtlichen Verhören	139
§. 24. Von dem amtlichen Geniessverhöre	144

Zweite Abtheilung.

Von der Klage.

§. 25. Allgemeines	148
§. 26. Von dem Gerichtsstande	149
§. 27. Von den Klagefristen	154
§. 28. Von dem Inhalte der Klage	156
§. 29. Von der Unzulässigkeit der Klage	160
§. 30. Von dem Erlöschen des Klagrechtes	171

Dritte Abtheilung.

Von dem Beweise.

§. 31. Allgemeines	174
§. 32. Von dem Erfüllungseide	178
§. 33. Von der Unzulässigkeit des Erfüllungseides	181
§. 34. Von dem Reinigungseide	189

Statistik.

Statistische Uebersichten	193
Noten zu den Uebersichten	205
Bemerkungen zu den statistischen Uebersichten	245

Berichtigungen.

Seite	4.	Zeile	5: der zweite, statt die zweite.
-	8	-	5: Ehegerichtes, statt Ehegesetzes.
-	10.	-	24: Oberigkeitlichen, statt Obergerichtlichen.
-	17.	-	32: nihil, statt mihil.
-	22.	-	15: Kinder, statt Kin.
-	29.	-	19: Verwandtschaft, statt wandtschaft.
-	30.	-	14: alimentatio, statt alimentatis.
-	46.	-	4: Legislation, statt Legislative.
-	47.	-	17: Maternitätsgrundsätze, statt Paternitätgrundsätze.
-	51.	-	25: dass, statt das.
-	63.	-	4: Gewalt, statt Gawalt.
-	74.	-	31: anheimstellen, statt anheimstellt.
-	77.	-	11: parentibus, statt purentibus.
-	78 u. 79.	Zeile 6, 7, 8, 42, 1, 7:	Angeführtes, statt Allgem.
-	87.	Zeile 28:	so, statt So.
-	109.	-	22: erworbenen, statt erworben.
-	114.	-	11: detaillirt, statt detaillrt.
-	130.	-	27: pénal, statt pénale.
-	167.	-	5: Widerspruch, statt Wiederspruch.
-	180.	-	41: Nichtumgang, statt Nichtumgung.
-	222.	-	33: belief, statt beliefen.

Einleitung.

§. 1.

Durch die Geburt tritt jedes Kind, somit auch das uneheliche, in den Kreis der Menschen, und wird durch diesen Akt selbst Mensch. Als solches ist es nach dem Charakter des heutigen Privatrechtes, das ein vorzugsweise menschliches ist, auch rechtsfähig und von daher eine Persönlichkeit.¹⁾

Als Person steht es, das aussereheliche Kind, in Rechtsverhältnissen, und zwar: als Einzelnes, als Glied der Familie und des Volkes. — Diese Stellung der Person des unehelichen Kindes hat einen bestimmenden Einfluss auf die Beschaffenheit seines rechtlichen Willens; die Rechtsverhältnisse selbst haben eine verschiedene Natur, je nachdem sie sich auf die eine oder die andere Stellung ihrer Subjekte beziehen, und der Bestimmung des Menschen in der einen oder andern Sphäre zu wirken, entsprechen.

Diejenigen Rechtsverhältnisse, in welchen man sich den Menschen, und somit auch das uneheliche Kind, als Einzelnen, d. h. abgesehen von seiner Eigenschaft als Glied jenes organischen Ganzen, denken kann, — sind die Vermögensverhältnisse; diejenigen, deren Subjekt der Mensch als Glied des Ganzen ist, sind die Familien- und die öffentlichen Verhältnisse. — Das Recht selbst, welches diesen Verhältnissen die Regel gibt, ist zweifach: Privat- und öffentliches Recht, wovon das Erstere in das Vermögens- und Familienrecht zerfällt.

In dem Gesagten liegt klar der Umfang der vorliegenden Untersuchung, welche sich auf die Rechtsverhältnisse der unehelichen Kinder bezieht. Diese Untersuchung muss das öffentliche - wie das Privatrecht, und in letzterer Beziehung

das Familien - wie das Vermögensrecht umfassen, wenn sie den Gegenstand erschöpfen soll.

Es kann sodann bei Darstellung des öffentlichen - wie des Privatrechtes der unehelichen Kinder nicht Zweck dieser Untersuchung sein, auch alle jene Rechte, welche sie als Personen mit allen andern Gliedern des Staates und der Familie gemein haben, zu beleuchten, ansonst offenbar die Grenzen einer Monographie, die sich nur mit einem speziellen Theile einer Wissenschaft beschäftigt, überschritten würden, sondern es muss hier in allen Theilen mehr auf ihre ausnahmsweise Stellung Rücksicht genommen werden.

Und da gerade bezüglich aller Rechte der unehelichen Geburt keine eheliche Zeugung als Entstehungsgrund vorliegt, sondern dieselben nur in Folge Anwendung bestimmter Gesetze auf einzelne Fälle effectuirt werden, muss nothwendig — als ein integrierender Theil einer Darstellung der Rechtsverhältnisse der unehelichen Kinder — die Ausmittlung derselben, d. h. das hieher bezügliche Prozessrecht angesehen werden.

Die vorliegende Monographie endlich wird sich auf die Darstellung der gegenwärtigen Rechtsverhältnisse der unehelichen Kinder in den Kantonen der schweizerischen Eidgenossenschaft beschränken; nur da, wo es zum Verständnisse nöthig erscheint, in die Geschichte dieser Verhältnisse zurückgreifen, und endlich bei der Darstellung selbst in gedrängten Umrissen auf das gemeine, französische, preussische und österreichische Recht Rücksicht nehmen.

Das öffentliche Recht einerseits, und das Familienrecht und die Vermögensrechte der ausserehelichen Kinder in der Schweiz anderseits, insoweit sie nicht mit den Rechten ehelicher Kinder zusammenfallen, sowie deren Ausmittlung bilden demnach den Inbegriff der vorliegenden Abhandlung.

¹⁾ Das ältere deutsche Privatrecht war in dieser Beziehung viel härter. Uneheliche Kinder waren nicht rechtsfähig und deshalb wurden sie rechtlos genannt. Siehe Marezoll: „Von der bürgerlichen Ehre“; S. 303.

Q u e l l e n .

§. 2.

Wohl keine Rechtsmaterie hat in Deutschland bis anhin weniger eine umfassende Behandlung gefunden, als die vorliegende: über Rechtsverhältnisse unehelicher Kinder.

Auch in unserem schweizerischen Vaterlande fand dieselbe höchstens in einzelnen Berichten zu Gesetzen gedrängte Behandlung, währendem eine vergleichende Darstellung, wie im Strafrechte von Dr. Temme, bis zur Stunde des gänzlichen fehlt, obwohl gerade diese Verhältnisse vielleicht am meisten von allen in die innerkantonalen Rechtsgebiete eingreifen.

Unter den deutschen Rechtsgelehrten, welche sich mit diesen Rechtsverhältnissen beschäftigten, ist vor Allen hervorzuheben Adam Friedrich Gette, königlich bayerischer Stadt- und Kreisgerichtsrath, in seinem Buche: „Die Rechtsverhältnisse aus der ausserehelichen Geschlechtsgemeinschaft, sowie der unehelichen Kinder, nach gemeinem bayerischem, österreichischem, preussischem und französischem Rechte.“ München, im Verlage der Georg Franz'schen Buchhandlung, 1836. — Der erste Theil beschäftigt sich mit der Klage und den Rechten der Geschwächten, der zweite mit den Rechtsverhältnissen der unehelichen Kinder selbst. — Die Klage der Geschwächten, welche in unsern schweizerischen Verhältnissen jetzt eine ganz untergeordnete Stelle einnimmt, hat gemeinrechtlich, und selbst noch nach neuern deutschen Partikularrechten eine viel grössere Wichtigkeit und Tragweite. In dieser Beziehung, wie bezüglich der Rechte der unehelichen Kinder sind namentlich seine Untersuchungen über das römische Recht höchst schätzbar, und wir wollen hier es nicht verhehlen, dass wir in der vorliegenden Darstellung denselben, soweit sie das jetzige gemeine und

römische Recht beschlagen, vielseitig gefolgt sind. — „Ansichten über das Rechtliche bei außerehelichen Schwängerungen“, von Johann Georg Hofinger, der Philosophie und beider Rechte Doctor; Landshut, 1817. Die Schrift zerfällt in drei Abtheilungen, von denen der erste Theil die Vaterschaft und den Beweis für dieselbe, die zweite die Alimentation und der dritte die Entschädigung behandelt. — Wie schon aus dem Datum des Druckjahres hervorgeht, beschäftigt sich Hofinger mit dem ältern bayerischen Rechte, oder mit dem Krittmaierischen Gesetzbuche, und auch hier meistens nur mit dem Prozessverfahren, und zwar nicht selten in einer Sprache, die für ruhige, juristische Erörterungen viel zu pomphaft und schwülstig erscheint. Als Quelle des ältern bayerischen Rechtes ist es brauchbar, ohne jedoch zur allgemeinen Beleuchtung der daherigen Rechtsverhältnisse einen wesentlichen Beitrag zu bilden. — „Kritische Beiträge über die außereheliche Geschlechtsgemeinschaft, Vaterschaft und Kindschaft, zunächst in Bezug auf den Artikel 340 des cod. civil: *La recherche de la paternité est interdite*.“ Von Dr. Karl David August Röder; Darmstadt, 1837. — Zweck dieser Schrift ist nachzuweisen, dass das angeführte französische Gesetz sich mit den Grundsätzen einer gesunden Gesetzgebungspolitik nicht vertrage. Anlass zu derselben gab die von Ao. 1820—21 in Hessen vollzogene Einführung des französischen Gesetzes. Ein Anhang zu dieser Schrift behandelt die Frage: Ueber Bestrafung von Unzuchtsvergehen. — „Untersuchung und Beweis der Vaterschaft außerehelicher Kinder nach der preussischen Gesetzgebung und dem Rechtsprinzip, nebst Beleuchtung des Ausspruches: Keine Findelhäuser.“ Berlin, 1830. — Auch diese, wie die beiden vorletzt genannten Schriften, umfasst nur eine Partikulargesetzgebung, die preussische, ohne in eine allgemeinere oder vergleichende Darstellung einzugehen. Sie ist indessen um so interessanter, weil sie die Entschädigungsfrage der Deflorirten nach dem preussischen Landrechte ziem-

lich umfassend behandelt. — „Die Rechte des unehelichen Kindes und seiner Mutter gegen den ausserehelichen Vater, namentlich des letztern Alimentationspflicht.“ Breslau, 1856. — Dieses Schriftchen enthält nur eine Zusammenstellung der Bestimmungen des preussischen Landrechtes mit dem Gesetze vom 24. April 1854 für die preussischen Staaten.

Für den Zweck unserer Darstellung bot indessen neben Gette am meisten Anhaltspunkte: „Zachariä: zur Vergleichung des französischen und des englischen Rechtes mit dem allgemeinen deutschen Rechte, in der Lehre von dem Rechte unehelicher Kinder: die Paternitäts- oder Vaterschaftsklage anzustellen“; in der kritischen Zeitschrift für Rechtswissenschaft und Gesetzgebung des Auslandes, 10. Band, erstes Heft. In dieser werthvollen Abhandlung beantwortet der Verfasser die Fragen: „Kann nach jenen Gesetzgebungen ein uneheliches Kind das Recht, von seinem Vater den Unterhalt zu fordern, mittelst einer Klage, oder nur unter der Bedingung geltend machen, dass es von dem Vater freiwillig anerkannt worden ist? — Und angenommen, dass das uneheliche Kind, wenigstens wegen seines Unterhaltes, die Vaterschaftsklage hat, steht ihm diese Klage schlechthin, oder nur unter gewissen Einschränkungen zu? und in dem letztern Falle, unter welchen Einschränkungen?“

Neben diesen speziell angeführten Quellen finden sich einzelne kürzere Darstellungen in den Werken unserer geachtetsten deutschen Rechtslehrer, welche römisches oder gemeines Privatrecht, römische oder deutsche Rechtsgeschichte geschrieben haben; wir werden im Verlaufe der Darstellung im Benutzungsfalle speziell dieselben jedesmal anführen.

Bezüglich der von uns benutzten schweizerischen Quellen sind vorab die Zivilgesetzbücher, und in den Kantonen, wo keine solche bestehen, die einschlägigen Spezialgesetze, und endlich wo auch diese fehlen, das daherige Gewohnheitsrecht hervorzuheben.

Umfassende, privatrechtliche Gesetzbücher in der Schweiz bestehen in den Kantonen: Bern, 1824; Zürich, Personen- und Familienrecht, 1854; — Luzern, 1832. — Niedwalden, Personenrecht, 1852; — Aargau, bis und mit dem Erbrechte, 1855; — Wallis, 1854; — Tessin, 1837; Solothurn, 1841; — Waadt, 1820; — Freiburg, 1849 und Genf (code Napol.)

Diese Gesetzbücher enthalten, mit Ausnahme des waadtländischen, Alles, was auf das Familien- und Erbrecht der unehelichen Kinder Bezug hat, sowie grösstentheils das Exceptionelle des Prozessrechtes. — Bezüglich dieser Kantone konnte es dennoch behufs Ausführung der vorliegenden Arbeit an Material nicht mangeln.

Dagegen gestaltet sich die Sache in den andern Kantonen schwieriger, wo die Gesetzgebung nicht codificirt und oft lückenhaft ist. Zudem ist es bei dem gegebenen Stoffe oft schwer, im Abgange praktischer Kenntnisse und Erfahrungen zu entscheiden, ob einzelne Gesetze oder Beschlüsse noch in Kraft bestehen oder nicht. — Es wird deshalb am Platze sein, dass die diessfalls zu Rathe gezogenen Quellen hier speziell genannt und gewürdigt werden.

Uri besitzt ein „Landbuch, das, oder offizielle Sammlung der Gesetze und Beschlüsse und Verordnungen des eidgenössischen Kantons Uri“; Flüelen und Altorf, 1. Bd., 1823, welches einige Beschlüsse über das öffentliche und Familienrecht der unehelichen Kinder, und in seiner 9. Abtheilung, 1. Titel, eine Verordnung über den Zuspruch unehelicher Kinder enthält. Den Gerichtsstand für Vaterschaftsklagen bestimmt die Verfassung vom 9. März 1850. Die früheren urtherischen Quellen enthalten nichts über die Legitimation; hingegen aber finden sich diese Bestimmungen zusammengestellt, und alle auf diesen Gegenstand bezüglichen Verhältnisse ziemlich umfassend behandelt in dem „Paternitätsgesetz“ von 1857.

Schwyz hat ebenfalls ein „Landbuch“, herausgegeben von M. Kothing, Regierungs-Sekretär und Archivar; Zürich und Frauenfeld in der Beyel'schen Buchhandlung, 1850, welches einzelne Bestimmungen über das Erbrecht enthält. Eine „Verordnung über Behandlung und Bestrafung von Paternitätsklagen im Kantone Schwyz vom 11. Weinmonat 1848“ beschlägt ziemlich ausführlich das Familien- und Prozessrecht bezüglich ausserehelicher Geburten. Dagegen vermisst man in diesen Quellen gesetzliche Bestimmungen über das öffentliche Recht, über die Legitimation, über das Testaterbrecht, und über die Beerbung unehelicher Kinder. Die angeführte Verordnung erlitt 1854 eine neue Umarbeitung, welche den Maternitätsgrundsatz adoptirte, im Uebrigen aber fast durchgängig eine Abschrift der Verordnung von 1848 ist.

Im gegenwärtigen Augenblick endlich beschäftigt sich der schwyzerische Regierungs-Rath mit einem Gesetzesentwurfe: über die Legitimation unehelicher Kinder durch die nachfolgende Ehe der Eltern.

Obwalden hat bezüglich des Erbrechtes unehelicher Kinder einige lückenhafte Beschlüsse der Landsgemeinde abgedruckt in der „Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Kantons Unterwalden ob dem Wald. Mit Bewilligung der hohen Regierung herausgegeben von N. Moos, gewesener eidgenössischer Staatsschreiber. Luzern, 1852, gedruckt bei Gebrüder Räber“. Die wesentlichste obwaldische Quelle bildet indessen das Gesetz vom 5. April 1834 und die daherige Verordnung vom 26. April des gleichen Jahres. Dieses Gesetz behandelt das Familien- und Erbrecht, so wie die prozessualischen Vorschriften* über die Ausmittlung der Vater- oder Mutterschaft. — Einige Bestimmungen über das öffentliche Recht endlich finden sich in der Verfassung vom 28. April 1858, sowie in dem angeführten Gesetze.

Zug ordnete namentlich das Prozesswesen bei Vater-

schaftsklagen durch ein Gesetz vom 9. Mai 1836, das durch ein späteres Gesetz vom 18. Heumonat 1855 aufgehoben wurde.

Glarus regelte diese Rechtsverhältnisse durch die Staatsverfassung von 1847 und das Gesetz über die Verrichtung des Ehegesetzes. Letzteres erstreckt sich theilweise über das öffentliche Recht, das Familienrecht und den Vaterschaftsprozess. Dagegen sagen die uns bekannten Quellen nichts über die Legitimation durch Rescript oder die Gerichte, wohl aber über das Erbrecht in dem Landbuche für den Kanton Glarus.

Graubiinden erliess im Jahre 1830 über Gerichtsstand und Behandlung ausserehelicher Paternitätsfälle ein Gesetz, abgedruckt im II. Bande der amtlichen Gesetzessammlung für den eidgenössischen Kanton Graubünden. Dieses Gesetz umfasst die elterliche Gewalt, das Intestaterbrecht und die prozessualischen Vorschriften. Es erlitt durch ein späteres Gesetz vom 9. Januar 1855 eine Umarbeitung, worin der Maternitätsgrundsatz bezüglich des Heimatsrechtes und einige weniger wesentliche Abänderungen bezüglich der Unterhaltungspflicht von Seite der Erbschaften, aufgenommen, im Uebrigen aber das Gesetz fast in wörtlicher Abschreibung beibehalten wurde. Ueber das öffentliche Recht finden sich einzelne Bestimmungen in der bestehenden Staatsverfassung; dagegen finden sich keine Quellen über den Namen der ausserehelichen Kinder, die väterliche Gewalt, die Legitimation und das Testaterbrecht.

Appenzell, sowohl Inner- als Ausser-Rhoden sind bezüglich dieser Quellen am ärmsten, wie überhaupt im Kantone Appenzell Inner-Rhoden, die Gesetzgebung nur in einzelnen Beschlüssen besteht, und wohl das meiste als Gewohnheitsrecht sich geltend gemacht hat. Für unsern Zweck führen wir an:

Appenzell Ausser-Rhoden: „Landbuch des Kantons Appenzell Ausser-Rhoden, nach dem auf dem Rathhause in Trogen befindlichen Originale abgedruckt, Trogen, 1828. — Sammlung der Gesetze für den Kanton Appenzell Ausser-Rhoden,

amtliche Ausgabe; Trogen, 1845.“ — Erbrecht vom 26. April 1835. — Das Sitten- und Polizeigesetz in demselben behandelt, namentlich die Bestrafung der Unzuchtsvergehen, die Schwangerschaftsanzeigen, den Unterhalt, den Geschlechtsnamen und das Bürgerrecht der unehelichen Kinder. Eben-
dasselbst befindet sich „die Ehesatzungen vom 25. Herbstmonat 1836, Visum et repertum über neugeborne Kinder.“
Grossrathsbeschluss vom 19. März 1844 mit einzelnen Bestimmungen über diese Verhältnisse. — Endlich enthält die Verfassung vom 25. April 1852 einzelne Bestimmungen über den Gerichtsstand.

Appenzell Inner-Rhoden: „Landbuch des Kantons Appenzell Inner-Rhoden, nach den ältesten und letzten Erinnerungen vom Jahre 1585.“ Dieses enthält indessen keine Bestimmungen über die unehelichen Kinder, sowie überhaupt in Inner-Rhoden kein gedrucktes Gesetz über diese Rechtsverhältnisse existirt. Einzig über das Erbrecht finden wir die einschlägigen Bestimmungen im Gesetze vom 25. April 1847. Soweit möglich werden wir indessen das geltende Gewohnheitsrecht der freundlichen Mittheilung des Herrn Landschreiber Brander entnehmen.

St. Gallen hat gesetzliche Bestimmungen über das Erbrecht in dem Gesetze vom 9. Christmonat 1808. Ueber den Prozess selbst finden sich einzelne mangelhafte Bestimmungen in dem „Rechtsfreunde für den Kanton St. Gallen, 1840“; über Ordnung des Gegenrechts im Gesetze vom 18. August 1853, endlich Bestimmungen über das Prozessrecht in dem Gesetze über das Paternitätswesen und den Stand unehelicher Kinder vom 23. Brachmonat 1832.

Schaffhausen ordnete das Erbrecht durch ein Gesetz vom 12. Juni 1828 in ziemlich ausführlicher Weise. Das Erbrecht derjenigen Kinder, welche während einem Ehegabelöb-
nisse geboren worden, behandelt ein Gesetz vom September 1809. Das ganze Gesetz von 1828 ist indessen nur das in die neuere

Sprache übersetzte Stadtrecht von 1714, neugedruckt 1856 bei Murbach und Gelzer in Schaffhausen. Bezüglich dieses Gesetzes macht einzig Stein eine Ausnahme, woselbst noch ein Lokalgesetz in Kräften besteht. — Das Familien- und Prozessrecht bezüglich der unehelichen Kinder endlich ist ausführlich im „Ehegesetz für den Kanton Schaffhausen“ vom 12. April 1857 behandelt.

Basel-Stadt erliess ein Gesetz vom 20. Oktober 1809 über das Erbrecht, enthalten in der Landesordnung mit einigen Abänderungen über das Repräsentationsrecht im Gesetz vom 3. Hornung 1846. Das Familienrecht, so wie die prozessualischen Vorschriften bezüglich der ausserehelichen Kinder sind in der „Ehegerichtsordnung“ von 1837 enthalten.

Basel-Land. Dieser Kanton hat bezüglich der vorwüfigen Materie eine höchst lückenhafte Gesetzgebung. In den meisten protestantischen Kantonen, in denen noch keine Zivilgesetzbücher bestehen, finden sich die daherigen Bestimmungen in der Ehegerichtsordnung oder in Spezialgesetzen. Ein solches Spezialgesetz nun hat Basel-Land so wenig, als ein allgemeines Zivilgesetzbuch; denn das Erb- und Vertragsrecht in der „Landesordnung“ kann nicht als ein solches betrachtet werden. Aber auch an einer umfassenden, noch grösstentheils gültigen Ehegerichtsordnung fehlt es in diesem Kantone. Im Allgemeinen gilt zwar noch: „Der Statt Basel Ehegerichtsordnung; erneuert, vermehrt Und auf Obergerichtlichen Befehl in Druck herausgegeben MDCCXLVII.“ Diese enthält in ihrem XXI. Titel: „von Alimentation der unehelichen Kinder“ einzelne Bestimmungen über die Stellung zur Familie und die Unterhaltungs- nebst Entschädigungspflicht; über die Anzeigen, Klagefristen und Beweise. Diese an und für sich mangelhaften Bestimmungen sind um so ungenügender, wenn man bedenkt, dass mehrere davon durch die gerichtliche Praxis abgeschafft, andere wieder in einzelnen so oder

anders interpretirt worden sind. Durch gütige Vermittlung des gegenwärtigen Herrn Staatsanwalts liegt uns eine auf dortiger Kanzlei befindliche Ehegerichtsordnung vor, in welcher seit Jahren die einschlägigen gerichtlichen Entscheide sehr fleissig nachgetragen sind, und aus welchen sich ergibt, dass daselbst gerade über diese Materie die höchste Unsicherheit herrscht. — Nebst der Ehegerichtsordnung muss hier die bereits erwähnte: „Baselische Landesordnung nach den bestehenden Gesetzen, zusammengetragen und erneuert 1813“ erwähnt werden. Sie enthält das Legitimations- und Erbrecht der unehelichen Kinder ziemlich vollständig und hat noch in allen Theilen für die Landschaft Rechtskraft. — Die Strafbestimmungen für Unzuchtsvergehen finden sich in dem „korrekzionellen Gesetze“, sowie in einem Gesetze vom 6. Weinmonat 1824. Bezüglich der Anzeigen und des Prozessrechtes besteht eine regierungsräthliche Weisung, und bezüglich des öffentlichen Rechtes finden sich einzelne Bestimmungen in dem Bürgerrechtsgesetze vom 30. August 1835.

Neuenburg erliess den 27. Wintermonat 1849 zuerst ein Gesetz über diese Materie, welches sich vorzugsweise über das Familien- und Prozessrecht verbreitet. Dagegen vermissen wir darin positive Bestimmungen über das Erbrecht. Den 30. April 1855 endlich trat für diesen Kanton der von Herrn A. Piaget redigirte Code civil in Kraft, wodurch die früheren diese Materie betreffenden Gesetze aufgehoben wurden.

Thurgau. Die Bestimmungen über die Erbsverhältnisse sind im codif. Erbrechte von 1839 enthalten. Die weitem Bestimmungen über die unehelichen Kinder finden sich im Dekrete vom 24. Brachmonat 1831. Zur Stunde wurde in diesem Kantone der erste Theil des bürgerlichen Gesetzes vorberathen und angenommen. Es tritt den 1. März 1860 in Kraft und Wirksamkeit.

Waadt. Die Quellen für diesen Kanton bildet der Zivil-

codex, sowie das Gesetz vom 1. Christmonat 1855, durch welch' letzteres in diesem Kantone der Maternitätsgrundsatz eingeführt wurde.

Dieses sind übersichtlich zusammengestellt die wesentlichsten von uns benutzten Quellen aus jenen Kantonen, in denen zur Stunde noch kein codificirtes Privatrecht besteht. Und wir gehen nun, nachdem wir in kurzen Zügen den Umfang, die Methodik und die Quellen der vorliegenden Monographie angegeben, zur eigentlichen Behandlung des Gegenstandes über.

Erster Abschnitt.

Staatsbürgerliche oder öffentliche Rechte.

Allgemeines.

§. 3.

Das uneheliche Kind als Glied der staatlichen Gesellschaft aufgefasst, steht in den meisten Kantonen in einem doppelten, öffentlichen Rechtsverhältnisse, nämlich zum Staate, als solchem, und zu der Gemeinde. Es ist Staats-, es ist Gemeindebürger, weil wohl durchgängig in allen Kantonen das Staatsbürgerrecht an den Besitz eines Gemeindebürgerrechtes gebunden ist. Einzig machen von dieser allgemeinen Regel die „Tolerirten“ in einigen Urkantonen eine Ausnahme. In den Gemeinden sodann haben sich, nebst dem Gemeindeverband, noch spezielle Genossame oder Korporationen ausgebildet, welche hier, wenn sie sich auch nur auf Vermögensverhältnisse beschränken, wegen ihres öffentlichen Charakters nicht übergangen werden dürfen.

Sodann kennen wir in der Schweiz uneheliche Kinder, deren Eltern gar keinem Staats- oder Gemeindeverband angehören, und desshalb Heimathlose heissen, und endlich solche, deren beidseitige Eltern unbekannt sind und von daher Findelkinder genannt werden.

Wir haben demnach die Stellung der unehelichen Kinder bezüglich ihrer staatsbürgerlichen Gemeinde- und Korporationsrechte zu schildern und nachher diese Rechte in Bezug auf die Heimathlosen und Findelkinder auseinander zu setzen.

Die staatsbürgerlichen Rechte.

§. 4.

Die staatsbürgerliche Stellung eines Menschen begreift in sich: dessen Rechte und Pflichten zu der bestehenden Staatsgewalt. — Unter den ersten erscheint je nach den bestehenden Verhältnissen das Recht zu grösserer oder geringerer Theilnahme an den Regierungshandlungen selbst, das Recht auf eine allen Andern analoge oder bevorzugte Standesstellung und endlich mit allen Andern gemeinsam das Recht auf den Schutz der Gesetze. Die Pflichten dagegen umfassen alle jene Handlungen und Unterlassungen, welche die Gesamtheit von den Einzelnen fordert, und die zur Erhaltung des Kollektivums nothwendig sind.

Wenn wir nun nach dieser Begriffsbestimmung die Verhältnisse der unehelichen Kinder in's Auge fassen, so erscheinen uns deren *Pflichten* gegenüber dem Staate durchgängig mit jenen der ehelichen Geburt zusammenzutreffen.

Auch mit Bezug auf die staatsbürgerlichen *Rechte* stellte sie schon das römische Recht sehr günstig. Die unehelichen Kinder fielen in Rom keineswegs unter den Begriff der Infamie, welche allgemein das jus suffragii und honorum und selbst in einigen Fällen die Fähigkeit zum jus civile aufhob. Bezüglich der Ehrenminderung durch die Censoren standen die unehelichen Kinder ferner mit den ehelichen in gleichen Verhältnissen. Sie hatten demnach, wie die ehelichen, volle, staatsbürgerliche Rechte im alten Rom.¹⁾

Die ältere germanische Rechtsauffassung dagegen wies denselben eine höchst zurückgesetzte Stellung an. Da das uneheliche Kind, wie wir weiter unten zeigen werden, auch in privatrechtlicher Beziehung keine Rechte besass, konnte es auch in staatsbürgerlichen Beziehungen keine Ansprüche machen.

Im Allgemeinen rechtlos, hatte es nur vermöge einer schwankenden Fiktion in der spätern Zeit das Recht auf den Schutz des Kaisers, als des Reiches Oberhaupt.²⁾

Und da es keiner Familie angehörte, konnte auch von Ansprüchen auf Stand oder andere Familienstellungen der Eltern keine Rede sein.

Erst die Zeit des Christenthums und mit diesem das Eindringen des kanonischen und später des römischen Rechts vermochte die trostlose Lage der unehelichen Kinder zu mildern. Sie wurden Persönlichkeiten, indem man sie als rechtsfähig anzuerkennen begann.³⁾

Allein dessenungeachtet waren ihnen noch viele öffentliche Rechte der ehelichen Geburt entzogen. So waren sie durch Reichsbeschluss von 1731, §. 11, vom Eintritte in die Zünfte und der Handwerke ausgeschlossen. Ebenso durften sie weder in einen geistlichen Orden, noch in den geistlichen Stand treten. Endlich waren sie von der Uebernahme öffentlicher Aemter, besonders des Richteramtes, der Advokatur und des Doktorates ausgeschlossen.⁴⁾

Dass bei dieser theilweisen Gleichstellung der ausser-ehelichen mit der ehelichen Geburt keine Standesansprüche begründet wurden, darf nicht bezweifelt werden, indem sie jetzt noch nach den deutschen Partikulargesetzen, den väterlichen wie den mütterlichen Verwandten gegenüber als nicht zur Familie gehörend angesehen und folgerichtig in beiden Beziehungen von den Standesvorzügen ausgeschlossen sind.

Ebenso wenig vermochte der humanere Geist, welcher diese eingedrungenen fremden Rechte durchwehte, jene Makel, welche die sittliche Anschauung des Volkes jeder unehelichen Geburt anheftete, wegzuwischen. Eine theilweise Aechtung aus der Gesellschaft begleitete wohl, ausserordentliche Protektionen ausgenommen, das uneheliche Kind von der Wiege bis in das Grab.

Erst das österreichische Gesetzbuch versuchte es auch in dieser Beziehung, einer billigen Volksanschauung Bahn zu brechen; nachdem diese Frage vom Code Napoleon übergegangen wurde. — „Die uneheliche Geburt“, erklärte der österreichische

Gesetzgeber, „kann einem Kinde an seiner bürgerlichen Achtung und an seinem Fortkommen keinen Abbruch thun.“⁵⁾

Bezüglich der anderweitigen staatsbürgerlichen Rechte, mit Ausnahme der Standesvorzüge⁶⁾, waren sie bereits im Anfange dieses Jahrhunderts, sei es durch die Konstitutionen, sei es durch die neuen Zivilgesetzgebungen in Frankreich, Preussen⁷⁾ und Oesterreich den ehelichen gleich gestellt. — Der Eintritt unehelicher Kinder in den Stand ihrer Eltern ist in Oesterreich an ein Privilegium des Landesherrn gebunden.⁸⁾

Wohl ähnlich, wie in Deutschland, haben sich auch in der Schweiz die Verhältnisse der unehelichen Kinder von Alters her gestaltet. Die Gleichheit der gesamten Rechtsauffassung, wenigstens in der nordöstlichen und mittlern Schweiz⁹⁾, namentlich auch bezüglich des Familienrechtes, lassen mit Bestimmtheit dahin schliessen, das die staatsbürgerlichen Rechte in der ältesten Zeit den unehelichen Kindern ganz entzogen waren, und diese nur nach und nach durch die Allgewalt einer humanern Anschauung errungen wurden. In der westlichen Schweiz dagegen galt in der ältesten Zeit, und bis ins Mittelalter burgundisches Recht, während dem das italienisch redende Tessin schon in frühester Zeit dem römischen Rechte huldigte, welches, wie wir bereits gezeigt, der unehelichen Geburt volle Rechtsfähigkeit nicht abgeläugnet, und sie desshalb in staatsbürgerlicher Beziehung viel vortheilhafter gestellt hatte.

Wie in Deutschland hat sich indessen auch in der Schweiz, seit dem fünfzehnten Jahrhundert, eine den unehelichen Kindern günstigere Anschauung geltend gemacht. Die Verbreitung des kanonischen und mit ihm des römischen Rechtes mochten hiezu das Meiste beigetragen haben, obwohl diese beiden fremden Rechte in der Schweiz nie jene Geltung wie in Deutschland erhalten haben.

Seit dem grossen Umschwunge zudem, welcher im letzten Jahrzehnte des abgelaufenen Jahrhunderts in der Schweiz eintrat, und seitdem die Verfassung der einen und untheilbaren

helvetischen Republik alle Standesvorzüge abschaffte, welche selbst eine spätere Restauration nicht mehr bleibend zurückzurufen vermochte, und folgerichtig alle Bürger vor dem Gesetze gleichstellte, war auch die staatsbürgerliche Stellung der unehelichen Kinder eine der ehelichen Geburt vollkommen gleiche. Und in dieser Beziehung griff keine spätere Schweizerverfassung zurück, indem alle, selbst wenn sie theilweise die Regierungsgewalt an Geschlechter knüpften, bezüglich der staatsbürgerlichen Stellung unehelicher Kinder keine Ausnahme machten.

Gemäss dieser Auffassung sanktioniren denn auch die Gesetze mehrerer Kantone diese Gleichstellung ausdrücklich, so Graubünden¹⁰⁾, Solothurn¹¹⁾, Uri¹²⁾, Nidwalden¹³⁾, Glarus¹⁴⁾, Aargau¹⁵⁾, Zürich¹⁶⁾, Schaffhausen¹⁷⁾, Baselstadt¹⁸⁾ und Baselland¹⁹⁾.

Ja mehrere Kantone gehen diessfalls analog der österreichischen Gesetzgebung, noch weiter, und treten auch in einer bestimmten Weise den Anschauungen einer frühern Zeit, welche jedes uneheliche Kind mit einer Makel behaftet ansah, entgegen. So besagt das berner'sche Gesetz ausdrücklich²⁰⁾: „sie haben bürgerliche Ehrenfähigkeit“; und das aargauische²¹⁾: „die uneheliche Geburt kann einem Kinde an seiner bürgerlichen Rechtsfähigkeit und Achtung keinen Abbruch thun.“ In gleichem Sinne drückt sich auch das luzernerische Gesetz aus²²⁾, sowie die Verfassung von Nidwalden²³⁾ und die Ehegerichtsordnung für Baselstadt²⁴⁾.

Gegenwärtig geniessen demnach in allen Kantonen die unehelichen Kinder vollkommen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte, wie diejenigen, welche aus gültiger Ehe erzeugt worden sind.

¹⁾ Fr. 19 D. de Statu hominum (1. 5). Maurer K. in Bluntschli's Staatslexikon, Artikel: „Ehre“. — Nach römischem Rechte hatten sogar selbst die Incestuosi Zutritt zu allen Staats- und Ehrenämtern. „Non enim impedienda est dignitas ejus qui nihil admisit. Fr. 6

pr. D de decurioribus et filiis eorum;" (50. 2). Gleiche Ansicht äussert Ulpian in Fr. 2 §. 7 eodem: nullum patris delictum inocenti filio perenae est, ideoque nec ordine decuriorum aut caeteris honoribus propter ejusmodi causam prohibetur.

²⁾ Nach Maurer, am angeführten Orte, reichte indessen im spätern Mittelalter die Wirkung der unächten Geburt nicht so weit, wie in den Fällen, in denen die Rechtlosigkeit durch Verbrechen oder anstössigen Lebenswandel begründet war.

³⁾ Dieser Ansicht theilweise entgegen stellt Maurer am angeführten Orte die Ansicht auf: „Weniger die Reception des sehr mangelhaft verstandenen römischen Rechtes als die Umwandlung, welche in den sittlichen und socialen Anschauungen des Volkes vorgegangen ist, hat auf die Umgestaltung unseres neuen Rechtes bestimmend gewirkt. Vor Allem aus musste die Möglichkeit einer völligen Entziehung aller Rechte und aller Ehre vor der gesteigerten Gesittung weichen; die Unfreiheit, die Friedlosigkeit, selbst der in gewissen Beziehungen an ihre Stelle getretene bürgerliche Tod musste wegfallen, weil mit dem Bewusstsein der Gegenwart die Behandlung der Menschen als Sachen absolut unverträglich war.“

⁴⁾ Cap. 13 X qui filii sunt legitimi (4. 17); Cap. 14 X de filiis praebitorum (1. 17). Nach der Land.-G.-O. des Herzogthums Franken von 1618 Thl. 3, Tit. 11, §. 7 waren Uneheliche, aus Ehebruch erzeugt, nicht einmal als Testamentszeugen zulässig.

⁵⁾ Allgemeines Gesetzbuch für die gesammten deutschen Erblande der österreichischen Monarchie 1811. §. 662.

⁶⁾ Wenn solche uneheliche Kinder solche Standesvorzüge mit der Geburt nicht besitzen, sind sie, wie ihre Nachkommen, dennoch nach heutigem Rechte fähig, dieselben zu erwerben. 1766 heirathete Prinz Wilhelm Friedrich von Gloucester mit Lady Marie Waldegrave, Wittwe des verstorben Carl Waldegrave, uneheliche Tochter des Ritters Eduard Walpole. Nun muss die Tochter dieses Ersteren, da die Ehe in England als eine vollgültige galt, als eine englische Prinzessin angesehen werden. — Vergleiche hierüber F. Schulze in Bluntschli's St. W. Artikel: „Ebenbürtigkeit.“

⁷⁾ Allgemeines Gesetzbuch für die preuss. Staaten. 1791. §. 662.

⁸⁾ Oesterreichisches Gesetzbuch a. a. Orte.

⁹⁾ „In der östlichen und nördlichen Schweiz galt bis in's fünfzehnte Jahrhundert die Lex alemannorum, und dann später das Recht des Schwabenspiegels.“ Vergleiche: „Studium über den Eid“, von Dr. A. v. Orelli, Zürich, bei Orell, Füssli u. Comp., 1858.

¹⁰⁾ §. 23 der Staatsverfassung.

- ¹¹⁾ §. 1 des bürgerlichen Gesetzbuches.
- ¹²⁾ §§. 40 und 70 der Verfassung.
- ¹³⁾ §. 7 der Verfassung und §. 112 des bürgerlichen Gesetzbuches.
- ¹⁴⁾ §§. 3, 49 und 58 der Staatsverfassung.
- ¹⁵⁾ §. 247 des bürgerlichen Gesetzbuches.
- ¹⁶⁾ §. 306 des bürgerlichen Gesetzbuches.
- ¹⁷⁾ §. 210 des Ehegesetzes für den Kanton Schaffhausen vom 12. April 1851.
- ¹⁸⁾ Ehegerichtsordnung, §. 91.
- ¹⁹⁾ Bürgerrechtsgesetz von 1835, §. 22.
- ²⁰⁾ §. 17 des bürgerlichen Gesetzbuches.
- ²¹⁾ §. 247 des bürgerlichen Gesetzes.
- ²²⁾ §. 103 des bürgerlichen Gesetzes. Schon ein Gesetz vom 28. Christmonat 1798 bestimmte Artikel 1: dem Stande eines ausser der Ehe gebornen Kindes hängt gar kein Schandfleck an. Art. 2: Solche unehelichen Kinder geniessen ohne Ausnahme alle bürgerlichen und politischen Rechte, die jedem andern Bürger zukommen. — Vergleiche auch: Revidirte Gesetze und Verordnungen vom Jahre 1811, Bd. IV, pag. 79 u. s. w.
- ²³⁾ §. 4 der Staatsverfassung, welcher jede Infamie abschafft.
- ²⁴⁾ Ehegerichtsordnung §. 91.

§. 5.

Gemeinderechte.

Bezüglich des Gemeindebürgerrechtes folgen die unehelichen Kinder, je nachdem in den einzelnen Kantonen der Maternitäts- oder Paterintätsgrundsatz gilt, von dem weiter unten die Rede sein wird, entweder dem Bürgerrechtsverbande der Mutter oder demjenigen des Vaters, vorausgesetzt, dass sie dem letztern richterlich zugesprochen sind. Schon die eidgenössische Gesetzgebung würde nicht gestatten, dass einzelne uneheliche Kinder gar kein Bürgerrecht erhielten, weil sonst dadurch in der That sich die Zahl der nichteingebürgerten Heimathlosen neuerdings vermehren würde: denn anderes wären solche Kinder, welche kein Heimathsrecht besässen, in Wirklichkeit nicht. Entweder ausdrücklich, oder doch dem Sinne und Geiste nach schreiben desshalb alle Kantonalgesetzgebungen diese Einbürgerung vor. So besagt das

neue Niedwaldner'sche¹⁾ Personenrecht ausdrücklich, dass es, das uneheliche Kind „Gemeinderecht“ habe. — In *Bern*²⁾ folgt es gewöhnlich dem Bürgerrechte der Mutter, ebenso im Kanton *Zürich*³⁾, *Schwyz*⁴⁾, *Zug*⁵⁾, *Graubünden*⁶⁾, *Thurgau*⁷⁾, *St. Gallen*⁸⁾; dagegen im Kanton *Luzern*⁹⁾ demjenigen des Vaters. — Das gleiche gilt in den Kantonen *Uri*¹⁰⁾, *Obwalden*¹¹⁾, *Glarus*¹²⁾, *Appenzell-Inner-Rhoden*¹³⁾; *Appenzell Ausser-Rhoden*, *Freiburg*, *Wallis*¹⁴⁾ und *Niedwalden*¹⁵⁾. Wird indessen in diesen Kantonen der Vater nicht ausgemittelt, so folgen sie dem Bürgerrechte der Mutter. In den Kantonen *Solothurn*, *Baselland*, *Neuenburg*, *Waadt*¹⁶⁾, *Genf*, *Aargau* und *Tessin* erhält das uneheliche Kind das Gemeindebürgerrecht der Mutter. Das Gesetz für Baselland bestimmt dabei ausdrücklich, dass dieses Gemeindebürgerrecht der Mutter durch die Geburt erworben werde, demnach nicht wie im Kanton *Luzern* z. B. durch einen daherigen Gerichtsspruch.

Sind die Eltern des Kindes im Kanton *Obwalden*¹⁷⁾ nur tolerirte, so geniessen auch diese ohne weiteres das Toleranzrecht. — Das *glarner'sche*¹⁸⁾ Gesetz sichert ihnen zudem, neben dem Gemeindebürgerrecht, auch das Landrecht zu. In *Zürich*¹⁹⁾ folgen die Brautkinder dem Bürgerrechte des Vaters. In *Wallis*²⁰⁾ folgt das uneheliche Kind auch in jenen Fällen in das Heimathsrecht der Mutter, wenn der Vater kein solches besitzt, so lange letzterer kein solches erworben.

In jenen Fällen, in denen entweder der Vater oder die Mutter mehrere Bürgerrechte besitzen, entsteht die Frage, welches von diesen Rechten dem unehelichen Kinde zufalle. Die schweizerischen Gesetzgebungen, mit Ausnahme der *Wallis'schen* übergehen diese Materie. Dieses einzig erklärt, dass die unehelichen Kinder in alle solche Gemeinderechte eintreten²¹⁾. Diese Ansicht wird zweifelsohne in allen Kantonen Geltung haben; denn wir wenigstens vermöchten nicht einzusehen, warum das Kind nur eines, und dann gerade dieses und kein anderes erhalten sollte.

Wohl von selbst versteht sich, dass in jenen Kantonen, in denen der Maternitätsgrundsatz gilt, allein den Vätern ein Recht auf Anerkennung eingeräumt ist, durch diese Anerkennung auch das Bürgerrecht des Vaters auf die Kinder übergeht.

- 1) Bürgerliches Gesetzbuch §. 112.
- 2) Zivilgesetzbuch §. 166.
- 3) Zivilgesetzbuch §. 284.
- 4) Gesetz vom 1. Dezbr. 1854, §. 19.
- 5) Gesetz vom 18. Juni 1855, §. 16.
- 6) Gesetz vom 1. Jänner 1855, Art. 12.
- 7) Bürgerl. Gesetzbuch. Personen- und Familienrecht. In Kraft getreten den 1. März 1860, §. 246.
- 8) Gesetz vom 23. Juni 1832, Art. 10.
- 9) Bürgerl. Gesetzbuch §. 97.
- 10) Gesetz von 1857, §. 13.
- 11) Staatsverfassung §. 4.
- 12) Gesetz über Verrichtung des Ehegerichts §§. 38 und 49.
- 13) Wir entnehmen diese Angaben einem von Herrn Landschreiber Brander mitgetheilten Berichte vom 7. September 1858.
- 14) Zivilgesetzbuch §§. 150 und 154.
- 15) Angeführtes Gesetz §. 112.
- 16) Lois sur les enfents naturels de 1^{mier} Decembre 1855, Art. 197.
- 17) Staatsverfassung §. 4.
- 18) §§. 49 und 58 a. a. Orte.
- 19) Zivilgesetzbuch §. 152.
- 20) Zivilgesetzbuch §. 302.
- 21) Zivilgesetzbuch §. 155.

§. 6.

Corporationsrechte.

In den meisten Gemeinden haben sich neben dem Gemeindeverband seit den ältesten Zeiten noch eigene Corporationen ausgebildet, welche gemeinschaftlich bestimmte Vermögensobjekte als Eigenthum besitzen und verwalten. Die Stellung, welche nun die unehelichen Kinder diesen Rechten ihrer Eltern gegenüber einnehmen, vorausgesetzt, dass diese

wirklich Corporationsbürger sind, darf hier nicht übergangen werden. Und da der Zweck dieser Corporationen, wie bereits angedeutet, Erhaltung und Benutzung gemeinsamer Vermögenstheile ist, und die daherigen Corporationsrechte desshalb mehr als Eigenthumsrechte müssen aufgefasst und nicht als rein persönliche Rechte dürfen angesehen werden, geschieht wohl deren Erwerbung durchgängig in der Regel durch Kauf oder Erbfall. Durch Kauf nun sind offenbar alle unehelichen Kinder berechtigt, sich in den Corporationsverband der Eltern einzukaufen, gerade weil sie rechtsfähig und vom Abschlusse von Zivilverträgen nicht ausgeschlossen sind. Allein zur Erwerbung durch Erbfall sind sie nicht berechtigt, weil sie, wie später gezeigt wird, nicht in Folge Blutsverwandtschaft, sondern nur ein exceptionelles, gesetzlich genau fixirtes Erbrecht haben.

Demnach darf angenommen werden, dass uneheliche Kinder nicht an und für sich in die Corporationsrechte ihrer Eltern eintreten, sondern nur in Folge gesetzlicher Bestimmungen. Solche gesetzliche Bestimmungen nun bestehen nur in zwei Kantonen: Nidwalden und Appenzell Inner-Rhoden. Das Gesetz für Nidwalden bestimmt, dass eheliche Kinder von unehelichen Corporationsbürgern nach 25 Jahren in die Nutzrechte eintreten können¹⁾, währenddem im Kanton Appenzell Inner-Rhoden sie unbedingt die Corporationsrechte der Eltern erhalten²⁾. Dagegen übergehen die Gesetzgebungen in den Kantonen Bern, Zürich, Luzern³⁾, Uri, Schwyz, Obwalden, Glarus, Graubünden, St. Gallen, Schaffhausen, Waadt, Genf, Wallis, Neuenburg und Tessin diese Materie gänzlich, wesshalb nach dem Gesagten angenommen werden darf, dass in diesen Kantonen uneheliche Kinder die Corporationsrechte ihrer Eltern nicht erhalten.

¹⁾ Bürgerliches Gesetzbuch §§. 28 und 112.

²⁾ Brander am angef. Orte.

³⁾ Nach der Gerichtspraxis erhalten z. B. im Kant. Luzern uneheliche Kinder durch Grossrätliche Legitimation die Corporationsrechte ihres Vaters. Vgl. obergerichtliche Verhandlungen von 1839.

§. 7.

Die Heimathlosen.

Unter Heimathlosen versteht man in der Schweiz, wie schon der Name ausdrückt, jene Klasse von Menschen, welche in der Schweiz weder ein Kantons- noch ein Gemeindebürgerrecht besitzen, sich in der Schweiz aufhalten, und auch im Auslande keinem Bürgerverbände angehören¹⁾. Die grosse Zahl derselben zieht gewöhnlich von Ort zu Ort, übernachtet im Sommer bei hellem Feuer in den Wäldern, im Winter in den Stallungen, und erhält sich theils aus dem Erlöse der Korbgeflechte, theils durch den Bettel der weiblichen Gesellschaft. Seit dem die Kantone, rechtliche Nachtheile aus ihrem längeren Aufenthalte befürchtend, ganze Banden über ihre Grenzen schoben, hielten sich die Heimathlosen, oft wie gehetzte Rehe, fast beständig in jenen waldreichen Gegenden auf, welche durch Kantonsgrenzen durchschnitten wurden. In frühern Zeiten mochten sie unter einander förmliche Ehen geschlossen haben; wenigstens finden sich in einigen luzerner'schen Ehebüchern solche mit dem Beisatze: „Vagabundi“ eingeschrieben, ohne jedoch eine staatliche Einwilligung ausgewirkt zu haben²⁾. Später erwählten sie sich nur sogenannte „Beihälterinnen“, welche nach wenigen Jahren entlassen wurden, um neuen Platz zu machen. Die Kinder selbst wurden von den Eltern auf ihren Streifzügen mitgenommen und wuchsen ohne eigentliche Erziehung halb verwildert in den Ställen und Wäldern auf. Die Heimathlosen selbst machten sich unter einander in einer eigenthümlichen Gaunersprache verständlich³⁾.

Die Ausbildung dieser vagirenden Gesellschaften dürfte zweifelsohne im 16. und 17. Jahrhundert in der Schweiz gesucht werden. Sie steht in genauer Verbindung mit der Ausbildung der Gemeinderechte⁴⁾. Diese Ausbildung der heutigen Gemeinde wurde in Folge einer speziellern Organisation, namentlich mit Bezug auf das Bürgerrecht, auf die Ortspolizei und die Unterstützungen veranlasst. Statt nun „Landstreicher“

und Bettler in gewisse Gemeinden einzubürgern, verfolgte man bis tief in dieses Jahrhundert hinein das System des Transportes über die Grenzen. Eine Gemeinde schob sie der andern, und ein Kanton dem andern zu. Auf solche Weise wurde diese Classe von Menschen der übrigen Gesellschaft immer mehr entfremdet und enger aneinander getrieben, aber numerisch keineswegs vermindert.

Das Unwirksame und das Inhumane dieser Praxis einsehend, vereinigten sich in den letzten Dezennien einige Kantone, um auf dem Wege eines Konkordats die Einbürgerung anzuordnen, wobei in streitigen Fällen ein Schiedsgericht entschied. Allein erst die neuen Bundeszustände vermochten dem Uebel durchgreifend und wirksam entgegen zu treten. Im Christmonat 1849 erfolgte ein Beschluss der Bundesversammlung, wonach der Bundesrath zu einer umfassenden Gesetzesvorlage eingeladen und die Abolition aller Heimathlosigkeit beschlossen wurde⁵⁾. Im Christmonat 1850 erfolgte der Erlass des Gesetzes selbst⁶⁾. Dieses Gesetz unterschied die Heimathlosen in Geduldete und in Vaganten. Für beide Kategorien hatte der Bundesrath ein Kantons- und die Kantone ein Gemeindebürgerrecht auszumitteln. Ausnahmen hiervon fanden nur statt bei Männern über 60 Jahre und bei Kriminalisirten. Die Einbürgerung in die Gemeinde machte den Heimathlosen mit Bezug auf die bürgerlichen und politischen Rechte, auf Gemeinde-, Kirchen- und Schulgenössigkeit und die Armenunterstützung den andern Bürgern gleich. Uneheliche Kinder solcher eingebürgerter Heimathlosen erhalten das volle Bürgerrecht. Der Bundesrath untersucht die Zahl und Verhältnisse der vorfindlichen Heimathlosen, macht, hierauf gestützt, vorläufig einen Kanton zur Duldung derselben pflichtig und entscheidet nachher förmlich, welcher oder welche Kantone zur Einbürgerung pflichtig seien. Die Kantone können diesen Entscheid an das Bundesgericht rekurriren, wobei jedoch nur die Streitfrage zwischen den Kantonen ent-

schieden wird, indem unter allen Umständen die Klage gegen einen Kanton aufrecht erhalten werden muss. Als maassgebende Norm für diese Entscheidung gelten: der Heimathort der Eltern, erwiesene Nachlässigkeit der Kantone in Handhabung der Fremdenpolizei, sei es in Bezug auf Copulationen geduldeter Aufenthalter, Ertheilung von Ausweiseschriften und Patenten zu Gewerbsbetreibungen. Die ehelichen Kinder folgen dabei dem Vater, aussereheliche der Mutter. Als Mittel gegen neue Heimathlosigkeitsfälle stellte sodann das Gesetz schützende Bestimmungen auf. Heimathlose müssen das Concubinat aufgeben oder sich verehelichen. Die Kantone sind verpflichtet, allen Insassen, die wohl ein Kantons-, aber kein Gemeindebürgerrecht besitzen, ein solches anzuschaffen⁷⁾. Für alle in verschiedenen Kantonen herumreisende Arbeiter endlich werden Ausweiseschriften vorgeschrieben.

Seit Erlass genannten Gesetzes entwickelte die eidgenössische, wie die Kantonalpolizei, grosse Thätigkeit, um diese gesetzlichen Einbürgerungen zu beschleunigen⁸⁾.

Die unehelichen Kinder solcher Heimathlosen genossen demnach zur Stunde gar keine staatsbürgerlichen noch Gemeinderechte, so lange sie nicht eingebürgert sind; nach dieser Einbürgerung dagegen stehen sie in allen diesen Beziehungen den ehelichen Kindern vollkommen gleich.

1) Bundesgesetze, I. Band, S. 170.

2) Vgl. Taufbuch der Gemeinde Hohenrain, Kanton Luzern, aus dem Jahre 1803.

3) Diese Heimathlosen waren gewöhnlich nicht böswillig, begnügten sich mit Wenigem und erwiederten nur grobes und abstossendes Benehmen hie und da mit Schaden, gewöhnlich an Vieh und Scheune. Wer sich übrigens näher mit dieser vielfach interessanten Menschen-gattung bekannt machen will, den verweisen wir auf die amtlichen Akten der Untersuchung wegen Ermordung des Schultheissen Keller in Luzern, 1827, und die Untersuchungen und Beschlüsse des schweizerischen Bundesrathes in den letzten Jahren, welche auf die Einbürgerung der Heimathlosen Bezug haben.

4) Vergleiche hierüber Philipp Anton v. Sehgesser, Rechtsgeschichte

der Stadt und Republik Luzern, III. Band, II. Lieferung, II. Abschnitt, 1. und 2. Capitel.

⁵⁾ Bundesverfassung von 1848 §. 56, und Bundesbeschluss vom 21. Dezember 1849, II. Band, S. 170.

⁶⁾ Bundesgesetz über die Heimathlosen, 1. Bd. a. a. Orte. S. 294.

⁷⁾ Eigenthümlich gestalteten sich diesfalls die Verhältnisse im Kanton Neuenburg. Nach den veröffentlichten amtlichen Berichten zählte man im Jahre 1858 daselbst 3110 gemeindelose Einwohner, denen nunmehr ein Gemeindebürgerrecht ausgemittelt werden musste. Von diesen sind 1294 illegitime Neuenburger oder Nachkommen von solchen. Von den gemeindelosen Nichtneuenburgern waren 342 Schweizer und 474 Ausländer, zu welch' letztern noch 236 Abkömmlinge französischer Emigranten kommen. Eigentliche Heimathlose zählte der Kanton 427. Man trug sich mit dem Projekte um, eine eigene Gemeinde Eplitures für diese zu schaffen, was indessen durch die Gemeindeversammlungen mit grosser Mehrheit verworfen wurde, wogegen sich diese für Vertheilung unter die einzelnen Gemeinden aussprachen.

⁸⁾ Die Schweiz zählte 1852 im Ganzen 2198 Heimathlose. Im gleichen Jahre befanden sich im Kanton Zug 196, und von diesen waren 145 Eingebürgerte, 14 uneingetheilte, 13 streitige, 22 neu zugewiesene und 2 Findelkinder. Im März gleichen Jahres beschloss der grosse Rath eine Gesammttheilung dieser Heimathlosen unter die Gemeinden. Vergleiche Verwaltungsbericht des Regierungsrathes pr. 1852.

Der Kanton Bern zählte 1856 165 Heimathlose, und von diesen 113 Niedergelassene und 52 Aufenthalter. Vergleiche Amtsbericht des Regierungsrathes pr. 1856.

§. 8.

Die Findelkinder.

Es bleiben uns noch jene ehelichen oder unehelichen Kinder in's Auge zu fassen, deren Vater und Mutter unbekannt sind, und die gemeinhin Findelkinder genannt werden. Bei diesen kann offenbar weder von einem Familien-, noch von einem Erbrechte die Rede sein, insoweit nicht etwa Testaterbrechte in Betracht gezogen werden, sondern es ist nur ihre staatsbürgerliche Stellung zu berücksichtigen. — Es entsteht die Frage, wie sie heissen, und allfällig welcher Gemeinde sie anzugehören haben. Und nun gerade in allen diesen Beziehungen sind die

schweizerischen Gesetzgebungen höchst dürftig. So übergehen, wie das österreichische, die bürgerlichen Gesetzbücher für die Kantone Bern, Nidwalden, Genf, Waadt und Tessin, die Gesetze von Glarus, Schwyz, Graubünden, Schaffhausen und Baselstadt diese Materie gänzlich.

Dagegen bestimmen die Gesetzbücher des Kantons Zürich und Luzern, dass Findelkinder jenen Gemeinden, in denen sie gefunden werden, angehören¹⁾. Die gleiche Bestimmung enthielt schon früher das Solothurn'sche Gesetz²⁾, währenddem in den Kantonen Uri³⁾ und Obwalden⁴⁾, dieselben dem ganzen Lande angehören, und in letzterem Kanton in die Kategorie der Tolerirten eintreten. Im Kanton Zug⁵⁾ endlich werden die Findelkinder wie Heimathlose behandelt und von Staatswegen eingebürgert.

1) Bürgerl. Gesetzbuch §. 314. B. Ges. für den Kt. Luzern §. 21.

2) Bürgerl. Gesetzbuch §. 56 Abs. 2.

3) Landbuch §. 12, Titel IX. und §. 16. des Gesetzes von 1857.

4) Gesetz von 1834.

5) Grossrathsbeschluss vom März 1852.

Zweiter Abschnitt.

Privatrecht.

Erste Abtheilung.

Das Familienrecht.

§. 9.

Allgemeines.

Im Allgemeinen bestimmt das Familienrecht die Verhältnisse, in welchen der Mensch als Glied der Familie, — der auf Geschlechtsvereinigung und Erzeugung beruhenden, und von der in diesen Thatfachen wurzelnden Liebe beseelten Verbindung — steht, und macht sie, soweit sie dieser juristischen Gestaltung fähig sind, zu Rechtsverhältnissen. Die Familienverhältnisse sind theils spezielle: die Ehe, das elterliche und das Kinds-Verhältniss; theils allgemeine, der Verwandtschaft und der Schwägerung.

Da wir, wie bereits früher bemerkt, jene Verhältnisse, welche uneheliche Kinder, als Personen mit Ehelichen gemein haben, übergehen, fallen hier vorab jene Beziehungen, in die das uneheliche Kind durch die Ehe oder eheliche Zeugung tritt, weg. Es kann sich desshalb vorliegend um sein Verhältniss zur Gattin oder umgekehrt zum Gatten, zu dessen Verwandten oder Kindern nicht handeln, sondern nur um seine Beziehungen zu seinem eigenen ausserehelichen Vater, Mutter und deren Verwandtschaft.

Und hier scheint sich die ausnahmsweise Stellung des

unehelichen Kindes, welche es mit dem Ehelichen nicht gemein hat, um die Frage zu drehen, ob es in die Familie des Vaters oder der Mutter trete, ob und in wie weit es als Folgerung aus diesem Verhältnisse auf den Namen des Vaters oder der Mutter Anspruch habe, ob es durch die Zeugung in die väterliche Gewalt trete, welche Rechte auf Erziehung und Unterhaltung durch die uneheliche Zeugung und Geburt erworben, und endlich auf welche Weise ihm eine Gleichstellung mit den ehelich erzeugten Kindern ermöglicht werde.

In diesen angeführten Rechtsbeziehungen liegt die ausnahmsweise Stellung der unehelichen Kinder bezüglich des Familienrechtes, welche demnach einer nähern Untersuchung und Darstellung zu unterlegen sind.

§. 10.

Die Stellung zur Familie der Eltern.

Nach römischem Rechte war der Grund der Cognation schlechthin die Zeugung; aber diese musste gewiss sein. Hinsichtlich des Vaters ist nun natürlich Gewissheit in der Regel nicht möglich; sie wird vertreten durch die Rechtsregel: *pater est quem nuptiae demonstrant*¹⁾.

Wahre Verwandtschaft erfordert Einheit des Blutes²⁾. Eine wandtschaft durch Mannspersonen ist rechtlich nur wirksam und kann nur begründet werden durch eheliche Zeugung.

In Folge dessen hatten nach römischem Rechte ausser-eheliche Kinder keinen Vater und desshalb auch keine väterliche Verwandtschaft³⁾.

Ausnahmen hievon machte das römische Recht nur bei den legitimirten⁴⁾ und bei den aus einer putativen Ehe erzeugten Kindern⁵⁾, und zwar vollständig, indem es diesen die Rechte der ehelichen Kinder restituirte.

Für Konkubinenkinder machte es nur in soweit eine Ausnahme, dass diese, — wenn eine Anerkennung von Seite des

Vaters vorlag, und die Erzeugung nicht in einem Verbrechen geschah, bezüglich der Alimentation und des Erbrechtes von Seite des Vaters, aber nicht dessen Verwandten, den ehelichen gleich gestellt wurden. Ebenso waren in diesem Falle die unehelichen Kinder von den Eheverböten ausgenommen⁶⁾. Uneheliche Kinder gehören demnach nach römischem Rechte nicht zur Familie des Vaters.

Bezüglich ihres Familienverhältnisses zur Mutter war das römische Recht viel milder als die spätern und neuern Gesetzgebungen, indem sie in dieser Beziehung wie eheliche angesehen wurden⁷⁾. Einzig machten auch hier jene *ex complexibus aut nefariis aut incestis aut damnatis* Erzeugten eine Ausnahme, indem diese vollständig rechtlos gestellt wurden, und nicht einmal ein Zwangsrecht auf Alimentatis gegen ihre Eltern hatten⁸⁾.

Nach älterm deutschem Rechte gehören uneheliche Kinder zu gar keiner Familie, weder der des Vaters, noch derjenigen der Mutter⁹⁾. Sie, diese unehelichen Kinder, waren nicht rechtsfähig, sie waren rechtlos. Die Familien-Verhältnisse basirten sich einzig auf eine rechtzeitige Geburt in einer gültigen Ehe¹⁰⁾. Auch das Recht der Adoption solcher unehelicher Kinder war dem Sachsen- und Schwabenspiegel unbekannt¹¹⁾. Einzig zum Könige, als dem Oberhaupte des Reiches, standen die unehelichen Kinder in einem gewissen Familienverhältnisse, nämlich in dem des Schutzes. Die alte deutsche Familie fusste sich einerseits auf die Wehr, anderseits auf den Schutz; das waren die zwei wesentlichen Elemente, die allen Familienverhältnissen zu Grunde lagen, und diese wurden durch die Thatsache der ehelichen Zeugung hervorgebracht. Da nun gerade dieser letztere Entstehungsgrund bei den unehelichen Kindern fehlte, und sie dem Vater gegenüber weder in einem Schutz- noch Wehrverhältnisse standen, ging durch eine Fiktion der Schutz derselben auf den König über, und diesem gegenüber hatten sie die Wehrpflicht. Diese

Verhältnisse freilich erlitten durch das Eindringen des römischen und kanonischen Rechtes wesentliche Modifikationen, so dass gegenwärtig, so weit die Landesstatuten nichts anderes bestimmen, die römische Norm für die *liberi naturales* als massgebend darf angesehen werden.

In den neuern Gesetzgebungen regelte sich die Stellung der unehelichen Kinder wesentlich nach zwei grossen oder Hauptsystemen. Einige nahmen an, das aussereheliche Kind folge in den zwei Hauptbeziehungen, nämlich des Heimathsrechtes und des Geschlechtsnamens dem Vater, und hiessen dieses System das des *Paternitätsgrundsatzes*. Andere dagegen stellten umgekehrt den Grundsatz auf: das Kind folge in den angegebenen Beziehungen der Mutter, und bezeichnen dieses System als das der *Maternität*¹²⁾. In dieser ersten Beziehung trat sodann das Kind, wenigstens in gewissen Beziehungen, namentlich des Heimathsrechtes, des Namens und oft auch der Unterhaltungspflicht in die Familie des Vaters, d. h. es wurden dadurch gewisse Familienverhältnisse zwischen ihm und dem Vater begründet, wobei sich diese jedoch nur auf den Vater, nicht auf dessen Verwandtschaft bezogen. — In Beziehung auf den letztern oder Maternitätsgrundsatz fielen alle diese Wirkungen gegenüber dem vermeinten Vater weg, und traten einzig gegenüber der Mutter in Wirksamkeit, wobei jedoch einzelne Gesetze mit dem Maternitätsgrundsatz das Recht auf eine Alimentation verbinden.

Es ist für das richtige Verständniss der Gesetzgebungen, wie das der vorliegenden Monographie wichtig, dass man über eine richtige Auffassung der Begriffe: „Maternität“ und „Paternität“ unbedingt im Klaren sei. Dieses ist um so nothwendiger, weil mehrere der neuern Gesetzgebungen das Wort: „Paternität“ in einem andern als dem hier angegebenen Sinne auffassen. So folgt z. B. in den Kantonen Zürich, Thurgau, Schwyz, Zug u. s. w. das uneheliche Kind unter allen Umständen bezüglich des Namens und des Heimathrechtes der

Mutter, und doch benennen diese Gesetze den Beklagten im Alimentationsprozeß Vater, und die daherige Klage Vaterschaftsklage; eine Benennung, die nach dem Gesagten sich nicht rechtfertigt.

Unstreitig dürfte im Abgange einer ehelichen und von daher rechtlich gewissen Zeugung des Vorhandenseins der väterlichen Gewalt als das geeignetste Merkmal erscheinen, um das Verhältniß des unehelichen Kindes zu seinem muthmasslichen Erzeuger als dasjenige des Vaters nachzuweisen. Da aber dieses Verhältniß selbst in jenen Ländern, in denen der ausgedehnteste Paternitätsgrundsatz gilt, nicht vorhanden ist, müssen anderweitige Merkmale für diese Begriffsbestimmung gefunden werden. Als solche nun erscheinen: das Recht auf den Namen und die Heimath des Vaters als die geeignetsten. Sie finden sich bei jeder ehelichen Geburt als die Folge des Vaters- und des Kinds-Verhältnisses. Da wo sie das Gesetz auf den außerehelichen Erzeuger überträgt, überbindet es diesem gewisse Attribute des ehelichen Vaters. Von daher sind gerade diese zwei angegebenen Verhältnisse wohl die geeignetsten Merkmale, um das Vorhandensein einer außerehelichen Vaterschaft zu konstatiren.

Eine Alimentationspflicht von Seite des Schwängerers gegenüber dem Kinde und dessen Mutter darf dagegen nie als ein Kinds- und Vaters-Verhältniß angesehen werden. Sie involvirt kein einziges Recht und keine einzige Pflicht, die das eheliche Familienleben charakterisiren. Der eheliche Vater hat keine in Geld ausgedrückte Unterhaltungspflicht, sondern diese ist unbestimmt und nur durch seine Verhältnisse begrenzt. Die Unterhaltungspflicht des ehelichen Vaters erlischt nicht nach einer Reihe bestimmter Jahre, und die Pflicht selbst wie deren Umschreibung wird durch einen jedem Wesen inwohnenden sympathetischen Trieb und einer durch die Liebe be-seelten Regung geordnet. Aber alle diese Merkmale der Unterhaltungspflicht in der Ehe sucht man vergebens in der

heutigen Alimentationspflicht der unehelichen Väter, welche auf eine bestimmte Reihe von Jahren, und jährlich auf eine in Geld ausgedrückte Summe lautet. In Wirklichkeit ist diese Pflicht nichts anders, als die Pflicht zum Schadenersatz, verursacht aus einer rechtswidrigen Handlung; und die daherige Klage gestaltet sich als eine reine Zivil- und keineswegs als eine Vaterschaftsklage.

Das Verbot der Vaterschaftsklage und somit den Maternitätsgrundsatz mit allen seinen Konsequenzen stellt der Code Napoleon auf¹³). Einzig bei der Entführung gestattet dieses Gesetz eine Ausnahme, indem in solchen Fällen, wenn die Entführung mit der Empfängniss übereinstimmt, der Entführer als der Vater des Kindes erklärt werden kann¹⁴). Die unehelichen Kinder folgen nach diesem Gesetze, sowohl bezüglich des Heimathsrechtes als des Namens, der Mutter. Diese Grundsätze haben auch in jenen Ländern, in denen der Code Napoleon angenommen wurde, wie in Baden, Belgien, Holland, Neapel und Genf, Geltung erhalten.

Das preussische Landrecht erklärt zwar ausdrücklich, dass uneheliche Kinder weder in die Familie des Vaters noch der Mutter eintreten¹⁵), folgt aber dabei der französischen Ansicht bezüglich des Heimathrechtes und des Namens, und huldigt somit ebenfalls dem Maternitätsgrundsatz. Freilich sucht es sodann den Paternitätsgrundsatz auf eine andere Weise zu begünstigen, nämlich durch die diesem Rechte eigenthümliche Art der Entschädigungsklage. Nach dem preussischen Rechte hat die Geschwächte, neben den Kosten, das Recht zur Klage auf verweigerte Ehe, wenn die Schwängerung unter einem Eheversprechen stattgefunden. Ist das Versprechen bewiesen, muss der Schwängerer die Ehe vollziehen. Weigert er sich, so kann die Ehe gerichtlich ausgesprochen werden, und dadurch erhält die Geschwächte das Recht der Ehefrau. Durch diese gerichtlich ausgesprochene Ehe erhält sodann das Kind, als ein durch nachfolgende Ehe legitimirtes, die Rechte der

ehelichen Geburt, und tritt auf eine solche Weise in die Familie des Vaters ein. Der gerichtlich als Ehemann Erklärte hat zwar auch dann noch das Recht, in das eheliche Verhältniss nicht einzutreten, gibt aber dadurch der Ehefrau gerade das Recht zu einer zweiten neuen Klage, der auf Entschädigung, wodurch das Familienverhältniss des Kindes zum gerichtlich ausgemittelten Vater nicht geändert wird¹⁶).

Ein gleiches Recht hat die Geschwächte, wenn die Schwängerung mit Nothzucht verbunden war. In allen andern Fällen tritt das uneheliche Kind in keine weitem Familienverhältnisse zum Vater und nur in gewisse beschränkte Beziehungen zur Mutter¹⁷).

Das englische Recht dagegen lässt nur eine Klage auf Alimentation zu, wesshalb es mehr dem französischen ähnlich erscheint¹⁸).

Das österreichische Gesetzbuch dagegen huldigt dem Paternitätsgrundsatz. Wer nach diesem Gesetzbuche in der durch die Gerichtsorganisation vorgeschriebenen Weise überwiesen ist, dass er der Mutter eines ausserehelichen Kindes innerhalb des Zeitraumes beiwohnt, von welchem bis zu ihrer Entbindung nicht weniger als sechs und nicht mehr als zehn Monate verstrichen sind, von dem wird vermuthet, dass er das Kind erzeugt habe. Ja, dieses Gesetz geht in Begünstigung des Paternitätsgrundsatzes so weit, dass ein bewiesenes aussergerichtliches Geständniss als ein Beweis für die Vaterschaft anzunehmen ist¹⁹). In dieser Beziehung bildet demnach das österreichische Gesetzbuch so ziemlich den vollendeten Grundsatz zu dem angeführten französischen Rechte.

Wenden wir uns nun bei der Schilderung der Stellung unehelicher Kinder im Allgemeinen zu ihren Eltern, von diesen angeführten Gesetzgebungen zu dem schweizerischen Rechte, so ergibt sich auf den ersten Blick, dass dieses nicht ohne Beeinflussung dieser ausländischen Gesetze sich zu dem ausgebildet hat, was es gegenwärtig ist. — Die Bekanntschaft

unserer einflussreichsten schweizerischen Gesetzgeber auf deutschen Hochschulen mit diesen neueren kodifizirten Gesetzgebungen, welche seiner Zeit nicht geringes Aufsehen erregten, die mächtigen Nachbarstaaten, welche dieselben annahmen, — alle diese Umstände konnten nicht verfehlen, schweizerische Gesetzesredaktoren bei Abfassung ihrer Gesetzbücher auf das eine oder andere dieser Werke, als auf ein Muster hinzuweisen, und, je nachdem ein System der bestehenden Gesetzgebung sich näherte, oder den Volksansichten entsprach, dasselbe seinen wesentlichen Bestimmungen nach zu adoptiren, wobei freilich einzelne Eigenthümlichkeiten beibehalten wurden. So sehen wir, dass z. B. Genf den Code Napoleon auch für diesen Freistaat zum Gesetze erhob und die Zivilgesetzbücher für die Kantone Bern und Luzern vielseitig dem österreichischen wörtlich nachgebildet wurden. Wie demnach auch bezüglich der vorwüflichen Materie das französische und österreichische Gesetz einander gerade entgegengesetzte Ansichten aufstellten, theilten sich auch die schweizerischen Ansichten, je nachdem bestehende gesetzliche Bestimmungen oder die Volksansichten mehr zum Einen oder Andern hinzogen. Im Allgemeinen nun neigte sich die französische und italienische Schweiz mehr zum Maternitätsgrundsatz; dagegen die deutsche mehr zum Paternitätsgrundsatz. Ebenso interessant ist eine fernere Erscheinung, dass im Allgemeinen die katholischen Kantone für den Paternitätsgrundsatz, dagegen die Protestanten eher für den Maternitätsgrundsatz waren, was vielleicht mit der Auffassung des Eheinstitutes in einem nicht zu entfernten Zusammenhange stand. Dass dabei bei beiden Systemen einzelne Modifikationen vorkommen, darf um so weniger befremden, da nicht selten von einem Systeme zum andern übergegangen und schonende Uebergänge gesucht wurden.

Genf²⁰⁾, Neuenburg²¹⁾ und Tessin²²⁾ verbieten analog dem französischen Rechte jede Vaterschaftsklage und huldigen demnach vollständig dem Maternitätsgrundsatz. In den Kan-

tonen Schwyz²³⁾, Zug²⁴⁾, Graubünden²⁵⁾, St. Gallen²⁶⁾, Appenzell Ausser-Rhoden²⁷⁾, Thurgau²⁸⁾, Zürich²⁹⁾, Schaffhausen³⁰⁾, Basel-Stadt³¹⁾, Basel-Land³²⁾, Aargau³³⁾, Solothurn³⁴⁾ und Waadt³⁵⁾ folgen die unehelichen Kinder, bezüglich dem Heimathsrecht und dem Geschlechtsnamen, der Mutter, und von daher besteht auch in diesen Kantonen der Maternitätsgrundsatz.

Den Paternitätsgrundsatz haben dagegen die Gesetzgebungen der Kantone Luzern³⁶⁾, Uri³⁷⁾, Nidwalden³⁸⁾, Obwalden³⁹⁾, Glarus⁴⁰⁾, Appenzell Inner-Rhoden⁴¹⁾, Freiburg⁴²⁾ und Wallis⁴³⁾ als Norm angenommen.

Der Maternitätsgrundsatz besteht demnach in 13 Kantonen und 3 Halbkantonen; dagegen der Paternitätsgrundsatz in 5 Kantonen und 3 Halbkantonen.

Die Frage nun, welches von diesen zwei Systemen das bessere sei, ist schon häufig in den gesetzgebenden Versammlungen wie in der Presse behandelt worden, und zweifelsohne mit Recht. Zachariä bemerkt ganz richtig: „Alle Fragen, welche den Rechtszustand unehelicher Kinder betreffen, sind von besonderer Wichtigkeit. Bei diesen Fragen stehen die heiligsten Forderungen der Menschlichkeit und die Rücksichten, welche der Gesetzgeber auf den Geist der Verfassung und auf andere in der Erfahrung gegebene Verhältnisse zu nehmen hat, nicht selten mit einander im Widerspruche. Uneheliche Kinder sind ohnehin dem Unglücke verfallen. Allemal fehlt ihrer Erziehung das, was durch Nichts zu ersetzen ist, — das gute Beispiel ihrer Eltern“⁴⁴⁾.

Aber auch abgesehen von diesen allgemeinen Gründen, hat die Frage in den einzelnen Kantonen in letzter Zeit eine um so grössere Bedeutung erhalten, da nach Art. 48 der Bundesverfassung vom Jahre 1848 jeder Eidgenosse in den einzelnen Kantonen die gleichen Rechte des Kantonsbürgers selbst geniesst; von woher es kommt, dass Weibspersonen aus Kantonen, in denen der Maternitätsgrundsatz gilt, gegen Angehörige solcher Kantone, die sich zum Paternitätsgrund-

sätze bekennen, klagen können, während umgekehrt Weibspersonen aus letzern Kantonen gegen Angehörige aus erstern Kantonen kein Klagerecht zusteht⁴⁵).

Gegen den Paternitätsgrundsatz und für den der Maternität spricht am meisten der Umstand, dass jede Vaterschaft nur eine hypothetische und nie eine ausgemittelte sein kann. Gilt dieses Axiom selbst von der Vaterschaft in der Ehe, muss es um so bedeutsamer bei der Zeugung ausser der Ehe werden, da wo gewöhnlich nur auf das Zeugniß der Mutter, welche gleichzeitig Klägerin ist, abgestellt werden muss. Selbst der Eid dieser letztern vermag diesen Einwand nicht zu schwächen, weil eben dieses Beweismittel ein einseitiges und das Resultat eines gesetzlichen Privilegiums ist. Die Einschränkungen der Eidesfähigkeit, womit man dieses Privilegium als annehmbar und weniger auffallend hinstellen will, hätten nur dann etwas wirklich Sicherndes, wenn angenommen werden könnte, jede Weibsperson, welche sich nicht in einem von dem Gesetze vorgesehenen Ausnahmefällen befände, könnte unmöglich das Recht der Eidesablegung missbrauchen. Allein diese Ausnahme wäre eben so unbegründet, als alles andere zur Vertheidigung dieser Ansicht Angebrachte⁴⁶). Und nun widerstreitet es, und wohl mit Recht, der juristischen Auffassung, Jemanden auf einen Verdacht hin, wenigstens ohne rechtsgültigen Beweis, eines Vergehens schuldig zu erklären, welche Schuldigerklärung so wichtige Folgen für ihn, seine soziale Stellung, seine Familie und Heimathsgemeinde nach sich zieht. Und doch treten in allen kontradiktorischen Fällen diese Folgen auf das Zeugniß der Klägerin ein, und das ist's besonders, was von jeher die juristische Bildung gegen den Paternitätsgrundsatz eingenommen hat. Neben diesem kaum zu widerlegenden Einwurfe gegen den Paternitätsgrundsatz erscheint auch überdiess die Art des Beweismittels — der Klägerin, — welche vom Grundsätze selbst wohl unzertrennlich ist, sehr gefährlich. Da ist eigentlich die Ehre des Mannes,

die Zivilfolgen eines Strafprozesses nur zu oft einzig entweder dem Muthe oder der Frechheit eines immerhin gefallenen Weibes überantwortet, dessen Lage, dessen Ehrgefühl und nicht selten dessen Noth und Hunger dasselbe zur Ausmittlung eines wahren oder gesuchten Vaters hintreibt⁴⁷⁾.

Mit Rücksicht auf das bisher Angebrachte wird dann ganz sicher und mit Recht die Unsicherheit der Familie gegen den Paternitätsgrundsatz angeführt, so wie der Umstand, dass dieses System als eigentlicher Industriezweig zu Erpressungen führen kann und unzweifelhaft dazu nicht selten benutzt wird.

Das System des Paternitätsgrundsatzes, wie es in den Kantonen Luzern, Uri, Unterwalden, Glarus, Freiburg und Wallis zur Stunde noch gilt, lässt sich demnach von allen diesen Gesichtspunkten aus nicht vertheidigen. Freilich zu Gunsten dieses Systems wird mit anscheinbarer Richtigkeit eingewendet: es sei eine Lüge, dass das uneheliche Kind keinen Vater und nur eine Mutter habe; es sei dieses um so sicherer unwahr, als eine Zeugung ohne Mitwirkung des Mannes physisch unmöglich sei. Allein man bedenkt nicht, dass wenn auch diese Ansicht im Allgemeinen richtig ist, sie im konkreten Falle keine Anwendung finden kann, weil eben die Vaterschaft nie sicher ausgemittelt werden kann. — Die oft gehörte Behauptung ferner: das weibliche Geschlecht sei das schwächere und es bilde desshalb das Paternitätssystem ein Surrogat für diese Weniger-Kraft, ist ebenso unstichhaltig. Vorab ist die Ansicht, dass das weibliche Geschlecht gerade in den vorwürfigen Beziehungen das schwächere sei, eine vielseitig bestrittene⁴⁸⁾. Sodann darf es doch keinem Gesetzgeber einfallen, diese Weniger-Kraft in einer solchen Weise zu bevorzugen, dass dadurch der kräftigere Mann seine eigentliche Rechtssicherheit gegenüber einem privilegierten Beweise vollständig verliert. Manche uneheliche Zeugung ist zweifels- ohne nicht die Folge weiblicher Schwäche, sondern die Frucht sonst unmöglicher Hoffnungen. — Dass im fernern die Ein-

führung des Maternitätsgrundsatzes die Zahl der unehelichen Kinder vermehre, ist eine durch die Statistik vollständig widerlegte Thatsache⁴⁹⁾. „Wenn“, sagt Zachariä, „die Allmacht des Geschlechtstriebes bei der Erzeugung der unehelichen Kinder eine so grosse Rolle spielt, darf man dann überhaupt wohl hoffen, dem Uebel durch Gesetze Einhalt zu thun? Man mag nun die Vaterschaftsklage für statthaft oder unstatthaft erklären, Gesetze sprechen zur Vernunft und nicht zur Leidenschaft. Mit den Gesetzen, welche die Vaterschaftsklage betreffen, hat es zudem noch die eigenthümliche Bewandniss, dass sie nicht die That selbst — den ausserehelichen, fleischlichen Umgang — sondern nur die ursprünglich ungewissen Folgen dieses Verbrechens, die aussereheliche Erzeugung eines Kindes, mit einem Rechtsnachtheile belegen können“⁵⁰⁾. Mit Rücksicht auf diese ganz richtigen Bemerkungen, an der Hand der Statistik, darf mit Recht behauptet werden, weder das eine noch das andere System sei der Grund zur Vermehrung ausserehelicher Kinder, — die Faktoren, welche dieses Resultat bedingen, liegen ausser dem Kreise der hieher bezüglichen Gesetzgebungen, — und jedenfalls liege in den gewonnenen Erfahrungen kein Grund, an den Paternitätsgesetzgebungen fest zu halten⁵¹⁾. Ziemlich das ganz Gleiche gilt von der Behauptung: der Maternitätsgrundsatz vermehre die Kindsmorde, indem auch hiefür weder in den statistischen Erfahrungen, noch in andern Gründen eine Motivirung für diese Ansicht gefunden werden kann⁵²⁾. Nicht selten begegnet man endlich in einzelnen Schweizerkantonen der Befürchtung: durch den Maternitätsgrundsatz werden grössere Städte gegenüber den Landgemeinden bevorthcilt, indem viele Mädchen ab dem Lande gezwungen seien, in den Erstern Dienst zu suchen, daselbst zum Falle gebracht, ohne dass der städtische Gemeindeverband in Mitleidenschaft gezogen würde. Allein auch dieser Einwurf ist nicht neu; er wurde 1820 im Kanton Bern recht lebhaft befürwortet und ebenfalls durch

die Statistik, der besten Lehrerin in solchen Angelegenheiten, widerlegt⁵³).

Und nun alle diese mit Recht hervorgehobenen nachtheiligen Folgen und Rechtsverletzungen treffen, abgesehen, dass, wie wir gezeigt, die erhobenen Befürchtungen unrichtig sind, beim Maternitätsgrundsatz nicht ein. Die Mutterschaft ist keine Vermuthung, sie ist eine Gewissheit. Sie ist ein Uebel, weil sie eine Folge der Sünde ist; aber sie ist und bleibt Gewissheit. Mit Recht treffen daher die Folgen vorab die Thäterin, und zwar nicht die vermuthete, sondern die wirklich ausgemittelte. Und von daher stehen wir nicht an, uns für die allgemeine Einführung des Maternitätsgrundsatzes zu erklären, weil wir diese allein als mit den richtigen und mit geordneten Rechtszuständen vereinbar anzusehen vermögen⁵⁴).

Es wird unsern Lesern nicht entgehen, dass wir bei den obigen Erörterungen nur die zwei Hauptsysteme im Allgemeinen im Auge hatten, ohne zwei Punkte, die den Maternitätsgrundsatz wesentlich modifiziren, in's Auge zu fassen; wir meinen die Alimentationspflicht von Seite des Schwängerers, und das Anerkennungsrecht von Seite des ausserehelichen Vaters.

Anbelangend nun diesen erstern Punkt, werden wir denselben weiter unten, im §. 19, ausführlicher behandeln müssen; dagegen jetzt noch, um hier nicht unvollständig zu sein, das letztere berühren.

Der Code Napoleon stellte den Grundsatz auf, dass ein uneheliches Kind von seinem Vater anerkannt werden kann⁵⁵). Dieses Gesetz räumt somit nicht dem Kinde ein Recht gegenüber dem Vater ein, dass es nöthigenfalls mit einer Klage verfolgen könnte, sondern nur dem Erzeuger. Dieses Recht auf Seite des Vaters ging dann auch, wie bereits oben gezeigt, in mehrere schweizer'sche Gesetze über, und es entsteht hier die Frage, ob eine solche Befugniss auch juristisch begründet sei? — Wir unserseits vermögen nun in einer solchen

Anerkennung nichts als das Resultat einer individuellen Freiheit zu erblicken, welche durch das Gesetz nur dann beschränkt werden darf, wenn die Beschränkung zur Erhaltung der Gesammtheit unumgänglich nothwendig ist. Diese Nothwendigkeit erscheint uns nun bei der vorwürfigen Materie nicht vorhanden. Aus Rücksichten der allgemeinen Rechtsordnung lässt sich dagegen kaum etwas einwenden. Die Rechtsunsicherheit, welche den Paternitätsgrundsatz bedingt, ist hier nicht vorhanden; denn hier wird nicht auf das zweifelhafte Zeugniß der Mutter, sondern auf den Verzicht jeder Einrede abgestellt, und desshalb die Vaterschaft als eine in rechtlicher Beziehung ausgemittelte Gewissheit angenommen. — Eben so wenig könnte aus moralischen Gründen Bedenken dagegen erhoben werden, indem gerade dem Urheber der Schwangerschaft Gelegenheit gegeben wird, das Vergehen, soweit es im Bereiche menschlicher Macht liegt, gut zu machen. Der einzige Grund, den man gegen dieses Rechtsinstitut geltend machen kann, ist der, dass es zum Nachtheile von Gemeinden könnte missbraucht werden in jenen Ländern, in denen die Gemeinden oder Kirchspiele ihre Armen gesetzlich erhalten müssen. Allein der mögliche Missbrauch eines Institutes berechtigt noch keineswegs, dasselbe zu verwerfen. Der menschliche Verstand im Vereine mit der Freiheit, welch' letztere den Menschen einzig zum vollen Menschen macht, vermag das Beste und Höchste zu missbrauchen. — Sodann dürfen wegen einzelner Ausnahmefälle nicht die Freiheiten Aller eingeschränkt werden. Endlich vermag die Gesetzgebung in dieser Beziehung die Gemeinden grösstentheils vor Nachtheilen zu schützen, wenn sie die Anerkennung des unehelichen Kindes von Seite seines Vaters an gewisse öffentliche Formen knüpft, um so einerseits den Gemeinden Gelegenheit zu geben, eine solche stattfindende Thatsache zu kennen, und anderseits gegen einen nachweisbaren Betrug ihre gesetzlichen Vorkehrungen zu treffen. — Das Recht des Vaters, sein aussereheliches Kind anzuerkennen,

erscheint uns demnach ebenso richtig als billig, und der mögliche Missbrauch dieses Rechtes ist nicht geeignet, diesem Institut die Aufnahme in die Gesetzgebung zu verweigern, oder dasselbe einmal aufgenommen, wieder zu entfernen.

¹⁾ L. 5. D. de jure vocat (2. 4). — Das römische Recht unterschied bei den liberi illegitimi solche, welche entweder

1) Ex damnato coitu, und zwar

a) Incestuosi, wenn aus Blutschande,

b) Adulterini, wenn aus Ehebruch

2) oder aus einer sonstigen ausserehelichen Geschlechtsverbindung hervorgegangen, nämlich

a) Naturales, aus dem Concubinat erzeugt,

b) Vulgo quaesiti, mit feilen Dirnen erzeugt,

c) Spurii, mit einer andern ledigen Weibsperson erzeugt.

²⁾ Thibaut, System des Pandektenrechtes. Band II, §. 234.

³⁾ Nov. 88. Cap. 4. — Thibaut, am angeführten Orte. II. Band, §. 682. — Puchta, Pandekten, III. Auflage, Leipzig, 1845.

⁴⁾ Cap. 2, 8, 11, 14, 15, X, qui filii sunt legitimi. Thibaut, am angeführten Orte.

⁵⁾ L. 14, §. 2 D. de ritu nuptiarum.

⁶⁾ §. 3, J. de L. l. Orphit (3, 4).

⁷⁾ Const. 6, de incestis nuptiis (5, 5), Novel. 12 Cap. 1 u. 3.

⁸⁾ Gleiche Note Nr. 1.

⁹⁾ Mittermaier, deutsches Privatrecht, V. Ausgabe, 1838, §. 458.

¹⁰⁾ Zöpfel, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, II. Band.

¹¹⁾ Zöpfel, am angeführten Orte.

¹²⁾ Siehe über diese Definition: Dr. Casimir Pfyffer, Bericht über den Entwurf des luzernerischen Maternitätsgrundsatzes an den Grossen Rath vom 9. Mai 1853, abgedruckt in den amtlichen Verhandlungen, Jahrgang 1853. — Zachariä in seiner Abhandlung: „Zur Vergleichung des französischen und englischen Rechtes mit dem gemeinen deutschen Rechte, in der Lehre von dem Rechte unehelicher Kinder, die Paternitäts- oder Vaterschaftsklage anzustellen,“ — in der kritischen Zeitschrift für Rechtswissenschaft und Gesetzgebung des Auslandes; zehnter Band, 1. Heft, 1838, nennt auch die einfache Alimentationsklage eine Vaterschaftsklage, weil dadurch ebenfalls Rechte zwischen dem Vater und dem Kinde verfolgt werden. Diese Bezeichnung nun erscheint nach dem oben Gesagten durchaus unrichtig.

¹³⁾ Code civil, Artikel 340: „La recherche de la paternité est interdite. Dans le cas d'enlèvement lorsque l'époque de cet enlèvement se

raportera à celle de la conception le ravisseur pourra être, sur la demande des parties interessées déclaré père de l'enfant.“

¹⁴⁾ Code civile Art. 340.

¹⁵⁾ Allgemeines Gesetzbuch für die preussischen Staaten. Art. 639 und 640.

¹⁶⁾ Art. 1047—1052, und II. Theil, II. Titel Art. 592 a. a. O.

¹⁷⁾ Art. 1115 und 1116 des angeführten Gesetzes. Alle diese Bestimmungen des allgemeinen Landrechtes erlitten durch das zwischen der Krone und den Kammern vereinbarte Gesetz vom 24. April 1854 wesentliche Veränderungen. So fiel namentlich auch das angegebene Recht der durch Nothzucht zum Falle Gebrachten gegen ihren Schwängerer weg, welches wie eine Ironie auf das an einem unschuldigen Mädchen begangene Verbrechen klang; und jetzt hat es die Klage auf $\frac{1}{4}$ des Vermögens des Schwängerers oder standesgemässe Unterhaltung bis an den Tod, §. 1 des angeführten Gesetzes und §. 785 ff., 1. Titel, II. Theil des Allg. Land-Rechtes. — Das Recht der Klage auf Eingehung der Ehe ist auch den unter Eheversprechen Geschwängerten benommen und sie haben nur das Recht der Klage auf $\frac{1}{6}$ des Vermögens des Schwängerers oder standesgemässe Erhaltung bis an den Tod, §. 2 des angeführten Gesetzes. — Das Gesetz selbst findet sich abgedruckt in der Schrift: „Die Rechte des unehelichen Kindes und seiner Mutter gegen den ausserehelichen Vater.“ Breslau, 1856, Verlag von Hermann Aland.

¹⁸⁾ Dr. Cas. Pfyffer am angeführten Orte. Vergleiche vorzüglich Zachariä ebenfalls am angeführten Orte, welcher das englische Recht mit Bezugnahme auf dortige Armenverhältnisse und Armenordnungen geistreich und ausführlich behandelt.

¹⁹⁾ Zivilgesetzbuch §. 163.

²⁰⁾ Code civil, Art. 340.

²¹⁾ Code civil, Art. 247.

²²⁾ Codice civile, Art. 87.

²³⁾ Gesetz vom 1. Dezbr. 1854, §. 19.

²⁴⁾ Gesetz vom 18. Juni 1855, §. 16.

²⁵⁾ Gesetz vom 1. Jänner 1855, Art. 12.

²⁶⁾ Gesetz vom 23. Juni 1832, Art. 10.

²⁷⁾ Sitten- und Polizeigesetz vom 24. April 1836, Nr. 11; abgedruckt in dem amtlichen Gesetzesbände von 1854, S. 106.

²⁸⁾ Bürgerl. Gesetzbuch vom 1. März 1860, §. 246.

²⁹⁾ Bürgerl. Gesetzbuch. — Bezüglich der Annahme von Seite des Gesetzes, dass die Kinder dem Namen und dem Heimathsrechte der Mutter folgen, sagt Dr. Bluntschli in seinem Kommentar zum zürcheri-

schen Gesetzbuche: „Diese Modifikation ist eine prinzipielle Verbesserung, indem nur die eheliche Geburt innerhalb der Familie des Vaters vor sich geht, nur diese mit einem Gliede vermehrt wird, währenddem die aussereheliche Geburt ausser dem Hause des Vaters und vorzugsweise als Frucht des Falles der Mutter erscheint. Sodann hat dieselbe auch wohlthätige praktische Folgen, theils indem die Betheiligung und der Streit zweier Heimathsgemeinden, — der Mutter und des Vaters vermieden, — theils das Verhältniss zu den Ländern, wo, sei es überhaupt, sei es in dieser Beziehung, der Grundsatz der Maternität gilt, günstiger wird, während bisher die zürcherischen Gemeinden der doppelten Gefahr ausgesetzt waren, theils als Heimathsgemeinden von im Auslande geschwängerten Zürcherinnen, theils als Heimathsgemeinde der unehelichen Väter angesprochen zu werden, welche einer Nichtzürcherin beigewohnt hatten. Auch mochte es wohl geschehen, dass Versuche gemacht wurden, einer Gemeinde durch Anerkennung eines falschen Vaters uneheliche Kinder aufzuladen, was nun wieder nicht möglich ist.“

³⁰⁾ Eherecht für den Kanton Schaffhausen §. 210, abgedruckt in der offiziellen Sammlung der für den eidgenössischen Stand Schaffhausen geltenden Gesetze, Verordnungen und Verträge, A. Gesetze, 1851.

³¹⁾ Ehegerichts-Ordnung von 1837 §. 91.

³²⁾ Bürgerrechtsgesetz vom 24. August 1835 §. 22.

³³⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §. 226.

³⁴⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §. 304.

³⁵⁾ Loi sur les enfents naturells du 1. Décembre 1855, Art. 189.

³⁶⁾ Es mag hier nicht uninteressant sein, zu bemerken, dass schon im siebenzehnten Jahrhundert im Kanton Luzern der Paternitätsgrundsatz im ausgedehntesten Maasse die Oberhand hatte. Das ehemalige Stadtrecht, Titel X, gedruckt anno 1706, sagt: „Hierumb ist gesetzt, wo eine Weibsperson geschwängert wird, sie auch das Kind auf die Welt gebährt, wenn eine solche in ihren Kindsnöthen als den rechten Vater angibt und ihm das Kind zutauften lässt, soll derselbe auf solches hin das Kind zu sich nehmen, er könnte dann seine Unschuld genugsamb darbringen, oder solches aus einem andern erweislich machen.“

³⁷⁾ Gesetz vom 3. Mai 1857, §§. 6 u. 7.

³⁸⁾ Bürgerl. Gesetz §. 104.

³⁹⁾ Angef. Gesetz §. 33.

⁴⁰⁾ Angef. Gesetz Art. 6.

⁴¹⁾ Brander a. a. Orte.

⁴²⁾ Zivilgesetzbuch §. 229.

⁴³⁾ Zivilgesetzbuch §. 238 und folg.

⁴⁴⁾ Am angef. Orte, S. 2.

⁴⁵⁾ In den Jahren 1848, 1849, 1850, 1851 und 1852 wurden einzig im Kanton Luzern, wo der Paternitätsgrundsatz gilt, von 34 Nicht-luzernerinnen Klagen gegen Angehörige dieses Kantons gestellt, und zwar aus dem Aargau 14, Solothurn 2, Uri 2, Zürich 4, Zug 3, Glarus 1, Unterwalden 5, Thurgau 1, Waadt 1 und Schwyz 1. — Vergl. Dr. Casimir Pfyffer am oben angef. Orte.

⁴⁶⁾ Das bernerische Obergericht bemerkte schon im Anfange der Zwanzigerjahre, bezüglich der Art und Weise, wie solche Eide geleistet werden, wohl ganz richtig in einer Eingabe an die Regierung: „Wenn man die Klägerin befragte, ob der anwesende Vater der einzige Mann sei, mit dem sie sich in verbotenen Umgang eingelassen, so lautet ihre Antwort gewöhnlich: „er ist der Vater des Kindes!“ und starrsinnig beharrt sie gewöhnlich auf dieser Fügung ihrer Worte. Wurde der Beklagte gefragt, ob er mit der Klägerin unerlaubten Umgang gepflogen, so konnte man selten eine andere Antwort von ihm herausbringen, als die: „ich bin nicht der Vater des Kindes.“ Beide Aussagen stützen sich auf einen geheimen Rückhalt und der Eid musste folgen.“ — Bernerischer Verwaltungsbericht von 1814 bis 1830.

⁴⁷⁾ Diese Folgen alle wurden 1820 im Kanton Bern umfassend behandelt, die amtlichen Berichte führen namentlich an, dass der Paternitätsgrundsatz die Anzahl der unehelichen Kinder vermehre, der Brandschatzung und dem Väter- und Männerkauf Vorschub leiste; nicht selten die gesellige Ordnung in der Ehe bedrohe und störe; durch die Eidesformalität die Moral und Religion auf Seite der Schwörenden gefährde und namentlich bei überhand genommener Gewohnheit des Kiltganges Weibspersonen veranlasse, reiche Jünglinge zu verführen, um so sich die Ehe mit denselben zu sichern. — Vergleiche angeführte Amtsberichte.

Was sich übrigens in diesen Beziehungen gegen den Paternitätsgrundsatz sagen lässt, findet sich wohl am geistreichsten zusammengestellt in der Rede von Staatsrath Bigot-Préameneu, gehalten den 11. März 1803 in der gesetzgebenden Versammlung, womit er den Vorschlag des code civil einbegleitete: „Depuis long-temps, dans l'ancien régime, un cri général s'était élevé contre les recherches de paternité. Elles exposaient les tribunaux aux débats les plus scandaleux, aux jugemens les plus arbitraires, à la jurisprudence la plus variable. L'homme dont la conduite était la plus pure, celui dont les cheveux avaient blanchi dans l'exercice de toutes les vertus, n'étaient point à l'abri de l'attaque d'une femme impudente, ou d'enfans qui

lui étaient étrangers. Ce genre de calomnie laissait toujours des traces affligeantes. En un mot, les recherches de paternité étaient regardées comme le fléau de la société.

Vide hierüber ausführlicher bei: Locre, Baron, sur la législative civile et criminelle de la France. Tome VI, Paris 1827, pag. 119, 179 und 183.

⁴⁸⁾ Namentlich auch von Zachariä am angef. Orte, S. 32 u. 33.

⁴⁹⁾ Wir verweisen diessfalls auf die am Schlusse dieser Abhandlung enthaltene Statistik. Um übrigens die Ansicht zu widerlegen, dass der Maternitätsgrundsatz die Anzahl der unehelichen Kinder vermehre, genügen folgende Angaben: Nach der „Statistik der Schweiz“ von Franscini hatten nach durchschnittlicher Berechnung in den Jahren 1850, 1851 und 1852 folgende Kantone, in denen der Maternitätsgrundsatz galt,

1) Bern	4,8 uneheliche Kinder,
2) Neuenburg	4,1
3) Genf	8,3
4) Aargau	6,11
5) Baselstadt	3,3
6) Schaffhausen	6,7
7) Appenzell A.-Rh.	4,2

Dagegen hatten folgende Kantone, in denen der Paternitätsgrundsatz galt, in der gleichen Periode:

1) Luzern	9,7 uneheliche Kinder,
2) Glarus	1,8
3) Zug	2,0
4) Graubünden	2,6
5) Freiburg	6,8
6) Appenzell I.-Rh.	4,2
7) Waadt	5,
8) Thurgau	4,4

Fast die gleichen Resultate gewinnt man aus einer Zusammenstellung aus den Jahren 1854, 1855 und 1856.

Hienach hatten folgende Kantone, in denen der Maternitätsgrundsatz gilt, in pCt. berechnet, uneheliche Kinder:

1) Solothurn	9,64
2) Bern	7,57
3) Genf	7,43
4) Aargau	6,59
5) St. Gallen	5,09
6) Neuenburg	3,74

7) Appenzell A. -Rh. 3,51

8) Baselstadt 2,74

Die Kantone, in denen dagegen der Paternitätsgrundsatz gilt, wiesen auf folgendes Verhältniss:

1) Luzern 11,70

2) Freiburg 8,25

3) Thurgau 4,94

4) Nidwalden 4,88

5) Obwalden 4,04

6) Appenzell I. -Rh. 3,43

7) Glarus 1,67

Im Jahre 1855 hatte Waadt noch den Paternitätsgrundsatz und zählte damals 4,74 uneheliche und 1856 mit dem Maternitätsgrundsatze 5,17, somit eine kleine Vermehrung. Hält man dagegen die Durchschnittszahl für diese drei Jahre von 5,09 mit dem Resultat von 1856 zusammen, so ergibt sich nur eine Vermehrung von 0,08 per Jahr unter dem neu eingeführten Paternitätsgrundsatze.

Eine eben so unbedeutende Vermehrung zeigte sich im Kanton Bern in Folge Annahme des Maternitätsgrundsatzes:

von 1817—1820 hatte Bern 4,89

von 1826—1830 „ „ 5,83

Bedenkt man nun, dass auch in jenen Kantonen, in denen nicht zum Maternitätsgrundsatze übergegangen wurde, eine bedeutende Vermehrung der unehelichen Kinder in diesen 14 Jahren stattfand, so erscheint obige Differenz von 0,94 in der That kaum erwähnenswerth.

Zug, das 1855 vom Paternitätsgrundsatze zu dem der Maternität überging, hatte 1854 noch 3,70% und 1857 nur 3% uneheliche Kinder, so dass sich hier unter dem neuen Systeme sogar eine Verminderung von 0,70% ergibt.

Die gleiche Erscheinung zeigt sich auch im Auslande. So führt Zahariä am angeführten Orte folgende Zahlverhältnisse an:

Staaten:	Jahre:	pr. 100 ehel.
Württemberg	1815—29	13,34
Preussen	1817—28	7,445
Hannover	1821—30	8,46
Schweden	1816—26	7,48
Sachsen	1827—30	13,74
Portugal	1815—19	10,08
Frankreich	1817—28	7,542

Alle diese Staaten gehörten, mit Ausnahme von Frankreich, damals zum Paternitätsgrundsatze und standen dennoch diesem letztern

bezüglich der Anzahl der unehelichen Kinder weit vor. „Noch schlagender“, sagt Zachariä, „ist der Beweis, der sich aus folgenden That-sachen ergibt: In dem bayerischen Rheinkreise verhielt sich die Zahl der unehelichen Kinder zu den ehelichen in den Jahren 1824/25 bis 1829/30 wie 1 zu $8\frac{1}{4}$; in den altbayerischen Kreisen aber wie 1 zu $3\frac{1}{2}$!“ Diessfalls steht uns ein Beispiel aus neuerer Zeit zu Gebote, und zwar aus den gleichen Gegenden. 1850/51 hatte Oberbayern auf 25757 Geburten 6752 uneheliche, dagegen die Pfalz auf 24092 Geburten nur 1993 uneheliche, somit mehr als zwei Drittheile weniger.

⁵⁰⁾ Zachariä am angeführten Orte.

⁵¹⁾ Hier können wir nicht unterlassen, noch auf einzelne historische Verhältnisse hinzuweisen, und zwar namentlich bernerische, woselbst man von dem Maternitätsgrundsatz zu dem der Paternität, und von diesem wieder zu jenem überging.

Die Ehegerichtssatzung von 1529, somit im Beginne der Reformation, stellte den Maternitätsgrundsatz auf. Das Gesetz besagt: „der Thäter soll nid anderst, denn ein Paar Schuh für die Blumen verfallen sein.“ Ein Mädchen hatte gegen einen Ehemann, mit dem sie sich verging, keine Actio, weder auf eine Morgengabe, noch auf eine Paternität. Bei Personen ledigen Standes hatte dasselbe ebenfalls kein Klagerecht, ausser wenn es unter einem Eheversprechen zum Fallegebracht wurde.

Auch aus den Satzungen von 1667 ergibt sich, dass wegen der Vaterschaft keine richterliche Dazwischenkunft stattfand. Die Weibsperson war bloss gehalten, binnen Jahr und Tag das geborene Kind dem Vater zu überantworten, wobei freilich freiwillige Uebernahme und Anerkennung von Seite des Vaters vorausgesetzt werden musste.

„Dieser ziemlich ausgebildete Maternitätsgrundsatz,“ sagt ein amtlicher Bericht, „musste im Anfange des 18. Jahrhunderts der grössern Strenge weichen, welche damals in der kirchlichen und Sittengeschichte auftauchte. Es ward vorausgesetzt, dass jedes Kind einen Vater habe und desshalb dieser ausgemittelt und bestraft werden müsse.“

Desshalb brachte man folgerichtig den Paternitätsgrundsatz in Vorschlag, mit verbindlicher Anzeige der Schwangerschaft und nachherigem Verhöre, wobei man jedoch nicht wagte, den Bekräftigungseid der Klägerin vorzuschlagen, sondern beim Reinigungseide verblieb.

Nach diesen Grundsätzen kam die Ehegerichtsordnung von 1712 zu Stande, welche durch diejenige von 1743 und 1787 bezüglich dieser Materie keine wesentliche Veränderung erlitt.

Erst am Ende des zweiten Dezenniums unseres Jahrhunderts traten die Uebelstände in dem Maasse hervor, dass diese eine Abänderung zur unabweisbaren Nothwendigkeit machten.

Die damalige Regierung forderte nach Erlass des ersten Gesetzes von 1820, welches den Maternitätsgrundsatz aufstellte, alle Behörden und Beamte auf, ihre Bemerkungen einzugeben, ob die Umgestaltung zweckmässig sei, und es kamen nur zwei solcher Gutachten aus dem Bezirke Saanen ein, welche eine theilweise Modifikation beehrten und sich dabei namentlich auf ihre Nachbarschaft, Freiburg, Waadt und Wallis, beriefen, von woher sie nachtheilige Folgen erwarteten. Alle andern Eingaben lauteten zu Gunsten des Maternitätsgrundsatzes.

In Folge dessen wurde dieser auch 1823 in's Personenrecht des neuen bürgerlichen Gesetzbuches aufgenommen und seither gegen denselben im Kanton Bern keine irgendwie erhebliche Einwendung gemacht.

In neuerer Zeit folgte auch Waadt durch sein Gesetz vom 1. Christmonat 1855 der gleichen Richtung, nachdem es seit 1820 in seinem code civil einen ganz ausgebildeten Paternitätsgrundsatz hatte.

Auch im Kanton Zug fand durch das Gesetz vom 18. Brachmonat 1855 die Einführung des Maternitätsgrundsatzes statt, welche die Grundsätze des bis anhin in Kraft gestandenen Gesetzes vom 9. Mai 1836 vollständig umgestaltete. Thurgau adoptirte 1859 bei Erlass des Personen und Familienrechtes, Graubünden den 1. Jänner 1855 und endlich Schwyz den 1. Dezember 1854 den Maternitätsgrundsatz.

Im Kanton Luzern lag, wie bereits gemeldet, schon im Jahre 1854 ein den Maternitätsgrundsatz bezweckendes Gesetzesprojekt dem Gr. Rathe zur Berathung vor, wurde aber mit grosser Mehrheit verworfen. Ein neuerlicher Antrag vom März 1858 wanderte an den Regierungsrath. Der Gr. Rath verwarf mit wenigen Stimmen Mehrheit im Juni 1859 das vorgelegte Projekt, nachdem er es zweimal durchberathen und bei der ersten Berathung fast einstimmig angenommen hatte. Von den 100 Mitgliedern des Gr. Rathes stimmten einzig fünf für den französischen Maternitätsgrundsatz.

⁵²⁾ Auch hierüber liefert Zachariä am angeführten Orte interessante statistische Notizen aus dem Grossherzogthum Baden, in welchem der Maternitätsgrundsatz gilt. In den sieben Jahren von 1829—35 fanden nur 42 oder durchschnittlich jährlich 7 Untersuchungen wegen Kindsmord statt, und von diesen folgte in neun Untersuchungen eine Freisprechung, somit nur in 33 Fällen eine Verurtheilung.

⁵³⁾ Im Kanton Bern, wo bis 1821 der Paternitätsgrundsatz und seither der Maternitätsgrundsatz galt, wurde der Bürgerschaft der Stadt Bern folgende Zahl unehelicher Kinder zugesprochen:

1804	7	1805	4
1811	7	1812	8
1806	9	1822	6

1823	1	1825	1
1824	6	1828	6

⁵⁴⁾ Soweit unsere Kenntniss geht, bildet ein Kommissionsbericht des Abgeordneten Fracheboud vom Nov. 1858 an den Freiburger Gr. Rath das Beste, was zu Gunsten des Paternitätsgrundsatzes geschrieben wurde.

Der dortige Staatsrath hatte einen Gesetzesvorschlag gemacht, wonach der Maternitätsgrundsatz in diesem Kantone eingeführt werden sollte. Die Motivirung des Vorschlages beruhte hauptsächlich auf dem Umstande, dass alle benachbarten Kantone den Maternitätsgrundsatz haben und dadurch Freiburg in Nachtheile komme, indem schwangere Freiburgerinnen gegen Angehörige anderer Kantone, in denen der Maternitätsgrundsatz gelte, nicht klagen können.

Herr Fracheboud gibt nun zu, dass das früher bestandene Gegenrecht zwischen den Kantonen nicht mehr bestehe; allein daraus folgere noch nicht, dass der eingeführte Rechtsnachtheil eintrete. Es komme bei Entscheidung der Frage alles auf das Domicil des Beklagten an. Wohne dieser nicht im Kanton Freiburg, sei eine Klage nicht zulässig, wohne er dagegen im Kanton Freiburg, sei nicht nur eine Klage zulässig, sondern das Kind könne ihm auch zugesprochen werden. Das Domicil involvire hier die Anwendbarkeit der freiburgischen Gesetze. Diese Ansicht enthalte nichts gegen den Art. 48 der Bundesverfassung. Auch der schweizerische Bundesrath fasse die Sache so auf. Bei der bundesräthlichen Intervention zwischen Aargau und Luzern, in welcher letzterm Kantone einer Aargauerin das Vaterschaftsklagerecht aus dem Grunde verweigert wurde, weil eine solche Klage im Aargau Luzernerinnen auch nicht zustehe, sagte der Bundesrath in einem amtlichen Entscheide: „Die neue Bundesverfassung konnte oder wollte der Schweiz keine einheitliche Gesetzgebung schaffen, sondern sich nur darauf beschränken, einige untergeordnete Rechte der Kantone als Opfer zu fordern, um diesen im Uebrigen die volle Unabhängigkeit der Gesetzgebung zu belassen. Der Art. 48 der Bundesverfassung proklamirte in den unzweideutigsten Ausdrücken die schöne Idee, dass, wenn auch die Schweiz nicht die gleiche Gesetzgebung habe, doch alle Kantone die Angehörigen anderer Kantone den eigenen gleich stellen sollen. Dieser Artikel hat die Bestimmung: als das vorzüglichste Mittel zu dienen, ein allgemeines Nationalgefühl zu wecken. Die Behörden sollen fernerhin in den Parteien, welche vor ihnen erscheinen, nicht den Bürger dieses oder jenes Kantons, sondern nur mehr den Schweizer sehen. Es ist daher mit dem Sinne dieses Artikels unvereinbar, gegen einen Privatmann verschiedene Grundsätze anzuwenden, je nachdem dieser dem einen oder dem an-

dern Kanton angehört. Dieses s. g. Gegenrecht, diese Willkür war ehemals eine Art Selbsthülfe, eine Waffe, mit der die Kantone sich jahrelang zu zwingen suchten, gewisse Grundsätze in ihre Gesetzgebungen aufzunehmen, was nicht selten zu Reibungen Anlass gab. Der §. 48 setzte diesen Zuständen ein Ende, und die Redaktion selbst dieses Titels ist keine zweifelhafte.“ (Bundesblatt Nr. 20 vom 8. Mai 1852, französische Ausgabe, Seite 456.) Die gleichen Grundanschauungen finden sich in einem spätern Entscheide der gleichen Behörde vom 22. April 1853. — Eine Solothurnerin, Brigitte v. Arx, klagte gegen einen Zürcher auf Vaterschaft, welche das zürcherische Obergericht unter Anwendung des in Solothurn bestehenden Maternitätsgrundsatzes abwies. Der Bundesrath entschied, dass die zürcherischen Gerichte in Vaterschaftssachen das zürcherische und nicht das solothurnische Gesetz anzuwenden haben. Dieser letztere Entscheid wurde an die Bundesversammlung rekurrirt, welche den angegebenen Artikel unterm 15. und 19. Heumonath im Sinne des bundesrätlichen Erlasses interpretirte. — Aus diesen Entscheiden gehe hervor, dass das Domizil die Anwendbarkeit der Gesetze bestimme und nach sich ziehe. Von daher könne auch auf jeden Schweizer, der im Kanton Freiburg wohne, das freiburgische Paternitätsgesetz angewendet werden.

Der Einwand, solche Urtheile werden in andern Kantonen nicht vollzogen, entkräftet der Referent mit dem Artikel 9 der Bundesverfassung, der ausdrücklich besagt, „dass die in einem Kantone erlassenen gerichtlichen Urtheile in der ganzen Schweiz zu vollziehen seien.“

Die Motivirung der Vorlage mit dem weiteren Umstande, das Klagen von Nichtkantonsbürgerinnen gegen Freiburger beim bestehenden Paternitätsgesetze zulässig seien, sei ebenso unbegründet. — Wohne ein Freiburger in einem andern Kanton, und es werde gegen ihn eine Vaterschaftsklage gestellt, so gelte die Gesetzgebung des Wohnortes, möge im Kanton Freiburg der Paternitäts- oder Maternitätsgrundsatz gelten. Wohne aber z. B. eine Bernerin im Kanton Freiburg, und stelle gegen einen Freiburger eine Klage, so sei es allerdings richtig, dass in einem solchen Falle eben wegen des Domizils des Beklagten und dem bestehenden Gesetze Freiburg in Nachtheile käme. Allein auch dieser Nachtheil hebe sich dadurch auf, dass in Anwendung der Gesetze des Domizils gegen einen Freiburger, der im Kanton Bern wohne, eine Klage nicht gestellt werden könne. — Sei übrigens dieser Nachtheil auch vorhanden, so gewinne man mit dem Maternitätsgrundsatz doch nichts. Man weiche einigen möglichen Nachtheilen aus, allein dagegen sei zu bedenken, dass dann in allen Fällen das Kind einzig der Mutter zur Last falle. Man weiche einigen Nachtheilen

aus, und strafe damit alle Freiburgerinnen; die Massregel sei weder billig noch rationell.

Die Einrede, die Vaterschaft lasse sich nicht beweisen, habe nicht jene Tragweite, die ihr zugeschrieben werde. Hier handle es sich einfach um eine prozessualische Frage, nämlich darum, ob durch den Beweis eine rechtliche Voraussetzung der zu beweisenden Vaterschaft könne erstellt werden; diese Frage zu verneinen, hiesse so viel, als Zustände, die bis zur Stunde unter allen Regierungen im Kanton Freiburg bestanden, zu verdammen. Die Vaterschaft sei um kein Haar schwieriger zu beweisen, als manche andere Streitfrage. Kein rechtlicher Beweis enthalte eine absolute Wahrheit, sondern nur eine wahrscheinliche Gewissheit. Vor keinem Richter könne ein Beweis geführt werden, der die Möglichkeit des Gegentheils absolut ausschliesse. — Geständnisse, Zeugen, Urkunden und Indizien bilden in Zivil- wie in Strafsachen die Basis des Beweises, und all' das übe ja selbst nicht selten auf verschiedene Richter eine verschiedene Ueberzeugung im gleichen Rechtsfalle aus. Die Mehrheiten und Minderheiten in den Gerichtssälen seien hiefür der beste Beweis. Und um bei der vorliegenden Frage zu bleiben, wie verhält es sich mit dem berühmten Grundsatz: „pater est quem nuptiae demonstrant?“ — Bildet hier die Ehe den Beweis der Vaterschaft? Bildet ihn selbst das Geständniss des Vaters über eine Sache, die er selbst nicht wissen kann? — Nein, sondern es ist nur eine Rechtsvermuthung im Interesse der Heiligkeit der Ehe und der Achtung vor diesem Institut. Aus diesen Rücksichten dürfe man auch im Vaterschaftsprozesse den Beweis keineswegs als unsinnig und rechtlich unmöglich betrachten. Wie könnte man sonst bei der Nothzucht und der Entführung den Beweis für die Vaterschaft zulassen, wie dieses doch in den meisten Gesetzen geschehe?

Vorausgesetzt nun, die Einwendungen gegen die Möglichkeit des Beweises seien unbegründet, liegen aber für ein Interdikt gegen die Vaterschaftsklage keine gewichtigen Gründe vor. Im Gegentheile sprechen viele Gründe gegen den Maternitätsgrundsatz.

Von Natur aus sei das Weib vom Gemüthe beherrscht. Vorzüge und Mängel, Tugenden und Laster, Alles im Weibe habe in dieser vorwiegend gemüthlichen Seite ihren gemeinschaftlichen Ursprung. Die Beweglichkeit der Eindrücke könne in keiner andern Ursache gefunden werden, welche dem Weibe so oft den Vorwurf der Leichtigkeit, der Gefallsucht, — hervorgegangen aus der Sehnsucht, geliebt zu werden, — diesem Verlangen nach Aufregung, zuziehen, Eigenschaften, welche das Weib so zugänglich für jede Leidenschaft, für die Verführung,

wie für die schönsten Gefühle machen. Der Mann dagegen habe die Mission, seine Gefährtin zu beschützen, indem er ihr seine Vormundschaft und die Unterwürfigkeit auferlege. Und nun könne man es Schutz heissen, wenn man das verletze, was dem weiblichen Herzen am nächsten liege, das Bedürfniss, Jenen zu suchen, der dasselbe zur Mutter gemacht und dem Kleinen eine Stütze sein sollte? — Ja, das Gesetz gestatte, wegen der geringfügigsten Bagatellen den Richter anzurufen, und dem Weibe gerade wolle man dieses Recht absprechen in einer Sache, welche für dasselbe wie für sein Kind von der grössten Wichtigkeit sei.

Auch gegen das Kind enthalte der Maternitätsgrundsatz die gröbste Rechtsverletzung. Ohne Vater stehe es verlassen in der Welt, ohne Schutz, ohne Sorge.

Der Maternitätsgrundsatz öffne überdiess der Unsittlichkeit Thor und Thür, indem er dem Manne gestatte, ungestraft sich zu verfehlen. Die Strafflosigkeit decke die Rolle des Verführers. Die Folgen seien um so trauriger, da die Verführung gewöhnlich jene Frauen antaste, welche sonst schon der Unterstützung, des Rathes und eines guten Beispiels bedürftig wären. Mit Rücksicht auf diese Folgen habe ein Redner auf der französischen Tribüne ausgerufen: „die Athenienser, einst Kreta tributpflichtig, schickten jährlich eine Anzahl Mädchen dem Minotaur; bei uns zahlt das Weib den nämlichen Tribut!“

Der freiburgische Entwurf enthalte eine Menge Strafandrohungen gegen die Mutter, ja es scheine, man wolle das Kind strafen, die Mutter strafen, allein der Mann, oft der schuldigste, oft die Ursache des Falles, er allein soll straflos sein. — „Gesetzgeber!“ ruft am Schlusse dieser Abtheilung Hr. Fracheboud aus, „die Hand aufs Herz, darf man eine Moral adoptiren, die dem Weibe nichts vergibt und dem Manne Alles gestattet?“

Zudem sei das Verbot der Vaterschaftsklage die Ursache von Abtreibungen und Kindsmorden. Die europäische Statistik weise diessfalls traurige Resultate nach. Dabei sei nicht zu übersehen, dass die ausserehelichen Mütter gewöhnlich arm, dagegen ihre Verführer oft vermöglich seien. Befreie man die letztere von jeder Klage, falle auf die Gemeinden eine um so grössere Last. Von daher habe die Frage auch eine wichtige finanzielle Seite für Länder, in denen die Armenunterstützung obligatorisch eingeführt sei.

Die fernere Motivirung des Vorschlages, als wolle man den Skandalen des Paternitätsgrundsatzes ein Ende setzen, müsse dahin fallen, wenn man bedenke, dass dadurch das Kind selbst gestraft werde, das

Kind, das durch die Sünde des Vaters um seine Rechte gegen diesen gebracht werde. Aus dem gleichen Grunde müsste man selbst die Mutterschaftsklage verbieten. Es wäre möglich, dass ein Kind, seiner Zeit einem Findelhause übergeben, nach 20 bis 30 Jahren den Schleier der heimlichen Geburt lüftete, heimkehrte und nun seine Rechte gegenüber seiner Mutter, die unterdessen Gattin geworden, geltend machen könnte. — Das wäre in der That ein Skandal, ein weit grösserer Skandal! — Ein betrogener Gatte, in der Ehre verletzte Kinder, eine öffentlich entehrte Mutter! — Uebrigens vergesse man nicht, dass jeder Prozess vor den Gerichten einen Skandal in sich enthalte. — Ein trügerischer Schuldner leugnet seine Verpflichtungen und befreit sich durch den Eid; ein Zeuge legt Kundschaft ab, leichtsinnig oder selbst meineidig. — Das sind auch Skandale, und Skandale sind alle Verhandlungen vor den Strafgerichten, deren Objekt Verbrechen gegen die guten Sitten bilden. — Und folgerichtig müsste man, im Falle alle Prozessskandale vermieden werden wollten, aus den Gesetzbüchern den Beweis durch Zeugen, den Beweis durch den Eid und die Strafen gegen Unzuchtsvergehen ausmerzen.

Die fernere Behauptung: die Mutter beweise im Vaterschaftsprozesse ihre eigene Klage mit dem eigenen Eide, habe anscheinend einiges Gewicht, allein man müsse bedenken, dass der Prozess in erster Linie nicht um die Interessen der Mutter, sondern um die des Kindes sich drehe, daher die Mutter vorab nicht in ihrer eigenen Sache schwöre. Zudem werde der Eid nur beim ersten Niederkunftsfall anvertraut. Achtung vor Sitte und Recht, vor der Wichtigkeit und Heiligkeit des Eides müsse in einem Lande tief gesunken sein, wenn man in diesen Fällen viele Meineide voraussetzen müsste. Seine vieljährige Praxis als Bezirksgerichtspräsident wenigstens habe ihm diese Ueberzeugung nicht beigebracht.

Man berufe sich freilich im ferneren darauf, nach Einführung des Maternitätsgrundsatzes werde das weibliche Geschlecht vorsichtiger, weil dasselbe die Folgen einzig zu tragen habe. Diese Ansicht habe schon Rousseau in seinem berühmten Emil geltend gemacht. Nach Rousseau's Ansichten habe der Mann das Recht, jedes Weib zu versuchen, dagegen das Weib die Pflicht, sich zu vertheidigen. — Die französische Gesetzgebung gehe von diesem gleichen Fundamentalgedanken aus. Ein ausgezeichnete Publizist, M. Belune, würdige die Resultate dieser Ansichten und dieser Gesetzgebung zweifelsohne richtig, wenn er behaupte, der Zustand der Sittlichkeit habe in Frankreich den gesetzgeberischen Erwartungen keineswegs entsprochen, und die Anzahl der unehelichen Kinder habe seit 1789 viel zugenommen, in-

dem damals in Frankreich nach Neckers Berechnungen ein uneheliches Kind auf 47, und heute eins auf 12 eheliche Kinder komme.

Möge jetzt auch in der Schweiz die allgemeine Strömung dahin gehen, die Paternitätsgesetze abzuschaffen, möge man den Gegnern dieser Abschaffung Kurzsichtigkeit und Vorurtheile vorwerfen, man solle nicht übersehen, dass ein unbedingtes Folgen jeder allgemeinen Strömung keineswegs vom Guten sei. Nicht die öffentliche Meinung, sondern die Sache selbst entscheide über ihren wahren Werth. Die freiburgischen Paternitätsgesetze, durch lange Jahre geheiligt, unter den verschiedenartigsten politischen Systemen aufrecht erhalten, sollten ja nicht voreilig geändert werden, bis man sich in der That überzeugt habe, etwas wirklich Besseres an ihre Stelle zu setzen.

Gemeinhin glaube man, dass die Vaterschaftsklage eine Ausnahme von einer allgemeinen Regel bilde, und als Anomalie nur einzelner Gesetzgebungen erscheine. Nichts sei unrichtiger als dieses. Im Gegentheil bilde in den Gesetzgebungen der Maternitätsgrundsatz eine Ausnahme. Mit Ausnahme der Gesetze in Frankreich und jener Länder, in denen französisches Recht herrsche, finde sich der Paternitätsgrundsatz in den meisten modernen Gesetzgebungen. Dieser Grundsatz habe seinen Ursprung im alten germanischen Rechte, und habe mit Hülfe der Kirche, welcher wir so viele moralische Verbesserungen zu verdanken haben, in die Gesetzgebungen Eingang gefunden. Es sei bekannt, unter welchen Einflüssen zuerst in Frankreich dieser Grundsatz abgeschafft wurde, und in neuester Zeit seien es Magistrate, Männer von Auszeichnung, welche die Wiedereinführung des Paternitätsgrundsatzes in Anregung gebracht haben. Die Erfahrung habe aufgeklärt, man habe sich überzeugt, dass die Spitäler und Findelhäuser das Verschleppen der Kinder nur begünstigen, dadurch ganze Departemente mit ruinirenden Lasten erdrücke und dabei in schrecken-erregendem Masse die Aussetzungen und selbst die Kindsmorde vermehre. (Journal des économistes, 1. janvier 1846. — Revue des deux mondes, 15. mars, même année.) Auch die englische Gesetzgebung vom Jahre 1834 habe es nicht für gut gefunden, die Vaterschaftsklage ganz abzuschaffen.

Soweit Hr. Fracheboud, dessen Ansichten wir hier in freier Uebersetzung auszüglich zu geben versuchten.

Herr Fracheboud geht nun offenbar bei seiner sonst hinreissenden Darstellung von vielen unrichtigen Gesichtspunkten aus, und ist sodann nicht selten zu viel Theoretiker, die Thatsachen, wie sie sich im praktischen Leben geltend machen, übersehend.

So nimmt er durchgängig an, man habe es im Vaterschaftsprozesse

mit unschuldigen, aufrichtigen Mädchen zu thun, welche der Rausch der Liebe und die Begeisterung des Augenblickes zum Falle gebracht. Von daher glaubt er beim ersten Niederkunftsfall an keine Meineide; von daher erblickt er in dem Maternitätsgrundsatz eine Rechtsverletzung gegen das weibliche Geschlecht, und von daher behauptet er, des gefallenen Weibes mächtigstes Bedürfniss sei, Denjenigen zu suchen, der es zur Mutter gemacht, dass er ihr Helfer und ihre Stütze werde. — Wir geben nun zu, es giebt solche gefallene Mädchen, wie sie Herr Fracheboud recht liebenswürdig und bemitleidenswerth schildert; allein diese sind im praktischen Leben eine Seltenheit. In den meisten Fällen findet sich schon bei der ersten Niederkunft eine solche Gemeinheit des Wesens, eine solche Verwilderung der Sitten, eine solche Gefühllosigkeit gegen anständiges Wesen, was Alles nicht selten Resultate einer unglücklichen Erziehung sind, dass ihren Eiden nur mit dem grössten Misstrauen kann entgegengesehen werden. Herr Fracheboud's Engel sind eben gar selten. Dabei kann von einer Rechtsverletzung nicht die Rede sein, da wo das Gesetz selbst das Recht feststellt, und das Weib schon vor seinem Falle diese seine Rechte und Pflichten kennt. Wollte man so weit gehen, könnten mit eben so vielem Recht die Gesetze über fatale Fristen im Zivilprozeesse als eine Rechtsverletzung aufgefasst werden. Und nicht selten, ja meistens waltet zwischen der Mutter und dem Schwängerer nach der That Hass und Abneigung; die Mutter findet an ihm keine Hülfe, sondern meistens Verachtung, Verachtung vor dem Wesen, das ein Mittel zu seiner Schande gewesen!

Auch die Interessen, welche das Kind an der Ausmittlung der Vaterschaft hat, sind von Herrn Fracheboud zu hoch angeschlagen. Wie viele unehelichen Väter nehmen sich in Wirklichkeit ihrer Kinder mit wahrhaft väterlicher Liebe an? Betrachten nicht die meisten dieselben als eine Last, als ein Erinnerungszeichen an ihre Schande und geben denselben nur das, was das Gesetz ihnen unerbittlich abzwingt. Wie viele endlich zweifeln nicht aufrichtig an der Richtigkeit des Urtheils, das sie zum Vater deklariert, weil die Freude, welche das Weib ihnen gestattete, auch Andern nicht abgeschlagen worden sein könnte. Und sind dann solche Kinder gut daran, wenn sie der Vater selbst in seine nachher gegründete Familie aufnimmt? Bleiben sie nicht dem Aerger der Hausfrau, dem Spotte der Umgebung und oft dem Zorne des unglücklichen Vaters ausgesetzt? Wäre es für sie nicht besser, sie hätten keinen Vater, und nur eine Mutter, deren Herz selbst im sonst verworfenen Weibe nicht ganz aller Mutterliebe baar ist?

Auch Herrn Fracheboud's Ansichten über die Einwendungen: den

Skandalen im Paternitätsprozesse sollte ein Ende gemacht werden, scheinen uns nicht stichhaltig. Der von ihm angeführte Fall von einem Findelkinde könnte eintreffen, aber dürfte immerhin ein vereinzelter sein. Tritt er aber auch ein, trägt die Gattin, welche die frühere Sünde verheimlichte, und der Gatte, welcher leichtsinnig die Hand zur Ehe bot, die grösste Schuld, wobei beiden noch Mittel genug zu Gebote stehen, einen solchen Fall der Oeffentlichkeit zu entziehen. — Auch der Vergleich des Vaterschaftsprozesses mit der Beweisführung in jedem andern Prozesse trifft kaum ein. Die Anklage auf Vaterschaft ist eine Thatsache, die an und für sich einen Skandal in sich schliesst. Dagegen werden viele Kundschaften abgelegt, viele Eide geschworen, an deren Richtigkeit Niemand zweifelt, und selbst im Bezweiflungsfalle bleiben sie eben nur Zweifel und keine richterlich ausgemittelten Thatsachen. Man darf sodann nicht übersehen, dass die Paternitätsgesetze selbst solchen Klägerinnen die Klage gestatten, welche schon im zweiten und dritten Rückfalle sind. Erreichen sie dadurch auch kein entsprechendes Urtheil, erreichen sie dennoch ein Resultat, gewöhnlich eben so traurig; sie ruiniren die Achtung des Mannes, seine Ehre wird geschändet.

Herr Fracheboud selbst gibt sodann zu, dass die Kantone, in denen der Paternitätsgrundsatz gilt, jenen gegenüber, in denen der Maternitätsgrundsatz festgestellt ist, in Nachtheile kommen, wenn z. B. im Kanton Freiburg der Beklagte sein Domizil hat. Allein auch die durch die Rechtsanwendung des Domizils bezeichneten Vortheile werden in Wirklichkeit kaum eintreten. Man darf nicht übersehen, dass die grösste Zahl von solchen Beklagten jener beweglichen Volksmasse angehört, die heute da, morgen dort ihr Brod sucht. Nicht leicht wird ein solcher das Domizil dort fortsetzen, wo ihm eine solche Klage droht, und meistens wird er sich in solchen Zeiten wieder der Heimath nähern, wo er unter allen Umständen ein leichteres, wenn auch nicht ein besseres Auskommen findet. Und nach den meisten Gesetzen bestimmt die Abgabe der Klage, und nicht die angeklagte That den Gerichtsstand des Beklagten; von daher liegt es in seiner Macht, denselben zu verändern.

Unrichtig ist sodann endlich die Ansicht des Herrn Fracheboud, dass zur Stunde in den meisten Ländern der Paternitätsgrundsatz gelte, dass er seinen Ursprung im altgermanischen Recht habe, und dass er 1834 in England beibehalten worden. In Frankreich selbst wurde bis zur Stunde kein ernster Versuch zur Abänderung der bestehenden Gesetze gemacht, und dass die Anzahl der unehelichen Geburten dortselbst seit 1789 zugenommen, würde erst etwas beweisen, wenn ein

Land aufgewiesen werden könnte, dass keine oder doch eine viel unbedeutendere Zunahme seit jener Epoche unter der Herrschaft von Paternitätsgesetzen hätte. — Die Vermehrung der unehelichen Kinder ist theilweise einer geordneteren Statistik zuzuschreiben; grösstentheils aber der gehobenen Zivilisation selbst, mit den grössern Bedürfnissen für den Unterhalt des Lebens und der schwierigeren Befriedigung, den strengern Ehegesetzen und den vielseitig mehr gelockerten Sitten. — Wie das Schönste und Erhabenste im Leben, hat auch die Zivilisation ihren Revers; allein wer wollte sie deshalb verdammen, weil sie neben tausenden von Vorzügen die eine oder andere Schattenseite zeigt?

Wer sich übrigens mit der auf diese Kontroverse einschlägigen Literatur näher bekannt machen will, vergleiche: Gönner, im Archive für Gesetzgebung und Reform des juristischen Studiums, Bd. III, S. 152 und 162. — Ludwig Hofmann, Untersuchungen über die wichtigsten Angelegenheiten des Menschen, als Staats- und Weltbürger; Zweibrücken, 1830, Band II, S. 267. — Maleville, Commentaire, Tome 1, ad Art. 340 und 341. — Rudhardt, Kontroversen im Code Napoleon; Würzburg, 1830, 1. April, S. 169. — Exposé des motifs et Rapport du conseil d'état sur la loi concernant les enfants naturels im Kanton Neuenburg, verfasst vom Präsidenten des dortigen Staatsrathes, Al. Piaget.

⁵⁵⁾ Code Napoleon Art. 334.

§. 11.

Geschlechtsname unehelicher Kinder.

Bei der ehelichen Zeugung erhalten alle Kinder den Geschlechts-Namen des Vaters. Dieser Name ist es, welcher die Familie mit einem äussern, hörbaren Zeichen verbindet, währenddem Eltern- und Kindesliebe, Sympathie und Zuneigungen nur als geistige Bindemittel die Glieder ganzer Familien umschlingt, und in zwecklicher Beziehung zu einem Ganzen vereinigt. Der Name ist zudem wohl seit dem Ursprunge der menschlichen Gesellschaft zu einer Nothwendigkeit geworden. Denn der Mensch, welcher die Gegenstände unterschied, suchte diese durch Benennungen auseinander zu halten. Diese Auseinanderhaltung Andern verständlich zu machen, wurde die Mutter der Sprache. — Um die Namen

schlingen sich gegenwärtig alle die ungeheuren sachlichen Interessen, welche die Menschen beanspruchen, und nicht selten bildet der Name einzig den Rechtstitel auf Besitz und Eigenthum. Es darf daher nicht auffallen, wenn in zivilisirten Staaten der Name einerseits als ein Recht geachtet und geschätzt, und dessen Ursurpation von unberechtigter Seite als eine Rechtsverletzung bestraft wird; — anderseits die Namenlosigkeit eines oder mehrerer Individuen sich als eine Unmöglichkeit herausstellen müsste.

Und da nun gerade bei unehelichen Kindern die Geburt ihnen kein Recht auf den Namen der Eltern giebt, indem sie wegen des unehelichen Blutes nicht zu der Familie der Eltern gehören, — anderseits sie, — die unehelichen Kinder — aus den angegebenen Gründen nicht namenlos bleiben konnten, war es Aufgabe der Gesetzgebung, für den Namen dieser unehelichen Kinder ein Recht, das ihnen als Geburtsfolge fehlte, zu substituiren.

Diese Rechtssubstitution wurde durch die verschiedenen Gesetzgebungen, wie wir grösstentheils gesehen haben, verschieden ausgeführt, indem einige die unehelichen Kinder, mit Ausnahme der Anerkennung von Seite des Vaters oder der Legitimation, dem Namen der Mutter, andere aber, im Falle eines gerichtlichen Zuspruches, dem Namen des Vaters folgen lassen. Alle folgen desshalb entweder dem Namen des Vaters oder demjenigen der Mutter; und von ganz neuen Namen konnte um so weniger die Rede sein, als selbst die härtesten Gesetze gewisse Beziehungen der unehelichen Kinder zu der Mutter oder dem ausgemittelten Vater nicht verkennen konnten, und in der That nicht verkannt haben¹).

Bezüglich nun der einzelnen Gesetzgebungen verweisen wir auf das bereits oben (§. 10) Gesagte, und gehen nun sofort zur Behandlung einer andern Frage über, welche hiemit im genauesten Zusammenhange steht.

Wenn nämlich der Fall eintritt, dass eine Wittwe ausser-

ehelich niederkömmt, und es sich darum handelt, ob das Kind ihren Namen erhalten solle, fragt es sich, ob es jenen erhält, den die Mutter durch die Geburt erworben, oder jenen, den sie später erheirathet hat? — Ueber diese Streitfrage nun sind die Quellen höchst mangelhaft. Die meisten Gesetzgebungen übergehen diese Materie stillschweigend, und es bleibt uns nur übrig, jene wenigen Gesetze hier anzuführen, welche diesfalls Bestimmungen darüber enthalten. Das glarnerische Gesetz bestimmt, dass, falls die Mutter Wittwe ist, ihr ursprünglicher Geschlechtsname auf das uneheliche Kind übergehe²⁾, und das neue zürcherische Gesetzbuch³⁾, das neue Gesetzbuch für Thurgau⁴⁾, Schwyz⁵⁾, wie das schaffhausische Gesetz⁶⁾, enthalten die gleichen Bestimmungen. Das letztere Recht bezieht auch die gleichen Grundsätze auf geschiedene Frauen.

Wenn man nun diese Dürftigkeit, sowohl der in- als ausländischen Quellen einerseits berücksichtigt, und anderseits zugeben muss, dass solche Fälle sowohl bei Wittwen als geschiedenen Frauen leicht eintreten können, so ist es fast ungreiflich, wie dieser Umstand, namentlich bei den kodifizirten Gesetzen fast durchgängig übergangen werden konnte. Sieht man aber hievon ab, so ist die Frage, was in einem solchen Falle, namentlich bei Wittwen Rechtens sein sollte, nicht so leicht zu lösen. — Es ist allerdings richtig, dass das Kind zu der Familie der Mutter in keine Verwandtschaft tritt und deshalb die Wittwe durch aussereheliche Niederkunft der Familie des verstorbenen Mannes kein neues Glied giebt. Allein die gleichen Verhältnisse walten auch gegen ihre verlassene Familie ob. Ebenso trägt die Wittwe den Namen ihres Mannes, wie denn überhaupt alle Beziehungen zu der Familie des verstorbenen Mannes durch dessen Tod nicht erlöschen, währenddem sie, selbst bezüglich des Namens, aus ihrer frühern Familie ausgetreten ist. Alle diese Gründe wären geeignet, den Gesetzgeber zu bestimmen, dass er, in

Abweichung von den angeführten Gesetzen, bestimmen sollte, das uneheliche Kind soll dem angeheiratheten Namen der Mutter, wenn diese Wittwe ist, folgen.

¹⁾ Einzig die Findelkinder machen hier eine Ausnahme, weil der Name des Vaters wie der Mutter unbekannt ist. Dem Verfasser sind Fälle aus dem Kanton Luzern und Obwalden bekannt, in denen solchen Findelkindern der Name des Hauses oder Hofes als Geschlechtsname gegeben wurde.

²⁾ Angef. Gesetz §. 24.

³⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §. 305.

⁴⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §. 247.

⁵⁾ Angef. Gesetz §. 19.

⁶⁾ Ehegesetz §. 211.

§. 12.

Die elterliche Gewalt.

Von einer Vormundschaft oder einer elterlichen Gewalt im Sinne des römischen Rechts kann in unsern Verhältnissen bezüglich der unehelichen wie bezüglich der ehelichen Kinder nicht die Rede sein. Jene, die *Patris potestas*, war die absolute Herrschaft über das Kind. Die väterliche Vormundschaft dagegen selbst über eheliche Kinder im Sinne der Neuzeit begreift in sich: das Recht auf Ehrenbietung, auf rechtliche Vertretung, und die Pflicht zum Unterhalt und der Erziehung des Kindes.

Würden nun die unehelichen Kinder durch die Geburt in die Familie der Eltern eintreten, so würden sie dieses Rechtsinstitut mit den ehelichen theilen. Allein da die Geburt sie von der Familie, der eigentlichen Unterlage jeder elterlichen Gewalt, ausschliesst, existirt über sie im Allgemeinen keine elterliche Gewalt, und nur da, wo das Gesetz eine solche ganz oder theilweise einräumt, kann von diesen Rechten bezüglich der unehelichen Kinder die Rede sein. Diese Rechte sind demnach nur ausnahmsweise; es sind keine allgemeine und durch das positive Gesetz und die Geburt substituirt.

Auch schliesst die Unterhaltungs- und Erziehungspflicht, welche dem Vater oder der Mutter obliegen kann, die elterliche Gewalt noch keineswegs in sich, indem diese nur der Inbegriff von Pflichten, nicht aber auch den jeder väterlichen Gewalt inhärirender Rechten ausmacht.

Das römische Recht kannte nun bezüglich der unehelichen Kinder keine väterliche Gewalt, sondern diese konnte nur durch Legitimation erworben werden¹⁾.

Das französische Recht räumte dem Vater wie der Mutter nur eine beschränkte elterliche Gewalt ein; dem erstern, wenn er das Kind auf gesetzliche Weise anerkannt hatte. Beide hatten das Recht, ein Kind, welches das 16. Jahr noch nicht angetreten, bis auf einen Monat einzusperren, und nach dieser Zeit, bis zur Majorennität oder Emancipation, bis auf sechs Monate, unter Mitwirkung des Präsidenten des Arrondissements.

Eine weitere elterliche Gewalt kann aus diesem Gesetze nicht entnommen werden. Die elterliche Gewalt über uneheliche Kinder besteht demnach in Frankreich grösstentheils nur aus Pflichten²⁾.

Das österreichische Gesetz geht diessfalls in Beschränkung der elterlichen Gewalt noch weiter, indem es den Eltern gar keine Rechte einräumt, welche nicht unbedingt mit der Erziehung zusammenhängen, sondern nur Pflichten auferlegt. Das uneheliche Kind steht nach dem Wortlaute des Gesetzes nicht unter der eigentlichen väterlichen Gewalt, sondern wird durch einen Vormund vertreten.³⁾

In der Schweiz nun sind die diessfallsigen gesetzlichen Bestimmungen verschieden, wobei jedoch die Gesetze der meisten Kantone, wie Appenzell Ausser-Rhoden, Zug, Thurgau, St. Gallen, Schwyz, Baselstadt und Luzern diese Materie gänzlich übergehen. Von jenen Kantonen, welche einzelne Bestimmungen enthalten, geht vorab Genf mit dem französischen Rechte einig. Ebenso Obwalden, das die elterliche Gewalt dem Gemeinderath vindizirt⁴⁾, und Freiburg, das in

der Regel die gleiche Bestimmung aufgenommen und noch beifügt, dass dem unehelichen Kinde, falls es Vermögen besitzt, ein Vormund gesetzt werden soll⁵⁾. Solothurn dagegen räumt der Mutter die elterliche Gewalt ein, wohl zweifelsohne von der Ansicht ausgehend, dass diese durch Name und Blut mit dem unehelichen Kinde in der engsten Beziehung stehe⁶⁾. — Schaffhausen und Baselland hinwiederum erklärten die elterliche Gewalt als ein Attribut der Vormundschaftsbehörde⁷⁾; ebenso Bern⁸⁾ und das Gesetzbuch für den Kanton Zürich⁹⁾ und Aargau¹⁰⁾. Niedwalden überträgt die elterliche Gewalt der Vormundschaftsbehörde einzig, und diese hat nöthigenfalls dem Kinde einen Vogt zu stellen; jedenfalls aber, wie das Gesetz sagt, darauf zu achten, dass jene Personen, welche der Pflege und Erziehung des Kindes obliegen, ihre Pflicht thun¹¹⁾. — Nach glarnerischem Rechte scheint die Mutter die elterliche Gewalt zu besitzen, aber auch der Vater, wenn ihm das Kind zur Besorgung übergeben wird¹²⁾. — Am weitesten unter allen Gesetzen geht diessfalls das Wallisische zu Gunsten der Eltern, indem dieses dem Vater unbedingt die väterliche Gewalt einräumt¹³⁾.

Fragen wir nun, abgesehen von den positiven Gesetzen, was diessfalls Rechten's sein sollte, so stehen wir nicht an, zu erklären, dass nach unserm Dafürhalten im Allgemeinen der Mutter die elterliche Gewalt, wie bei ehelichen sollte eingeräumt werden. Das Verhältniss zwischen Mutter und Kind von der Natur, nicht durch einen oft bezweifelte[n] Spruch des Richters erzeugt, ist schon aus diesem Grunde ein für das Wohl des Kindes interessirtes. — Mächtiger als die Erinnerung an die Sünde und die Schande wirkt hier die Natur. Für das Wohl des Kindes kann es nur vom Guten sein, wenn es dieser Mutter, im Abgange eines ächten Vaters, Liebe und Ehrerbietigkeit zollen muss. Sein sonst so isolirtes Dasein wird wenigstens einigermaßen gemildert. Auch die Mutter ist zweifelsohne meistens am geeignetesten, die Erziehung des

Kindes zu besorgen. Ausnahmen freilich sind denkbar, aber dann hat ja die öffentliche Vormundschaft, wie bei ehelichen, das Recht der Intervention.

Dass sodann denjenigen Vätern, welche ihre Kinder nach dem französischen Rechte anerkennen, die volle väterliche Gewalt eingeräumt werden sollte, ergiebt sich aus der Natur des eingegangenen Verhältnisses.

In allen andern Fällen sprechen unzweifelhaft wichtige Gründe gegen die Uebertragung der väterlichen Gewalt an uneheliche Väter, selbst im Falle ihnen die Unterhaltung der unehelichen Kinder überbunden ist. Das Verhältniss ist fast durchweg ein erzwungenes, kein freiwilliges, und wie sollte daraus Liebe und Zuneigung, die wesentlichen Bedingungen zur heilsamen Ausübung der väterlichen Gewalt, entstehen können. Ist diese wirklich vorhanden, wird es in den meisten Fällen dem Vater möglich, das uneheliche Kind so oder anders zu legitimiren, und ist sie nicht vorhanden, dürfte das Kind bedauert werden, wenn es unter die Gewalt eines solchen Vaters käme. Mag auch die Vormundschaft nicht allen Anforderungen entsprechen, wird sie doch immerhin einer solchen väterlichen Befugniss vorzuziehen sein. Der Vater selbst kann aus der überbundenen Unterhaltungspflicht keine Rechte herleiten, denn diese ist die Folge einer gesetzlich verbotenen Handlung, aus welcher nur Rechte für den Staat Namens des erzeugten Kindes, aber keineswegs für den Urheber hergeleitet werden könnten.

Im Allgemeinen sollte desshalb nach unserer Ansicht in der Regel der Mutter, nie aber dem Vater die elterliche Gewalt eingeräumt werden, als einzig in dem Falle, wenn er das Kind anerkannt hat, in welcher Beziehung uns dann allerdings die beschränkte elterliche Gewalt der französischen Gesetzgebung als ungenügend erscheint.

¹⁾ Schweppe: Röm. Privatrecht §. 661; Glück, Pandekt., Commentar, Band II, §§. 140, 141, Nota 69.

- 2) Art. 383, 376, 377, 378, 379 und 380. Code Nap.
- 3) Alleg. b. Gesetzb. §. 166.
- 4) Angef. Gesetz Art. 9.
- 5) Zivilgesetzbuch §. 233.
- 6) Bürgerl. Gesetzbuch §. 305.
- 7) Ehegesetz §. 208, Landes-Ord. XXIII. §. 70.
- 8) Bürgerliches Gesetz §. 107.
- 9) Bürgerliches Gesetzbuch §. 308.
- 10) Bürgerliches Gesetzbuch §. 115.
- 11) Bürgerliches Gesetzbuch §. 117.
- 12) Angef. Gesetz §§. 41 und 42.
- 13) Zivilgesetzbuch §. 151.

§. 13.

Die Unterhaltungspflicht der unehelichen Kinder.

Die Unterhaltungspflicht der Eltern gegenüber den Kindern ist, abgesehen von jeder positiven Gesetzgebung, unzweifelhaft schon durch die Gesetze der Natur festgestellt. Die positiven Gesetze gaben demnach, wenn sie die Eltern zur Unterhaltung der Kinder verpflichteten, nur dem, selbst den meisten Thieren innewohnenden Naturgesetze Ausdruck. Dieses Gesetz nun lässt sich nicht nur auf die ehelichen, sondern ebenso gut auf die unehelichen Kinder beziehen. — Und wäre bezüglich jeder unehelichen Geburt der Vater ausgemittelt, dürfte die allgemeine Regel, die Eltern haben ihre Kinder zu erhalten und zu erziehen, hier unbedingt Geltung finden. Allein gerade da dieses bezüglich der Vaterschaft nicht möglich ist, musste die Gesetzgebung diessfalls regelnd und spezialisirend umgreifen, um so einerseits die Pflichten zwischen Vater und Mutter zu regeln, und anderseits die Erziehung und Unterhaltung der unehelichen Kinder zu sichern. — Wir werden deshalb bei Behandlung der einschlägigen Lehre zuerst die Pflichten der Mutter, sodann diejenigen des Vaters, und nachher die subsidiäre Unterhaltungspflicht der Eltern, Verwandten und Gemeinden behandeln müssen.

§. 14.

Die Unterhaltungspflicht der Mutter.

Bei Behandlung dieser mütterlichen Pflicht müssen drei verschiedene Momente genau auseinander gehalten werden. — Vorab kann der Fall eintreten, dass weder ein Schwängerer, noch ein Vater im Sinne der Gesetze ausgemittelt ist, sodann dass zwar ein Schwängerer, aber kein Vater sich vorfindet, wie dieses bei den Gesetzgebungen, welche dem Maternitätsgrundsatz huldigen und nur eine Alimentationsklage zulassen, immer der Fall ist, und endlich dass nach den Konsequenzen des Paternitätsgrundsatzes ein Vater wirklich ausgemittelt ist. In allen diesen Fällen wird die Pflicht der Mutter eine verschiedene sein, und muss deshalb hier speziell berührt werden.

Im Allgemeinen darf nun angenommen werden, dass wenn kein Schwängerer und kein Vater ausgemittelt ist, was in jenen Kantonen, die den französischen Maternitätsgrundsatz haben, immer der Fall ist, und in jenen Kantonen, welche den Maternitätsgrundsatz mit der Alimentationsklage, oder den Paternitätsgrundsatz angenommen, oft der Fall sein kann, die Mutter einzig den Unterhalt des ausserehelich gebornen Kindes zu übernehmen habe. Der Code civil, sowie das preussische Landrecht erwähnen zwar dieser Verpflichtung speziell nicht; allein unzweifelhaft tritt auch hier von Seite der Mutter die Unterhaltungspflicht ein. Deutlicher dagegen spricht sich das österreichische Gesetzbuch aus, indem es die ausgemittelten Eltern, folglich in diesem Falle die Mutter zur Unterhaltung verpflichtet¹⁾. Das bernersche Gesetz erklärt ausdrücklich, dass diese Pflicht in erster Linie auf der Mutter laste²⁾. Das zürcherische Gesetzbuch bestimmt, dass die Sorge für die Erziehung und Pflege zuerst der Mutter obliege³⁾. Nach luzernerischem Rechte hat derjenige Theil, dem das Kind zugesprochen wurde, somit im vorliegenden Falle die

Mutter, die Pflicht, das Kind zu unterhalten⁴⁾. Das Gleiche bestimmt das Gesetz für den Kanton Uri⁵⁾. In den Kantonen Schwyz⁶⁾, Nidwalden⁷⁾, Obwalden⁸⁾, Zug⁹⁾, Glarus¹⁰⁾, Graubünden¹¹⁾, Appenzell Auser-Rhoden¹²⁾, St. Gallen¹³⁾, Thurgau¹⁴⁾, Schaffhausen¹⁵⁾, Aargau¹⁶⁾, Solothurn¹⁷⁾, Baselstadt¹⁸⁾, Neuenburg¹⁹⁾, Freiburg²⁰⁾, Waadt²¹⁾, Wallis²²⁾ und Tessin²³⁾, bestehen im Allgemeinen ganz die gleichen Bestimmungen. Genf richtet sich nach den bereits angegebenen Bestimmungen des französischen Gesetzbuches. In Appenzell Inner-Rhoden fehlen gesetzliche Bestimmungen; aber auch hier darf aus der Ansicht, dass der Vater an die Unterhaltung nur einen Alimentationsbeitrag zu leisten hat, gefolgert werden, dass die Mutter im Abgange eines solchen Beitrages das Kind selbst zu unterhalten habe.

Man darf demnach als Folgerung aus dem Gesagten annehmen, dass in allen Kantonen der Schweiz, falls weder ein Schwängerer noch ein Vater ausgemittelt ist, die Mutter das uneheliche Kind zu unterhalten habe.

Ist aber der Schwängerer im Sinne jener Gesetzgebungen, welche zwar den Maternitätsgrundsatz angenommen, aber mit demselben die Zulässigkeit einer Alimentationsklage verbanden, — ausgemittelt, ändert sich diese Unterhaltungspflicht der Mutter, und diessfalls findet sich in den Gesetzgebungen nicht mehr die gleiche Uebereinstimmung.

Gemeinrechtlich hatte in einem solchen Falle die Mutter im Allgemeinen die volle Unterhaltungspflicht, indem sie, wie wir weiter unten zeigen werden, nur auf Alimentation Anspruch machen konnte, ihr aber die Verpflegung des Kindes blieb. Das Gleiche gilt nach französischem Rechte, indem selbst bei der Entführung nur eine Alimentationsklage zulässig ist²⁴⁾. Auch nach dem preussischen Landrechte muss die Mutter das Kind verpflegen, freilich auf Kosten des Vaters, bis es 4 Jahre alt ist. Nachher kann der Vater die Verpflegung selbst übernehmen, und in diesem Falle hört die

Verpflichtung der Mutter auf. Sie hat aber das Recht, auf ihre Kosten die Verpflegung fortzusetzen. Im Falle das Kind vom Vater schlecht verpflegt würde, kann das vormundschaftliche Gericht diese der Mutter wieder übertragen, für welche sodann die Verpflegungspflicht wieder entsteht²⁵⁾. Im Kanton Bern liegt die Verpflegung des Kindes bis in's 15. Jahr der Mutter gegen Entschädigung von Seite des Vaters ob²⁶⁾. Die gleiche Bestimmung enthält das St. Gallische Gesetz²⁷⁾. Im Kanton Appenzell Ausser-Rhoden haftet in diesem Falle immer noch die Hälfte der Unterhaltungspflicht auf der Mutter²⁸⁾. Im Kanton Schaffhausen lastet diese Pflicht bis in's 8. Jahr auf der Mutter, sodann tritt hier die Eigenthümlichkeit ein, dass nachher die Mutter nur noch die Mädchen gegen Entgelt von Seite des Vaters zu verpflegen hat, die Knaben dagegen dem letztern zur Last fallen²⁹⁾. Im Aargau muss die Mutter das erste Jahr gegen Entgelt das Kind besorgen. Im Kanton Solothurn lastet diese Pflicht gegenüber dem Allimentationsbeitrage von Seite des Vaters die ganze Zeit auf der Mutter³⁰⁾. Die gleiche Bestimmung enthält das Gesetz für Baselstadt³¹⁾ und Baselland³²⁾ und die neueren Gesetze für Schwyz³³⁾, Zug³⁴⁾ und Thurgau. — Im Kanton Zürich und Graubünden hat die Mutter das Kind bis zum 12. Jahr zu erhalten, wobei es bei den Gerichten steht, den Beitrag an die daherigen Kosten von Seite des Schwängerers festzustellen. Im Kanton Neuenburg, Waadt und Genf haben die ausser-ehelichen Mütter überhaupt nur Anspruch auf Leistungen von Seite der Väter, wenn diese das aussereheliche Kind auf gesetzliche Weise anerkannt haben; wesshalb ohne Zweifel, diesen Fall ausgenommen, die ganze Uterhaltungspflicht auf den Müttern lastet. Ein Schwängerer im Sinne jener deutsch-schweizerischen Gesetze, welche eine Allimentationsklage zulassen, kann dabei in diesen Kantonen nicht ausgemittelt werden, indem hier der Schwängerer, falls er das Kind nicht anerkennt, gerichtlich gar nicht belangt werden kann.

Ist endlich gegenüber der Mutter nicht nur der Schwängerer, sondern nach dem System des Paternitätsgrundsatzes der Vater ausgemittelt, so lastet nach österreichischem Recht die ganze Unterhaltungspflicht auf dem Vater, wobei jedoch die Mutter berechtigt ist, das Kind auf Kosten des Vaters selbst zu verpflegen³⁵⁾. Nach dem luzernerischen Gesetze haftet diese Last, und zwar ohne Entgelt, während des ersten Altersjahres des Kindes auf der Mutter³⁶⁾. Das Gleiche gilt im Kanton Uri, jedoch hier gegen eine Entschädigung von Seite des Vaters³⁷⁾. Nach den Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches für Niedwalden hat die Mutter das Kind während drei Jahren, und zwar ohne Entschädigung zu erhalten³⁸⁾. Gegen Entschädigung lastet diese Pflicht auf der Mutter in Obwalden während eines Jahres³⁹⁾. Im Kanton Glarus steht es beim Ermessen der Gerichte, ob sie die Erziehung und Unterhaltung des unehelichen Kindes gegen einen Alimentationsbeitrag von Seite des Vaters für die ganze Zeit, oder nur theilweise der Mutter überbinden wollen, ansonst auf der Mutter keine weitere Unterhaltungspflicht lastet⁴⁰⁾. In der Regel hat im Kanton Graubünden die Mutter die Pflicht, das uneheliche Kind bis in's 12. Jahr zu erziehen und zu erhalten; jedoch ist dieses, wie ein allfälliger Alimentationsbeitrag von Seite des Vaters ganz dem Ermessen der Gerichte anheimgestellt⁴¹⁾. Im Kanton Appenzell Inner-Rhoden hat die Mutter ihr Kind gegen eine wöchentliche Entschädigung selbst zu erhalten⁴²⁾. Nach freiburgischen Gesetzen hat die Mutter gegen eine Entschädigung die Pflicht, während vier Jahren ihr uneheliches Kind zu erhalten, nachher aber keine Pflicht mehr hiezu, sondern nur noch ein Recht⁴³⁾. In Wallis endlich muss die Mutter gegen eine Entschädigung das Kind die ersten zwei Jahre erhalten⁴⁴⁾.

¹⁾ Allgem. bürgerl. Gesetz §. 166.

²⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §. 116.

³⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §. 308.

- 4) Bürgerl. Gesetzbuch §. 101.
- 5) Gesetz vom 3. Mai 1857 §. 14. Vgl. Landbuch a. a. O.
- 6) Angef. Verordnung vom 11. Weinmonat 1849, §. 13 a. a. O. und §. 20 der Verordnung von 1854.
- 7) Bürgerl. Gesetzbuch §. 110.
- 8) Angef. Verordnung §. 10.
- 9) Gesetz vom 18. Juni 1855, §. 10.
- 10) Gesetz über Verrichtungen des Ehegerichts, §. 49.
- 11) Gesetz von 1831, §. 7 und Art. 7 des Gesetzes von 1855.
- 12) Gesetz vom 24. April 1834, §. 10.
- 13) Gesetz vom 23. Juni 1832, Art. 7.
- 14) Dekret vom 23. Juni 1831, §. 10 und §. 246 des Personen- und Familienrechtes.
- 15) Ehegesetz §. 11.
- 16) Bürgerl. Gesetzbuch §. 241.
- 17) Bürgerliches Gesetzbuch §. 281.
- 18) Ehegerichtsordnung §. 95.
- 19) Loi sur les enfants naturels du 27. Nov. 1849, Art. 27.
- 20) Zivilgesetzbuch §. 230.
- 21) Code civil §. 185 und Loi sur les enfants naturels du 1. Decbr. 1855, Art. 195.
- 22) Zivilgesetzbuch §. 150.
- 23) Code civil §. 83.
- 24) Code civil Art. 340.
- 25) Allgem. Landrecht §§. 621, 622, 623, 624 und 625.
- 26) Bürgerl. Gesetzbuch §§. 166 und 168.
- 27) Angef. Gesetz §. 7.
- 28) Angef. Gesetz Art. 9.
- 29) Ehegesetz §. 208.
- 30) Bürgerl. Gesetzbuch §. 241.
- 31) Ehegerichtsordnung §. 92.
- 32) Ehegerichtsordnung §§. 1 und 21.
- 33) Angef. Verordnung §. 20.
- 34) Angef. Gesetz §. 17 u. folg.
- 35) Allgem. bürgerl. Gesetzbuch §§. 167 und 168.
- 36) Bürgerl. Gesetzbuch §. 199.
- 37) Angef. Gesetz §. 14.
- 38) Bürgerl. Gesetzbuch §. 110.
- 39) Angef. Gesetz §. 10.
- 40) Angef. Gesetz §§. 41 und 42.
- 41) Angef. Gesetz §. 7.

⁴²⁾ Brander a. a. O.

⁴³⁾ Zivilgesetzbuch §§. 229 und 230.

⁴⁴⁾ Zivilgesetzbuch §. 151.

Nach den englischen Armengesetzen von 1834 haftet in allen Fällen die Mutter *primaire* für die Unterhaltung der unehelichen Kinder. Diese Pflicht lastet immer auf ihr, wenn sie die Mittel dazu hat. Sie hat dieser Verpflichtung nachzukommen bis das Kind das 16. Jahr erfüllt hat. Das Gesetz geht so weit, die Mutter sogar für Vorschüsse den Kirchspielen gegenüber haftbar zu erklären, wenn diese wegen momentaner Unvermögenheit aushelfen müssen und die Mutter nachher zu Vermögen kommt. Die Mutter kann aber für das Kind nur Unterstützung erhalten, wenn sie sich mit demselben in's Armenhaus begiebt; denn das ist ein Hauptgrundsatz der Armengesetze von 1834, dass die Armen keine Unterstützung als im Armenhause geniessen. — Zachariä am angef. O., S. 16.

§. 15.

Unterhaltungspflicht des Schwängerers, resp. Vaters.

Wird der Schwängerer oder der Vater eines unehelichen Kindes, sei es durch ein gerichtliches Urtheil, sei es durch Anerkennung ausgemittelt, so kann die Unterhaltungspflicht ganz oder theilweise auf ihn übergehen. In letzterer Beziehung sind sodann noch zwei Fälle denkbar, indem er entweder die Unterhaltungspflicht nach einer bestimmten Zeit ganz übernehmen, oder aber für kürzere oder längere Zeit an diese einen Beitrag leisten muss, — Um nun diessfalls in die ziemlich detaillirte Materie mehr Klarheit zu bringen, wollen wir die letztere Art — oder die Alimentationspflicht von der erstern, oder der eigentlichen Unterhaltungspflicht getrennt behandeln, wobei wir jedesmal auf die Gesetzgebungen, welche die einen oder andern Pflichtarten aufgenommen, Rücksicht nehmen werden.

Anbetreffend nun die Alimentationspflicht, so ist diese ein gemeinrechtliches Institut, welchem theils römische, theils kanonische Rechtsanschauungen zu Grunde liegen. Gemeinrechtlich ist der Vater, falls die aussereheliche Geschlechtsver-

mischung eine Schwängerung zur Folge hatte, primair zur Unterhaltung des Kindes verpflichtet¹⁾.

Anbelangend den Rechtsgrund für diese Pflicht sind die Ansichten getheilt. Einige folgern denselben aus dem Vergehen, welches jede aussereheliche Schwängerung in sich schliesst²⁾, währenddem Andere dafür halten, er liege lediglich in der Thatsache der ausserehelichen Geschlechtsvermischung und dem aus derselben entstandenen persönlichen Verhältnisse, nämlich dem der ausserehelichen Verwandtschaft³⁾.

Ebenso bestritten ist die Frage, ob und welche unehelichen Kinder das Recht auf eine Allimentation haben, d. h. ob namentlich die aus Ehebruch erzeugten diessfalls ein Klagerecht besitzen. — Fasst man nun diessfalls den Wortlaut der römischen und kanonischen Quellen in's Auge⁴⁾, wird man unbezweifelt annehmen müssen, nach kanonischem und römischem Rechte habe solchen Kindern kein Klagerecht zugestanden. Dagegen scheint der gemeinrechtliche Gerichtsgebrauch diessfalls für solche Kinder sich schonender ausgebildet und ihnen ein Klagerecht zugestanden zu haben⁵⁾.

Bezüglich des Umfanges der Allimentation, so begriff sie gemeinrechtlich: Nahrung, Kleidung, Wohnung, Krankenkosten, Erziehungs- und Unterrichtskosten⁶⁾, falls die Unterhaltung vom Schwängerer selbst bestritten wurde. War dieses nicht der Fall, so war gemeinrechtlich ein bestimmtes Aequivalent nicht bestimmt und desshalb dem Ermessen des Richters anheimgestellt.

In diesem letztern Falle sodann beginnt gemeinrechtlich die Pflicht, wie bei den ehelichen, mit der Geburt⁷⁾, und dauert im Allgemeinen so lange, bis das Kind sich selbst ernähren kann⁸⁾; nach dem allgemeinen Gerichtsgebrauche bei den Knaben bis zum zurückgelegten 12., und bei den Mädchen bis zum zurückgelegten 14. Lebensjahre⁹⁾. Die Alimentationsforderungen hatten gemeinrechtlich am Konkurse kein Vorrecht¹⁰⁾.

Eine diesen Grundsätzen ganz entgegen gesetzte Richtung befolgt das französische Recht¹¹⁾, indem das uneheliche Kind nur ein Klagerecht gegen jenen Vater hat, von dem es in einer öffentlichen Urkunde ist anerkannt worden¹²⁾.

Nach preussischem Rechte hat vorab der Vater während der vier ersten Jahre die Mutter für den Unterhalt zu entschädigen, nachher hat er das Kind selbst zu erhalten. Diese Verbindlichkeit dauert bis nach dem zurückgelegten 14. Jahre. Für Söhne muss der Vater die Kosten für Erlernung eines Handwerkes bezahlen. Hat der Vater das Kind zu einem Gewerbe erziehen lassen, durch welches es nach dem 14. Jahre seinen Unterhalt nicht erwerben kann, muss der Vater es unterhalten, bis dieses letztere eintritt. Die Verpflegungspflicht hört nicht auf, wenn die Kinder durch Leibeskrankheit, oder sonstige fehlerhafte Geistes- oder Gemüthsbildung unvermögend sind, ihren Unterhalt zu erwerben¹³⁾.

Von den schweizerischen Gesetzen kennen eine Alimentationspflicht im Allgemeinen die Kantone: Zürich, Bern¹⁴⁾, Schwyz, Zug¹⁵⁾, Graubünden, St. Gallen¹⁶⁾, Thurgau, Schaffhausen¹⁷⁾, Aargau¹⁸⁾, Solothurn¹⁹⁾, Baselstadt²⁰⁾, Baselland, und im Sinne der französischen Gesetzgebung Neuenburg, Waadt²¹⁾, Genf und Tessin, somit alle Schweizergesetze, mit Ausnahme desjenigen von Appenzell Ausser-Rhoden, welche den Maternitätsgrundsatz angenommen haben. In Appenzell Ausser-Rhoden haftet die Unterhaltungspflicht auf dem Schwängerer und der Mutter gemeinschaftlich.

Anbetreffend nun die Dauer dieser Unterhaltungspflicht, so fängt sie in der Regel mit der Geburt des Kindes an, ausgenommen jene Fälle, in denen, wie wir im vorigen Paragraphen gezeigt haben, der Mutter die alleinige Unterhaltungspflicht überbunden ist. — Was dagegen die Endschaft dieser Alimentation anbetrifft, so ist diese verschieden. Die Alimentationspflicht ist kein Aequivalent für die volle Unterhaltungspflicht des Kindes, sondern nur ein Beitrag an dieselbe.

Jene umfast den Gesamtunterhalt, diese dagegen nur einen Theil. Es ist daher begreiflich, wenn jene mehr als eine bleibende, diese dagegen nur als eine auf eine bestimmte Reihe von Lebensjahren des Kindes bestimmte angesehen werden muss. Hieraus erklärt sich leicht die Verschiedenheit der Gesetzgebung. — Bern bestimmt sie bis zum vollendeten siebenzehnten²²⁾, Zug bis zum zurückgelegten vierzehnten²³⁾, und Schwyz, Graubünden und Thurgau bis zum zwölften Lebensjahre des Kindes. Das St. Gallische Gesetz lässt diese Frage unentschieden²⁴⁾. Schaffhausen setzt die Endschaft auf das zurückgelegte fünfzehnte²⁵⁾, Aargau auf das sechzehnte²⁶⁾, Solothurn²⁷⁾ und Baselstadt ebenfalls²⁸⁾, Baselland auf das zwölfte²⁹⁾ und Tessin endlich auf das zwanzigste Altersjahr des Kindes³⁰⁾. Neuenburg, Appenzell Ausser-Rhoden, Waadt und Genf haben diessfalls keine gesetzlichen Bestimmungen.

Ebenso ungleich, wie die Zeitdauer für die Allimentationspflicht ist die Grösse des daherigen Beitrages. Das zürcherische Gesetz räumt diessfalls den Gerichten volle Freiheit ein, jedoch soll der jährliche Beitrag die Hälfte des Kostgeldes wenigstens betragen. Das bernerische Gesetz stellt den Behörden die Ausmittlung dieser Beitragssummen anheim, wobei auf das Vermögen und die Erwerbsfähigkeit des Beklagten und auf die Vollständigkeit des gegen ihn geführten Beweises Rücksicht zu nehmen ist. — Zug bestimmt ein für allemall 70 Fr., Schwyz überlässt die Feststellung, wie Graubünden, den Gerichten, in St. Gallen ist der Beitrag auf 25 Fr., in Schaffhausen auf 35—200 Fr. a. W., im Aargau auf 50—100 Fr. a. W., in Solothurn auf 40 Fr. a. W. festgesetzt, währenddem Thurgau, Baselstadt, Neuenburg, Waadt, Genf und Tessin es den Gerichten anheimstellt, die Grösse auszumitteln; — und diese im Kanton Appenzell Ausser-Rhoden in der Hälfte sämtlicher Unterhaltungskosten besteht. — In Baselland ist die Festsetzung der Summe den

Gerichten überlassen; wobei sich noch keine Praxis festgestellt hat, ob dieselbe in runder Summe oder in periodischen Beiträgen zu bestehen habe³¹). Bezüglich der Sicherung dieser Alimentationsbeiträge von Seite des Vaters, finden wir nur im zürcherischen und zugerischen Gesetze schützende Bestimmungen. Ein Ausländer hat im Kanton Zug gleich nach der Anzeige an den Gemeindspräsidenten eine Kautions zu stellen, widrigenfalls sein Vermögen mit Arrest belegt werden kann. Das Gleiche gilt gegenüber von Kantons- und Schweizerbürgern, wenn Verdacht vorhanden ist, dass ein solcher sich widerrechtlich der Klage entziehen will³²).

Uebergehend nun zu der Unterhaltungspflicht des Schwängerers, wenn er nach dem Systeme der Paternitätsgesetze als Vater erklärt wird, so fallen hier offenbar die Bestimmungen des gemeinen französischen und preussischen Rechtes weg, so wie die Gesetze jener Kantone, in denen der Maternitätsgrundsatz gilt, und es bleiben uns nur die österreichischen und jene Schweizergesetze zu berücksichtigen, welche den Paternitätsgrundsatz aufgenommen haben.

Das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch für die gesammten deutschen Erblande erklärt nun den Vater im Allgemeinen als *primair* pflichtig, die unehelichen Kinder zu unterhalten. Da es über Beginn und Dauer nichts enthält, muss angenommen werden, sie beginne mit der Geburt, endige mit der Erhaltungsfähigkeit des Kindes, und falls, da die Mutter das Recht der Erziehung hat, sich die Parteien über die zu verabreichende Verpflegungssumme nicht verständigen können, habe der Richter zu entscheiden³³).

Die Unterhaltungspflicht im Allgemeinen von Seite des ausgemittelten Vaters besteht in der Schweiz in den Kantonen Luzern³⁴), Uri³⁵), Nidwalden³⁶), Obwalden³⁷), Glarus³⁸), Appenzell Inner-Rhoden³⁹), Freiburg⁴⁰) und Wallis⁴¹), somit in allen Kantonen, in denen der Paternitätsgrundsatz gilt.

Sie besteht im ganzen Unterhalt im Kanton Luzern und

Uri vom ersten, in Nidwalden vom dritten, in Freiburg vom vierten, und im Kanton Wallis vom zweiten Lebensjahre des unehelichen Kindes an. Der Kanton Glarus überlässt die daherige Bestimmung dem Richter. In dem Kanton Appenzell Inner-Rhoden bleibt die Besorgung der Unterhaltung immer der Mutter⁴²⁾.

Während der Zeit, innert welcher die volle Unterhaltungspflicht auf dem nach dem Paternitätsgrundsatz ausgemittelten Vater nicht lastet, sondern die Mutter das Kind zu besorgen hat, ist in einigen Kantonen der Vater zu einem Beitrage verpflichtet, in andern nicht. Unentgeltlich muss die Mutter während der angegebenen Zeit das Kind unterhalten in den Kantonen Luzern, Nidwalden und Wallis. Dagegen lastet in den Kantonen Zürich, Uri, Obwalden, Glarus, Appenzell Inner-Rhoden und Freiburg diese Pflicht auf der Mutter nur gegen eine Entschädigung. Die Grösse dieser Entschädigung ist sehr verschieden.

Anbetreffend die Zeitdauer dieser Unterhaltungspflicht, so bestimmen diessfalls die angeführten Gesetze nichts Spezielles. Allein da in allen diesen Fällen die volle Unterhaltungspflicht an die Väter übergeht, muss nach Analogie der Bestimmungen über den Unterhalt ehelicher Kinder angenommen werden, dass sie im angegebenen Sinne bis zur eigenen Unterhaltungsfähigkeit von den Vätern müssen gepflegt werden. — Bestimmungen zur Sicherung dieser Verpflichtungen enthalten Luzern⁴³⁾ und Glarus⁴⁴⁾, deren Gesetzgebungen eine Verarrestirung des vorfindlichen Guthabens erlauben, ein Recht, das indessen nach dem Inhalte der Bundesverfassung gegenwärtig nur gegen Nichtschweizer ausgeübt werden kann⁴⁵⁾.

¹⁾ Diese gemeinrechtliche Lehre wird abgeleitet aus Novel 89, Cap. 12 §. 6 und dem caput. 5 X de eo, qui duxit in matrem, quam polluit per adulterium (Decret 4. 7); sowie aus dem mit dieser Stelle in Beziehung stehenden Entscheide Klemenz III. von 1190, welcher die Trennung zweier Konkubinantinnen bestimmte und beifügte:

„Sollicitudinis tamen tuae intererit, ut uterque liberis suis procreatis provideat, et secundum quod eis suppetunt facultates, sustentationi eorum necessaria subministret.“ — Neben diesen Gesetzesstellen gilt als Quelle für diese gemeinrechtliche Lehre die allgemein verbreitete Gerichtspraxis. — Vgl. Thibaut a. a. O. §. 214.

²⁾ Zivilrecht von Wening, Bd. II. §. 284.

³⁾ Bülow und Hagemann, praktische Erörterungen, Bd. IV, Erörterung 70 §. 9.

⁴⁾ Onnis, qui ex complexibus aut nefariis aut incestis aut damnatis processerit, iste neque naturalis nominatur, neque alendus est a parentibus, Nov. 89 Cap. 15. Quia tamen tam lex mosaica, quam canonica sobolem, susceptam ex adulterio detestatur, saecularibus quoque legibus non solum repellantibus eos a successione paterna, sed negantibus ipsis etiam alimenta, petitioni tuae non duximus annuendum. Cap. 13 X, qui filii sunt legitimi (4. 17).

⁵⁾ Thibaut, System des Pandekt. Rechtes, §. 241, Bülow und Hagemann a. a. O. S. 365.

⁶⁾ Fr. 234 §. 2 D. de verb. signif. (50. 16), Fr. 6 D. de alimentis vel cibis leg. (34. 1), Fr. 44 D. de verb. signif. (50. 16), Fr. 6 §. 5 D. de Carbon. edictio (37. 10).

⁷⁾ Thibaut, Pandekten-System §. 241.

⁸⁾ Thibaut a. a. O. §. 243.

⁹⁾ Glük a. a. O. S. 205.

¹⁰⁾ Schweppe, System des Konkurses. — 2. Ausgabe §. 49 Note 5, §. 78 Note 4.

¹¹⁾ Zachariä a. a. O. S. 7. — Diese Bestimmungen schliessen sich an das Gesetz vom 12. Brumaire Jahr II an. Das ältere Familien-Recht stimmte dagegen vollständig mit der gemeinrechtlichen Lehre überein. Zachariä a. a. O.

¹²⁾ Das englische Gesetz kennt diese primäre Unterhaltungspflicht des Vaters gar nicht. — Zachariä a. a. O. S. 16.

¹³⁾ Allgem. Landrecht §§. 621, 633, 635, 636, 637. Nach dem Gesetze vom 24. April 1854 verliert aber das Kind das Recht, auf die angegebene Alimentation zu klagen, wenn der Mutter selbst kein Klagerecht zusteht. Gegen Personen des Soldatenstandes, vom Feldweibel abwärts, findet wegen dieser Pflicht kein Abzug vom Solde statt. Vgl. §. 16 unten.

¹⁴⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §§. 166 und 169.

¹⁵⁾ Allgem. Gesetz §. 17.

¹⁶⁾ Allgem. Gesetz §. 7.

¹⁷⁾ Ehegesetz §. 203.

- 18) Bürgerl. Gesetzbuch §. 243.
- 19) Bürgerl. Gesetzbuch §. 298.
- 20) Ehegerichtsordnung §. 92.
- 21) Angef. Gesetz Art. 195.
- 22) Bürgerl. Gesetzbuch §. 197.
- 23) Allgem. Gesetz §. 17.
- 24) Allgem. Gesetz §. 10.
- 25) Ehegesetz §. 208.
- 26) Bürgerl. Gesetzbuch §. 243.
- 27) Bürgerl. Gesetzbuch §. 298.
- 28) Ehegesetz §. 92.
- 29) A. a. O. Ehegerichtsordnung 21 §. 1.
- 30) Codice civile.

31) Durch obergerichtliches Urtheil vom 26. September 1839 in Sachen der Maria Tschudin von Pratelen wurde die Frage: ob die Entschädigung in runder Summe müsse verabfolgt werden, verneint; dagegen durch Urtheil vom 13. Jänner 1837 in Sachen der A. M. Madörin von Zuzgen und durch Urtheil vom 14. August 1832 in Sachen der Theresia Lüthi von Oehlelingen bejaht. — Bezüglich der Grösse der Entschädigung erkannte das Gericht in zwei Fällen auf die Abfindungssumme von 500 Fr. und 300 Fr. a. W. — Bezüglich der wöchentlichen Entschädigung variren die Urtheile zwischen 5 und 15 Btz. a. W. — Vrgl. obergerichtliches Urtheil vom 31. März 1838 in Sachen der Katharina Schmidli von Aesch, in welchem 15 Btz. a. W. per Woche bestimmt wurde, und das obergerichtliche Urtheil vom 26. Herbstmonat 1839, sowie das Urtheil vom 20. Dezbr. 1839, letzteres in Sachen der Anna Häring von Arisdorf, welche auf 12 Btz. a. W., sodann das obergerichtliche Urtheil vom 15. Febr. 1833 in Sachen der Elisabetha Tanner, welches auf 10 Btz. a. W., ferner das obergerichtliche Urtheil vom 7. März 1839 in Sachen der Elisabetha Bachmann von Bottenweil, welches auf 8 Btz. a. W., sodann ein Urtheil vom 8. März 1833 in Sachen der A. M. Göldlin, welches auf 5 Btz. a. W. und endlich ein Urtheil des Bezirksgerichts Waldenburg in Sachen der Elisabetha Mohler vom 7. Dezember 1853, welches auf 1 Fr. n. W. lautete:

- 32) Angef. Gesetz §. 21.
- 33) §§. 167, 168 und 169 des allgem. Gesetzes.
- 34) Bürgerl. Gesetzbuch §. 101.
- 35) Angef. Gesetz §§. 13 und 14.
- 36) Bürgerl. Gesetzbuch §. 101.
- 37) Allgem. Gesetz §. 10.

³⁸⁾ Allgem. Gesetz §. 40.

³⁹⁾ Brander a. a. O.

⁴⁰⁾ Bürgerl. Gesetz §. 229.

⁴¹⁾ Zivilgesetzbuch §. 152.

⁴²⁾ Vgl. die im vorigen Paragraphen angeführte Gesetzesstelle.

⁴³⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §. 98.

⁴⁴⁾ Allgem. Gesetz §. 10.

⁴⁵⁾ Bundesverfassung §. 48.

§. 16.

Die subsidiäre Unterhaltungspflicht.

Es entsteht die Frage, wer im Unvermögensfalle, sowohl von Seite der Mutter als des Vaters oder beider, die unehe-lichen Kinder zu erhalten habe. — Wir werden nun zuerst die subsidiären Pflichten der Eltern, sodann jene der Verwandten und endlich diejenige der Gemeinde, welche hier in Betracht kommen können, zu erörtern suchen.

Anbetreffend nun die subsidiäre Pflicht der Eltern, so haftete gemeinrechtlich der Vater primär, desshalb könnte es sich hier nur um die subsidiäre Pflicht der Mutter handeln. Und diese subsidiäre Unterhaltungspflicht bestand in der That. Gemeinrechtlich war nämlich bezüglich dieser Materie die römische Norm massgebend, und diese stellte jene Pflicht über allen Zweifel auf¹⁾).

Nach französischem Rechte konnte von einer solchen subsidiären Pflicht nicht die Rede sein, da der Vater überhaupt wegen Alimentation nicht belangt werden kann, und die Last einzig auf der Mutter haftet²⁾).

Das preussische Recht entscheidet diese Frage nicht ausdrücklich, doch darf nach §. 637 des A. L. R. angenommen werden, dass diese subsidiäre Pflicht in Preussen Geltung hat.

Das österreichische Gesetz dagegen hat diese Pflicht ausdrücklich in seine Bestimmungen aufgenommen³⁾).

Das bernerische Gesetz kann in diese subsidiäre Pflicht

des Vaters nicht eintreten, da er zu einem bestimmten Beitrage verpflichtet ist, dagegen haftet die Mutter für die Unvermögenheit des Vaters, da ihr schon im Allgemeinen die Unterhaltungspflicht des Kindes überbunden ist⁴⁾. Im Kanton Zürich besagt das Bürgerl. Gesetzbuch: „Sowohl der Vater als die Mutter haften wechselseitig subsidiär für die Unterhaltung des Kindes⁵⁾. Im Kanton Luzern haftet die Mutter subsidiär für die Unterhaltungspflicht des Vaters⁶⁾. In den Kantonen Uri⁷⁾, Schwyz⁸⁾, Nidwalden⁹⁾, Obwalden¹⁰⁾, Zug¹¹⁾, Glarus¹²⁾, St. Gallen¹³⁾, Schaffhausen¹⁴⁾, Aargau¹⁵⁾, Baselstadt¹⁶⁾, Freiburg¹⁷⁾ und Wallis¹⁸⁾ gelten die gleichen Bestimmungen. In Appenzell Inner-Rhoden haftet die Mutter subsidiär für den Vater, und in Appenzell Ausser-Rhoden beide wechselseitig, da jedes die Hälfte zu tragen hat. — Graubünden stellt den gleichen Grundsatz auf¹⁹⁾, und in Neuenburg, Waadt, Genf und Tessin haftet die Mutter für den Vater, dieser aber umgekehrt nur für den Alimentationsbeitrag.

Bezüglich der subsidiären Unterhaltungspflicht der Verwandten, so müssen hier die Erben und andere Verwandte genau auseinander gehalten werden. — Im Allgemeinen ist anzunehmen, dass die Unterhaltungspflicht auf die Erben übergehe, da diese mit dem Erbschaftsanfalle in alle Rechte und Pflichten des Erblassers eintreten, dagegen können, wo die Partikulargesetze nichts Anderes verfügen, andere Verwandte für keine solche subsidiäre Pflicht in Anspruch genommen werden, da das uneheliche Kind zu denselben in gar kein Verwandtschaftsverhältniss tritt.

Gemeinrechtlich hafteten die Erben für den Unterhalt des unehelichen Kindes²⁰⁾, und diessfalls gehen die Gemeinrechtslehrer weiter, und erklärten auch den Grossvater mütterlicherseits subsidiär für die Mutter haftbar²¹⁾. Dagegen ist der Satz, dass auch der Grossvater mütterlicherseits diese Haftpflicht habe, wohl mit Grund ein bestrittener²²⁾.

Nach preussischem Rechte geht die Alimentationspflicht in dem Sinne auf die Erben über, dass die unehelichen Kinder aus dem Nachlasse eine Aussetzung der fehlenden Alimentation begehren können. Sind eheliche Kinder vorhanden, so kann diese Aussetzung nur auf die Nutzniessung stattfinden. Muss diessfalls eine Aussetzung gegenüber ehelichen, noch nicht erzogenen Kindern stattfinden, so muss die Anordnung so stattfinden, dass es dem ehelichen noch einmal so viel als dem unehelichen Kinde trifft²³).

Das österreichische Gesetzbuch besagt einfach: „Die Verbindlichkeit, uneheliche Kinder zu erhalten, geht gleich einer andern Schuld auf die Erben über“²⁴). Eine weitere subsidiäre Pflicht von Seite der übrigen Verwandten stellt dieses Gesetz nicht auf.

In der Schweiz gelten nun in allen Kantonen die Bestimmungen, dass die Unterhaltungspflicht, analog dem österreichischen Gesetzbuche, auf die Erben übergeht. Eine weitere Ausdehnung auf andere Verwandte findet sich nur im neuen zürcherischen Gesetzbuche. Dieses bestimmt die Eltern des Vaters subsidiär für pflichtig, geräth aber offenbar hier in einen Widerspruch, da es einerseits die Mitleidenschaft aus der Blutsverwandtschaft ableitet, anderseits annimmt: die Verwandtschaft habe ihren Entstehungsgrund nur in der ehelichen Zeugung. Selbst Bluntschli bemerkt hierüber, dass die subsidiäre Haft der Eltern prinzipielle Bedenken habe, und überdiess Eltern nicht für die Schulden der Kinder zu haften haben. Zur Rechtfertigung fügt er indessen hinzu, dass die ältere Gesetzgebung noch weiter ging, und sogar die Grosseltern des unehelichen Vaters oder der Mutter und die Geschwister dieser zur subsidiären Haftbarkeit verpflichtete. Zudem sei es Bedürfniss, die Lasten der Gemeinden zu erleichtern²⁵). Das Gesetz für Obwalden dagegen, welches diessfalls auch einige Bestimmungen enthält, stellt die subsidiäre Unterhaltungspflicht der Verwandten nicht schlechthin auf,

sondern stellt es dem Rathe anheim, in solchen Fällen eine „Verwandtensteuer“ auszuschreiben²⁶⁾.

Was endlich die subsidiäre Unterhaltungspflicht von Seite der Gemeinden anbetrifft, so leuchtet ein, dass diese mit der Ausbildung der Gemeinde im heutigen Sinne des Begriffes, sowie mit den Armengesetzen im innigsten Zusammenhange steht. Die Pflicht der Unterstützung der unehelichen Kinder durch die Gemeinden bei der Vermögenslosigkeit der Eltern hat seinen Rechtsgrund weder in der ausserehelichen Geschlechtsvereinigung, noch in einem Edikte, sondern in jenen Verhältnissen, in denen überhaupt auch für ehelich geborne Kinder Rechtsgründe für die Unterhaltungspflicht gefunden werden. Diessfalls erscheinen demnach die Rechtsbeziehungen der unehelichen Kinder keine ausnahmsweise und desshalb auch nicht in diese Abhandlung gehörende zu sein. — Ausnahmsweise erscheint hier nur eine allfällige Pflicht der Gemeinden für die Alimentationsbeiträge des Vaters eintreten zu müssen, sowie allfällige privilegierte Rechte, welche die Gemeinden haben, sich für solche Lasten gegenüber dem Vater sicher zu stellen.

Das französische, preussische und österreichische Recht²⁷⁾, welche diessfalls keine Bestimmungen enthalten, übergehend, begegnen wir vorab im bernerischen Gesetze der Bestimmung, dass zwar die Heimathsgemeinde des Vaters für die Alimentationspflicht nicht haftet, allein die Heimathsgemeinde der Mutter berechtigt ist, vom Vater zu verlangen, dass er eine Summe von 40—400 Fr. a. W. zum Voraus bezahle. Sie ist fällig, sobald sie bestimmt ist, und kann 14 Tage nachher rechtlich eingefordert werden²⁸⁾. Im Kanton Luzern kann ein Vater, wenn er ein Fremder ist, angehalten werden, für das Kind ein Ortsbürgerrecht zu erwerben, und sein Vermögen kann hiefür mit Arrest belegt werden²⁹⁾. Die gleichen Bestimmungen gelten im Kanton Uri, wo überdiess neben dem Arrestrecht noch die Personalhaft gegen In- und Aus-

länder eintreten kann³⁰⁾. Das zugerische Gesetz räumt den Gemeinden das gleiche Klagerecht wie den Kindern ein³¹⁾. Ueberdiess können die Gemeinden gehabte Auslagen an den Eltern zurückfordern. Die gleichen Bestimmungen wie im Kanton Bern gelten auch im Kanton Aargau³²⁾. Den Gemeinden gegenüber hat in Schaffhausen der Vater die gleiche Pflicht wie gegen die Mutter³³⁾. St. Gallen dagegen erklärt die Pflicht des Vaters ausdrücklich für eine persönliche, für welche die Gemeinden nicht zu haften haben, währenddem das solothurnerische Gesetz bestimmt, dass die Alimentationslast auf der Heimathsgemeinde des Vaters laste³⁴⁾.

Zum Schlusse dieser Erörterungen wollen wir noch anführen, dass im Kanton Graubünden eine eigenthümliche subsidiäre Unterhaltungspflicht besteht. Nach dem Gesetze haftet, wenn der Vater nicht ausgemittelt wird, derjenige oder diejenigen, welche der Mutter fleischlich beigewohnt, und zwar sieben Monate vor der Geburt. Werden solche auch nicht als Väter ausgemittelt, haben sie das Kind dennoch zu unterhalten, und der Mutter die Kindbettkosten zu bezahlen³⁵⁾.

¹⁾ Das Fr. 5 D. de agnoscend et alendis liberis (25. 3) erörtert diese Frage umständlich und besagt in §. 4: Ergo et matrem Cogemus, praesertim vulgo quaesitos liberos alere. Vgl. Makeldei, Lehrbuch des R. Rechtes §. 241. Thibaut a. a. O. §. 240 Tit. 5.

²⁾ Auch nach englischem Rechte haftet der Vater der Mutter gegenüber nicht subsidiär, sondern die subsidiäre Pflicht existirt von Seite des Vaters gegenüber dem Kirchspiele. — Vgl. Zachariä a. angef. O.

³⁾ Vgl. §§. 166, 167 und 168 des allgem. bürgerl. Gesetzes.

⁴⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §. 168 u. folg.

⁵⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §. 297.

⁶⁾ Bürgerl. Gesetz §. 101.

⁷⁾ Angeführtes Gesetz §. 14.

⁸⁾ Angeführtes Gesetz §. 26, Lit. 6.

⁹⁾ Bürgerl. Gesetz §. 110.

¹⁰⁾ Angeführtes Gesetz §. 10.

¹¹⁾ Angeführtes Gesetz §. 20.

¹²⁾ Angeführtes Gesetz §. 43.

¹³⁾ Angeführtes Gesetz Art. 17.

- ¹⁴⁾ Ehegesetz §. 208.
- ¹⁵⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §. 244.
- ¹⁶⁾ Angeführtes Gesetz.
- ¹⁷⁾ Angeführtes Gesetz §. 229.
- ¹⁸⁾ Bürgerl. Gesetz §. 114.
- ¹⁹⁾ Angeführtes Gesetz §. 10.
- ²⁰⁾ Vgl. Bülow und Hagemann a. a. O. S. 335.
- ²¹⁾ Sie stützen sich auf Fr. 5 §. 5 D. de agnosc. et alendis liberis (25. 3), wo es heisst: Divus Pius significat, quasi avus quoque maternus aleri compellatur, sowie überdiess auf den Umstand, dass, da der Grossvater Erbrechte auf das Vermögen des unehelichen Kindes habe, er auch subsidiär für dessen Alimentation hafte, und endlich auf die Billigkeit, hervorgegangen aus der Blutsgemeinschaft.
- ²²⁾ Thibeaut a. a. O. §. 141.
- ²³⁾ Allgem. Landrecht §§. 647, 648 und 649.
- ²⁴⁾ Allgem. bürgerl. Gesetzbuch §. 171.
- ²⁵⁾ Bluntschli in seinem Commentar.
- ²⁶⁾ A. a. O. §. 10. — Das ältere Gesetz für den Kanton Obwalden dehnte diese Pflicht auf die nächsten Erben aus und setzte deren Beitrag auf 25 Schill. wöchentlich.
- ²⁷⁾ Die angeführte englische Armenordnung von 1834, welche dem Kinde jede Alimentationsklage gegen den Vater abspricht, gestattet dagegen eine solche dem Kirchspiele, falls es das Kind unterhalten muss. Zur Begründung dieser Klage genügt das Zeugniß der Mutter, falls dieses von andern, dem Richter genügend erscheinenden That-sachen unterstützt wird. Diese Klage ist demnach nur eine subsidiäre zu Gunsten der Gemeinden. Zachariä a. a. O.
- ²⁸⁾ Bürgerl. Gesetz §§. 169, 170, 171 und 172.
- ²⁹⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §. 98.
- ³⁰⁾ Angeführtes Gesetz §. 11.
- ³¹⁾ Angeführtes Gesetz §§. 19 und 20.
- ³²⁾ Bürgerl. Gesetz §. 243.
- ³³⁾ Ehegesetz §. 208.
- ³⁴⁾ In diesem Falle hat die Gemeinde das Recht, wenn wenigstens ein Jahresbeitrag aussteht, dem Polizeirichter Anzeige zu machen und zwar alle zwei Jahre, der sodann zu untersuchen hat, ob der Vater den Beitrag hätte bezahlen können oder nicht. Im erstern Falle verurtheilt ihn der Richter zu einer Gefangenschaft bis auf vier Monate und kann ihm für zwei Jahre den Besuch von Wirths- und Pinterschenkhäusern verbieten.
- ³⁵⁾ Angeführtes Gesetz Art. 5.

§. 17

Die Legitimation.

Jene Rechtshandlung, durch welche einerseits das uneheliche Kind in die volle väterliche Gewalt gebracht, wird und anderseits die Rechte eines ehelichen Kindes erwirbt, heisst Legitimation. Diese Ehelichung kann auf zwei verschiedenen Wegen erreicht werden, nämlich durch die nachfolgende Ehe oder ein Reskript des Landesoberhauptes.

Um demnach auseinander zu setzen, auf welche Weise uneheliche Kinder die Rechte der ehelichen Geburt erwerben können, werden diese beiden Legitimationsarten in gesonderter Darstellung zu behandeln sein.

§. 18

Die Legitimation durch nachfolgende Ehe.

Unter Legitimation durch nachfolgende Ehe versteht man die Thatsache, dass wenn zwei Personen, welche miteinander ein aussereheliches Kind erzeugt, sich später ehelichen, dieses Kind wie ein eheliches zu betrachten ist, und alle Rechte der ehelichen Geburt geniesst.

Dieses Rechtsinstitut ist ein römisches. Seine Entstehung verdankt es dem römischen Konkubinate. Bei den Römern hatte nämlich das Konkubinat eine andere Bedeutung als gegenwärtig. Es war die auf gesetzlich erlaubte Art eingegangene häusliche Verbindung eines unverheiratheten Mannes mit einer ebenfalls unverheiratheten Frauensperson zum Behufe der Geschlechtsgemeinschaft, wenn auch ohne Form der Ehe. Der Einfluss des Christenthums auf die spätere Kaiserzeit drängte nun nothwendig dahin, diese Verbindungen zu beschränken oder gänzlich aufzuheben. Das Konkubinat auch im römischen Sinne des Begriffes widersprach den Grundsätzen des Christenthums über die Würde des Weibes und

der Heiligkeit der Ehe. Von daher wohl erklärte Kaiser Konstantin der Grosse: die unehelichen Kinder sollen unter die väterliche Gewalt kommen, sobald der Vater in eine wirkliche, rechtmässige Ehe mit der Konkubine, mit welcher er diese ausserehelichen Kinder erzeugt, trete, und lege so den Grund zu der Legitimation durch die nachfolgende Ehe¹⁾. Ausser der Ehe geborene Kinder erhielten durch die Legitimation einen unbeschränkten Sukzessionsgrund in das Vermögen der Eltern, welcher sonst nur nach römischen Rechtsansichten aus ehelicher Verwandtschaft entstand²⁾.

Um diese Legitimation durch nachfolgende Ehe noch mehr zu begünstigen, wurde sogar die Arrogatio der liber. natural. verboten³⁾. Das kanonische Recht, welches überhaupt dieses Rechtsinstitut sehr begünstigte, gab demselben eine noch grössere Ausdehnung. Währenddem nämlich das römische Recht diese Legitimation auf die Konkubinen-Kinder beschränkte, erklärte dieses überhaupt alle unehelichen Kinder der Legitimation fähig⁴⁾.

Die ältern deutschen Rechtszustände scheinen dieses Institut nicht gekannt zu haben. Zwar war schon im Mittelalter in Deutschland die Sitte verbreitet, bei der Trauung mit der Beischläferin das vorher mit ihr erzeugte Kind unter den Mantel der Mutter zu nehmen, und so dasselbe symbolisch durch die Ehe zu legitimiren⁵⁾, allein diese Legitimation hatte keineswegs die Folgen des römischen Institutes. Und noch im 13. Jahrhundert war diese Legitimation in Deutschland zweifelhaft⁶⁾. Erst das Eindringen des römischen und kanonischen Rechts brachte diese Legitimation zu jener Geltung, welche sie gemeinrechtlich gegenwärtig besitzt.

Gemeinrechtlich ist nun die volle väterliche Gewalt die Folge dieser Legitimation, was dem Vater namentlich auch das Recht des Niessbrauchs am Peculium des Kindes in sich schliesst. — Die Kinder dagegen werden rücksichtlich der Familienrechte gleich den ehelichen betrachtet, und treten wie eheliche in die gleiche Verwandtschaft. Ebenso giebt die

Legitimation dem Vater Erbrechte in das Vermögen des Kindes und dem Kinde in das Vermögen des Vaters und seiner Anverwandten⁷⁾. — Bezüglich der Bedingungen zur Vollendung dieser Legitimation war gemeinrechtlich die Einwilligung des Vaters wie des Kindes, und wenn der Erstere noch unter väterlicher Gewalt stand, ebenso die dieses Vaters erforderlich. Das Recht des Notherben zu den Verwandten der Eltern erhielt es auch ohne den Consens dieser Letztern⁸⁾.

Eine weitere Form war diessfalls nicht vorgeschrieben, nur musste die Ehe eine gültige sein⁹⁾.

Diesen ältern Rechten gegenüber entfalteten sich die neuern Gesetzgebungen verschieden. — Anbetreffend die Ausdehnung der Legitimation, so adoptirte das französische Recht die von dem kanonischen Rechte entnommene Ausdehnung auf alle unehelichen Kinder nicht, und schloss desshalb die Legitimation auf Kinder aus Blutschande oder Ehebruch erzeugt aus, dehnte sie dagegen auf Kinder eines verstorbenen unehelichen Kindes aus¹⁰⁾. Die preussische Gesetzgebung hat diese Legitimation ohne weitere Förmlichkeiten oder Beschränkungen aufgenommen¹¹⁾. Gleiches gilt von dem österreichischen Rechte, nur mit der Beschränkung, dass dadurch ehelichen Kindern in ihren bereits erworbenen Rechten, wie dem der Erstgeburt, kein Eintrag gethan werden kann¹²⁾.

Wie in den meisten Rechtsmaterien, hatten auch diese Gesetzbücher, und namentlich das französische und österreichische, bezüglich der Legitimation auf die Gestaltung der schweizerischen Gesetze einen entscheidenden Einfluss gehabt¹³⁾. So das französische auf die Gesetze der französischen und italienischen, und das österreichische auf die deutschen Kantone.

Im Allgemeinen aber nahmen die Gesetze für den Kanton Bern¹⁴⁾, Zürich¹⁵⁾, Luzern¹⁶⁾, Uri¹⁷⁾, Nidwalden¹⁸⁾, Obwalden¹⁹⁾, Glarus²⁰⁾, Appenzell Auser-Rhoden²¹⁾, Thurgau²²⁾, Schaffhausen²³⁾, Aargau²⁴⁾, Solothurn²⁵⁾, Baselstadt²⁶⁾, Baselland²⁷⁾, Neuenburg²⁸⁾, Freiburg²⁹⁾, Waadt³⁰⁾,

Genf, Wallis³¹⁾ und Tessin³²⁾ diese Legitimation in ihre Bestimmungen auf.

In den Kantonen Schwyz³³⁾, Zug, Graubünden und St. Gallen findet sich in den einschlägigen Gesetzen keine Bestimmung über diese Legitimation, obwohl sie zweifelsohne auch in diesen Kantonen, mit Ausnahme des Kantons Schwyz, wie in Appenzell Inner-Rhoden, aus welchen uns hiefür keine Quellen zu Gebote stehen, Geltung haben dürfte.

Wie aber das französische Gesetzbuch Kinder, aus Blutschande oder Ehebruch erzeugt, von dieser Legitimation ausnimmt, ging diese Ausnahme, wenigstens theilweise, auf die Gesetze von Neuenburg, Waadt, Genf und Tessin über, indem in Neuenburg³⁴⁾, Waadt³⁵⁾ und Tessin³⁶⁾ die Blutschande, falls sie nicht als Hinderniss für die nachfolgende gültige Ehe beseitiget werden kann, diese Legitimation ausschliesst. — Auch das wallisische Gesetz schliesst Kinder aus Ehebruch und Blutschande aus, und stellt dabei noch einen Beschränkungsgrund auf, dem wir sonst in keiner Gesetzgebung begegnen, nämlich wenn der Vater des Kindes vor der Zeugung die heiligen Weihe erhalten oder die Mutter Klostersgelübde abgelegt hat³⁷⁾.

Die weitere hier entstehende Frage, ob schon an und für sich die Ehe diese Legitimation nach sich ziehe, oder ob dabei weitere Bedingungen erforderlich seien, ist von den schweizerischen Gesetzgebungen verschieden gelöst worden, und auch hier der Einfluss des österreichischen Gesetzbuches einerseits, und des französischen Code civil anderseits unverkennbar. Beide Systeme basiren sich diessfalls auf eine prinzipielle Verschiedenheit. — Währenddem auch das ältere französische Recht diese Legitimation als eine unzertrennliche Folge der Ehe auffasste, betrachtete der Code civil diese als eine Rechtswohlthat. Man ging von der Ansicht aus, aussereheliche Kinder haben keine gesetzliche Vermuthung ihrer Abstammung für sich, sondern nur ein blosses Zeugniss, das in unverdäch-

tigen Zeiten gegeben werden müsse. Das Gesetz dürfe dem Gatten nicht die Befugniss gestatten, sich freiwillig Kinder anzueignen, und ein entgegengesetztes Verfahren dürfte leicht die Ruhe der Familie stören. — In Folge dieser Anschauungen verlangte das französische Gesetz, dass schon vor der Ehe oder doch im Heirathskontrakte selbst eine Anerkennung von Seite des Vaters erfolge, ansonst die Rechtswohlthat der Legitimation durch nachfolgende Ehe nicht eintrete³⁸⁾. Dieser Auffassung folgte auch die tessinische Gesetzgebung, welche ausdrücklich vorschreibt, dass diese Erklärung in die Pfarr- und Gemeindebücher müsse niedergelegt, oder hierüber eine öffentliche Urkunde errichtet werden. Beides kann aber dann, abweichend von den Bestimmungen des französischen Gesetzes, vor oder nach der Ehe geschehen³⁹⁾. Im Kanton Neuenburg muss eine solche Anerkennung vor oder während des Abschlusses der Ehe erfolgen⁴⁰⁾. Im Kanton Wallis muss die Anerkennung bei der Trauung stattfinden, oder das zu legitimirende Kind vorher zugesprochen sein⁴¹⁾. Im Kanton Uri endlich ist neben der Ehe noch die Genehmigung des Landrathes erforderlich⁴²⁾.

Anschliessend dagegen an die österreichische Ansicht, und desshalb mehr der römischen Auffassung folgend, anerkennen die meisten Gesetze der deutschen Schweiz die Legitimation durch nachfolgende Ehe als eine rechtliche und unzertrennliche Wirkung dieser Letztern, so die Kantone Bern⁴³⁾, Zürich⁴⁴⁾, Luzern⁴⁵⁾, Nidwalden⁴⁶⁾, Obwalden⁴⁷⁾, Glarus⁴⁸⁾, Appenzell Ausser-Rhoden⁴⁹⁾, Schaffhausen⁵⁰⁾, Aargau⁵¹⁾, Solothurn⁵²⁾, Baselstadt⁵³⁾, Baselland⁵⁴⁾ und Freiburg⁵⁵⁾.

Bei dieser Rechtsmaterie entstand begreiflicherweise auch die Frage, ob die Wirkung der Legitimation auch Deszendenten solcher zu legitimirender Kinder zu Theil werde, und das französische Gesetz hat diese Frage bejaht⁵⁶⁾, indem es eine Legitimation zu Gunsten von Deszendenten unehelicher Kinder zugiebt. — Auch Bern⁵⁷⁾, Zürich⁵⁸⁾, Baselstadt⁵⁹⁾,

Neuenburg⁶⁰), Freiburg⁶¹), Waadt⁶²), Wallis⁶³) und Tessin folgen dieser französischen Auffassung ausdrücklich, währenddem die Gesetze von Luzern, Uri, Schwyz, Nidwalden, Obwalden, Zug, Glarus, Graubünden, beide Appenzell, St. Gallen, Thurgau, Schaffhausen, Aargau, Solothurn und Baselland diese Materie stillschweigend übergehen.

Schliesslich muss hier noch des Verhältnisses der sogenannten Brautkinder gedacht werden. Es sind dieses solche Kinder, die zwar nach einem gültigen Eheversprechen erzeugt, aber vor der wirklichen Eingehung der Ehe geboren werden. Und bei diesen entsteht die Frage, ob sie überhaupt als uneheliche zu betrachten seien, und ob das vorangegangene Eheversprechen die gleiche Wirkung, wie die nachfolgende Ehe bezüglich der Legitimation solcher Kinder habe.

Gemeinrechtlich walteten über diese Wirkung, so wie über den Charakter dieser Kinder verschiedene Ansichten, indem Einige diese Kinder dem Vater gegenüber ipso jure als ehelich erklären⁶⁴), währenddem Andere dafür halten, die Legitimation trete erst durch die nachfolgende Ehe ein, die Letztere aber könne nöthigenfalls in contumaciam vollzogen werden⁶⁵). Indessen sind Kinder, welche vor dem Eheversprechen erzeugt werden, nicht „Brautkinder“, desshalb kann auch von einer Legitimation durch Eheversprechen nicht die Rede sein. Sind sie aber nach Eingehung des Eheversprechens erzeugt, dreht sich diessfalls Alles um die Frage, ob sie unehelich seien oder nicht. Bluntschli sagt: „Die Brautkinder sind wohl aussereheliche, aber nicht uneheliche Kinder. Um des vorausgegangenen Eheverlöbnisses willen treten sie in die Familie des Vaters“⁶⁶). Dieses nun mag im Allgemeinen richtig sein, allein die Entscheidung der Frage selbst hängt doch speziell von den Partikulargesetzen ab, wobei nicht ausser Acht gelassen werden darf, dass nach katholischen Kirchenrechtsgrundsätzen das Eheversprechen nicht alle Wirkungen hat, welche ihm die protestantische Gesetzgebung

beilegt. — Nach den Erstern wird die Ehe erst durch die Trauung vollendet, währenddem die Letztern nicht selten selbst das Recht auf die Ehe oder Entschädigung u. s. w. als Wirkungen der Ehegelöbnisse betrachten.

Nach preussischem Rechte nun gehören „Brautkinder“ im Allgemeinen nicht zu den ehelichen, vorausgesetzt, die Ehe werde der Mutter nicht verweigert, in welchem Falle eine Legitimation eintritt. Sie haben nur das Recht auf Alimentation⁶⁷⁾. Glarus dagegen stellt für diese Brautkinder eine eigene Kategorie auf, indem sie nach diesem Rechte weder als eheliche, noch als aussereheliche dürfen angesehen werden. Die Gerichte haben sie ausdrücklich „als unter einem Eheversprechen erzeugt“ zu erklären. Sie erhalten dabei die Rechte ehelicher Kinder, wenn die Mutter keines verdächtigen Umganges während der Konzeptionszeit kann überwiesen werden⁶⁸⁾. Freiburg stellt die Brautkinder ebenfalls unter die unehelichen; allein das Eheversprechen bildet sodann eine Vorbedingung für die Legitimation⁶⁹⁾. Im Thurgau und der Waadt werden Brautkinder ehelichen gleich gehalten, in letzterem Kantone selbst wenn die Trauung (Mariage) nicht celebrirt wurde und die Ursache dieser Unterlassung nicht vom Willen der Verlobten oder doch eines derselben abhängt⁷⁰⁾. Nach den schaffhausischen Gesetzen sind solche Kinder nachher durch die Gerichte ehelich zu erklären und erhalten Familiennamen und Heimathsrecht des Vaters⁷¹⁾.

Dagegen übergehen die Gesetze der katholischen Kantone, sowie auch diejenigen von Graubünden, St. Gallen, Appenzell Ausser-Rhoden, Aargau, Baselstadt, Baselland, Neuenburg und Tessin diese Unterscheidung, wesshalb angenommen werden muss, in diesen Kantonen seien solche Brautkinder auch wie uneheliche Kinder anzusehen und zu behandeln.

¹⁾ Constit. 5, 6, 7, 10, 11 de nat. lib. (5. 27).

²⁾ Vgl. Glük. Intestaterbrecht §. 139.

³⁾ Thibaut a. a. O. §. 375.

4) Caput. 6. 10 qui filii sunt legitimi (4. 17). Vgl. Thibaut am angef. Orte §. 363.

5) Vergleiche hierüber Heffter: das Erbrecht der Mantelkinder; Berlin, 1836.

6) Zöpfel, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, Bd. III, §. 110.

7) Nov. 75 Cap. 2. Glük. Pandekten-Commentar Band II, §. 144. Schweppe römisches Privatrecht §. 663, Diek, Beiträge zur Legitimation durch nachfolgende Ehe.

8) Glük, Pandekten-Commentar Band II, §. 142. Thibaut am angef. Orte. Pandekten-System 377.

9) Neben dem angeführten Gebrauche, die Kinder bei der Trauung unter den Mantel zu nehmen, existirten im Mittelalter noch ähnliche Gebräuche oder Feierlichkeiten, z. B. das Kind bei der Trauung mit dem Altartuche zu bedecken, oder dasselbe unter das Missale oder selbst in den Gürtel der Mutter zu verschliessen, von daher sich für diese der Name „Mantelkinder“ oder auch Buchkinder hergeleitet hat.

10) Code civil Cap. III Section I, §§. 331, 332 und 333.

11) Allgem. Landrecht §. 596.

12) Allgem. bürgerl. Gesetzbuch §. 161. — Das englische Recht dagegen schliesst diese Rechtswohlthat als eine Begünstigung des Concubinales aus. Vergleiche hierüber: Civilgesetzbuch der Franzosen, übersetzt und mit Anmerkungen begleitet von F. Lassaulx, öffentlichem Vertheidiger bei den Tribunalen zu Coblenz, 4 Theile. Coblenz, Lassaulx'sche Buchhandlung, §. 325.

13) Ueber den Einfluss dieser Gesetze auf die Abfassung der schweizerischen vergleiche: Bluntschli, das zürcherische Personen- und Familienrecht, mit Erläuterungen, 1854, woselbst sich eine Beilage aus dem östlichen Beobachter vom Jahre 1844 abgedruckt findet und diese Verhältnisse beleuchtet.

14) Bürgerl. Gesetz §. 147.

15) Bürgerl. Gesetz §. 232.

16) Bürgerl. Gesetz §. 104.

17) Angeführtes Gesetz §. 19.

18) Bürgerl. Gesetz §. 116.

19) Angeführtes Gesetz Art. 12.

20) Angeführtes Gesetz §. 107.

21) Gesetz vom 24. April 1836 Art. 9.

22) Bürgerl. Gesetzbuch §. 254. Hier genossen indessen nur die aus einer ungültigen Ehe erzeugten Kinder diese Rechtswohlthat.

23) Ehegesetz §. 212.

24) Bürgerl. Gesetzbuch §. 246.

- 25) Bürgerl. Gesetzbuch §. 303.
- 26) Ehegerichtsordnung §. 91.
- 27) Gesetz von 1835 §. 23.
- 28) Code civil Art. 236.
- 29) Bürgerl. Gesetzbuch §§. 144 und 166.
- 30) Code civil §. 178.
- 31) Bürgerl. Gesetzbuch §. 135.
- 32) Codice civile §. 89.
- 33) Im Kanton Schwyz beschäftigt sich gegenwärtig die Regierung mit einem Gesetzesentwurf, der die Einführung dieser Legitimation bezweckt.
- 34) Cod. civile Art. 256.
- 35) Cod. civile §. 174.
- 36) „Si riteranno per Legitimati i figli incestuosi pel subseguente legale matrimonio, quando tra il padre e la madre sia tolto l'impedimento per dispensa ecclesiastica Codice. civile Art. 89.
- 37) Zivilgesetzbuch §. 134 Nr. 3.
- 38) Cod. civ. §§. 331, 332 und 333.
- 39) Cod. civ. Art. 89.
- 40) Cod. civ. Art. 236.
- 41) Bürgerl. Gesetzbuch §. 135.
- 42) Angeführtes Gesetz §. 19.
- 43) Bürgerl. Gesetzbuch §. 147.
- 44) Bürgerl. Gesetzbuch §. 232.
- 45) Bürgerl. Gesetzbuch §. 104.
- 46) Bürgerl. Gesetzbuch §. 116.
- 47) Angeführtes Gesetz Art. 12.
- 48) Angeführtes Gesetz Art. 107.
- 49) Gesetz von 1836 Art. 9.
- 50) Eherecht §. 93.
- 51) Bürgerl. Gesetzbuch §. 246.
- 52) Bürgerl. Gesetzbuch §. 306.
- 53) Ehegerichtsordnung §. 91.
- 54) Bürgerrechtsgesetz Art. 23.
- 55) Bürgerl. Gesetz §. 164 und 166.
- 56) Cod. civ. Art. 326.
- 57) Bürgerl. Gesetz §. 147.
- 58) Bürgerl. Gesetzbuch §. 230.
- 59) Ehegerichtsordnung §. 91.
- 60) Cod. civ. Art. 237.
- 61) Bürgerl. Gesetz §. 165.

⁶²⁾ Cod. civ. Art. 178.

⁶³⁾ Bürgerl. Gesetz §. 136.

⁶⁴⁾ Glük, Intestat-Abst. §. 155. Vergleiche Thibeaup II. Band D. §. 682, welcher dieser Ansicht entschieden entgegen tritt.

⁶⁵⁾ Diese Ansicht fand Aufnahme in das preussische Landrecht. Vergleiche II. Theil I. Titel §§. 1055, 1056, 1047—52. — Im älteren kanonischen Rechte war sogar die Ansicht vertreten, der Beischlaf vollende die Ehe, welche Ansicht jedoch später aufgegeben wurde.

⁶⁶⁾ Commentar zum Zivilgesetzbuch §. 306.

⁶⁷⁾ Vergleiche Gesetz vom 24. April 1854. Dagegen stellt sich das Verhältniss der Mutter günstiger, indem sie bei verweigerter Ehe auf $\frac{1}{6}$ Theil des Vermögens klagen oder standesgemässe Erhaltung bis an den Tod fordern kann. Der Brautstand wird sodann nicht nur durch ein rechtsgültiges Aufgebot bedingt, sondern eine Verabredung mit Zustimmung der Eltern, Bekanntmachung oder Verlobung in Gegenwart von Verwandten kommen einem förmlichen Aufgebote gleich.

⁶⁸⁾ Angeführtes Gesetz Art. 37.

⁶⁹⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §. 168.

⁷⁰⁾ Cod. civ. §. 111. Personen- und Familienrecht §. 240.

⁷¹⁾ Ehegesetz §. 11. Diese Bestimmung fand sich auch schon im Gesetze vom 1. September 1809.

§. 19.

Die Legitimation durch Rescript.

Die Ertheilung der väterlichen Gewalt über ein ausser der Ehe geborenes Kind an den Vater einerseits, sowie die Einräumung aller Rechte ehelicher Descendenten an das ausser-eheliche Kind andererseits durch eine Willenserklärung des Staatsoberhauptes, wird die Legitimation durch Rescript genannt.

Wie die Legitimation durch nachfolgende Ehe, ist auch diese Legitimation durch Rescript ein römisches Institut, wenn auch jünger als jenes. Sie kam unter Kaiser Justinian auf, jedoch mit der Beschränkung, dass keine ehelichen Kinder vorhanden und die Ehe mit der Konkubine nicht möglich war. Ebenso war hiezu die Einwilligung des Kindes, welches dadurch *alieni juris* wurde und eine *capitis diminutio* erlitt, erfor-

derlich. Im Allgemeinen war überdiess zu dieser Legitimation Alles erforderlich, was zur Legitimation durch nachfolgende Ehe vorgeschrieben war. Im besondern hatte sich der Vater an den Landesregenten zu wenden, welcher nach seinem Ermessen diese Legitimation ertheilen konnte¹⁾.

Dem ältern deutschen Rechte war diese Legitimation im Allgemeinen nicht bekannt, obwohl im Einzelnen dieselbe, wenn auch in anderer Form, theilweise zum Vorscheine kam. So hatten nach alten nordischen Gesetzen Söhne das Recht, ihren Vater durch die Probe des glühenden Eisens aufzusuchen²⁾, und selbst Gemeinden stand ein Recht zu, bezüglich unehelicher Kinder eine feierliche Legitimation auszusprechen³⁾. Allein allgemein war sie nie, was sich wohl am besten aus dem langen und hartnäckigen Kampfe ergibt, den die Einführung der römischen Legitimation in Deutschland zu überwinden hatte⁴⁾. Erst nach Einführung der Legitimation durch nachfolgende Ehe fand diese im Beginne des sechszehnten Jahrhunderts eine grössere Verbreitung⁵⁾. Doch hatte anfangs diese Legitimation keinen andern Zweck, als die Aufhebung der jeder unehelichen Geburt anklebenden Makel. Dieses Bewandtniss hatte es namentlich mit der zur Zeit der deutschen Reichsverfassung den Pfalzgrafen verliehenen Befugnis, uneheliche Kinder zu legitimiren. Das Gleiche galt selbst von den kaiserl. Legitimationsrescripten, wenn diese nicht speziell weitere Rechte benannten⁶⁾.

Gemeinrechtlich ist demnach die Legitimation durch Rescript im Allgemeinen zulässig und deren Wirkung richtet sich jedesmal nach dem Inhalte des Rescriptes oder der betreffenden Partikularstatuten.

Das französische Gesetzbuch dagegen kennt diese Legitimation nicht, wohl aber das preussische Landrecht, welches feststellt, dass uneheliche Kinder durch ein Rescript bei Hofe legitimirt werden, wodurch sie aber nicht in die Familie eintreten. Dieses Letztere kann nur durch eine landesherrliche

Legitimation geschehen⁷⁾. Auch das österreichische Gesetz kennt diese Legitimation⁸⁾.

Unter den schweizerischen Gesetzen fand diese Legitimation zwar in dem bernerischen Gesetze trotz seiner Verwandtschaft mit dem österreichischen keinen Eingang, wohl aber in das luzernerische, welches dieses Recht dem Grossen Rathe, als der obersten legislativen Behörde, überträgt. Der Gr. Rath selbst ist an keine bestimmte Beschränkung gebunden und das Gesetz sagt: dass er sie nach Beschaffenheit der Umstände durch ein Dekret ertheile. Durch diese Legitimation können aber solcherweise legitimirte Kinder andern, inzwischen in der Ehe erzeugten ehelichen Kindern keine bereits erworbenen Rechte streitig machen. Ebenso sind die durch diese Legitimation erworbenen Rechte auf den Vater des Kindes, dessen Ascendenten und Deszendenten beschränkt, und sie bleibt mit Rücksicht auf die übrigen Familienglieder ohne Wirkung⁹⁾.

Im Kanton Solothurn ist dieses Legitimationsrecht dem Regierungsrathe, somit der obersten exekutiven Behörde, übertragen¹⁰⁾. Es setzt aber hier diese Legitimation eine Art Vertragsverhältniss zwischen den Betheiligten voraus, indem zuerst die Mutter des zu legitimirenden Kindes befragt werden muss. Auch das Kind selbst, wenn es 14 Jahre alt geworden, muss einvernommen werden. — Hat sich endlich der Vater mit einer andern als der Mutter des ausserehelichen Kindes verheirathet, so ist auch die Zustimmung dieser Ehefrau zur Legitimation erforderlich. — Nach der zugerischen Staatsverfassung ist diese Legitimation ein konstitutionelles Recht des Gr. Rathes¹¹⁾ und im Kanton Uri findet sich diese Legitimation mit derjenigen durch nachfolgende Ehe in dem Sinne vereinigt, dass, wenn diese vorausgegangen, jene durch den Landrath ausgesprochen werden kann. Ohne jene kann diese nicht ertheilt werden, und ohne diese hat jene keine Wirkung. — Auch Zürich kennt ein dieser Legitimation ganz

verwandtes Institut, nur dass statt der Landesbehörde die Gerichte sie aussprechen. Dasselbst kann nach dem Tode der Mutter ein uneheliches Kind auf Begehren des Vaters ehelich gesprochen werden und in die väterliche Gewalt gelangen, insofern der Vater sich darüber ausweist, dass der Ehe mit der Mutter des unehelichen Kindes kein gesetzliches Hinderniss im Wege gestanden wäre, und die Obervormundschaft im Interesse des Kindes ihre Einwilligung giebt. Ist der Vater verheirathet, hat die Obervormundschaft auch die Meinung der Ehefrau zu erwägen¹²⁾. Bei Lebzeiten der Mutter dagegen lässt das zürcherische Recht diese Legitimation nicht zu¹³⁾. Bezüglich der Brautkinder kennen die Kantone Schaffhausen und Freiburg eine analoge gerichtliche Legitimation. Das Gesetz für Schaffhausen besagt nämlich, dass alle Brautkinder von den Gerichten als ehelich zu erklären seien, und das Zivilgesetzbuch für Freiburg erklärt eine Legitimation durch richterlichen Spruch zulässig, wenn die Ehe durch den Tod eines oder beider Verlobten unmöglich ist. Das hier vorausgesetzte Eheverlöbniß aber muss gültig und bewiesen sein, und das Legitimationsgesuch kann von dem Ueberlebenden, oder dem Vormunde des Kindes bei den Gerichten gestellt werden. Das so legitimirte Kind erhält alle Rechte der ehelichen Geburt.

Zum Schlusse dieser Erörterungen über die Legitimation durch obrigkeitliches Rescript erübrigt uns noch auf ein Institut, welches dieser Legitimation ziemlich nahe verwandt erscheint, einen Blick zu werfen, nämlich auf die gerichtliche Anerkennung von Seite des Vaters und die Adoption.

Der gerichtlichen Anerkennung im Sinne der neuern Gesetzgebungen begegnen wir erst in den preussischen und französischen Gesetzen. — Das Erstere räumte zwar dieser Anerkennung die ausgedehnteste Wirkung ein, allein beschränkte sie auf die Brautkinder¹⁴⁾. Nach französischem Rechte dagegen trat sie, wenn sie nicht schon im Geburtsakte enthalten

war, in Folge eines authentischen Aktes ein¹⁵). Diese Anerkennung kann selbst zu Gunsten von Descendenten eines Abgestorbenen geschehen. Sie kann selbst ohne Einwilligung der Mutter erfolgen, hat aber dann auch nur für den Vater rechtliche Wirkung. Geschieht diese Anerkennung während einer Ehe, darf sie den ehelichen Kindern, welche der Vater mit einer andern als der Mutter des zu legitimirenden Kindes erzeugt, keine Rechtsnachtheile bringen. Sie hat aber nichts destoweniger nach Auflösung der Ehe ihre rechtliche Wirkung. — Durch diese Anerkennung werden von Seite des legitimirten Kindes die Rechte der ehelichen Geburt nicht erworben¹⁶). Bei Erlass dieses Gesetzes schien man nämlich von der Ansicht auszugehen, dass die gesellschaftliche Ordnung zwar für die ehelichen Kinder gewisse Vortheile erheische, allein diese Rücksicht dürfe den Ruf der Natur, den das Kind zum Vater erhebe, nicht ganz erstickten. Die Eltern haben gegen ihre natürlichen Kinder um so grössere Pflichten, als sie die Urheber ihres Unglückes seien. — Desshalb beschränkte dieses Gesetz die Vortheile einer solchen gerichtlichen Anerkennung auf die Erbfolge¹⁷).

In den schweizerischen Gesetzgebungen macht sich auch bezüglich dieser Materie die konfessionelle, kirchenrechtliche Auffassung der Ehe geltend, indem diese Legitimation grösstentheils nur in den protestantischen und paritätischen Kantonen eingeführt ist. Die ganz katholischen Kantone, Luzern, Uri, Schwyz, Nidwalden, Obwalden, Zug, Solothurn und Wallis kennen dieselbe nicht, währenddem sie in einigen protestantischen Kantonen angetroffen wird, und in einigen sogar bezüglich ihrer Wirkungen der Legitimation durch nachfolgende Ehe gleichgestellt ist. Im Kanton Zürich und Thurgau kann nach dem Tode der Mutter ein uneheliches Kind auf das Begehren des Vaters ehelich gesprochen werden und in die väterliche Vormundschaft gelangen, sofern der Ausweis geleistet wird, dass der Ehe mit der Mutter des unehelichen

Kindes von Seite des Vaters kein gesetzliches Hinderniss im Wege gestanden wäre, und die Obervormundschaft im Interesse des Kindes ihre Einwilligung dazu giebt¹⁸⁾. Ist der Vater verheirathet, hat die Obervormundschaft auch die Meinung der Ehefrau zu erwägen. Bei Lebzeiten der Mutter lässt das zürcherische Recht keine Legitimation zu¹⁹⁾. Nur die Ehe kann den Mangel heben. Aber wenn die Mutter gestorben, und daher jener Weg der Legitimation verschlossen ist, dann eröffnet das zürcherische Recht einen neuen Weg, um im Interesse geordneter Familienzustände, das den natürlichen Beziehungen des Vaters zu dem Kinde entsprechende Ziel zu erreichen. Durch diese Legitimation wird eine an und für sich gültige Ehe vorausgesetzt und ihre Wirkung ergänzt²⁰⁾. Im umgekehrten Falle aber, wenn der Vater todt ist, steht dieses Recht der Mutter nicht zu²¹⁾. Nach bernerschem Rechte kann zwar der Vater jederzeit ein uneheliches Kind sich zusprechen lassen; allein da dieses dadurch weder ehelich noch erbfähig wird, liegt in dieser Handlung keine Legitimation²²⁾. Auch Neuenburg kennt diese gerichtliche Anerkennung, und legt derselben die volle Wirkung der Legitimation bei. Sie kann erst nach der Geburt des Kindes erfolgen. Kinder aus Ehebruch oder Blutschande erzeugt, können nicht anerkannt werden. Das Recht zu dieser Anerkennung kann von Jedem, der dabei interessirt ist, bestritten werden²³⁾. Bezüglich der Brautkinder lässt das freiburgische Gesetz eine Legitimation durch richterlichen Spruch zu, wenn die Ehe durch den Tod eines oder beider Verlobten verhindert ist. Das so legitimirte Kind erhält alle Rechte der ehelichen Geburt²⁴⁾. Nach schaffhausischem Gesetze sind Brautkinder einfach ehelich zu erklären²⁵⁾.

Bezüglich der Legitimation durch adoptio, so war diese im Allgemeinen nach römischem Rechte dasjenige Institut, durch welches Jemand unter die väterliche Gewalt eines Individuums gebracht und dieses Letztere zum Vater gemacht

wurde, obwohl er es physisch nicht war. Nach ihm war die Wirkung und der Zweck: die väterliche Gewalt, und damit der Eintritt des Adoptirten in den Kreis der Agnaten des Adoptivvaters²⁶). Auf diese Weise konnte indessen nach römischem Rechte kein uneheliches Kind adoptirt werden, sondern nur durch die eigentliche Legitimation²⁷).

Das ältere germanische Recht kannte überhaupt die Adoption gar nicht. Mit dem römischen Rechte kam sie in Deutschland erst auf, und ist deshalb gemeinrechtlich auch nach dem römischen Rechte zu beurtheilen. Da aber, wie wir gesehen, nach römischem Rechte die Adoptio eines unehelichen Kindes nicht zulässig war, konnte auch gemeinrechtlich diese Adoption nicht stattfinden²⁸).

Ob nach französischem Rechte, welches die Adoption im Allgemeinen kennt, auch uneheliche Kinder von ihrem Vater können adoptirt werden, ist zweifelsohne zu bejahen. Das Gesetz fordert auf Seite des Adoptirten nur, dass er in seiner Minderjährigkeit, und wenigstens sechs Jahre alt sei, Unterstützung und eine nicht unterbrochene Pflege von Seite des Vaters erhalten habe²⁹). Und da das Gesetz bezüglich des natürlichen Kindes keine Ausnahme macht, muss hier die Freiheit des Adoptirenden vorausgesetzt werden.

Das österreichische Gesetzbuch dagegen erklärt ausdrücklich die Annahme unehelicher Kinder an Kindesstatt unzulässig. Der §. 181 sagt: „Die Annahme an Kindesstatt kann nur mit Einwilligung des ehelichen Vaters, oder in dessen Ermangelung mit Einwilligung der Mutter, des Vormundes und der Gerichte stattfinden“.

Im Allgemeinen darf auch mit Rücksicht auf die schweizerischen Gesetzgebungen angenommen werden, dass in allen jenen Kantonen, die eine Adoption kennen, diese auf uneheliche Kinder Anwendung findet, falls die Gesetze dieses nicht ausdrücklich verbieten. Dem Wesen nach den gleichen Bestimmungen wie im französischen Rechte, begegnen wir im

solothurnerischen Gesetzbuche³⁰⁾. Das zürcherische Gesetz nahm zwar die Adoption auch auf, allein nur zu Gunsten von *fremden* Kindern. Der treffliche Kommentator zu demselben, Bluntschli, folgert aus dem Worte „fremder“, dass uneheliche Kinder nicht auf dem Wege der Adoption in die väterliche Gewalt des ausserehelichen Vaters gebracht werden können³¹⁾. „An den eigenen unehelichen Kindern“, sagt er, „ist daher die Adoption unmöglich weder auf Seite des Vaters, noch auf Seite der Mutter. Die Adoption kann nicht benutzt werden, um die Legitimation entbehrlich zu machen oder zu ergänzen. Der Grund dieser Beschränkung ist die Würde der Ehe. Die Eltern unehelicher Kinder müssen gleichsam dem Institute der Ehe ihre Huldigung darbringen, wenn sie ihre Kinder gleich ehelich machen wollen. Indessen ist das nur die Voraussetzung der Adoption, dass das Kind ein fremdes sei. Sollte dieses Verhältniss der ausserehelichen Zeugung zur Zeit der Adoption unbekannt und diese in gehöriger Form vollzogen worden sein, so wäre ich doch geneigter, das einmal in's Leben gerufene Adoptionsverhältniss zu schützen, als aus jenem Grunde eine unheilbare Nichtigkeit des Aktes herzuleiten.“

Entgegen diesen Bestimmungen erklärt das tessinische Gesetz³²⁾ die Adoption ausserehelicher Kinder ausdrücklich zulässig und nimmt diessfalls nur die aus Ehebruch und Blutschande erzeugten aus. Auch Schaffhausen gestattet die Adoption vor gesessenem Rathe, wobei aber das Erbverhältniss genau ausgemittelt werden muss³³⁾.

¹⁾ Novela 74 Cap. 1. — Nov. 89 Cap. 9.

²⁾ Schonische Gesetze III. 7.

³⁾ Schonische Gesetze L. 16. — Seeländisches Gesetzbuch Cap. 19. Siehe über diese alten Rechte: „Dreier's Beiträge zur Literatur“. S. 25.

⁴⁾ Noch 1617 sprach sich das bayerische Landrecht gegen die rückwirkende Kraft der Legitimation aus.

⁵⁾ Mittermayer a. a. O. S. 367.

6) Vergleiche hierüber Zöpfel a. a. O. III. 110: „Schon im 13. Jahrhundert stand es nach Zöpfel fest, dass durch kaiserliches Rescript uneheliche Kinder für erbfähig in Alod und Lehn ihrer Eltern eingesetzt werden konnten, wobei aber alles auf den Inhalt des Rescriptes ankam.“ — Der Schwabenspiegel kennt eine Legitimation durch Rescript des Papstes oder Kaisers, aber ohne Erbrecht auf das väterliche Vermögen. Zöpfel a. a. O.

7) Allgem. Landrecht §§. 601, 602, 609.

8) Allgem. Gesetzbuch §. 162.

9) Bürgerl. Gesetzbuch §. 105.

In dem Entwurfe eines revidirten bürgerlichen Gesetzbuches für den Kanton Luzern vom Jahre 1845, redigirt von Konstantin Siegwart Müller, wurde diese Legitimation nicht aufgenommen. Nach diesem Entwurfe wäre die Legitimation auf die nachfolgende Ehe beschränkt worden. Vergleiche Entwurf 113.

10) Bürgerl. Gesetzbuch §§. 307, 308 und 309.

11) Staatsverfassung §. 75.

12) Bürgerl. Gesetzbuch §. 232.

13) Bluntschli a. a. O. §. 232. — Auffallend erscheint es, dass hier das zürcherische Gesetz nicht analog dem solothurnerischen, die Zustimmung der Ehefrau nicht als eine unumgänglich nothwendige Bedingung für die Legitimation hinstellt. Nebst dem, dass dadurch kaum ein glückliches Familienleben gesichert erscheint, stellt sich die Sache als eine förmliche Rechtsverletzung gegen die Gattin dar, deren Familie gegen ihren Willen um ein Glied, das zudem jeden Augenblick an den Fall des Gatten erinnert, vermehrt wird.

14) Allgem. Gesetzbuch §. 597. — Dieses Gesetz beschränkt indessen diese Legitimation auf die Brautkinder.

15) Cod. civile Art. 328, 329, 330 und 331.

16) Cod. civile Art. 332.

17) Lassaul a. a. O. sagt bezüglich dieser Bestimmung: „Da Alles darauf ankommt, das Schicksal der natürlichen Kinder zu bestimmen, war nichts so schwer, als zwischen den Ansprüchen, welche die Geburt ihnen gab, und den Massregeln, welche die Nothwendigkeit, die Organisation der Familie zu erhalten, erheischt, die Mittelstrasse zu treffen. Alle Gesetzgebungen scheinen sie bisher verfehlt zu haben; die Einen haben für die gesellschaftliche Ordnung zu viel und die Andern zu wenig gethan. Ehedem erhielten die nicht anerkannten unehelichen Kinder zu viel Leichtigkeit, die Familie zu beunruhigen,

und man behandelte sie in Hinsicht auf das Vermögen mit zu grosser Härte. Während der Revolution liess man sich von einem Gefühle der Menschlichkeit hinreissen, sie in zu vielen Verhältnissen den ehelichen Kindern gleichzustellen. Man hat hier endlich die richtigen Grenzen zwischen den Rechten der Natur und jenen der Gesellschaft gefunden.“

¹⁸⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §. 232. Personen- u. Familienrecht §. 251.

¹⁹⁾ Bluntschli a. a. O. §. 232.

²⁰⁾ Bürgerl. Gesetzbuch und Bluntschli a. a. O.

²¹⁾ Bluntschli rechtfertigt diese Bestimmung wie folgt: „Die Zustimmung der Mutter kann nämlich im erstern Falle als eine Benigna interpretatio vorausgesetzt, die des Vaters aber kann nicht ergänzt werden durch das Gericht, da es sich um die Aufnahme eines Kindes in seine Familie handelt und der Vater immerhin dem Unehelichen ferner steht als die Mutter. Es wäre aber ungereimt, das Kind nur gegenüber dem Vater und nicht auch gegenüber der Mutter ehelich zu erklären, das wäre ein halbeheliches Kind, ein Begriff, der sich selber widerspricht.“

²²⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §§. 167, 205 und 216.

²³⁾ Code civ. Art. 239 bis 245.

²⁴⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §§. 168, 169 und 170.

²⁵⁾ Ehegesetz §. 11.

²⁶⁾ Puchta a. a. O. §. 441.

²⁷⁾ Puchta a. a. O. §. 343.

²⁸⁾ Der Ausdruck adoptio per Barbam, per arma, per Hastam in den ältern Rechten bezog sich nach Mittermayer auf ganz andere Rechtsverhältnisse. Vide hierüber Note 1, 2, 3 bei Mittermayer am angef. Orte §. 366.

²⁹⁾ Cod. civ. Art. 339.

³⁰⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §. 315 und folg.

³¹⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §. 334.

³²⁾ Cod. civ. Art. 96.

„Potéra essere adottato il figlio naturale, non mai l'adulterino e l'incestuoso.“

Es dürfte hier interessant sein zu bemerken, dass bei den Atheniensern die Adoption unehelicher Kinder erlaubt und gebräuchlich gewesen war.

³³⁾ Ehegerichtsordnung §. 15.

Zweite Abtheilung.

Die Vermögensrechte.

§. 20.

Das Erbrecht.

Das Erbrecht im Allgemeinen ist das Recht an der von dem Berechtigten repräsentirten Person des Erblassers und damit an dessen Vermögen, der Erbschaft¹⁾. Der Wille des Erblassers oder das Gesetz bedingen die Erbberechtigung²⁾. Ob nun gerade die ausser der Ehe geborenen Kinder in diesen beiden Beziehungen erbberechtigt seien, d. h. ob sie durch den Willen des Erblassers zur Erbschaft berufen werden können oder müssen, oder ob das Gesetz selbst für sie als Successionsgrund diene, sowie endlich ob sie bezüglich ihres eigenen Vermögens zur Erbschaft berufen können und welche gesetzliche Erbfolge bezüglich dieses Vermögens bestehe, — bildet den Inhalt der vorliegenden Untersuchung. Wenn wir aber hier vorzüglich die schweizerischen Rechte speziell berücksichtigen, wird es doch nicht zweckwidrig sein, auch hier wie bis anhin einen Blick auf anderweitige Rechte und Gesetze zu werfen. In der Rechtsgeschichte wie in der Vergleichung liegt ja nicht selten das einzige Verständniss des Partikulargesetzes, namentlich da, wo es nicht nur von einer Litteral-Interpretation, sondern von einem allgemeineren, rationellern Gesichtspunkte aufgefasst und verständlich gemacht werden will.

Nach römischem Rechte gab bezüglich des Vaters und

der väterlichen Verwandten nur die eheliche Abstammung einen unbeschränkten Successionsgrund³). Dieser stehen die Legitimierten gleich⁴). Ebenso stehen diesen die aus einer putativen, aber in gehöriger Form eingegangenen Ehe Erzeugten gleich. Ein beschränktes Erbrecht auf den sechsten Theil der väterlichen Verlassenschaft hatten die Brautkinder bei grundloser Weigerung des Bräutigams, die Ehe zu vollziehen, sowie die Konkubinatkinder, falls keine rechtmässige Gattin existirte⁵).

Der Vater selbst hatte ein gleiches Successionsrecht an dem Vermögen seiner ausserehelichen Kinder.

In Beziehung auf die mütterliche Verlassenschaft standen die ausserehelichen Kinder den ehelichen gleich⁶). Eine Ausnahme machten hier nur die *ex complexibus aut nefariis aut incoestis aut damnatis* Erzeugten, die auch gegen die Mutter kein Erbrecht hatten⁷).

Nach den Grundsätzen des ältern deutschen Rechtes wurden uneheliche Kinder nicht als rechtsfähig angesehen, sondern „Wannbürtige“ — rechtlose genannt⁸). Uneheliche Kinder hatten demnach kein Erbrecht⁹). Nur die Brautkinder wurden den ehelichen gleichgestellt, wobei jedoch einzelne Statute Ausnahmen machten¹⁰). Die unehelichen Kinder waren wegen ihrer Rechtslosigkeit Kinder ohne Wehr. Sie standen unter dem Schutze des Königs und wurden desshalb nicht selten „Königskinder“ genannt. Dieser Umstand, sowie das Gefühl der Billigkeit erleichterte nachher ihr Loos. Bald machte sich die Ansicht geltend, dass uneheliche Kinder wenigstens ihre Mutter beerben können. Nachher wurde dieses Recht auch auf die mütterlichen Verwandten ausgedehnt¹¹).

Aus dem gleichen Grunde, weil die unehelichen Kinder unter dem Schutze des Königs waren, entstand der Bastardenfall oder das Erbrecht des Kaisers und einiger Reichsstände auf die Verlassenschaft unehelicher Kinder.

Einzelne Statuten adoptirten nachher die römische Lehre vom Erbrechte der *libri natural.* in ihrer Anwendung auf

Konkubinenkinder¹²⁾, währenddem andere, getreu der deutschen Auffassung, sie von den Vortheilen der *libri natural.* ausschlossen¹³⁾, und endlich andere, die sie nur in das Vermögen der Mutter sukzediren liessen¹⁴⁾.

Aus diesen gegenseitigen Kämpfen schliesst Mittermayer¹⁵⁾, dass wenn das Landrecht nicht anders verfügt, gemeinrechtlich die unehelichen Kinder nach den Vorschriften des römischen Rechtes, wie *lib. natural.* erbfähig seien.

Bezüglich des Erbrechtes auf die mütterliche Verlassenschaft hat das preussische Gesetz die römische Lehre aufgenommen. Uneheliche Kinder erben die Mutter wie eheliche¹⁶⁾. Auf die Verlassenschaft des Vaters dagegen haben sie, wenn dieser Abstämmlinge aus einer Ehe zur rechten oder linken Hand hinterlässt, kein Erbrecht¹⁷⁾. Erst wenn keine solche vorhanden sind, hat das uneheliche Kind Anspruch auf den sechsten Theil¹⁸⁾.

Nach französischem Rechte haben uneheliche Kinder im Allgemeinen kein Erbrecht¹⁹⁾. Das Gesetz räumt ihnen auf die Verlassenschaft des Vaters oder der Mutter kein Erbrecht ein. Ebenso können sie die Verwandten des Vaters und der Mutter nicht beerben²⁰⁾. Von dieser allgemeinen Massregel macht jedoch das Gesetz zu Gunsten der unehelichen Kinder einige Ausnahmen, vorausgesetzt, dass eine Anerkennung vorliegt. Sind nämlich eheliche Abstämmlinge vorhanden, erben die natürlichen Kinder den dritten Theil jener Rata, die sie erhalten hätten, wenn sie legitimirt wären. Sind keine Descendenten, wohl aber Ascendenten, Brüder und Schwestern vorhanden, erbt es die Hälfte, und sind weder Ascendenten noch Brüder und Schwestern vorhanden, drei Viertheil²¹⁾; dem unehelichen Kinde fällt die ganze Verlassenschaft zu, wenn die Eltern keine Verwandte in einem erbsfähigen Grade hinterlassen²²⁾. Descendenten eines unehelichen Kindes treten in die Fussstapfen des Ver-

storbenen ein²³). Uneheliche Kinder sind dabei verpflichtet, Dasjenige, was sie vom Erblasser erhalten, von ihrem Erbtheile in Abrechnung bringen zu lassen²⁴). Sie verlieren jeden Erbanspruch, wenn sie zu Lebzeiten des Erblassers die Hälfte des Erbtheils erhalten, mit der ausdrücklichen Erklärung dieses Letztern, dass er ihren Erbtheil auf diese Hälfte habe reduzieren wollen. Erreicht dieser verabfolgte Theil die Hälfte nicht, steht ihnen nur das Recht auf Vervollständigung derselben zu²⁵). Sie haben, wie eheliche, Anspruch auf die Rechtswohlthat des Benefizium Inventarii²⁶). Zu ihren Gunsten kann weder durch Schenkung unter Lebenden, noch durch Testamente verfügt werden²⁷). Uneheliche Kinder endlich werden von jenem Theile ihrer Eltern beerbt, welcher dieselben anerkennt, oder von beiden zur Hälfte, wenn dieselben von beiden anerkannt worden sind²⁸).

Das Gesetz für das Grossherzogthum Baden²⁹) enthält im Wesentlichen die gleichen Bestimmungen. Es fordert abweichend, dass die Anerkennung vor Erzeugung ehelicher Kinder habe stattfinden müssen, ansonst natürliche Kinder, so lange eheliche am Leben sind, gar kein Erbrecht haben³⁰). Ebenso übernimmt das uneheliche Kind keine Schulden in Erbfällen, aber es muss sich ihren Betrag von den Erben an seinem Theile abziehen lassen³¹). Ergänzend das französische Gesetzbuch, nimmt sodann das badische Landrecht an, dass die Eltern durch letztwillige Verordnung den Erbtheil eines unehelichen Kindes auf die Hälfte reduzieren können³²).

Nach österreichischem Rechte geniessen vorab jene Kinder, die durch nachfolgende Ehe oder durch Hebung eines früher bestandenen Ehehindernisses legitimirt werden, ein beschränktes Erbrecht³³). Bezüglich der durch landesherrliches Rescript legitimirten Kinder treten diese mit den ehelichen Kindern in die gleichen Rechte auf das erbliche väterliche Vermögen ein, wenn diessfalls das Gesuch vom Vater gestellt und vom Landesherrn bewilligt worden ist³⁴). Das Gleiche gilt im

Allgemeinen bezüglich der Verlassenschaft der Mutter, von welcher sie, wie eheliche, erben. Dagegen sind sie vom Erbrecht bezüglich des Vaters und der Verwandten der Mutter ausgeschlossen³⁵). Wahlkinder erben, wie eheliche, die Wahl- eltern, dagegen deren Verwandte nicht, wenn die Annahme ohne ihre Einwilligung stattfand³⁶). Die Eltern von mehreren ausserehelichen oder legitimirten Kindern haben ein diesen analoges Erbrecht auf die Verlassenschaft solcher mit Tod abgegangener unehelicher Kinder³⁷). Bezüglich des Testat- und Notherbenrechtes enthält dieses Gesetz keine weiteren, auf die unehelichen Kinder beziehende spezielle Bestimmungen.

Wie in den meisten andern Rechtsmaterien macht sich auch hier die gleiche Erscheinung geltend, dass die französische und österreichische Gesetzgebung auf die schweizerischen Gesetze ihren wesentlichen Einfluss ausgeübt, je nachdem dieses oder jenes Gesetzbuch bei Abfassung der schweizerischen Gesetze als Muster gedient hat. — Wir gehen nun zur Darstellung dieser Gesetze selbst über³⁸).

Im Kanton Zürich haben uneheliche Kinder am Vermögen der Mutter gleiches Erbrecht wie die ehelichen³⁹). Sie haben jedoch in der Erbschaft ihrer Mutter kein Voraus- und kein Vorzugsrecht und in der Verlassenschaft der übrigen Verwandten keinen Pflichttheil. Wenn ein uneheliches Kind vor seiner Mutter mit Hinterlassung ehelicher Nachkommen verstorben ist, so haben diese in der Verlassenschaft jener das nämliche Erbrecht geltend zu machen, welches ihm selbst zugekommen wäre. Ebenso treten mit Bezug auf Verlassenschaften mütterlicher Verwandten des unehelichen Kindes, welche erst nach dem Tode des letztern selbst und seiner Mutter eröffnet werden, eheliche Nachkommen des unehelichen Kindes an die Stelle desselben, soweit überhaupt das Eintrittsrecht sich erstreckt⁴⁰). Gegenüber dem Vater und den väterlichen Verwandten steht den unehelichen Kindern kein Erbrecht zu⁴¹). Stirbt ein Unehelicher, ohne erbfähige Nach-

kommenschaft zu hinterlassen, so fällt seine Verlassenschaft an die Mutterseite⁴²). Der Vater oder die väterlichen Grosseltern und Ahnen unehelicher Nachkommen dürfen, wenn sie zugleich eheliche Nachkommenschaft haben, zu Gunsten jener in der Weise frei verfügen, dass das, was denselben vermacht wird, mit allen übrigen Vermächtnissen nie einen Dritttheil der Verlassenschaft übersteigen, und der Antheil, der einem unehelichen Nachkommen zugetheilt wird, nie grösser sein darf, als der Antheil desjenigen ehelichen Nachkommens, welcher nach der gesetzlichen Erbfolge den kleinsten Theil erhält⁴³).

Im Kanton Bern sind die unehelichen Kinder nicht Notherben⁴⁴). Eben sowenig sind sie gesetzliche Erben⁴⁵). Bezüglich des Testaterbrechtes dagegen sind sie keinen weiteren Beschränkungen als andere Personen unterworfen⁴⁶). Das Vermögen von unehelichen Kindern wird zweifelsohne von allen jenen Personen geerbt, welche dieselben erben könnten, wenn sie ehelich wären, indem das Gesetz hier keine speziellen Bestimmungen enthält, desshalb auch wohl die allgemeine Regel zur Anwendung kommen muss.

Nach luzernerischem Rechte erben vorab legitimirte Kinder wie eheliche⁴⁷), jedoeh können sie die bereits erworbenen Rechte ehelicher Kinder nicht streitig machen⁴⁸). Dem unehelichen, nicht legitimirten Kinde steht dagegen auf die Verlassenschaft des Vaters kein Erbrecht zu⁴⁹). Uneheliche Kinder erben die Mutter wie eheliche⁵⁰). Einem unehelichen Kinde kann der Vater, auch wenn er Erben der ersten und zweiten Klasse hinterlässt, mittelst letzter Willensverordnung die Hälfte des Erbantheils zuwenden, den dasselbe erhalten hätte, wenn es ehelich geboren wäre. Ist das uneheliche Kind vor dem Vater gestorben, so kann dessen Abstämmlingen der gleiche Antheil zugeschoöpft werden⁵¹). Am Nachlasse eines durch nachfolgende Ehe oder Dekret des Grossen Rathes legitimirten Kindes kommt allen denjenigen Personen das gesetz-

liche Erbrecht zu, welche es in Folge der Legitimation ebenfalls zu erben befugt gewesen wären⁵²). Auf die Nachlassenschaft eines ohne erbfähige Nachkommenschaft verstorbenen unehelichen Kindes kommt aus dem gleichen Grunde der Blutsverwandtschaft Niemanden ein Erbrecht zu, ausgenommen der Mutter⁵³).

Im Kanton Uri hat das uneheliche Kind kein Erbrecht⁵⁴). Aus der Verlassenschaft der Eltern sollen dagegen die Verpflegungskosten bestritten oder die schon von anderwärts bestrittenen ersetzt werden. Ein Testaterbrecht geniessen uneheliche Kinder. Hierüber sagt das Landbuch⁵⁵): „Es mag ein Grossvater einem unehelichen Enkel (Kindskind) in Ziemlichkeit vermachen, und so die rechtmässigen Erben sich nicht in Güte dazu verstehen, hat ebenfalls ein Gericht zu entscheiden, ob es in Ziemlichkeit oder darüber sei.“ Die Verlassenschaft der unehelichen Kinder endlich fällt dem Fiskus zu⁵⁶). Das Gesetz von 1857 enthält wesentlich die gleichen Bestimmungen⁵⁷).

Im Kanton Schwyz haben uneheliche Kinder ebenfalls kein Erbrecht in aufsteigender Linie, so lange Blutsverwandte bis zum vierten Grad vorhanden sind. Sie werden dagegen von ihren Vätern, Müttern und Geschwistern beerbt. Ein Landsgemeindebeschluss vom Sonntag Misericordia 1610 sagt diessfalls: Also habent wir uns harüber erlüttert vnd erkhent, vnd wellent, dass fürbass von vns vnd vnseren Nachkommen also für ein ordentliches Landrecht solle gehalten werden, dass kein vneheliches Recht, es syn in ehefällen als sunst haben solle⁵⁸).“

Nach dem ältern zugerischen Rechte erben uneheliche Kinder nur die Mutter. Sie selbst werden von dem Armenfonde ihrer Heimathsgemeinde beerbt. Seine Geschwister haben nur das Sukzessionsrecht auf das geerbte Muttergut. Wären auch keine solchen vorhanden, fiel auch dieses letztere Guthaben dem Armenfonde der Heimathsgemeinde zu.

Diese Bestimmungen finden indessen nur Anwendung, wenn das uneheliche Kind keine Leibeserben hinterlässt, in welchem Falle diesen die Erbschaft zufällt⁵⁹). Diese Bestimmungen wurden auch vollständig in das Gesetz von 1855 aufgenommen⁶⁰).

Im Kanton Obwalden hat das uneheliche Kind weder am Vater, noch an der Mutter ein Erbrecht, jedoch sollen aus der Verlassenschaft der Eltern, die zwar den gesetzlichen Erben zufällt, die Verpflegungs- und Erziehungskosten bestritten, oder denen, die solches ausgehalten, ersetzt werden. Wenn in der Folge ein solches Kind sich etwas erwirbt und ohne leibliche Erben abstirbt, fällt die Verlassenschaft den rechtmässigen Erben seines Vaters oder seiner Mutter zu, nach Massgabe von welcher Seite es erhalten und erzogen worden⁶¹).

Im Kanton Niedwalden sind die unehelichen Kinder vom Erbe gänzlich ausgeschlossen. Wenn aber uneheliche Väter oder Mütter eheliche Kinder haben, können diese ihre unehelichen Väter oder Mütter erben, aber nicht weiter, weder ihre Grossväter noch Grossmütter. Jedoch mag der Grossvater oder die Grossmutter, oder von wem das Erbe fallen möchte, dieselben in Ziemlichkeit bedenken und betrachten. Wollen rechtmässige Erben eine solche Schenkung oder Vermächtniss nicht anerkennen, so mögen sie den gerichtlichen Entscheid einholen. Wenn eine uneheliche Person ohne eheliche Kinder abstirbt, soll ihre Verlassenschaft den nächsten ehelichen Erben anheim fallen, hätte jedoch früher von der Mutter einer solchen unehelichen Person an deren Unterhalt und Erziehung beigetragen werden müssen, so wäre einer solchen Mutter oder deren Erben der Anspruch auf Restitution zugestanden. Die Armenverwaltung besitzt für allfällig geleistete Beiträge immerhin das Vorrecht.

Wenn der Vater eines unehelichen Kindes oder die Mutter, sofern dieser das Kind zugesprochen ist, mit Vermögenshinterlassung stirbt, ehe das Kind erzogen und sich den

Unterhalt zu verdienen im Stande ist, so mag die betreffende Armenverwaltung um eine billige Entschädigung einkommen. Im Nichtverständigungsfall entscheidet der Richter, ob und welche Entschädigung zu geben sei ⁶²).

Im Kanton Glarus ist das Erbrecht der unehelichen Kinder ebenfalls sehr beschränkt. „Wenn unehelich erzeugte ohne Leibeserben sterben und Mittel hinterlassen, sollen dann sein Vater und seine Freunde in dem dritten Grade, vaterseits, erben, wenn aber keine solche vorhanden sind, fällt das Gut der Obrigkeit zu. Es sollen ferner die ehelichen von dem unehelichen Stamme in Erbfällen nicht hinter sich greifen auf den ehelichen Stamm, sondern erst da anfangen erben, wo sie ehelich geworden. Der Vater mag für Erhaltung und Erziehung des unehelichen Kindes auf seinen Tod ein Vermächtniss machen, jedoch nur so weit, dass die ehelichen Kinder oder andern Erben in ihrem Erbe und selbst nöthigen Unterhalt nicht empfindlich geschwächt werden.“ — Es darf ein solches Vermächtniss den dritten Theil der Erbrata eines ehelichen Kindes nicht überschreiten. — Diese letztere Bestimmung des Landbuches erhielt indessen 1852 eine wesentliche, zu Gunsten der unehelichen Kinder lautende Interpretation oder Erweiterung. Nach diesem steht es einem Vater frei, einem unehelichen Kinde die Hälfte von dem, was es sonst einem ehelichen trifft, zu vermachen. Sind keine ehelichen Kinder vorhanden, so erstreckt sich diese Befugniss auf die Hälfte des Gesamtvermögens. Das gleiche Testatrecht steht auch der Mutter zu. — Ja, in neuester Zeit ging man, auch bezüglich des Intestaterbrechtes so weit, unehelichen Kindern gegenüber vom Vater und der Mutter ein Erbrecht einzuräumen.

Im Kanton Graubünden erben uneheliche Kinder die Mutter wie eheliche. Aus der Verlassenschaft des Vaters dagegen kann ihnen nur nach dem Ermessen des Richters ein jährlicher Alimentationsbeitrag zugesprochen werden ⁶³).

Das St. Gallische Gesetz über die Erbfolge bestimmt, dass uneheliche Kinder, die durch die nachfolgende Ehe oder sonst legitimirt sind, wie eheliche Erbrecht haben⁶⁵). Ebenso erben sie die Mutter wie eheliche⁶⁶). Auf die väterliche Verlassenschaft oder Repräsentation auf den Namen des Vaters haben sie kein Recht⁶⁷). Sie erben wie eheliche die Aszendenten mütterlicherseits⁶⁸). Auf die Seitenlinie dagegen haben sie kein Erbrecht⁶⁹). „Unehelich erzeugten zwei- oder einbändigen“ Geschwistern ist gestattet, sich wechselweise zu beerben⁷⁰). Diejenigen, welche von Seite unehelicher Kinder beerbt werden können, haben auch das Successionsrecht gegenüber verstorbenen unehelichen Kindern⁷¹).

Im Kanton Appenzell Ausser-Rhoden erben uneheliche aber legitimirte Kinder wie eheliche. Das Brautkind hat ebenfalls die gleichen Rechte, sobald der Richter das daherige Eheversprechen als gültig angenommen⁷²). Gegenüber dem Ehegatten und den Kindern steht ihnen das gleiche Erbrecht wie ehelichen zu. — In gerader absteigender Linie erben uneheliche Kinder neben ehelichen, mit denen sie in gleicher Verwandtschaft stehen, immer mit einer Hand und die ehelichen mit beiden Händen. Wenn eines oder mehrere Uneheliche einen Stamm bilden, so erbt der uneheliche Stamm ebenfalls nur die Hälfte dessen, was ein ehelicher Stamm erbt. Wo aber Eheliche und Uneheliche einen Stamm bilden, so erbt dieser Stamm so viel als ein ehelicher, und was auf einen solchen Stamm fällt, davon erbt das Eheliche doppelt so viel, als das uneheliche. Wenn eine Person nur uneheliche Abstammlinge hat, so erben diese allein. — Uneheliche Geschwister erben ihre Geschwister neben andern ehelichen Geschwistern immer nur mit einer Hand. In aufsteigender und in Seitenlinien erben uneheliche neben ehelichen Kindern von in gleichem Grade verwandten Personen, ebenfalls einen Theil, und die ehelichen zwei Theile. Wo aber die unehelichen mit dem Erblasser um einen Grad näher in der Verwandtschaft

stehen als die übrigen Erben ehelicher Abkunft, erben sie zu gleichen Theilen, und wo sie um zwei Grade näher verwandt sind, erben die Unehelichen allein, sofern nämlich die um zwei Grad entfernten Ehelichen auch allein geerbt hätten. Eheliche Nachkommen unehelicher Personen treten bei Erbfällen so ein, als ob ihre Eltern ehelicher Abkunft gewesen. In allen Fällen wird aber stamm- und kopfweise geerbt⁷³). Uneheliche Kinder, welche keine Kantonsbürger sind, erben nur in so weit sie sich über das Gegenrecht ausweisen⁷⁴).

Schon das alte Landrecht in Appenzell Inner-Rhoden⁷⁵) detaillirt das Erbrecht unehelicher Kinder, namentlich bezüglich der Aszendenten und Seitenlinien, und bestimmt, dass die Verlassenschaft unehelicher Kinder, die ohne Leibeserben sterben, dem Lande anheimfalle. Den 25. April 1847 wurde sodann ein neues Erbgesetz angenommen, welches bezüglich der vorwüfigen Materie Folgendes enthält: „Wenn eine Person unehelich geboren ist, so soll bezüglich selbige von allen Erbfällen ausgeschlossen sein, ausgenommen ihres Ehegatten, ihre eigenen Kinder und der von dessen Kindern Abstammenden; diese mag eine uneheliche Person erben, als wenn sie ehelich geboren wären⁷⁶). Die Verlassenschaft der Unehelichen fällt dem Landessäckel zu, wenn die nächsten Verwandten nicht im Lande sind; wohnen diese dagegen im Lande, erben sie, obschon der Erblasser „unehelicher Weise von ihnen abstammt⁷⁷). Eheliche Kinder von unehelichen Eltern erzeugt, erben ihre Grosseltern wie eheliche, wenn ihre Eltern nicht mehr am Leben sind. Wenn aber keine nähern Verwandten als Vettern und Basen mehr leben, erben besagte Kinder ihre Grosseltern mit Vettern und Basen zu gleichen Theilen, wenn auch ihre unehelichen Kinder noch am Leben sind. Neben diesen erben auch Urgrosskinder nach Stämmen. Sollten aber keine so nahe Verwandte wie Vettern und Basen mehr leben, so beerben die bemeldeten Kinder ihre Grosseltern nach Köpfen und Urgrosskinder stammweise allein⁷⁸).

Thurgau räumt in seiner Gesetzgebung den legitimirten und Brautkindern die Rechte der ehelichen Geburt bezüglich der Erbfolge ein⁷⁹). — Auf das Vermögen der Mutter und ihrer Ahnen treten die unehelichen Kinder ebenfalls wie eheliche in die Erbfolge ein⁸⁰). Auf die väterliche Verlassenschaft haben uneheliche Kinder kein Erbrecht⁸¹). Aus dem Grunde der Blutsverwandtschaft kommt auf die Verlassenschaft unehelicher Kinder, welche ohne Deszendenten sterben, ausser der Mutter und ihren Ahnen Niemandem ein Erbrecht zu. Die Gemeinden, welche an die Erhaltung und Erziehung unehelicher Kinder etwas beigetragen, haben das Ersatzrecht auf das Erbe, und zwar geht dieses Recht dem Erbrechte der Mutter und deren Ahnen vor⁸²).

Nach dem schaffhausischen Erbrechte erben uneheliche Kinder den dritten Theil der väterlichen Verlassenschaft, wenn der Vater kein Weib, keine ehelichen Kinder, keinen ehelichen Vater und keine eheliche Mutter, keinen Grossvater und keine Grossmutter, keine ehelichen Geschwister und von dieser keine Kinder, diese mögen „zwei- oder einbändige Geschwisterte sein,“ hinterlässt. — Sonst sind sie von der Erbsberechtigung auf die väterliche Verlassenschaft ausgeschlossen; nur liegt den Erben ob, die unehelichen Kinder, bis sie erwachsen sind, zu erziehen „und durch Erlernung von Handwerken oder anderer angemessener Fürsorge“ selben zu einem anständigen Auskommen verhülflich zu sein⁸³). Die Mutter erben sie ganz, wenn sie keine ehelichen Kinder hinterlässt. Leben der Mutter Vater oder Mutter noch, theilen sich diese mit dem unehelichen Kinde in die Verlassenschaft der Mutter zu gleichen Theilen. Hat die Mutter eheliche Abstämmlinge, erhalten die unehelichen Kinder die Hälfte eines Theiles, den es einem ehelichen trifft⁸⁴). — Uneheliche Kinder können ihre ehelichen Geschwister nicht beerben⁸⁵). Ausser in Folge von Testamenten haben sie ebenfalls kein Erbrecht gegenüber den Grosseltern⁸⁶). Sie haben kein Recht auf die Verlassenschaft

der mütterlichen Verwandten⁸⁷). Kinder aus Ehebruch erzeugt oder Bastarde haben gar kein Erbrecht. Selbst Vermächtnisse dürfen solchen Kindern ohne obrigkeitliche Bewilligung nicht gemacht werden⁸⁸). Sind solche unehelichen Kinder adoptirt, wird ihr Erbrecht bei der Adoption bestimmt⁸⁹). Brautkinder, welche nach einem gültigen Verlöbniß erzeugt wurden und die Ehe wegen Todtfalls oder sonstiger erhebliche Gründe nicht vollzogen werden konnte, haben wie Eheliche Erbrechte⁹⁰). Uneheliche Kinder werden von der Mutter beerbt, sowie uneheliche Geschwister sich gegenseitig beerben⁹¹).

Im Kanton Aargau erben die ausserehelichen Kinder ihre Mutter wie eheliche.⁹²). Auf die Hälfte der väterlichen Verlassenschaft hat ein solches Kind nur dann Anspruch, wenn es demselben gerichtlich zugesprochen ist. Unter dieser Hälfte wird der halbe Theil verstanden, den es ihm getroffen, wenn es ehelich gewesen⁹³). Sind mehrere uneheliche Kinder vorhanden, erben sie auf keinen Fall mehr als die ehelichen⁹⁴). Sind vom Vater keine ehelichen Deszendenten vorhanden, so erben die unehelichen die Hälfte der Verlassenschaft⁹⁵). Sie erben von der aufsteigenden Linie des Vaters und der Mutter die Hälfte der daherigen Verlassenschaft, wenn diese keine ehelichen Nachkommen hinterlassen⁹⁶). Uneheliche Kinder erben nach Stämmen⁹⁷). Diese Erbrechte der unehelichen Kinder gehen auch auf ihre Nachkommen über⁹⁸). Sie werden von dem Vater, der Mutter und den oben bezeichneten Verwandten beerbt⁹⁹). Sie haben in den angegebenen Beziehungen das Repräsentationsrecht. Durch letzte Willensverordnung kann den unehelichen Kindern ein Drittheil ihres Erbantheils nicht entzogen werden¹⁰⁰). Den gerichtlich zugesprochenen Kindern kann der Vater im Abgange ehelicher Nachkommen oder eines Ehegatten das ganze Vermögen testiren. Das gleiche Recht hat er bezüglich von Kindern, an die er eine Alimentation hat leisten müssen¹⁰¹).

Auch im Kanton Solothurn erben die unehelichen Kinder ihre Mutter gleich ehelichen¹⁰²). Ihre unehelichen Geschwister von der Mutter beerben sie gleich halbbürtige Geschwister¹⁰³). Sie erben die Verwandten der Mutter in aufsteigender Linie und Geschwister derselben, wenn Erstere keine eheliche Nachkommenschaft haben, und Letztere keine eheliche Geschwister oder Nachkommen von solchen hinterlassen¹⁰⁴). Auf die Verlassenschaft des Vaters haben sie kein Erbrecht¹⁰⁵). Ein dem Vater gerichtlich zugesprochenes Kind indessen erbt den Vater wie ein eheliches, und zwar im gleichen Verhältnisse wie die Mutter¹⁰⁶). Bezüglich des Testaterbrechtes hat das solothurnerische Gesetz keine speziellen, auf die Suczession der unehelichen Kinder bezügliche Bestimmungen, allein fasst man den §. 550, Absatz I¹⁰⁷) in's Auge, kann ihnen von Seite des Vaters, wenn sie diesem nicht gerichtlich zugesprochen sind, kaum ein weiterer Erbsvorthail durch Vermächtnisse zugewendet werden. — Sie selbst, die unehelichen Kinder, werden von der Mutter, ihren ehelichen Verwandten in aufsteigender Linie und Geschwistern beerbt¹⁰⁸).

Ab Intestato erben nach den Gesetzen von Baselstadt die unehelichen oder legitimirten Kinder die Mutter¹⁰⁹). Selbst wenn eheliche Abstämmlinge vorhanden sind, erbt das uneheliche mit ihnen zu gleichen Theilen¹¹⁰). Falls die Mutter zur Zeit der angehehrten Legitimation noch Notherben in auf- und absteigender Linie hat, so sollen dieselben angefragt und ihre Gründe dem Rathe vorgelegt werden¹¹¹). Dieses Erbrecht bezieht sich aber nur auf die Verlassenschaft der Mutter¹¹²). Da wo früher eine obrigkeitliche Bewilligung erforderlich war, damit uneheliche Kinder testiren oder durch Testamente etwas erwerben konnten, ist diese Beschränkung aufgehoben¹¹³). Eine weitere Ausnahme von diesem Erbrechte macht die Ehegerichtsordnung von 1837 darin, dass Grosseltern oder entferntere Aszendenten eines unehelichen Kindes, wenn sie wünschen, dass dasselbe im vorkommenden Falle auch an

ihnen Intestaterbe sei, die Legitimation desselben, unter Vorlegung der Erklärung ihrer vorhandenen Notherben ebenfalls nachsuchen können, geschehe diess gleichzeitig mit dessen Mutter, bei deren Lebzeiten oder sonst ¹¹⁴).

Im Kanton Baselland gelten die gleichen Bestimmungen bezüglich des Erbrechtes der ausserehelichen Kinder, wie sie die angeführte Landesordnung für die Stadt Basel enthält.

Im Kanton Neuenburg haben uneheliche Kinder im Allgemeinen kein Erbrecht. Eine Ausnahme von dieser allgemeinen Regel gestattet das Gesetz nur in folgenden Fällen: stirbt ein Vater oder eine Mutter mit Hinterlassung von ehelichen Deszendenten, so hat das uneheliche Kind das Recht auf zwei Drittel des Noththeiles, den es ihm betroffen, wenn es ein eheliches gewesen. Hinterlassen die Eltern keine Deszendenten, wohl aber Aszendenten im ersten Grade oder Geschwister, hat es das Recht auf die Hälfte, und falls keine solche vorhanden sind, auf drei Viertel. Haben die Eltern keine erbberechtigte Verwandte, gehört dem unehelichen Kinde die ganze Verlassenschaft. Ist es selbst gestorben, haben seine Abstämmlinge die gleichen Erbrechte, welche ihm zugestanden wären. Das uneheliche Kind, wie dessen Abstämmlinge haben bei Eröffnung der Erbschaft die Restitutionspflicht alles dessen, was sie von ihren Eltern erhalten. — Sie verlieren dabei jedes Erbrecht, wenn sie die Hälfte von dem, was es ihnen sonst getroffen, von den Eltern mit der Erklärung erhalten hätten, dass damit ihr Erbtheil ausgerichtet sein soll. Würde der so ausgerichtete Betrag nicht die Hälfte ersteigen, bliebe ihnen nur das Recht auf Vervollständigung. Auch durch Testamente können Eltern den benannten Erbtheil unehelicher Kinder auf die Hälfte reduzieren. Kinder aus Blutschande oder Ehebruch besitzen in Erbsfällen einzig das Recht auf die nöthige Alimentation. — Den Erben steht es frei, den unehelichen Kindern ihre Erbportion in Natura oder in Geld zu verabfolgen. Die unehelichen Kinder endlich

werden von ihren Eltern, von denen sie anerkannt wurden, beerbt. Falls diese gestorben, treten deren legitime Deszendenten an ihre Stelle¹¹⁶⁾.

Nach freiburgerischen Gesetzen erbt das Kind seine Mutter¹¹⁵⁾. Hinterlässt die Mutter eheliche Deszendenten, so bekommt das uneheliche Kind von ihrer Erbschaft die Hälfte desjenigen Erbtheils, den es bekommen hätte, wenn es in der Ehe erzeugt wäre; hinterlässt die Mutter eheliche Geschwister oder Deszendenten von diesen, oder eheliche Aszendenten, so bekommt es zwei Drittheile von der Erbschaft; hinterlässt die Mutter keine eheliche Verwandte in den angeführten Graden, so erbt das uneheliche Kind das sämtliche Vermögen seiner Mutter¹¹⁷⁾. Wenn das uneheliche Kind vor seiner Mutter gestorben ist, so stehen dessen eheliche Kinder oder Deszendenten für dasselbe zum Erbrechte ein, d. h. sie haben das Repräsentationsrecht¹¹⁸⁾. Die gleichen Rechte haben die Kindeskinde einer solchen früher verstorbenen unehelichen Person. — Das uneheliche Kind und dessen Deszendenten sind gehalten, sich an denjenigen Theil der mütterlichen Erbschaft, den sie in Anspruch zu nehmen berechtigt sind, alles verrechnen zu lassen, was sie von der Erblasserin bereits empfangen haben¹¹⁹⁾. Als Intestaterbe hat das uneheliche Kind auf die Verlassenschaft des Vaters kein Erbrecht¹²⁰⁾. Dagegen hat es das Recht auf allfälligen Unterhalt und Erziehungskosten auch gegenüber den Erben. — Es, das uneheliche Kind, wird von seinen Deszendenten beerbt. In Ermanglung von Nachkommen erben dessen Vermögen der überlebende Ehegatte, in Ermanglung eines Ehegatten die Mutter, und in Ermanglung dieser letztern die ehelichen oder unehelichen Deszendenten der Mutter¹²¹⁾.

Im Kanton Waadt erbt das uneheliche Kind sowohl die Mutter als den Vater, wenn diese keine Verwandte in auf- und absteigender Linie (successible) haben¹²²⁾. Dieses Recht geht auch auf seine Deszendenten über¹²³⁾. Ausserdem haben

uneheliche Kinder kein Erbrecht, mit Ausnahme auf die nöthige Alimentation, die ihnen auch durch kein Testament entzogen werden kann¹²⁴). Tritt der Fall ein, dass das Kind dem Vater zugesprochen ist, erbt es und die Mutter denselben zu gleichen Theilen. Ist eines dieser beiden gestorben, erbt das Ueberlebende allein. Im Falle es der Mutter zugesprochen, ist es deren Erbe. Sind beide, Kind und Mutter, gestorben, erben aus dem Nachlasse des Erstern dessen eheliche Geschwister vorab was es aus dem Nachlasse der Eltern erhalten; das Uebrige theilt sich zwischen den ehelichen und unehelichen Geschwistern¹²⁵).

Da im Kanton Genf der Code Napoleon, somit französisches Recht, gilt, verweisen wir diessfalls auf die oben ausgeführte Darstellung dieses Letztern.

Im Kanton Wallis erbt das uneheliche Kind die Mutter. Dieses Erbrecht ist indessen auf einen Drittheil beschränkt, den es erhalten würde, wenn es ehelich wäre, vorausgesetzt, dass die Verstorbene Verwandte in erbfähigem Grade in beiden Linien hinterlassen hat¹²⁶). In Abgang von erbfähigen Verwandten in der einen oder andern Linie erhält es die Hälfte, und in Abgang solcher in beiden Linien die ganze Verlassenschaft¹²⁷). Das gleiche Erbrecht hat das uneheliche Kind auf die Verlassenschaft des Vaters, wenn dieser das Kind anerkannt hat¹²⁸). In beiden Fällen muss sich das uneheliche Kind dasjenige, was es von seinem Vater oder seiner Mutter erhalten, an seiner Erbrata abrechnen lassen¹²⁹). Seinen Deszendenten stehen die gleichen Erbrechte zu¹³⁰) auf den Nachlass der Verwandten ihres Vaters oder ihrer Mutter¹³¹). Von diesem Erbrechte sind ausgeschlossen die, welche aus Ehebruch, Blutschande oder von solchen Eltern erzeugt wurden, von denen bei der Zeugung eines oder beide die heiligen Weihen erhalten oder die freiwilligen Klostergeübde abgelegt hatten. Diese haben nur das Recht auf eine Alimentationsforderung¹³²). Das uneheliche Kind selbst wird vom Vater, der

es anerkannt hatte, und der Mutter, falls die Mutterschaft erwahrt ist, zu gleichen Theilen beerbt, und falls eines von diesen gestorben, vom Ueberlebenden allein¹³³). Tritt der Fall ein, dass beide gestorben, erben die Geschwister und deren Deszendenten, und sind endlich auch keine solche vorhanden, die Verwandten des Vaters und der Mutter nach gesetzlicher Erbfolge¹³⁴).

Im Kanton Tessin haben uneheliche Kinder, falls andere Verwandte vorhanden sind, nur das Recht zur Alimentationsforderung und kein Erbrecht. Sind aber keine Verwandte in grado successible vorhanden, noch ein Gatte, fällt den unehelichen Kindern die ganze Verlassenschaft zu¹³⁵). Die unehelichen Kinder werden, falls sie keine Deszendenten hinterlassen, von dem Vater oder der Mutter, welche dasselbe anerkannt hatten, beerbt, und falls die Anerkennung von Seite beider stattgefunden, von jedem zur Hälfte¹³⁶). Im Falle weder Vater noch Mutter bekannt sind, erbt die überlebende Ekehälfte, und ist auch keine solche vorhanden, die natürlichen Geschwister und ihre Deszendenten¹³⁷).

Betrachtet man nun die grossen Verschiedenheiten in den schweizerischen erbrechtlichen Bestimmungen, wie sie eben nur in einem Agglomerat von Freistaaten möglich sind, könnte man leicht versucht sein zu glauben, all' das sei Resultat des Zufalles oder der Willkür; die für sich abgerissene Meinung eines einzelnen Magistraten habe dem Ländchen, das er beherrschte, die Ansichten aufgedrungen. Oder man könnte meinen, bei Erlass der Gesetze habe der Zufall dem Verfasser dieses oder jenes gesetzgeberische Produkt in die Hände gespielt, und je nach diesem Zufalle sei ein neues Gesetz in dieser oder jener Richtung entstanden. Endlich dürften selbst Einsichtigere dafür halten, der Inhalt des Gesetzes sei jedesmal von den öffentlichen Rechtsanschauungen eines Volkes bestimmt worden, ohne dass im Hintergrunde andere Faktoren

mitgewirkt hätten. Alle diese Erklärungen mögen etwas für sich haben, aber im Allgemeinen bilden sie doch keineswegs den letzten Erklärungsgrund für diese vielen Verschiedenheiten.

Auch der einflussreichste Magistrat muss unter dem Volke leben, dessen Anschauungen auf ihn vielleicht unbewusst, aber gerade desshalb um so mächtiger wirken. Darin gerade besteht ja der Einfluss in Republiken, dass das Volk das, was es im Innern empfindet, dessen Namen es nicht einmal ahnt, in seinem gefeierten Beamten als anschauliches, mit bestimmtem Namen bezeichnetes, in einem Individuum personifizirtes Wesen wiederfindet. Und die Anschauungen eines Volkes in ihrer Allgemeinheit machen sich nicht von einem Tage zum andern; sie sind von der Geschichte hervorgerufen und reichen zurück oft in eine uralte, unbekannte Zeit, mit der sie, wie an einer langen Kette, durch die verschiedensten Veränderungen zusammenhängen.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, wird der ernstere Beobachter in der grossen Mannigfaltigkeit des vorwüflichen Rechtsstoffes nicht nur Willkür oder Zufall, sondern vielmehr historisch gebildete Systeme finden.

Wir hatten schon oben Gelegenheit, auf die nahe Verwandtschaft unserer schweizerischen Rechtsgeschichte mit der des benachbarten deutschen Reiches hinzuweisen und zu zeigen, wie vielseitig sich beiderseits in frühester Zeit die Rechtsanschauungen der stammverwandten Völker begegnen mussten. Wie dem alten germanischen Rechte erging es auch jenem, das diesseits dem Rheine galt; es blieb von dem Eindringen ultramontaner Rechte nicht frei, ja ging vielseitig in diese Letztern auf.

An der Hand dieser Thatsachen die Verschiedenheit unserer erbrechtlichen Bestimmungen bezüglich der unehelichen Kinder aufgefasst, wird es Keinem entgehen, dass bei ihrer Entstehung und Ausbildung wesentlich das eine oder andere der bezeichneten Grundelemente vorherrschend gewirkt hat.

Wir finden demnach in jedem einzelnen der angeführten Gesetze wesentlich germanisches, römisches und in diesem Falle rein römisches, oder nach französischen Anschauungen modifizirtes römisches Recht.

Ein Grundzug des deutschen Rechtes war die Rechtslosigkeit und in Folge dessen auch die Nichterbfähigkeit der unehelichen Kinder. Diese altdeutsche Auffassung finden wir nun gerade noch in einigen derjenigen kleinern Demokratien der Schweiz, welche am zähesten an frühern Anschauungen gehalten, und desshalb dem Streben nach fremden Rechten auch am längsten widerstanden. Die beiden Halbkantone Ob- und Nidwalden schliessen noch heute die unehelichen Kinder von jeder Erbschaft aus, denn das Erbrecht, das Gemeinden für gegebenen Unterhalt beanspruchen können, darf nicht als ein Erbrecht der Kinder selbst angesehen werden. Wie hier in diesen beiden Kantonen, gilt die gleiche Ausschliesslichkeit von einem gesetzlichen Erbrechte in den Kantonen Uri und Schwyz. Glarus beschränkte nebstdem bis in letzter Zeit das Testaterbrecht solcher Kinder in einem bedeutenden Masse. Ja noch vor zehn Jahren, als Appenzell Inner-Rhoden ein neues Erbgesetz erliess, schloss es die unehelichen Kinder, so zu sagen, unbedingt von jedem Erbrechte an Aszendenten aus.

In allen diesen Kantonen stehen demnach die unehelichen Kinder in erbrechtlicher Beziehung fast rechtlos da, und diese Zustände finden sich in vollkommener Uebereinstimmung mit den ältern deutschen Rechtsanschauungen, welche das uneheliche Kind ebenfalls als rechtlos hinstellen. Die Jahrhunderte, welche unterdessen vorübergegangen, die Neuzeit mit ihrer Zivilisation und ihren Umgestaltungen, all' das ging in dieser Beziehung spurlos an den Volksansichten dieser kleinen Freistaaten vorüber, sie haben altes deutsches Recht bewahrt und von demselben nicht gelassen.

Dagegen haben wir gesehen, dass das römische Recht

diessfalls viel milder war, und namentlich uneheliche Kinder wie eheliche, in die Verlassenschaft der Mutter succediern liess. Diese Auffassung ging mit dem Eindringen des römischen Rechtes in die bedeutendern deutschen Gesetzgebungen über. Und wie sich diese Letztern auch in der Schweiz nach und nach Geltung zu verschaffen wussten, kam mit ihnen auch die gemilderte römische Ansicht in der Schweiz zur Verbreitung. Dieses geschah namentlich in jenen Kantonen, welche ihre Gesetzgebungen kodifizirt haben. So begegnen wir dieser römischen Grundanschauung bezüglich dem Erbrechte der unehelichen Kinder an der Verlassenschaft ihrer Mutter, in den Kantonen Zürich, Luzern, Zug, theilweise in Appenzell Ausser-Rhoden, St. Gallen, Thurgau, Schaffhausen, Aargau, Solothurn, Baselstadt, Baselland, Freiburg, Waadt und in beschränktem Sinne im Kanton Wallis.

Das französische Recht endlich adoptirte diese römische Ansicht mit der Beschränkung, dass von diesem Erbrechte Kinder, aus Ehebruch und Blutschande erzeugt, ausgeschlossen seien, in welch' letzterm Falle die altdeutsche Ansicht von der Rechtslosigkeit der Unehelichen Geltung haben sollte. Auch dieser französischen Modifikation¹³⁸⁾ begegnen wir in einigen Kantonen und zwar namentlich in Neuenburg, Genf, Tessin und Wallis, welches diesen zwei Beschränkungen noch eine dritte Beschränkung beifügte, die uns sonst aus keiner andern Gesetzgebung im Wissen ist, nämlich die Unfähigkeit zum Erbe, falls der Vater oder die Mutter zur Zeit der ausserehelichen Zeugung die geistlichen Weihen besassen oder durch Klostergeübde gebunden waren.

Wir wollen hier kleinere Abweichungen in einzelnen Kantonen nicht weiter verfolgen, und es genügt uns, hier den Beweis geführt zu haben, dass sich, wie ein rother Faden, durch die ganze einschlägige Gesetzgebung der Schweiz das eine oder andere der angeführten Systeme durchzieht, sowie dass desshalb diese grosse Mannigfaltigkeit keineswegs das Resultat

des Zufalles oder der Willkür, sondern dasjenige der schweizerischen Rechtsgeschichte sei.

¹⁾ Puchta a. a. O. §. 446.

²⁾ Puchta a. a. O. §. 449.

³⁾ Puchta a. a. O. §. 455.

⁴⁾ C. 2. 15. X qui filii sunt legit. (4. 17).

⁵⁾ Puchta a. a. O. §. 455.

⁶⁾ §. 3. I. de S. C. (3. 4).

⁷⁾ Nov. 89. c. 15. L. 6. Cap. De incest. nupt. (5. 5). Thibeaumont am angef. Orte Bd. II. §. 682. — Puchta a. a. O. §. 455.

Nach römischem Rechte waren vorab Kinder aus incestis nuptiis ausgeschlossen, vide Note 139. — Sodann war der römische Begriff des Ehebruches ein beschränkterer als in unsern neuern Gesetzgebungen. Endlich erforderte das römische Recht zu dieser Erbsentziehung

a) den Nachweis, dass das Kind nicht vom Ehemanne, sondern von einem Andern erzeugt worden sei, was nur dadurch geschehen konnte, dass der Ehemann nachwies, dass er in dieser Zeit mit der Ehefrau keinen fleischlichen Umgang gepflogen, ansonst der Satz eintrat: *Pater est quem nuptiae demonstrant*;

b) mussten beide Concubenten den Bestand der Ehe auf Seite der Ehefrau gewusst haben; betrog sich eines von beiden dabei in „bona fide“, so wurden die Kinder mit diesem Rechtsnachtheile nicht gestraft.

Bezüglich der *liberos spurios* (Kinder mit einer ledigen, unbescholtenen Weibsperson erzeugt) und bezüglich der *liberos vulgo quaesitos* (Kinder mit einer öffentlichen Dirne erzeugt), musste unterschieden werden, ob sie von einer *persona illustris* oder einer andern erzeugt wurden. Im erstern Falle hatte das uneheliche Kind nur dann Erbrechte gegenüber der Mutter, wenn es mit keinen ehelichen Kindern konkurrierte. Im letztern Falle beerbten die unehelichen Kinder nicht nur die Mutter, sondern auch deren Verwandte.

Anbetreffend endlich die Passiv-Erbfähigkeit unehelicher Kinder gegenüber von Testamenten, stand nach römischem Rechte diese Erbfähigkeit nicht allen unehelichen Kindern gleichmässig zu. Handelt es sich um die Erbseinsetzung eines unehelichen Kindes, welches ein Anderer als der Testator erzeugt hatte, und mochte dieses selbst in einem Ehebruch oder in einer Blutschande geschehen sein, stand dessen Erbfähigkeit ausser Zweifel. Selbst erzeugten Kindern aus Stuprum oder Ehebruch konnte der Vater ebenfalls testiren. Dagegen konnten Kinder aus Blutschande erzeugt weder von dem Vater noch von der

Mutter als Erben eingesetzt werden. — Bezüglich der Konkubinatkinder endlich hatte der Vater wie die Mutter ein unbedingtes Testirrecht, falls der Erstere keine ehelichen Kinder hatte, in welch' letzterm Falle er ihnen nur $\frac{1}{12}$ unter Lebenden oder von todeswegen zukommen lassen durfte. — Vergleiche Gette a. angef. O. — Schweppe, römisches Privatrecht und Höpfner's Institutionen, Kommentar.

⁸⁾ Marezoll, von der bürgerlichen Ehre, S. 303.

⁹⁾ Sachsenspiegel I. 51. Schwabenspiegel Cap. 415. — Altes Kulmerrecht IV. 96. Sydow. Erbrecht S. 48.

¹⁰⁾ Glük's Kommentar II. S. 105.

¹¹⁾ Vergleiche Bluntschli I. S. 469.

¹²⁾ Pfälzisches Landrecht II. Tit. 5.

¹³⁾ Lüneburg. Stat. 1. Theil Tit. V. Lübisches Recht II. Tit. Art. 31.

¹⁴⁾ Kolmarer Stadtrecht XXX. 3.

¹⁵⁾ Am angef. Orte.

¹⁶⁾ Allgem. Gesetz. §. 656.

¹⁷⁾ Allgem. Gesetzbuch. §. 650.

¹⁸⁾ Allgem. Gesetzbuch. §. 652.

¹⁹⁾ Les enfants naturels ne sont point héritiers. Cod. civ. Art. 756.

²⁰⁾ Cod. civ. Art. 756.

²¹⁾ Cod. civ. Art. 757.

²²⁾ L'enfant naturel a droit à la totalité des biens, lorsque ses père ou mère ne laissent pas de parens au degré successible. Cod. civ. Art. 758.

²³⁾ Cod. civ. §. 759.

²⁴⁾ Cod. civ. §. 760.

²⁵⁾ Cod. civ. Art. 761.

²⁶⁾ Cod. civ. Art. 769.

²⁷⁾ Cod. civ. Art. 762.

²⁸⁾ Cod. civ. Art. 765.

²⁹⁾ Landrecht für das Grossherzogthum Baden, veröffentlicht 3. Februar 1809.

³⁰⁾ Landrecht Art. 756.

³¹⁾ Landrecht Art. 757.

³²⁾ Landrecht Art. 791.

³³⁾ §. 752 vom Zivilgesetzbuch.

³⁴⁾ §. 753 a. a. O.

³⁵⁾ §. 754 a. a. O.

³⁶⁾ §. 755 a. a. O.

³⁷⁾ §. 756 a. a. O.

³⁸⁾ Wir wählen hier absichtlich nicht die Form, verwandte Ma-

terien systematisch zusammenzustellen und zu behandeln, es würde diess bei der Mannigfaltigkeit der Gesetzgebungen der Uebersichtlichkeit schaden und dadurch die vorliegende Abhandlung unpraktisch und desshalb deren Benutzung schwieriger machen.

39) Bürgerl. Gesetzbuch §. 1939.

40) Bürgerl. Gesetzbuch §§. 1940. — Bezüglich dieses Eintrittsrechtes bestimmt der §. 1937, dass die Verlassenschaft ohne Rücksicht auf die Stämme und ohne Eintrittsrecht, je den auf der nächsten Linie stehenden Erben zufällt. Gleichnahe Erben theilen nach Köpfen.

41) Bürgerl. Gesetzbuch §. 1941.

42) Bürgerl. Gesetzbuch §. 1942.

43) Bürgerl. Gesetz §. 2040.

44) Bürgerl. Gesetz §. 516.

45) Bürgerl. Gesetz §§. 618, 620 und 631.

46) Bürgerl. Gesetz §§. 551 und 617.

47) Bürgerl. Gesetz §. 413.

48) Bürgerl. Gesetzbuch §§. 106 und 413.

49) Bürgerl. Gesetz §. 415.

50) Bürgerl. Gesetz §. 415.

51) Bürgerl. Gesetz §. 432.

Dieses Testirungsrecht scheint im Kanton Luzern ziemlich alt zu sein. Wie es scheint, führte es nicht selten zu Missbräuchen; so nahm schon im Hornung 1588 Octavio Paravicini, Bischof von Alexandria, Nuntius in der Schweiz, den Chorherren in Münster das Recht weg, für ihre unehelichen Kinder zu testiren und hielt sie an, der Obrigkeit einen diessfallsigen Revers auszustellen. Vergleiche Philipp Anton v. Segesser, Rechtsgeschichte der Stadt und Republik Luzern, 4. Band S. 480.

52) Bürgerl. Gesetz §. 416.

53) Bürgerl. Gesetz §. 417.

54) Landbuch §. 15 I. Theil 2. Titel, S. 107.

55) Landbuch 10. Abtheilung: Vermächtnisse, Erbrecht und Abzug.

I. Titel Art. 128.

56) Landbuch §. 15 I. Theil II. Titel S. 107.

57) Gesetz von 1857 §§. 17 und 18.

58) Landbuch S. 177.

59) §. 18 des Gesetzes vom Mai 1836.

60) §. 25 des Gesetzes von 1855.

61) Paternitätsgesetz von 1834 §. 11.

62) Bürgerl. Gesetzbuch §§. 114 und 115.

63) Landbuch des Kantons Glarus 1. Theil, enthaltend sämtliche

seit der Landesgemeinde von 1834 in Kraft bestehenden Gesetze. S. 63. §. 103. Nr. 2, 3 und 4 und Art. 10 des angeführten Gesetzes für Graubünden.

⁶⁵⁾ Gesetz über die Erbfolge vom 9. Dezember 1808, I. Bd. §. 20. Vergleiche Rechtsfreund für den Kanton St. Gallen.

⁶⁶⁾ Angeführtes Gesetz §§. 43 von 1840, S. 262.

⁶⁷⁾ Angeführtes Gesetz §. 43.

⁶⁸⁾ Angeführtes Gesetz §. 44.

⁶⁹⁾ Angeführtes Gesetz §. 45.

⁷⁰⁾ Angeführtes Gesetz §. 45.

⁷¹⁾ Angeführtes Gesetz §. 46.

⁷²⁾ Gesetz vom 24. April 1836, enthalten in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen für den Kanton Appenzell Ausser-Rhoden. Amtliche Ausgabe, Trogen, 1845, §. 9.

⁷³⁾ Angeführtes Gesetz Art. 12.

⁷⁴⁾ Gesetz vom 27. April 1845.

Um diese detaillirten Gesetzesbestimmungen zu würdigen, darf man nicht unterlassen, dieselben mit dem alten Landrechte von 1737, abgedruckt im Landbuche des Kantons Appenzell Ausser-Rhoden, nach dem auf dem Rathhause in Trogen befindlichen Original abgedruckt, Trogen, bei Johann Ulrich Sturzenegger, 1828, zu vergleichen, worin die wesentlichen Grundzüge dieser Gesetzesbestimmungen enthalten sind.

⁷⁵⁾ Landbuch des Kantons Appenzell Inner-Rhoden nach der ältesten und letzten Erneuerung vom Jahre 1585. St. Gallen, gedruckt bei Zollikofer und Guldin, 1828, S. 54 und 55.

⁷⁶⁾ Gesetz von 1847, Ar. 21.

⁷⁷⁾ Am angef. Orte Art. 20.

⁷⁸⁾ Angeführtes Gesetz Art. 18.

⁷⁹⁾ Erbgesetz vom 17. Juni 1839.

⁸⁰⁾ Erbgesetz §. 50.

⁸¹⁾ Erbgesetz §. 50.

⁸²⁾ Erbgesetz §. 51.

⁸³⁾ Erbgesetz vom 12. Juni 1828, §. 48.

⁸⁴⁾ Erbgesetz §. 49.

⁸⁵⁾ Erbgesetz §. 51.

⁸⁶⁾ Erbgesetz §. 52.

⁸⁷⁾ Erbgesetz §. 53.

⁸⁸⁾ Erbgesetz §. 55.

⁸⁹⁾ Erbgesetz §. 55.

⁹⁰⁾ Gesetz vom 1. September 1809, §. 4.

⁹¹⁾ Erbgesetz §. 50.

⁹²⁾ Bürgerl. Gesetz 4. Theil Erbrecht. In Kraft getreten den 14. November 1855, §. 887.

⁹³⁾ Bürgerl. Gesetz §. 888.

⁹⁴⁾ Bürgerl. Gesetz §. 888.

⁹⁵⁾ Bürgerl. Gesetz §. 888.

⁹⁶⁾ Bürgerl. Gesetz §. 889.

⁹⁷⁾ Bürgerl. Gesetz §. 890.

⁹⁸⁾ Bürgerl. Gesetz §. 890.

⁹⁹⁾ Bürgerl. Gesetz §§. 880. 893.

¹⁰⁰⁾ Bürgerl. Gesetz §. 914.

¹⁰¹⁾ Bürgerl. Gesetz §. 915.

¹⁰²⁾ Bürgerl. Gesetz §. 546.

¹⁰³⁾ Bürgerl. Gesetz §. 546.

¹⁰⁴⁾ Bürgerl. Gesetz §. 547.

¹⁰⁵⁾ Bürgerl. Gesetz §. 550.

¹⁰⁶⁾ Bürgerl. Gesetz §. 550, Absatz II und §§. 145, 146, 147 und 148.

¹⁰⁷⁾ „Uneheliche Kinder haben an der Verlassenschaft des Vaters und seiner Verwandten in der Regel ebensowenig ein Erbrecht, als jene Verwandte an der Verlassenschaft des Kindes“.

¹⁰⁸⁾ Bürgerl. Gesetz §§. 547 und 548.

¹⁰⁹⁾ Landesordnung §. 67.

¹¹⁰⁾ Landesordnung §. 67.

¹¹¹⁾ Landesordnung §. 68.

¹¹²⁾ Landesordnung §. 69.

¹¹³⁾ Ehegerichtsordnung von 1837. §. 91.

¹¹⁴⁾ Ehegerichtsordnung von 1837. §. 91.

¹¹⁵⁾ Cod. civ. Art. 614 bis und mit Art. 623.

¹¹⁶⁾ Zivilgesetz §. 742.

¹¹⁷⁾ Zivilgesetz §. 742.

¹¹⁸⁾ Zivilgesetz §. 743.

¹¹⁹⁾ Zivilgesetz §. 744.

¹²⁰⁾ Zivilgesetz §. 745.

¹²¹⁾ Zivilgesetz §. 746.

¹²²⁾ Cod. civ. Art. 516.

¹²³⁾ Cod. civ. Art. 517.

¹²⁴⁾ Cod. civ. Art. 548.

¹²⁵⁾ Cod. civ. Art. 549.

¹²⁶⁾ Bürgerl. Gesetz §§. 783 und 784.

¹²⁷⁾ Bürgerl. Gesetz §. 784.

¹²⁸⁾ Bürgerl. Gesetz §. 783.

129) Bürgerl. Gesetz §. 785.

130) Bürgerl. Gesetz §. 786.

131) Bürgerl. Gesetz §. 787.

132) Bürgerl. Gesetz §§. 134 und 788.

133) Bürgerl. Gesetz §. 781.

134) Bürgerl. Gesetz §. 792.

135) Cod. civ. Art. 459.

136) Cod. civ. Art. 460.

137) Cod. civ. Art. 461.

138) Nach römischem Rechte hatten Kinder *ex in cestis nuptiis* gar kein Erbrecht; ob aber Kinder aus ausserehelichem aber dennoch incestuosem Beischlafe der Erbrechte verlustig wurden, ist eine bestrittene Rechtsfrage. Bedenkt man, dass die Nov. 84 und 89 nur eine incestuose Ehe im Auge hatten, dürfte das Erbrecht solcher Kinder wohl angenommen werden. Gette bemerkt diessfalls: „Der Nachsatz bei besagter Stelle: „*Neque enim nuptios vocabimur*“, würde sonst gar keinen Sinn haben, wenn auch die aus einem einfachen, incestuosem Umgange Erzeugten auch unter den Nichterbfähigen gemeint wären“. S 251. Diessfalls ging demnach die französische Gesetzgebung weiter als das römische Recht. Sie ging aber auch weiter bezüglich der Ausnahme wegen Ehebruchs. Nach römischem Rechte gehörte zum Begriffe des Ehebruchs der Beischlaf eines Mannes mit einer wirklich in einer rechtmässigen Ehe lebenden Ehefrau. Der Beischlaf eines Ehemannes mit einer unverheiratheten Weibsperson war demnach kein Ehebruch. Nach französischem Rechte dagegen muss auch in diesem letztern Falle ein Ehebruch angenommen werden. Ein solches Verhältniss ist nämlich nach dem §. 339 Code pénale mit einer Strafe bedroht und das „*Exposé des motifs*“ zu benanntem Strafgesetzbuche sagt, dass eine solche Bestrafung nur in Folge Klage von Seite der Ehefrau stattfinden könne, und von dieser nur dann, „*lorsque il a entretenu sa concubine dans la maison conjugale*“; nachdem im Eingange zu dieser Stelle ausdrücklich das Wort: „*adultère*“ gebraucht wurde. — Auch bezüglich des Beweises für den Ehebruch ist das französische Recht von dem römischen sehr verschieden. Dieses fordert den unbedingten Nachweis, dass der Ehemann während der kritischen Zeit mit der Ehebrecherin keinen Umgang gepflogen, während jenes sogar einen Urkundenbeweis zulässt, und den ehelichen Umgang nicht unbedingt ausschliesst.

In dieser Beziehung findet sich demnach im französischem Rechte eine Verschiedenheit gegenüber dem römischen, und in diesem Sinne sprechen wir von einer französischen Modifikation des römischen Rechts.

Dritter Abschnitt.

Das Prozessrecht.

§. 21.

Einleitung.

Wir haben früher gezeigt, dass bei ehelichen Kindern die eheliche Zeugung die Rechtsbasis für ihre Familien, und theilweise auch für ihre Sachen und öffentliche Rechte ist. Bei der ausserehelichen Geburt dagegen fehlt diese Rechtsbasis, weil eine Zeugung in der Ehe nicht vorhanden ist. Um demnach diese Verhältnisse bezüglich der unehelichen Kinder zu regeln, musste eine andere Norm als massgebend angenommen werden, und diese ist das Gesetz.

Das Gesetz auf den konkreten Fall angewendet, vertritt demnach hier die Zeugung in der Ehe. Und da die Anwendung selbst nicht à priori für alle Fälle stipulirt werden konnte, indem die Fälle selbst von den verschiedenartigsten Umständen begleitet werden können, ja nicht selten wie bei der Vaterschaftsklage, kontradiktorisch sind, und zudem hochwichtige Fragen über Mein und Dein bei dieser Ausmittlung zum Vorschein kommen, ist es zweifelsohne natürlich und zweckgemäss, dass diese Letztere den Gerichten überwiesen wurde. Die Gerichte haben die Vater- oder Mutterschaft und die damit in Verbindung stehenden Rechte der Heimath, des Namens, der väterlichen Gewalt, der Unterhaltungspflicht, so wie als eine Folge davon, die Erbrechte der unehelichen Kinder zu bestimmen.

Von daher bildete sich in den meisten Kantonen der Schweiz ein eigenthümliches Prozessrecht, weil dieses in vielen Beziehungen, namentlich aber bezüglich des Beweisverfahrens von dem gewöhnlichen Zivilprozesse abweicht, und nicht selten Paternitäts- oder Maternitätsprozess genannt wird.

Bei der Darstellung dieses Prozesses werden wir zuerst die *Einleitung* zur Klage, sodann die *Klage selbst* und das *Beweisverfahren* behandeln. Dagegen die Lehre von der Beweiskraft und dem Urtheile, als mit den allgemeinen Prozessgesetzen zusammenfallend, übergehen. Die Strafe des Vergehens sodann, als dem Bereiche des Strafrechts angehörend, fällt endlich selbstverständlich aus dem Bereiche dieser Monographie weg¹⁾.

Aber auch hier bei Darstellung dieser speziell angegebenen Materien werden wir nur die Eigenthümlichkeiten dieses Prozesses berücksichtigen und alle jene Momente, welche er mit dem Zivilprozesse gemein hat, aus Rücksichten für den Zweck dieser Abhandlung übergehen.

¹⁾ Bei Darstellung dieses Prozessrechtes werden wir die ausländischen Gesetzgebungen übergehen, theils weil sonst dadurch die Abhandlung zu weitschichtig würde, theils auch desswegen, weil eine solche Darstellung namentlich den schweizerischen Juristen umsoweniger interessiren dürfte, da er nur selten in den Fall kommen kann, sie anzuwenden. Gemeinhin haben Schweizerinnen im Auslande und Ausländerinnen in der Schweiz kein Klagerecht in Vaterschaftssachen.

Wenn auch die Anführung der schweizerischen Strafbestimmungen nicht in diese Darstellung gehört, wollen wir hier doch einige auführen, und zwar vorzüglich aus jenen Kantonen, die keine kodifizierte Polizeistrafgesetze haben, und die von daher weniger bekannt sein dürften.

Gerade wegen der beständigen Zunahme dieser Vergehen in den meisten Kantonen, kömmt die Straffrage bezüglich der Unzuchtsvergehen nicht selten zur Sprache, und von vielen Seiten erwartet man in der Anwendung strenger, öffentlicher Strafe Abhülfe gegen das Uebel, das unsere Armenstuern bereits mit jedem Jahre vergrößert. Die Zusammenstellung und Vergleichung dieser Strafen mit den Re-

sultaten der statistischen Erhebungen dürfte auch in dieser Frage einiges Licht und vielleicht grösseres Verständniss bringen.

Das vor einem Jahre erlassene *urnerische* Gesetz bestimmt, dass im ersten Falle die Fehlbaren mit einer Geldbusse von 30 Fr. bestraft und überdiess vom Gerichtspräsidenten eine Zurechtweisung erhalten sollen. — Zudem kann das Gericht die Fehlbaren auf eine bestimmte Zeit in die Gemeinde eingrenzen. — Im zweiten Falle, oder wenn die Weibsperson mit mehrern Mannspersonen fleischlichen Umgang gepflogen, und die Person sich nach der Ansicht des Gerichts zu einer liederlichen Dirne qualifizirt, wird die obige Strafe verdoppelt, und überdiess mit viertägiger Gefangenschaft verbunden. — Im dritten Falle, der „Hurerei“, sowie bei erschwerenden Umständen, wie bei Verführung, Betrug, absichtlicher Berauschung, Unzucht mit Minderjährigen, soll die betreffende Person mit 120 bis 200 Fr. und überdiess mit zwei bis achtwöchentlicher Gefangenschaft oder Zuchthaus belegt, und 1 bis 4 Jahre im Aktivbürgerrecht eingestellt werden, während welcher Zeit sie in der Regel in ihre Heimathsgemeinde eingegränzt ist. — Der vierte und die weitem Fälle werden als Kriminalverbrechen angesehen und bestraft; doch mag das Gericht, sofern weitere Erschwerungsgründe dabei nicht vorkommen, die Fehlbaren mit einer Geldbusse von 200 bis 400 Fr. und ein bis zweimonatlicher Gefangenschaft, nebst vier bis achtjähriger Einstellung im Aktivbürgerrecht bestrafen, sonst aber hat angemessene Zuchthausstrafe oder körperliche Züchtigung einzutreten. Wer sich mit einer Mündel, Magd oder sonst Untergebenen verfehlt, soll die auf den Fall gesetzte Strafe doppelt aushalten. Verheimlichung der Schwangerschaft wird mit 40 bis 100 Fr. oder entsprechender Gefangenschaft bestraft. Alles Verhandeln schwangerer Personen in eine Ehe ist verboten, und falls solches innert Jahresfrist bekannt oder angezeigt würde, soll das Kind gleichwohl dem wahren Vater zugeschrieben und derselbe in die gesetzliche Strafe verfällt werden, §§. 20, 22, 24 und 27 des Gesetzes von 1857.

Das *schwyzerische* Gesetz von 1848 und 1854 enthält folgende Strafbestimmungen: Eine ledige Person, die sich mit einer ledigen verfehlt, wird im ersten Falle mit 20 Fr. a. W.; eine ledige Person, die sich mit einer verheiratheten verfehlt, mit 32 Fr.; eine verheirathete Person, die sich mit einer ledigen verfehlt, mit 64 Fr.; eine verheirathete Person, die sich mit einer verheiratheten verfehlt, mit 130 Franken bestraft. Im Rückfalle wird die Strafe verdoppelt. Im zweiten Rückfalle ist nebst der doppelten Geldbusse eine Freiheitstrafe oder körperliche Züchtigung zu verhängen. §. 9 des angeführten Gesetzes.

Nach dem Gesetz von *Obwalden* treten folgende Strafen ein: Im ersten Falle 18 Gl. Geldbusse, nebst Vorstellung vor einem Rathe und Zuspruch durch den Landammann; sind die Fehlbaren nicht im Stande, diese Strafe zu bezahlen, oder wenn solche drei Monate nachdem sie auferlegt worden, nicht entrichtet ist, eine Leibesstrafe, die nach dem Ermessen des Rathes in Ausstellung neben dem Lasterbanke, oder Vorknien in der Pfarrkirche mit einer Ruthe in der Hand, unter Aufsicht des Landjägers unnachsichtlich bestehen soll. — Im zweiten Falle: Doppelte Geldbusse und Vorstellung vor dem Rath, welcher dann erkennen soll, ob und für wie lange Ehrenentsetzung nebst körperlicher Züchtigung verhängt werden soll. In dritten und vierten Fällen, sowie bei erschwerenden Umständen der Verführung, Betrug, absichtlicher Berauschung, Zwang, Blutschande in weitem Graden u. s. w. sollen die Fehlbaren vom Rathe oder je nach Umständen von höherer kriminalrichterlicher Behörde mit schweren Geldbussen oder an Leib und Ehre bestraft werden. — Die Verheimlichung der Schwangerschaft wird mit 60 bis 120 Gl. bestraft. Im Nichtzahlungsfalle treten Leibesstrafen oder wiederholtes Vorknien in der Kirche ein. Jene, welche Kinder ausser Landes vertragen, verfallen in eine Strafe von 300 Gl. Die gleiche Strafe trifft jene, die fremden ausserehelich schwängern Personen Unterschleif geben oder Aufenthalt verschaffen. Der Verleider erhält in beiden Fällen 24 Gl. Art. 14, 15, 16, 19 und 22 des Gesetzes vom 5. April 1834.

Das Gesetz für den Kanton *Zug* setzt im ersten Falle für die ledige Weibsperson eine Strafe von 20 bis 50 Fr., für eine ledige Mannsperson 30 bis 100 Fr. und für Verheirathete 100 bis 200 Fr. Im Rückfalle wird die Strafe verdoppelt, oder eine Freiheitsstrafe oder körperliche Züchtigung verhängt. Die Verheimlichung der Schwangerschaft gilt als ein Erschwerungsgrund. §. 22 des Gesetzes vom 18. Juni 1855.

Im Kanton *Glarus* bestimmt das Ehegericht die Strafen, und zwar im ersten Falle nach folgenden Grundsätzen: Vergehen unter zwei Ledigen werden mit 8 bis 16 Gl., unter Verheiratheten mit 32 Gl., unter einem Eheversprechen, das nicht vollzogen ist, mit 4 Gl. bestraft. Im Unzahlbarkeitsfalle tritt Gefängniss ein. Der zweite Fall wird mit der doppelten Strafe belegt. Liederliche Personen, die wider Ermahnen und Warnen der Stillstände oder des Ehegerichtes sich zum zweiten oder zu mehrern Malen namentlich von Fremden schwängern lassen, sollen dem Kriminalgerichte zur ernsten Bestrafung überwiesen werden. §§. 56 und 57 des Gesetzes über Verrichtungen des Ehegerichtes.

Im Kanton *Schaffhausen* wird jeder unsittliche Umgang mit 12 Fr., jede aussereheliche Zeugung mit 12 bis 30 Fr. bestraft, und die Strafe

im Rückfalle verdoppelt. Ebenso unterliegt die Geschwängerte einer doppelten Strafe, wenn sie den Schwängerer nicht angeben kann oder will. Schwängert aber Jemand seine Magd, so hat er ebenfalls die doppelte Strafe zu entrichten. Unzucht mit einer noch nicht konfirmirten oder wahnsinnigen Person wird unter allen Umständen mit 120 Fr. bestraft. Auf die Verheimlichung der Schwangerschaft ist drei Wochen Gefängniss und eine Geldbusse von 10 bis 40 Fr. gesetzt. — Sollte eine ausserehelich Schwangere durch Drohung Geld oder Geldeswerth erpresst haben, so ist das erhaltene Geld dem Fiskus verfallen, und die Person mit Gefangenschaft von einem bis drei Monaten zu betrafen. §§. 177, 178, 179, 180, 181, 182 und 184 des Ehegesetzes vom 12. April 1851.

Baselstadt bestraft bezüglich der ausserehelich Geschwängerten den ersten Fall mit einem bis zwölf Fr. a. W., oder einem bis fünf Tagen Einsperrung, im Rückfalle mit zwei bis vier und zwanzig Fr., oder drei bis zehn Tagen Einsperrung oder Gefängniss, und bezüglich des Schwängerers den ersten Fall mit einem bis zwölf Fr., oder einem bis zehn Tagen Gefängniss, und den Rückfall bis und mit 40 Fr., oder Einsperrung bis auf zwanzig Tage. Ist es erwiesen, dass mehrere der Geschwängerten beigewohnt, verfällt jeder in eine Strafe von einem bis zwölf Fr., oder einem bis zehn Tagen Gefängniss oder Einsperrung. Fortdauerndes uneheliches Zusammenleben, wobei kein Ehebruch stattfindet, wird mit acht bis einhundert Fr., oder zwei bis zwanzig Tagen Gefängniss oder Einsperrung bestraft. Auf den Ehebruch ist eine Strafe von fünfzig bis achthundert Fr., oder Gefängniss von acht Tagen bis vier Monaten gesetzt. §§. 111, 115, 116 und 117 der Ehegerichtsordnung vom 10. Mai 1837.

In *Appenzell Inner-Rhoden* wird im erten Falle zwanzig Fr. oder acht Tage Arrest, im zweiten Falle vierzig Fr. oder verschärfter Arrest, im dritten Falle endlich öffentliche Ausstellung u. s. w. ausgesprochen. Bericht des Herrn Landschreiber Brander vom 7. September 1858.

In *Appenzell Ausser-Rhoden* verfällt jeder Theil im ersten Falle in eine Strafe von zwanzig Fr. und die Mannsperson darf 12 Jahre lang nicht mehr weder in Gericht noch Rath gewählt werden. Im zweiten Falle wird die Geldstrafe verdoppelt, die Mannsperson ist vom Gericht und Rath ausgeschlossen, und kann weder als Vogt und Beistand gewählt, noch als Taufpathe oder Zeuge zugelassen werden. Weitere Rückfälle werden als Kriminalverbrechen behandelt. — §. 9. Sitten- und Polizeigesetz in der „Verfassung und Gesetze und Verordnungen des Kantons Appenzell Ausser-Rhoden. Amtl. Ausgabe 1854.“

E r s t e A b t h e i l u n g.

Einleitung zur Klage.

Von der Anzeige der ausserehelichen Schwangerschaft.

§. 22.

Die meisten Gesetzgebungen bestimmen, dass eine ausserehelich geschwängerte Weibsperson von der Thatsache dieser Schwangerschaft einer amtlichen Stelle Anzeige zu machen habe. Da die Schwängerung selbst auch für die Geschwächte ein Polizeivergehen nach allen Strafrechten als Unzuchtsfehler in sich schliesst, widerstreitet dieser Vorschrift zwar die allgemeine Rechtsregel, dass Niemand gezwungen sei, sich selbst anzuklagen. Allein einerseits um den Kindsmord so weit als möglich zu verhüten, und anderseits den dabei interessirten Behörden oder Gemeinden die Möglichkeit zu geben, diese ihre Interessen zu wahren, scheint man von der allgemeinen Rechtsregel abgegangen und die Pflicht der Selbstanzeige in die Gesetzgebungen aufgenommen zu haben¹⁾. Die meisten Gesetzgebungen haben diese Anzeige an eine bestimmte Zeit der vorgeschrittenen Schwangerschaft geknüpft und die Unterlassung derselben mit dem Verluste des Klagerechts für die Geschwächte bedroht, aus welchem Grunde desshalb diese Anzeige als eine die Klage einleitende Rechtshandlung angesehen und in die vorliegende Prozessdarstellung aufgenommen werden muss. — Bezüglich der Stelle selbst, bei welcher diese Anzeige gemacht werden muss, lauten die Gesetzesbestimmungen verschieden, indem einige, und wohl am geeignetesten das Pfarramt, andere die Gemeinde-, und wieder andere die Gerichtsbehörde hiefür bezeichnen.

Im Kanton *Bern*²⁾ muss diese Anzeige bis spätestens zum 210. Tage der Schwangerschaft dem Pfarramte oder einem

Mitglieder des Chorgerichtes (jetzt Amtsgericht) gemacht werden³). Im Kanton *Luzern* hat die Anzeige beim Bezirksgerichtspräsidenten vor Ablauf des siebenten Monats der Schwangerschaft zu erfolgen⁴). Nach *urnerischem* Rechte hat die Geschwächte die Pflicht, diese Anzeige vor Ablauf des fünften Monats der Schwangerschaft dem Richter des Landes zu machen⁵). In *Schwyz* muss die Anzeige noch im sechsten Monate, und zwar sowohl dem Pfarrer als dem Gerichtspräsidenten gemacht werden⁶). In *Niedwalden* geschieht diese Anzeige beim Gerichtspräsidenten oder Pfarrer zu Handen des Landammanns und zwar dreissig Tage vor der Niederkunft⁷). In *Obwalden* gilt die gleiche Bestimmung, nur dass die Anzeige nicht dem Pfarrer und im sechsten Monate der Schwangerschaft gemacht werden muss. Kantonsfremde Weibspersonen können diese Anzeige direkte dem regierenden Landammann abgeben⁸). Im Kanton *Zug* muss die Anzeige dem Seelsorger oder Gemeinderathspräsidenten, wo die Geschwächte heimathsrechtig oder angesiedelt ist, und zwar vor Ablauf des sechsten Monats der Schwangerschaft gemacht werden⁹). *Glarus* bestimmt für diese Anzeige das Pfarramt der betreffenden Konfession und als Zeitfrist den sechsten Monat der Schwangerschaft¹⁰). Im Kanton *Graubünden* kann die Anzeige jeder obrigkeitlichen Person oder dem Pfarrer und zwar bis zum Ablaufe des siebenten Monats der Schwangerschaft gemacht werden¹¹). Im Kanton *St. Gallen* geschieht die Anzeige beim Gemeindammann des Domizils und zwar vor Ablauf der ersten Hälfte des siebenten Monats, wobei namentlich auch der Schwängerer angegeben werden muss¹²). Nach dem Gesetze von *Appenzell Ausser-Rhoden* geschieht die Anzeige vor Ablauf des sechsten Monats¹³). Im Kanton *Appenzell Inner-Rhoden* wird die Anzeige dem Pfarr- oder Statthalteramte gemacht¹⁴). Nach dem *thurgauischen* Gesetze geschieht die Anzeige an den Pfarrer innerhalb des sechsten Monats¹⁵). In *Schaffhausen* muss die Anzeige vor Beginn des siebenten

Monats dem Pfarramte des Heimathsortes oder des Wohnortes der Klägerin gemacht werden¹⁶⁾. Das bürgerliche Gesetz für den Kanton *Aargau* sagt, dass diese Anzeige, sobald die Geschwächte von ihrem Zustande Kenntniss hat, gemacht werden soll und zwar dem Sittengerichte¹⁷⁾. Im Kanton *Solothurn* muss die Anzeige dem Gerichtspräsidenten des Wohnortes, ist die Geschwächte ausser dem Kantone wohnhaft, jenem ihres Heimathsortes, und falls die Geschwächte eine Nichtkantonsbürgerin ist, demjenigen des Heimathsortes des Beklagten gemacht werden¹⁸⁾. In *Baselstadt* hat die Geschwächte diese Anzeige vor Ablauf des sechsten Monats ihrer Schwangerschaft dem Präsidenten des Ehegerichts direkt oder durch ihren Ortsgeistlichen anzuzeigen, mit dem Beifügen, von wem sie geschwängert wurde und von welchem Zeitpunkte an sie sich schwanger befinde. Die Anzeige selbst ist schriftlich zu machen und wird bei den gerichtlichen Akten aufbewahrt¹⁹⁾. Im Kanton *Freiburg* geschieht die Anzeige an den Richter des Wohnorts mit Benennung des Urhebers und zwar vor dem 210. Tage nach dem vermuthlichen Anfange der Schwangerschaft²⁰⁾. In *Baselland* hat die Anzeige binnen sechs Monaten von der Schwängerung an gerechnet zu erfolgen²¹⁾. In den Kantonen *Waadt*, *Zürich* und *Wallis* ist eine Anzeige im angegebenen Sinne nicht vorgeschrieben, sowie auch das *tessinische* und *neuenburgische* Gesetz und der *Code Napoleon*, welcher in *Genf* Geltung hat, hierüber nichts enthalten.

¹⁾ Siehe hierüber Artikel: Kindsmord, im Staatslexikon von Welker und Rottek und die darin aufgenommenen Bedenken gegen diese Anzeige von Spangenberg.

²⁾ Nach französischem Recht ist eine solche Anzeige nicht vorgeschrieben.

³⁾ Bürgerl. Gesetz §. 173.

⁴⁾ Bürgerl. Gesetz §. 81.

⁵⁾ Gesetz von 1857 §. 7.

⁶⁾ §. 2 der allgem. Verordnung.

- 7) Bürgerl. Gesetz §§. 96 und 165 L. a.
- 8) §. 4 der allgem. Verordnung.
- 9) §. 82 des allgem. Gesetzes von 1855.
- 10) §. 8 des allgem. Gesetzes.
- 11) Artikel 2 der allgem. Verordnung.
- 12) Artikel 1 des allgem. Gesetzes.
- 13) Sittengesetz §. 10.
- 14) Brander am angef. Orte.
- 15) Bürgerl. Gesetzbuch §. 230.
- 16) Ehegesetz §. 193.
- 17) Bürgerl. Gesetz §. 216.
- 18) Bürgerl. Gesetz §. 283, Absatz 2 Nr. 12, 2, 3. 4, §. 289 Nr. 4.
- 19) §. 96 der allgem. Ehegerichtsordnung.
- 20) Zivilgesetzbuch §§. 217 und 218.
- 21) Ehegerichtsordnung Art. 21 §. 6 und Bericht der Bezirksgerichtskanzlei Liestal vom 26. Jänner 1859 an den Verfasser.

§. 23.

Von den amtlichen Verhören.

Als eine weitere einleitende Rechtshandlung zur Klage muss das amtliche Verhör angesehen werden, welches in mehreren Kantonen in Folge der Selbstanzeige der Geschwächten sowohl mit dieser als dem Angeklagten aufgenommen wird. Da aber bezüglich dieses Verhörs, dessen Inhalt, Zeit u. s. w. in den verschiedenen Kantonen verschiedene Bestimmungen gelten, wollen wir diese letztern in Kürze zusammenstellen.

Da im Kanton *Zürich* eine eigentliche Anzeige nicht stattzufinden hat, kann auch von einer Abhörung im obgenannten Sinne nicht die Rede sein. Die Anzeige wird hier durch die Klaganhängigmachung beim Pfarramte ersetzt. Von dieser Anhängigmachung nimmt der Pfarrer im Pfarrbuche Notiz, giebt davon dem Gemeinderathe der Klägerin und des Beklagten Kenntniss und stellt an den Letztern die Frage, ob er die Vaterschaft anerkenne oder nicht¹⁾. Es handelt sich hier desshalb auch nicht um ein ordentliches Verhör, sondern

vielmehr um eine Antwort oder Vernehmlassung auf die gestellte Klage der Geschwächten²⁾. — Nach *bernerischem Rechte* muss die Geschwächte vom Chorgericht über Urheber, Zeit und Verumständungen einvernommen werden³⁾. Das *bernerische Gesetz* sodann verlangt ebenfalls eine Einvernahme des Angeschuldigten, aber nicht in Form eines Verhöres, sondern der einer Anfrage. Es wird nämlich dem Beklagten einfach das mit der Klägerin aufgenommene Verhör vorgelesen und er sodann befragt, was er darauf zu antworten habe. Dem Beklagten ist dabei die sicherlich nur gerechtfertigte Begünstigung eingeräumt, dass er seine Antwort mündlich oder schriftlich abgeben kann⁴⁾. Im Kanton *Luzern* dagegen hat dieses Verhör mehr den Charakter einer Inquisition. Der Gerichtspräsident verhört die Geschwängerte nicht nur über Zeit, Ort, Urheber oder Umstände der Schwängerung, sondern auch über die Fragen, ob sie während der benannten Zeit nicht mit andern Mannspersonen Umgang gepflogen oder schon früher wegen eines gleichen Vergehens bestraft worden sei. Ein ebenso detaillirtes Verhör wird mit dem Beklagten aufgenommen und zum Schlusse eine gegenseitige förmliche Konfrontation vorgenommen⁵⁾. Im Kanton *Uri* nimmt der betreffende Gerichtspräsident mit der Geschwächten und dem Angeklagten ebenfalls ein Verhör auf, und im Falle der Bestreitung des Letztern zieht er den Bezirksgerichtssekretär zu, in dessen Anwesenheit sodann zur Konfrontation geschritten wird⁶⁾. Nach der *schwyzerischen Verordnung* verhört ebenfalls in Form eines Inquisitionsverfahrens der Bezirksammann die Geschwächte und der Bezirksammann des Wohnortes des Beklagten diesen Letztern. Ist der Beklagte ein Kantonsfremder, hat der Untersuchungsrichter alle Wahrscheinlichkeitsgründe für die eingeklagte Vaterschaft, den für jede erhebliche Behauptung anerbottenen Zeugenbeweis oder andere Beweismittel anzuhören oder einzuprotokolliren⁷⁾. Auch in *Niedwalden* hat man dieses Untersuchungsverfahren, wobei das Ver-

hör von der Kanzlei und im Bestreitungsfall die Konfrontation vom Landammann vorgenommen wird⁸⁾. In *Obwalden* nimmt der Landammann das Verhör, und im Bestreitungsfall von Seite des Beklagten die Konfrontation vor⁹⁾. Der Gemeindspräsident hat im Kanton *Zug* die Geschwächte über Zeit, Ort und Umstände der Schwängerung einzuvernehmen und über die Angaben ein Protokoll zu verfassen. Dann bescheidet er den als Vater Angegebenen vor sich und verhört ihn „umständlich“ über die gegen ihn erhobene Klage. Ist der Beklagte in dem mit ihm aufgenommenen Verhöre der Vaterschaft geständig, so wird sein zu Protokoll genommenes Geständniss unterschrieben; stellt er aber die That in Abrede, so wird zu einem neuen Verhöre und Untersuch geschritten und getrachtet, den Widerspruch durch beidseitige freiwillige Uebereinstimmung der Betheiligten zu lösen. — Neben diesem detaillirten Untersuch erscheint sodann bei dieser Gesetzgebung die Eigenthümlichkeit, dass im Falle der Abwesenheit des Angeschuldigten dessen nächsten Verwandten von der eingelangten Klage Kenntniss gegeben wird. Wenn diese für denselben das Recht nicht vertreten wollen, so erfolgt sodann eine peremptorische Vorladung, und im Nichterscheinungsfalle auf diese wird angenommen, er, der Abwesende, habe auf alle Einreden gegen eine spätere Vereidung der Klägerin auf ihre Angaben Verzicht geleistet¹⁰⁾. Das *glarnerische Gesetz* schreibt die an die Geschwächte und den Angeklagten in dem daherigen Verhöre zu stellenden Fragen wörtlich vor: Name, Geschlecht, Stand, Beruf und Alter der Klägerin und des Beklagten, Zeit und Umstände der Zuhaltung, Umgang im Allgemeinen und allfällige Beweise müssen ermittelt werden. Das Verhör selbst wird von dem Pfarrer vor dem versammelten Stillstande aufgenommen¹¹⁾. Im Kanton *Graubünden* dagegen wird der Beklagte einfach über die gestellte Klage einvernommen¹²⁾. Nach *St. Gallischem* Rechte findet gar kein Verhör statt, sondern der Gemeindammann hat dem

Angeschuldigten vom Inhalte der Anzeige einfach Kenntniss zu geben¹³). Im Kanton *Thurgau* giebt der Pfarrer von der bei ihm gemachten Klage Kenntniss. Wird die Vaterschaft von diesem anerkannt, sorgt der Pfarrer für die Unterschrift der Anerkennung von Seite des Beklagten. Wie im Kanton *Zürich* findet demnach auch hier kein eigentliches Verhör statt¹⁴). Auch im Kanton *Schaffhausen* hat der Pfarrer die Verhöre mit der Klägerin und dem Beklagten vorzunehmen und sodann das Ergebniss dem Gerichte einzubereichen. Hier legt überdiess das Gesetz dem Pfarrer die Pflicht auf, ausserehelich schwangere, in seiner Pfarrei sich aufhaltende Weibspersonen vor sich zu bescheiden, dieselben über ihre Schwangerschaft einzuvernehmen und dann das Ergebniss dem Pfarramte des Heimathsortes der Klägerin zur Kenntniss zu bringen¹⁵). Ein gleiches Verhör schreibt das *aargauische* Gesetz, aber nur mit der Klägerin, vor¹⁶), währenddem im Kanton *Solothurn* die Anzeige wie die auf ein anderes Polizeivergehen erfolgt und vom Amtsgerichtspräsidenten eine förmliche Untersuchung eingeleitet wird¹⁷). *Baselstadt* und *Neuenburg* kennen ein amtliches Verhör im angegebenen Sinne nicht, im Kanton *Baselland* dagegen findet das Verhör durch die Statthalterämter statt¹⁸), und im Kanton *Freiburg* ist, wie im Kanton *Solothurn*, eine förmliche Instruktion des Prozesses vorgeschrieben¹⁹). Die Gesetze der *beiden Appenzell*, *Waadt*, *Genf*, *Wallis* und *Tessin* enthalten gar keine Bestimmungen über ein in diesem Sinne aufzunehmendes Verhör.

Ueberblickt man diese verschiedenen Gesetzesbestimmungen, so ersieht man leicht, dass jene Kantone, welche unbedingt dem Maternitätsgrundsatz huldigen, wie *Neuenburg*, *Waadt*, *Genf* und *Tessin*, diese Verhöre als überflüssig in ihre Gesetze gar nicht aufgenommen; dagegen jene Kantone, in denen der Paternitätsgrundsatz ausschliesslich gilt, wie in *Luzern*, *Uri*, *Niedwalden*, *Obwalden*, *Glarus* und *Freiburg*, ein um so grösseres Gewicht auf die gewissenhafteste Abhörung legen.

Ebenso stellen in jenen Kantonen, in denen neben dem Maternitätsgrundsatz eine Alimentationsklage zugelassen ist, die Gesetze das Verhör mit dem Beklagten, falls sie noch ein solches aufgenommen, mehr einer Vernehmlassung gegen eine gestellte Klage gleich, in Folge dessen, wie z. B. im Kanton Bern, an den Angeschuldigten gar keine Fragen gestellt werden können, währenddem in den Kantonen, in denen der Paternitätsgrundsatz gilt, das Verhör selbst mit dem Beklagten die Form einer wirklichen Inquisition annimmt. Freiburg und Solothurn einzig gingen in dieser Beziehung von einem ganz abweichenden Standpunkte aus. Beide schreiben ebenfalls Verhöre vor, aber nicht in der ausgesprochenen Absicht, eine Vaterschaftsklage wie in Uri, Nidwalden, Luzern, Obwalden und Glarus einzuleiten, oder eine Alimentationsklage, wie in den Kantonen Schwyz, Zug, Graubünden, Schaffhausen, Aargau und Bern, vorzubereiten, sondern nur um die Begangenschaft eines Polizeivergehens auszumitteln. Von daher war es in diesen beiden Kantonen, nicht wie in den angeführten andern, nöthig, bezüglich dieser Verhöre eigene Bestimmungen in das Gesetz aufzunehmen, indem die ganze Untersuchung nach den Vorschriften des Strafrechtsverfahrens geführt wird.

¹⁾ Bürgerl. Gesetz §. 287.

²⁾ In den daherigen Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches wurde ein Verhör bei der Behörde der Heimathsgemeinde der Klägerin über den Urheber der Schwangerschaft aufgenommen, aber bei den Endberathungen gestrichen. Bluntschli a. a. O. §. 287.

³⁾ Bürgerl. Gesetz §. 175.

⁴⁾ Bürgerl. Gesetz §. 176.

⁵⁾ Bürgerl. Gesetz §§. 81 und 82.

⁶⁾ §. 1 des angef. Gesetzes.

⁷⁾ §. 4 der angef. Verordnung.

⁸⁾ Bürgerl. Gesetz §. 99.

⁹⁾ §. 4 des angef. Gesetzes.

¹⁰⁾ Art. 2, 3 und 4 des angef. Gesetzes.

¹¹⁾ §§. 9 und 11 der angef. Verordnung.

¹²⁾ Art. 2 des angef. Gesetzes.

- ¹³⁾ Art. 3 des angef. Gesetzes.
- ¹⁴⁾ Bürgerl. Gesetz §§. 230 und 231.
- ¹⁵⁾ Ehegesetz §§. 191, 198 und 200.
- ¹⁶⁾ Bürgerl. Gesetz §. 217.
- ¹⁷⁾ Bürgerl. Gesetz §. 285.
- ¹⁸⁾ Vergleiche Ehegerichtsordnung Art. 21 §. 5. Angeführter Bericht der Gerichtskanzlei Liestal.
- ¹⁹⁾ Bürgerl. Gesetz §. 219.

§. 24.

Von dem Geniessverhöre.

Jene Anfrage von amtlicher Stelle an die Geschwächte über den Urheber, die Zeit und Verumständung der Schwängerung vor, während und nach der Geburt, heisst das Geniessverhör. Um einerseits sich über die Angaben der Geschwächten zu versichern, und anderseits für den Prozess selbst ein neues Beweismittel zu effektuiren, sowie endlich um leichtsinnigen oder selbst falschen Angaben vorzubeugen und den Geburtsakt, wie die Mutterschaft zu konstatiren, haben mehrere Gesetzgebungen dieses Geniessverhör eingeführt. Man ging dabei von der Ansicht aus, in diesem Augenblicke, während den Geburtswehen, vor und bei jener grossartigen Katastrophe, in der das Leben eines jeden Weibes in der grössten Gefahr stehe, wäre es nicht möglich, dass selbst der Leichtsinn eine falsche Angabe zu machen im Stande wäre. In den ungewohnten, entsetzlichen Schmerzen, am Rande des tiefen Grabes, da sollte ja nur die Wahrheit und keine Lüge möglich erscheinen. — Ob und in wie weit diese Voraussetzung in psychologischer Beziehung richtig sei, und ob und in wie weit sich diese Vorschrift gegen den oft gemachten Vorwurf der Barbarei zu rechtfertigen vermöge, lassen wir dahin gestellt, uns genügt es, auf den Entstehungsgrund dieser Geniessverhöre hingewiesen zu haben, und wir gehen desshalb zu der Darstellung der diessfalsigen Gesetzgebungen über.

Im Falle die Geschwächte im Kanton *Luzern* bis zu ihrer Niederkunft von demjenigen, den sie als Urheber ihrer Schwangerschaft angiebt, noch nicht hinlängliche Sicherheit erhalten, dass er sich zu ihrer Schwangerschaft als Vater bekennt, so hat dieselbe bei ihrer Niederkunft, und zwar vor, in und nach der Geburt in Gegenwart der Hebamme, oder im Abgange derselben, einer andern Weibsperson und zweier glaubwürdigen Zeugen förmlich zu erklären, wer der Vater des Kindes sei. — Zu einer solchen Niederkunft ist gleichzeitig der Gemeindammann oder der nächste Richter herbei zu rufen, damit obige Erklärung in dessen Beisein, oder bei allfällig früher erfolgter Entbindung aufs Mindeste die Bestätigung derselben unter Eidesverbindlichkeit geschehe. Der Gemeindammann hat diese Erklärung sogleich in Schrift zu verfassen und nebst der Hebamme und den herbeigerufenen Zeugen zu unterzeichnen¹⁾. Im Kanton *Uri* wird die Geschwächte ebenfalls während der Geburtsschmerzen oder sobald möglich nachher über den Vater befragt²⁾. Im Kanton *Schwyz* wird dieses Verhör über die Vaterschaft vom Gemeinderathspräsidenten und Gemeindeschreiber unter sofortiger Anzeige an den Bezirksammann aufgenommen³⁾. Das *Niedwaldnerische* Gesetz befiehlt dieses, wenn der Angeschuldigte die Vaterschaft läugnet oder es selbst verlangt. Das Verhör wird in Anwesenheit der Hebamme vom Landschreiber und bei dessen zu grosser Entfernung, vom Gemeinderathspräsidenten abgenommen⁴⁾. Im Kanton *Obwalden* findet dieses Verhör im Leugnungsfall des Beklagten von Amtswegen und zwar vor einem Geschwornen, und im Unmöglichkeitssalle einen solchen zu erhalten, vor zwei Zeugen in Beisein der Hebamme statt. Aber auch hier, wie in Niedwalden, wenn der Angeklagte die Vaterschaft anerkennt, steht ihm dennoch das Recht zu, das Verhör zu fordern. Das Gesetz schreibt dabei ausnahmsweise gegenüber allen andern einen vorgängigen Unterricht vor, weil damit eine Beeidigung verbunden werden

kann⁵⁾. Zug kennt ein neues Verhör bei der Geburt nicht, wohl aber muss auch hier die Bestätigung des frühern vorgenommen werden⁶⁾. Im Kanton *Graubünden* wird dieses Verhör im Falle bestrittener Vaterschaft von zwei Ortsbeamten, in Anwesenheit der Hebamme, vorgenommen und über dasselbe ein von ihnen unterzeichnetes Verbal zu Handen des Gerichts abgefasst⁷⁾. In der Westschweiz kennt einzig *Freiburg* dieses Verhör, und zwar ebenfalls nur im Leugnungsfall des Beklagten mit der Ausdehnung, dass es entweder im Augenblicke der Geburt oder aber in den ersten darauf folgenden zweimal vier und zwanzig Stunden kann vorgenommen werden⁸⁾. Der Verbalprozess, welcher im Kanton *Neuenburg* bei jeder ausserehelichen Geburt vom Friedensrichter aufgenommen wird, kann nämlich offenbar nicht in die gleiche Kategorie mit den angegebenen Verhören gestellt werden. Hier hat der Richter nur Tag und Stunde der Geburt, Name, Geschlecht, Beruf, Alter, Wohnort und Heimath der Mutter und das Geschlecht des Neugeborenen zu ermitteln, demnach nur die Geburt und Mutterschaft, aber keine Momente, welche auf die Vaterschaft Bezug haben, zu konstatiren⁹⁾.

Die Gesetzgebungen der Kantone Bern, Zürich, Glarus, St. Gallen, Thurgau, Aargau, Solothurn, Baselstadt, Basel-land¹⁰⁾, Waadt, Genf, Wallis und Tessin kennen diese Geniessverhöre nicht.

Dagegen gingen einige der oben angeführten Kantone noch weiter und verbanden mit diesem Geniessverhöre auch noch einen Eid, welcher auf die Angabe über den Schwängerer abgelegt werden muss. So schreibt das *urnerische* Gesetz vor, dass die Geschwächte neben dem Verhöre über allfällige Eheversprechen oder über andere erschwerende Umstände, auch über die Angabe des Schwängerers eidlich einvernommen werde¹¹⁾. Wie das frühere *urnerische* Gesetz, kennt auch das *zugerische* den gleichen Eid mit den gleichen Rechtsfolgen. Dieser Eid wird vor oder nach der Geburt in die Hände des

Gemeindspräsidenten abgelegt und gilt als ein voller Beweis für die Klage¹²⁾. Im Kanton *Schwyz* ist zwar im Allgemeinen die Klägerin bei der Geburt nicht zu beeidigen. Ausnahmsweise gestattet und befiehlt das Gesetz, dieselbe; bei augenscheinlicher Lebensgefahr der Geschwächten, wenn es die erste aussereheliche Niederkunft derselben und sie mit keiner entehrenden Strafe behaftet ist, oder endlich die Niederkunft nicht dreihundert Tage nach der angegebenen Schwängerung stattfindet¹³⁾. In *Niedwalden* geschieht nur das Verhör unter ausdrücklicher Eideserinnerung, eine Beeidigung bei der Geburt selbst findet nicht statt¹⁴⁾. In *Obwalden* dagegen ist dieser Bekräftigungseid während der Geburt zulässig, falls die Vaterschaft bestritten ist oder der kanntliche Vater denselben fordert. Der Inhalt des Eides geht hier nicht nur auf die Angabe des Schwängerers, sondern speziell auch noch auf die Thatsache, ob sie, die Geschwächte, zur Zeit der Schwängerung keiner andern Mannsperson den Beischlaf gestattet habe¹⁵⁾.

In den Gesetzgebungen der andern Kantone ist diese Formalität oder dieses Beweismittel nicht angeführt und daher auch in denselben Kantonen nicht zulässig. Ueber die Zulässigkeit dieses Eides im Allgemeinen sind die Ansichten verschieden, indem einige, wie auf das Geniessverhör, auch auf diesen Eid während der Geburtsschmerzen einen ganz besondern Werth legen, andere dagegen in demselben einen Hohn auf die Menschlichkeit erblicken. Dass im Uebrigen die Ansichten gegen die Zulässigkeit dieses Eides in der Schweiz die Oberhand gewonnen, ergiebt sich wohl am besten aus dem Umstande, dass er aus den meisten Gesetzgebungen der Eidgenossenschaft verschwunden ist, oder nicht in dieselben aufgenommen wurde.

1) Bürgerl. Gesetz §. 85.

2) §. 3 am angef. Orte.

3) §. 9 der angef. Verordnung.

4) §. 101 des bürgerl. Gesetzes.

⁵⁾ §. 5 am angef. Orte.

⁶⁾ §. 12 des angef. Gesetzes.

⁷⁾ Art. 3 des angef. Gesetzes.

⁸⁾ Zivilgesetz §. 210.

⁹⁾ Art. 10 des Gesetzes von 1849. Dieses Gesetz wurde durch den Cod. civil., soweit es die Konstatirung einer ausserehelichen Geburt anbetrifft, nicht aufgehoben. Vergleiche Code civile Art. 38.

¹⁰⁾ Nach der Ehegerichtsordnung wurde ein solches Verhör von der beeidigten Hebamme aufgenommen. Vgl. Art. 21 §. 5.

¹¹⁾ §. 3 des angeführten Gesetzes. — Nach dem früher bestandenen Gesetze wurde eine förmliche Beeidigung vorgenommen und diese unterblieb nur, wenn die Geschwächte in ihren Angaben beim Landammann oder in der Konfrontation sich wesentlich widersprach; wenn sie durch Urtheil ihrer Ehre entsetzt oder bei der Behörde wegen einer infamirenden Handlung beklagt war; wenn der Beklagte das Alibi oder seine Impotenz nachwies oder von diesem bewiesen war, dass die Geschwächte einen liederlichen Lebenswandel geführt, sie selbst beim Richter mehrere als Schwängerer anklagte, über welch' letztere zwei Einreden der wohlweise W. Rath entschied. — Man entnimmt jedoch hier leicht aus diesen Anführungen, dass die Beeidigung der Geschwächten während der Geburt bereits das Beweisverfahren im Prozesse in sich schloss, wie denn auch das Gesetz diesem Eide alle Beweiskraft zuschöpft.

¹²⁾ §. 9 des angef. Gesetzes.

¹³⁾ §§. 9 und 19, littera c, d, e der angef. Verordnung.

¹⁴⁾ §. 101 des bürgerl. Gesetzbuches.

¹⁵⁾ §. 5 am angef. Orte.

Zweite Abtheilung.

Von der Klage.

Allgemeines.

§. 25.

Je nachdem die Gesetzgebung entweder den Maternitäts- oder Paternitätsgrundsatz aufgenommen, ist auch die Klage selbst eine verschiedene. Im erstern Falle geht sie nur auf Ausmittlung der Mutterschaft, im Sinne unserer frühern Aus-

einandersetzungen, oder derselben und eines Alimentationsbeitrages, im letztern Falle dagegen auf Ausmittlung des Vaters selbst. In letzterer Beziehung ist in allen jenen Kantonen, in denen der Paternitätsgrundsatz gilt, die Klage in den meisten Fällen zulässig und alle Schutzreden des Angeeschuldigten können meistens nur gegen die Zulässigkeit der Beweise oder auf den Gegenbeweis gerichtet sein, währenddem in jenen Kantonen, in denen der Maternitätsgrundsatz gilt, das Klagerecht selbst an viele Bedingungen geknüpft ist, deshalb unter Umständen die Klage selbst unzulässig erscheint. Die Stellung der Klage selbst ist in einzelnen Kantonen an gewisse Nothfristen gebunden, währenddem in andern die Klage nicht verjährt. Eben so verschieden ist in einzelnen Kantonen der Gerichtsstand dieser Klage, indem bald der Gerichtsstand des Wohnortes, der Heimath, oder selbst für ganze Kantone eine einzige Gerichtsstelle als Forum angenommen wird.

Um demnach in allen diesen Beziehungen das schweizerische Prozessrecht darzustellen, werden wir den *Gerichtsstand*, die *Klagefrist*, den *Inhalt der Klage*, die *Unzulässigkeit* und das *Erlöschen* des Klagerechtes zu behandeln suchen.

§. 26.

Vom Gerichtsstande.

Dasjenige Gericht, welches zur Beurtheilung eines einzelnen Rechtsstreites oder zur Anwendung der gesetzlichen Norm auf bestimmte konkrete Klagen und den daherigen Thatverhältnissen kompetent ist, heisst Gerichtsstand¹⁾. Gemeinrechtlich kannte man zwei allgemeine Gerichtsstände, nämlich das Forum originis und das Forum domicilii, wozu dann noch als spezielle Fora das Forum rei sitae und das Forum delicti kamen. — Alle diese Gerichtsstände, wenn auch das Forum originis nur in sehr beschränkter Weise, kommen in

den meisten schweizerischen Gesetzgebungen beim gewöhnlichen Zivilprozeß vor. Bei Ausmittlung der Rechte der unehelichen Kinder konnte aber von dem *Forum rei sitae* nicht die Rede sein, und die Beurtheilung musste nothwendig an einen andern Gerichtsstand gewiesen werden. Da jede uneheliche Zeugung auch ein Unzuchtsvergehen in sich schliesst, hätte leicht erklärlich diese Beurtheilung dem *Forum delicti*, wie bei allen andern Vergehen, zugeschrieben werden können. Allein da gerade die Bestrafung beim vorliegenden Prozesse weder wesentlicher Zweck, noch von besonderer Bedeutung erschien, dagegen die Ausmittlung von Zivilrechten als Hauptzweck des Prozesses angenommen wurde, fiel auch die Beurtheilung kontradiktorischer Fälle ausschliesslich dem *Forum domicilii* oder *originis* des Beklagten und nur in einem Kantone dem der Klägerin zu, wo nicht eigene Gerichte für Beurtheilung dieser Prozesse wie in Ehesachen aufgestellt sind, währenddem bei nicht kontradiktorischen Fällen der Gerichtsstand des Wohnorts oder der Heimath der Klägerin für deren Beurtheilung angewiesen ist. In einzelnen wenigen Kantonen werden diese Fälle ganz oder theilweise von Administrationsbehörden entschieden.

Zu jenen Kantonen, in denen bei kontradiktorischen Fällen das *Forum domicilii* des Beklagten zur Beurtheilung dieses Prozesses kompetent ist, gehören *Zürich*, *Luzern*, *Uri* und *Schwyz*.

Im Kanton *Zürich* überweist der Pfarrer, falls die Vaterschaft nicht anerkannt ist, den Prozess an das Bezirksgericht, in dessen Kreis der Beklagte wohnt²⁾. Im Kanton *Luzern* ist in der Regel jenes Bezirksgericht, in dessen Umkreis der Beklagte seinen Wohnsitz hat, zur Beurtheilung von Vaterschaftsklagen kompetent³⁾. Die Appellation geht an das Obergericht. Im Kanton *Uri*, der überhaupt nur zwei Bezirksgerichte hat, beurtheilen diese die Paternitätsfälle⁴⁾. Auch hier geht die Appellation an das Kantonsgericht⁵⁾. Das Be-

zirksgericht des Beklagten in erster und das Kantonsgericht in zweiter Instanz beurtheilt im Kanton *Schwyz* den Vaterschaftsprozess⁶⁾.

In den Kantonen *Luzern* und *Aargau* wird der einfache Zuspruch des Kindes an die Mutter vom Gerichte ihres Heimathsortes beurtheilt. Nach den Gesetzen der Kantone *Glarus* und *Baselstadt* sind hiefür die aufgestellten Ehegerichte kompetent. Im Kanton *Baselland* übermittelt der Amtsstatthalter die Verhöre der Staatsanwaltschaft, welche die Sache dem Regierungsrathe unterbreitet, und dieser beschliesst, ob die Sache je nach Beschaffenheit des Falles dem Präsidentenverhör oder dem korrektionellen Gerichte zu überweisen sei. Für die Alimentation gilt das Forum domicilii des Beklagten, und zwar in beiden Fällen⁷⁾. Für den Kanton *Glarus* ist ein eigenes Ehegericht aufgestellt, bestehend aus einem Präsidenten und sechs Mitgliedern, welches diese Fälle beurtheilt⁸⁾. Im Kanton *Niedwalden* ist die Beurtheilung dieser Fälle dem Geschwornengerichte übertragen⁹⁾. Im Kanton *Bern* wird sowohl der bürgerliche Stand des Kindes, als auch die Alimentationspflicht des Beklagten vom Amtsgerichte des Heimaths- oder Wohnortes der Klägerin bestimmt¹⁰⁾. Früher hatte nach den Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches das Chorgericht diese Kompetenz; sie ist aber durch das Gesetz vom 12. Mai 1853 den Amtsgerichten übertragen worden¹¹⁾. Dass sich hier die Bestimmung des Gerichtsstandes für die Alimentationsklage nicht rechtfertigt, da sie eine rein persönliche ist und desshalb vor das Forum domicilii des Beklagten gehört, leuchtet ein. Im Kanton *Wallis* sind nicht die Zivil-, sondern die Polizeigerichte zur Beurtheilung dieser Fälle kompetent, und hier hat die Mutter, in Abweichung von der allgemeinen Regel, dass Polizeigerichte nur Fora delicti sind, die Wahl, die Klage vor dem korrektionellen Gerichte des Bezirks, wo der Beklagte, oder wo sie wohnt, anzubringen¹²⁾. In *Appenzell Inner-Rhoden* bildet der Wochenrath die erste Instanz,

von welchem die Sache mit Verstärkung (Zuzug) bis zum Grossen Rathe gebracht werden kann¹³⁾. Im Kanton *Schaffhausen* bildet das Kantonsgericht die letzte Instanz¹⁴⁾. In den Kantonen *Obwalden* und *Zug* wird dieser Prozess vor Administrativbehörden behandelt. In *Obwalden* beurtheilt der Regierungsrath die Paternitätsprozesse, weil hier die Gewalten-trennung noch keineswegs durchgeführt ist. Ebenso anomal ist hier das Appellationsverfahren, indem das Urtheil des Regierungsrathes, soweit es den Zuspruch des unehelichen Kindes betrifft, an das Kantonsgericht kann gebracht werden; bezüglich der gefällten Strafe aber nur dann, wenn Entehrung auf kürzere oder längere Zeit oder Freiheitsstrafe bis auf zwei Monate ausgesprochen wurde. Wurde vom Regierungsrathe eine mehr als zweijährige Freiheitsstrafe ausgesprochen, gelangt das Urtheil in jedem Falle an das Kantonsgericht¹⁵⁾. Im Kanton *Zug* spricht der Gemeinderath jener löblichen Gemeinde, in welcher der Beklagte angesessen oder heimathsrechtlich ist, als Vaterschaftsrichter über die Zuerkennung des Kindes, deren rechtliche Folgen und die aufzulegende Strafe ab. Dieses Urtheil kann an das Kantonsgericht rekurrirt werden, welches dasselbe abändern, zurückweisen oder bestätigen kann. Die Rekurserklärung hat binnen 14 Tagen von der Urtheils-fällung beim Kantons-Gerichtspräsidenten zu geschehen und muss dem Präsidenten des betreffenden Gemeinderaths angezeigt werden¹⁶⁾. Im Kanton *Thurgau* beurtheilen die Bezirksgerichte des Heimathsortes des Beklagten die Vaterschaftsprozesse¹⁷⁾.

¹⁾ Bayer. Zivilprozess. S. 110.

²⁾ Bürgerl. Gesetz §. 290.

³⁾ Bürgerl. Gesetz §. 87.

⁴⁾ §. 74 der Staatsverfassung. Abs. 4.

⁵⁾ §. 74 der Staatsverfassung. Abs. 5.

⁶⁾ §. 9 letzter Absatz der angef. Verordnung.

⁷⁾ Amtlicher Bericht der Gerichtskanzlei Liestal. — Das „Präsidentenverhör“ ist in Basel eine eigene Instanz, durch den Präsidenten

der Bezirksgerichte, als Einzelrichter, gebildet. Vergleiche hierüber die §§. 28 und 61 der Gerichts-Prozessordnung für den Kanton Baselschweiz vom 26. November 1844.

⁸⁾ §. 70 der Staatsverfassung. §. 1 des angef. Gesetzes.

⁹⁾ Bürgerl. Gesetz §. 102.

¹⁰⁾ Bürgerl. Gesetz §. 173.

¹¹⁾ §. 1 des angef. Gesetzes. Siehe Bürgerl. Gesetz, herausgegeben von Niggeler und Vogt. Nota 1 S. 96.

¹²⁾ Bürgerl. Gesetz §. 147.

¹³⁾ Brander am angef. Orte. — Um hier das Wort „Zuzug“ zu verstehen, muss man die Eigenthümlichkeiten der ganzen Gerichtsorganisation von Appenzell Inner-Rhoden berücksichtigen. Hier weiss man noch nichts von Gewaltentrennungen und die Beamten selbst vereinigen in einer Person die Stelle des Richters, des Rathsherrn und des Vollziehungsbeamten. Die Landgemeinde ist die höchste gesetzgebende Behörde. Diese wählt den regierenden Landammann, den Landstatthalter, den Landseckelmeister, den Landshauptmann, den Landesbannerherren, den Landesfährndrich, den Armenleutenseckelmeister, den Armenleutenpfleger und den Landeszeugherren; die „Rhoden“, deren sieben sind, wählen für sich den regierenden und stillestehenden Hauptmann und sechs sogenannte Kleine und acht Grosse Räthe. Die oben angegebenen Landesbeamten sind an und für sich Kleine Räthe in jenen Rhoden, in die sie dem Geschlechte nach gehören. Hiezu kommt noch der Pfleger der Mutterkirche in Appenzell. Die beiden Hauptleute und Kleinräthe bilden in den Rhoden die Vorsteherschaft. Zwischen der Landsgemeinde und ihren Beamten einerseits, und den Rhoden mit ihren Hauptleuten und Räthen anderseits, bestehen noch zwei Behörden, nämlich der Kleine und Grosse Rath. Die elf Landesbeamten und die sämtlichen Kleinräthe in den Rhoden, jedoch mit Ausschluss der Hauptleute, bilden den benannten Kleinen Rath. Dieser Kleine Rath, sowie die Hauptleute und Grossräthe in den Rhoden und dem Kirchenrathe in Appenzell, bilden den genannten Grossen Rath. Der Kleine Rath in seiner Gesammtheit versammelt sich jedoch nie, sondern theilt sich in drei Sektionen oder Gänge, welche jede wenigstens vier und höchstens sechs Sitzungen hält und dann wieder von einer andern abgelöst wird. Die in Funktion tretende Sektion heisst: der Wochenrath. — Dieser Wochenrath kann in Fällen, wo es der regierende Landammann wegen schwacher Mitgliederzahl oder wegen der Wichtigkeit der Sache für angemessen erachtet, verstärkt werden, in welchem Falle er „Wochenrath und Zuzug“ heisst. Auch

beim Gr. Rathe kann ein solcher Zuzug oder eine solche Verstärkung stattfinden, welche aus den Mitgliedern des Wochenrathes besteht.

¹⁴⁾ Ehegesetz §. 4.

¹⁵⁾ Der §. 60 der bestehenden Staatsverfassung lautet: „Der Regierungsrath beurtheilt in der Eigenschaft eines Kriminal- und Polizeigerichts, sowie die Vaterschaftsvergehen.“ — §. 6 der angeführten Verordnung.

¹⁶⁾ §. 14 und 15 des angef. Gesetzes.

¹⁷⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §§. 231 und 233.

§. 27.

Von den Klagefristen.

Diejenige Zeit, welche durch das Gesetz zur Einreichung der Klage bestimmt ist, heisst die Klagefrist. Auch diese Frist ist in den einzelnen Kantonen verschieden, währenddem in andern Kantonen gar keine bestimmte Frist hiefür festgesetzt ist. — Die Aufstellung einer gesetzlichen Frist selbst indessen liegt unzweifelhaft im Interesse des Kindes, sowie der interessirten Gemeinde, und auch der Angeschuldigte hat ein Recht zu fordern, dass eine Klage, welche seine persönliche Ehre betrifft, sobald als möglich eingelegt und abgetrieben werde.

Im Kanton *Bern*, in welchem nur eine Alimentations- und keine Vaterschaftsklage zulässig ist, muss zuerst die gerichtliche Ausmittlung der Mutter und des bürgerlichen Standes des Kindes vorangehen. Von der Mittheilung dieses Urtheils an gerechnet, hat die Klägerin eine Frist von drei Monaten, um eine allfällige Alimentationsklage geltend zu machen¹⁾. Im Kanton *Zürich* muss in der Regel die Vaterschaftsklage während der Schwangerschaft durch Anzeige an das Pfarramt anhängig gemacht werden. Eine Ausnahme macht hier das Gesetz nur bei Eheverlöbnissen, und wenn eine schriftliche Anerkennung der Vaterschaft von Seite des Schwängerers vorliegt, in welchen beiden Fällen die Klage noch vor Ablauf der sechsten Woche seit der Geburt des Kindes gestellt wer-

den kann²⁾. Das *luzernerische* Gesetz enthält darüber keine nähern Bestimmungen, wesshalb im Allgemeinen angenommen werden muss, das Klagerecht erlösche nicht. Ob nach den allgemeinen Grundsätzen der Verjährung auch bezüglich solcher Verhältnisse das Klagerecht verloren gehe, ist bestritten. Auf administrativem Wege dagegen werden die Gemeindsbehörden angehalten, für sofortige Zusprechung ausserehelicher Kinder in den Gemeinden zu sorgen, sowie es dem Beklagten nach angenommener Praxis freisteht, vermittelt einer gerichtlichen Provokation die Klägerin zur ordentlichen Klagestellung zu zwingen. — Die Gesetzgebungen der Kantone *Uri*, *Schwyz*, *Niedwalden*, *Obwalden* und *Zug* enthalten ebenfalls keine Bestimmungen über eine Frist zur Klageerhebung. Dagegen besagt das *glarnerische* Gesetz, dass sie binnen Monatsfrist nach der erfolgten Geburt anhängig gemacht werden müsse³⁾. *Graubiinden* hat keine gesetzliche Frist, währenddem im Kanton *St. Gallen* für Anhebung der Alimentationsklage 90 Tage nach der Geburt eingeräumt sind⁴⁾. *Thurgau* hat die ganz gleichen Klagefristen wie der Kanton *Zürich*⁵⁾. Im Kanton *Schaffhausen* muss die Klage vor dem Eintritte der Niederkunft geltend gemacht werden⁶⁾. In *Aargau* muss die Klage wenigstens binnen Jahresfrist⁷⁾, in *Baselstadt* ebenfalls während der Schwangerschaft oder spätestens drei Monate nach der Geburt⁸⁾ gestellt werden. Das *neuenburgische*, *freiburgerische*, *wadtländische*, *genferische* und *tessinische* Gesetz kennen dagegen keine Klagefrist. Im Kanton *Wallis* endlich läuft die Frist zur Klagestellung in drei Monaten nach der Geburt ab. Eine einzige Ausnahme hat das Gesetz für den ziemlich unpräzisirten Fall, „wenn erwiesen würde, dass der als Vater des Kindes Angegebene für selbes eine Reihe von Sorgen getragen hat, woraus auf die Vaterschaft geschlossen werden könnte⁹⁾“.

¹⁾ Bürgerl. Gesetz §. 182.

²⁾ Bürgerl. Gesetz §§. 285 und 286.

- 3) §. 31 der angef. Ehegerichtsordnung.
- 4) Art. 5 des angef. Gesetzes.
- 5) Bürgerl. Gesetzbuch §. 228.
- 6) Art. 5 des angef. Ehegesetzes.
- 7) Bürgerl. Gesetzbuch §. 234.
- 8) §. 96 der angef. Ehegerichtsordnung.
- 9) Civilgesetzbuch §§. 145 und 142. Nr. 1.

§. 28.

Von dem Inhalte der Klage.

Es braucht kaum bemerkt zu werden, dass wir hier nicht die Form oder auch alle durch die Letztere gebotenen Details der Klage anzuführen beabsichtigen, sondern wir müssen uns auf die vier wesentlichen Bestandtheile jeder auf vorliegende Verhältnisse Bezug habenden Klage, nämlich auf die Vaterschaft und Mutterschaft, Alimentation und Entschädigung beschränken. Ebenso leuchtet es ein, dass gerade von dem angenommenen Grundsatz der Maternität oder Paternität, der wesentlichste zulässige Inhalt der Klage bedingt ist, indem in jenen Kantonen, in denen der Maternitätsgrundsatz gilt, von einer Vaterschaftsklage, und in jenen, in denen der Paternitätsgrundsatz gilt, strenge genommen von einer Alimentationsklage nicht die Rede sein kann. Jene Rechts-handlung sodann, durch welche in Kantonen das Gesuch um Ehelichsprechung bei den Gerichten oder um Legitimation bei den Behörden gestellt wird, ist keine Klage, und fällt demnach ausser Betracht.

In den Kantonen Luzern, Uri, Nidwalden, Obwalden, Glarus, Appenzell Inner-Rhoden, Freiburg und Wallis nun bildet in allen Fällen, in denen die Klägerin den Weg des kontradiktorischen Prozesses betritt, das Gesuch auf Anerkennung der Vaterschaft den wesentlichsten Inhalt der Klage. Abstrahirt die Klägerin von dem Beklagten, oder findet sich kein solcher im Bereiche ihrer Gesetzgebung, indem er Landes-

fremder oder in einem Lande heimathsrechtig ist, in welchem der Grundsatz der Maternität gilt, geht die Klage auf gerichtliche Zusprechung der Mutterschaft. In den Kantonen Bern, St. Gallen, Zürich, Schwyz, Zug, Appenzell Inner-Rhoden, Graubünden, Thurgau, Schaffhausen, Aargau, Solothurn, Baselland, Baselstadt, Neuenburg, Genf und Tessin, in denen der Maternitätsgrundsatz gilt, kann die Klage nie auf eine Vaterschaft gehen, die bezüglich des Namens und des Heimathsrechtes für das uneheliche Kind irgend eine Wirkung hätte, obwohl die meisten dieser Gesetzgebungen diese Klage Vaterschaftsklage nennen, sondern in allen diesen Kantonen geht die Klage nur auf Alimentation des Kindes, und Entschädigung an die Mutter. In den Kantonen Neuenburg, Waadt, Genf und Tessin, in denen der reine Maternitätsgrundsatz gilt, setzt die Klage auf Alimentation die Anerkennung von Seite des Vaters voraus, ansonst nur von einer Mutterschaftsklage die Rede sein kann.

Endlich bildet in denjenigen Kantonen, in denen, wie oben §. 16 gezeigt wurde, der Schwängerer die Kindbette- und Niederkunftskosten oder Blumengeld zu bezahlen hat, diese Entschädigung selbst einen Theil des Klageinhaltes ¹⁾).

Als ein fernerer Inhalt der Klage erscheinen jene Rechtsfolgen, welche der Vater- oder Mutterschaft unmittelbar inhäriren, als: das Heimathsrecht, die Vermögens- und Familienrechte; diese Rechtsfolgen selbst aber sind als zur Vater- oder Mutterschaft an und für sich gehörig, in der Klage kaum speziell anzuführen ²⁾).

¹⁾ Diese Entschädigungsklage hat gemeinrechtlich eine viel grössere Bedeutung als nach dem Inhalte der schweizerischen Gesetzgebungen, wesshalb wir hier einige Andeutungen nicht unterlassen können.

Gemeinrechtlich ist derjenige, welcher eine unbescholtene ledige Frauensperson schwängert, verbunden, dieselbe zu ehelichen oder ihr eine angemessene Entschädigung zu geben. Dieses fusst sich auf die Bestimmung des kanonischen Rechtes, Cap. I. X. de adulteriis et

stupro (5. 16): si seduxerit quis virginem, nondum deponsatam, dormieritque cum ea, dotabit eam, et habebit uxorem. Si vero pater virginem dare noluerit, reddet pecuniam juxta modum dotis, quam virgines accipere consueverunt.

Einige Rechtslehrer nehmen an, diese Bestimmung sei aus dem mosaischen Rechte genommen. 2. Buch Moses, Cap. 22, Vers 15 und 16, wo es heisst: falls Jemand eine Jungfrau verführt und sie beschlafen hat, soll derselbe sie heirathen, und wenn der Vater sie ihm nicht zur Ehe geben wollte, deren Vater so viel zahlen, als für den Kauf einer Jungfrau zur Ehe gewöhnlich war — wozu auch die Bestimmung bei Moses, Buch 5, Cap. 20, Vers 29, hinzukommt, welche heisst: wenn bei der Verführung Gewalt gebraucht worden, soll die höchste Summe, welche für eine Jungfrau gegeben zu werden pflegt, verabreicht werden.

Mit dieser Entschädigung waren sodann auch die Entbindungs- und Kindbettkosten verbunden. — Die Klage auf Ehe oder Entschädigung setzt aber voraus, dass die Frauensperson vom Manne zum Beischlaffe verleitet wurde, dass sie noch ledig und unbescholten und dass wenigstens ein Beischlaf, wenn auch nicht eine Schwängerung erwiesen sei. Das Recht auf Klage zur Eingehung der Ehe fällt weg, wenn bei Geltendmachung der Klage auf Seite des Beklagten eine Unmöglichkeit zur Eingehung der Ehe vorliegt, wenn die Eltern der Geschwängerten die Ehe selbst nicht zugeben und wenn der Erstere zur Zeit der Klagestellung schon verheirathet ist; in allen diesen Fällen hat die Geschwächte ein Recht auf Entschädigung. — Obwohl dem Beklagten im Allgemeinen die Wahl zusteht, entweder die Ehe anzutragen oder die Entschädigung zu leisten, fällt diese Wahl weg und muss nur eine Entschädigung neben den angegebenen Fällen geleistet werden, wenn der Beklagte die Ehe an nicht annehmbare Bedingungen knüpft; wenn derselbe erklärt hat: die Ehe nicht eingehen zu wollen, wenn derselbe eine unbedingte Entschädigung wegen Defloration anbietet; wenn er durch schlechten Lebenswandel oder eine Kriminalstrafe die Achtung der Mitbürger verloren; wenn er nach der Hand mit einer andern sich fleischlich vergangen, oder wenn endlich eine Nothzucht stattgefunden.

Ist eine Frauensperson auch ausserhehlich geschwängert worden, steht ihr desshalb doch kein Einspruchsrecht gegen eine etwa vorhabende Ehe des Schwängerers zu, indem dieser erklären kann, dass er dieselbe vollständig entschädigen wolle. — Die Natur dieser Entschädigung selbst ist keine reine Dos, im Sinne des römischen Gesetzes, sie hat kein Vorzugsrecht im Konkurse, sondern ist nur ein

Ersatz für entzogene oder geschmälerte Gelegenheit zu einer anständigen Verehelichung.

Bezüglich des Umfanges der Entschädigung finden sich keine bestimmten Anhaltspunkte, indem die Ausmittlung dem richterlichen Ermessen anheimgestellt ist.

Die Klage selbst erlöscht nach der allgemeinen Regel in 30 Jahren. Vergleiche hierüber: Glük, Kommentar zum Pandektenrechte, Band 28; Michaelis, mosaisches Recht Theil 5. — Hagemann, praktische Erörterungen, Band 6. — Gette am angef. Orte Seite 6.

Das österreichische Gesetzbuch beschränkt diese gemeinrechtliche Entschädigung auf Bezahlung der Kosten der Entbindung und des Wochenbettes. Vergleiche neben dem angeführten Gesetzbuche Zeiler: Kommentar über das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch für die gesammten deutschen Staaten der österreichischen Monarchie, 4 Bände. Wien und Triest, 1811—13. — Winiwarter, das österreichische bürgerliche Recht, systematisch dargestellt und erläutert. Wien.

Die grösste Bedeutung hat unstreitig diese Entschädigungsklage zur Stunde noch in Preussen. — Wir hatten schon oben die Gelegenheit darauf hinzuweisen. Das preussische Landrecht adoptirte nämlich in dieser Materie die gemeinrechtliche Lehre vollständig. Ehe oder volle Entschädigung setzte es als Folge auf die aussereheliche Schwängerung. Diese Bestimmungen bestanden in der ganzen preussischen Monarchie bis zum 24. April 1854, an welchem Tage ein neues Gesetz allerdings bedeutende Modifikationen aufstellte und namentlich das Recht auf Ehelichung in eine Geldentschädigung umwandelte. Allein neben dieser Entschädigung verbleibt dennoch der Geschwängerten das Recht, auf die Kosten der Kindbette, Taufe und eines sechs-wöchentlichen, angemessenen Unterhaltes zu klagen. — Vergleiche die anonyme Schrift: Die Rechte des unehelichen Kindes und ihrer Mutter gegen den ausserehelichen Vater. Von einem ehemaligen Richter. Breslau, 1856.

²⁾ Im Kanton Luzern z. B. geht zwar die schriftliche Klage in der Praxis auf Zuspruch eines bestimmten Ortsbürgerrechtes; allein nach unserm Dafürhalten verstände sich dieses mit Rücksicht auf das Gesetz von selbst, und dieses spezielle Klagebegehren erscheint demnach als ziemlich überflüssig.

§. 29.

Von der Unzulässigkeit der Klage.

Wir haben es hier, wie es sich aus dem Gesagten ergibt, bezüglich des Inhaltes mit einer dreifachen Klage, mit der *Mutterschafts-*, *Vaterschafts-* und *Alimentationsklage* zu thun, mit welch' zwei letzteren die Entschädigungsklage verbunden werden kann.

Die *Mutterschaftsklage* nun ist unter allen Umständen und selbst wie in Frankreich, auch in den Kantonen Neuenburg, Waadt und Genf zulässig¹⁾. Nur das Gesetz des Kantons Tessin geht diessfalls weiter, indem es Kindern, in Ehebruch oder Blutschande erzeugt, selbst das Recht der Mutterschaftsklage abspricht²⁾. Was aber dann gerade aus solchen Kindern werden soll, ob und welche Heimathsrechte sie erhalten, vermögen wir aus dem daherigen Gesetze nicht zu entnehmen. Diese harte Bestimmung steht übrigens, soweit uns bekannt, einzig in den Gesetzgebungen da. Die *Klage auf die Vaterschaft* ist nur in jenen Kantonen zulässig, in denen der Paternitätsgrundsatz gilt, demnach in den Kantonen Luzern, Uri, Nidwalden, Obwalden, Glarus, Appenzell Inner-Rhoden, Freiburg und Wallis.

In den Kantonen Luzern, Uri, Nidwalden, Obwalden, Glarus und Appenzell Inner-Rhoden ist die Vaterschaftsklage in allen Fällen, mit Ausnahme der Fristersikung zulässig, und die Einreden des Beklagten können sich nur auf die Einwendungen gegen Abschwörung des Eides von Seite der Klägerin beziehen, währenddem in den Kantonen Freiburg und Wallis unter gewissen Voraussetzungen die Vaterschaftsklage selbst als unzulässig erscheint.

So bildet im Kanton Freiburg die Jugend des Beklagten³⁾ und der Blödsinn der Klägerin oder des Beklagten⁴⁾ einen Grund für die Nichteinlassung. In ersterer Beziehung nimmt

das Gesetz die Einrede als begründet an, wenn der Beklagte das 16. Altersjahr noch nicht zurückgelegt, dagegen die Klägerin mehr denn 24 Jahre alt ist. Bezüglich der letztern Einrede besagt das Gesetz: „Die Vaterschaftsklage wird nicht zugelassen, wenn die Mutter blödsinnig, oder in einem solchen Zustande ist, dass der Erfüllungseid ihr nicht kann anvertraut werden; und ebenso, wenn der Beklagte blödsinnig, oder in einem solchen Zustande ist, dass er weder einem regelmässigen Verhöre unterworfen, noch seine Vertheidigungsgründe anbringen kann.“

Im Kant. Wallis ist die Vaterschaftsklage nur zulässig, wenn

- 1) der Beklagte die Vaterschaft anerkennt;
- 2) erwiesen ist, dass er für das Kind eine Reihe von Fürsorgen getroffen, woraus auf die Vaterschaft geschlossen werden kann;
- 3) oder eine von diesem herrührende Schrift kann nachgewiesen werden, worin er die Vaterschaft erklärt;
- 4) oder eine Nothzucht oder Entführung vorliegt, und die Zeit der Nothzucht oder Entführung mit derjenigen der Schwängerung zusammentrifft;
- 5) oder endlich die Mutter nachweist, dass der angebliche Vater, in der Zeit, die vom dreihundertsten bis hundertachtzigsten Tage vor der Geburt des Kindes gelaufen ist, mit ihr Beischlaf gepflogen hat⁵⁾.

Treffen diese angegebenen Fälle im Kanton Wallis nicht ein, so kann hier wie in den zwei angegebenen Fällen im Kanton Freiburg die Einrede der Unzulässigkeit der Klage im Prozesse von Seite des Beklagten gegen die Klägerin geltend gemacht werden.

Die *Klage auf Alimentation*, welche, wir wiederholen es, von fast allen Gesetzen, welche dieselbe im Sinne des zürcherischen Gesetzbuches aufgenommen, ebenfalls Vaterschaftsklage genannt wird, ist nur in denjenigen Kantonen zulässig, welche den Maternitätsgrundsatz adoptirten, somit in den Kantonen:

Bern, Zürich, Schwyz, Zug, Graubünden, St. Gallen, Appenzell Ausser-Rhoden, Thurgau, Schaffhausen, Aargau, Baselstadt, Baselland und Solothurn.

In den Kantonen Neuenburg, Waadt, Genf und Tessin, welche ganz das französische System aufgenommen, findet keine Alimentationsklage im angegebenen Sinne statt, sondern hier geht nur in Folge Anerkennung eines unehelichen Kindes von Seite seines Vaters die Unterhaltungspflicht auf diesen über.

In den Gesetzgebungen der oben bezeichneten Kantone sind nun einzelne Fälle bestimmt, in denen die Alimentationsklage nicht gestellt, und gegen dieselbe falls sie gestellt wird, die Einrede der Unzulässigkeit erhoben werden kann.

Wir werden nun diese einzelnen Fälle, wie sie uns aus den Gesetzgebungen entgegentreten, hervorheben, und jedesmal die Kantone, welche sie in ihre Gesetzgebung aufgenommen, bezeichnen.

a) *Der Ehestand des Beklagten.* Das Interesse der Ehe und der ehelichen Familie bewog einzelne Kantone, die Alimentationsklage gegen Verheirathete als unzulässig zu verbieten. Man ging dabei von der Ansicht aus, alle Gründe, welche gegen Vaterschaftsklagen überhaupt sprechen, wirken hier stärker als in den übrigen Fällen, indem eine Weibsperson, die sich mit einem Ehemanne einlasse, keine Gunst des Gesetzes verdiene, und gerechterweise die Folge ihrer Unsittlichkeit an sich zu tragen habe, sowie dass Alimentations- und Vaterschaftsklagen gegen Ehemänner am meisten zu Erpressungen missbraucht werden. Aus diesen Gesichtspunkten nahm das zürcherische Gesetzbuch⁶⁾ diesen Unzulässigkeitsgrund auf, jedoch mit der Beschränkung, dass der eheliche Stand des Schwängerers der Geschwächten bekannt sein musste. Die gleiche Bestimmung ging in das thurgauische Gesetzbuch⁷⁾ über. Baselstadt⁸⁾ adoptirte sie mit der Ausdehnung, dass gegen Ehemänner keine Vaterschaftsklage im Sinne des baslerischen Gesetzes gestellt werden kann, und

eine Alimentationsklage nur dann, wenn der verheirathete Stand des Schwängerers der Klägerin nicht bekannt war, und sie, die Klägerin, bis anhin einen unbescholtenen Ruf genossen hat. War der eheliche Stand des Schwängerers ihr bekannt, hat sie nur die Klage auf einen Unterhaltsbeitrag, und verliert selbst diesen, wenn sie keinen unbescholtenen Ruf genießt und nicht ganz mittellos ist.

b) *Die Jugend des Beklagten.* Das Zürcherische Gesetz erklärt die Klage für unzulässig, wenn der Angeklagte zur Zeit der vorgeblichen Schwängerung das sechzehnte Altersjahr noch nicht zurückgelegt hat⁹⁾. Die gleiche Bestimmung gilt im Kanton Thurgau¹⁰⁾, Bern¹¹⁾. Letzteres fordert neben diesem jugendlichen Alter des Beklagten noch, dass die Klägerin mehr als 24 Jahre alt sei.

c) *Der verheirathete Stand der Klägerin.* Das zürcherische Gesetz bestimmt, dass einer Ehefrau kein Recht zur Vaterschaftsklage gegen einen andern als ihren Ehemann zustehe¹²⁾. Man ging hiebei offenbar von der richtigen Ansicht aus, dass die in der Ehe gebornen Kinder unbedingt dem Vater, vorbehalten die gesetzlichen Ausnahmen, folgen, und dass durch Gestattung der Vaterschaftsklage für verheirathete Weibspersonen der leichtsinnigsten Klagestellung die Thüre geöffnet würde, und selbst leicht verbrecherische Komplotte zwischen Ehefrauen und ihren Männern auf Erpressungen entstehen könnten. Auch bezüglich dieser Materie adoptirte das thurgauische Gesetz das zürcherische Recht¹³⁾. Die gleiche Bestimmung gilt im Aargau¹⁴⁾.

d) *Widerspruch in den Angaben der Klägerin bezüglich des Schwängerers.* Der Umstand, dass die Zweifelhaftigkeit eines jeden Zeugungsaktes noch um so greller hervorsticht, wenn die Geschwächte in ihren Angaben über den Schwängerer Abweichendes aussagt, sowie dass in dieser Abweichung gleichzeitig das Geständniss eines mehrfachen, ausserehelichen Umganges liegt, begründet, wie in andern Kantonen die

Unzulässigkeit des Beweiseides, im Kanton Zürich die Unzulässigkeit der Klage¹⁵⁾. Die Thatsache des Widerspruchs kann dagegen nicht von jedem Geständnisse hergeleitet werden, sondern die abweichende Angabe muss vor dem Pfarrer oder dem Gerichte gemacht worden sein. — Im *Kanton Thurgau* gilt die gleiche Bestimmung¹⁶⁾. Das Gesetz für Schaffhausen besagt, dass die Klage nicht zulässig sei, wenn die Klägerin vor dem Pfarramte, Kirchenvorstande oder Gerichte den Namen des Schwängerers gewechselt hat¹⁷⁾. In *Baselstadt* gilt diese Einrede im angegebenen Sinne nicht, wohl aber begründet das Geständniss der Klägerin, zur Zeit der Schwängerung Mehreren den Beischlaf gestattet zu haben, die Klageabweisung¹⁸⁾. Auch im Kanton Bern¹⁹⁾ und Aargau²⁰⁾ gilt dieser Umstand für die Unzulässigkeit der Klage. Bezüglich des zürcherischen Verfahrens macht das Gesetz noch die nicht unwesentliche Ausnahme, dass diese, dem Beklagten zustehende Einrede dahin fällt, wenn die Klägerin beweist, dass sie zu diesem Widerspruche durch Drohung oder Arglist des wirklichen Schwängerers gebracht worden war²¹⁾.

e. *Unsittlichkeit der Klägerin.* Wie die Gesetzgebungen von Luzern, Uri, Schwyz, Nidwalden, Obwalden, Zug, Glarus und Graubünden die Unsittlichkeit der Klägerin als einen Grund für Nichtzulässigkeit des Bekräftigungseides angenommen, bestimmt das Gesetz in den Kantonen Zürich²²⁾ und Baselstadt²³⁾, dass in solchen Fällen, in diesen Kantonen, die Klage unzulässig und abzuweisen sei. Die gleichen Bestimmungen gelten in den Kantonen Basel-land²⁴⁾, Thurgau²⁵⁾, Bern²⁶⁾ und Aargau²⁷⁾. Allein hier entsteht die Frage, was unter Unsittlichkeit zu verstehen sei, und darüber sind die Gesetzesbestimmungen der angegebenen Kantone verschieden. Nach dem Inhalte der Ehegerichtsordnung für *Baselstadt* sind nur zwei Fälle aufgezählt: Hingebung gegen Bezahlung und Gestattung des

Beischlafes mehreren Mannspersonen zur Zeit der Schwängerung. Im *Kanton Zürich*, dessen Gesetzbuch diessfalls eine detaillierte Kasuistik aufstellt, gelten als Abweisungsgründe: Mehrmalige aussereheliche Niederkunften, Aufenthalt oder mehrmaliger Besuch eines berüchtigten Hauses, oder Aufenthalt der Mutter in einem öffentlichen Arbeitshause. Im Ferneren ist die Klage unzulässig, wenn die Mutter als eine öffentliche Dirne gelebt oder wegen Ehebruch abgestraft wurde. — Bezüglich des Aufenthaltes in einem öffentlichen Hause oder dessen Besuch, tritt hier die Beschränkung ein, dass sie innert den letzten zwei Jahren nachgewiesen sein müssen. — Im *Kanton Thurgau* gilt Hingabe gegen Bezahlung an einen Mann, der Aufenthalt während den letzten zwei Jahren in einer liederlichen Wirthschaft oder unzuchtigem Hause, der Besuch eines solchen in einer verdächtigen Weise, während der gleichen Zeitfrist; Bestrafung wegen mehrmaliger ausserehelicher Geburt, oder Ehebruch als Unsittlichkeit, die eine Nichteinlassung auf die Klage begründet. Zürich ²⁸⁾, Thurgau und Baselstadt nehmen die Verführung zur Unzucht von Seite der Klägerin gegen den Beklagten ebenfalls als Abweisungsgrund an, in welchem Falle in Baselstadt der Beklagte einzig im gänzlichen Unvermögensfalle der Klägerin zu einem Beitrage an den Unterhalt des Kindes kann angehalten werden. Im Kanton Baselland bestimmt das Gesetz, dass die Klägerin das Klagrecht verliere, wenn erwiesen sei, dass sie in der kritischen Zeit mehreren Mannspersonen den Beischlaf gestattet habe, „oder wenn die Tochter den Knaben, oder Witwen mit Boten, Briefen oder selbes eigenen Bescheiden mit Worten oder Werken, ihr anzuhängen, oder sie zu beschlafen, Anlass gegeben.“ In Schaffhausen gilt mehr als zweimalige aussereheliche Niederkunft, Ergreifen als öffentliche Dirne, Hingabe gegen Bezahlung, Abstrafung wegen Ehebruchs, und erlittene Arbeitshausstrafe als Nichteinlässlichkeitsgrund gegen die Klage ²⁹⁾. Das Bernerische ³⁰⁾

Gesetz erklärt ein unzuchtiges Leben, Ehebruch und Scheidung wegen eines liederlichen Lebenswandels, als Grund für die Nichteinlassung, währenddem im Aargau die Trennung wegen Ehebruchs, und eine Kriminalstrafe als solche Gründe gelten ³¹⁾).

f. *Der Tod des Kindes.* Dieser Grund für die Nichteinlassung begegnet uns einzig im Gesetzbuch für den Kanton Solothurn ³²⁾, obwohl derselbe ganz in der Natur der Sache zu liegen scheint, denn es ist schwer begreiflich, dass noch auf den Beitrag an den Unterhalt eines Kindes geklagt werden kann, wenn dasselbe nicht mehr am Leben ist. — Desshalb dürfte auch das Schaffhausische Gesetz ³³⁾, das indessen keineswegs klar die Bestimmung enthält, in diesem Sinne interpretirt werden.

g. *Nicht-Anzeige der Schwangerschaft binnen der gesetzlichen Frist.* Die Einrede der Nichtanzeige der Schwangerschaft binnen der gesetzlichen Frist wird gewöhnlich gegen die Eides-Abschwörung im Beweisverfahren zugelassen. St. Gallen ³⁴⁾ dagegen hat sie als Einrede gegen die Einlassung auf die Klage aufgenommen. Auch Bern ³⁵⁾ kennt diese Einrede im angegebenen Sinne; und im Aargau ³⁶⁾ muss die Anzeige wenigstens 30 Tage vor der Geburt erfolgen, ansonst der Beklagte nicht gehalten ist sich auf die Klage einzulassen.

h. *Das Alibi des Beklagten.* Wenn der Beklagte nachweist, dass er zur Zeit der Schwängerung sich an einem andern Orte befunden, als da wo die Schwängerung stattgefunden, befreit ihn dieser Nachweis von der Einlassung auf die Klage nach den Gesetzen des Kantons Bern ³⁷⁾. Den gleichen Nichteinlässlichkeitsgrund hat das Bürgerliche Gesetzbuch für den Kanton Aargau ³⁸⁾ aufgenommen.

i. *Nichtbeiziehung von Zeugen bei der Geburt.* Das Bernerische Gesetz ³⁹⁾ besagt diesfalls, dass wenn die Klägerin

aus eigener Schuld es unterlassen bei der Niederkunft die gesetzlichen Zeugen beizuziehen, so verliere sie ihr Klagrecht, und wolle es geltend gemacht werden, könne der Beklagte dagegen die Einrede der Nichtzulässigkeit erheben. —

k. *Widerspruch in der Zeitangabe der Schwängerung mit der Geburt.* Trifft diese Thatsache ein, so leitet einzig das Aargauische ⁴⁰⁾ Gesetz hieraus einen Grund für die Unzulässigkeit der Klage ab. Um aber diesen Grund geltend zu machen, muss die Geburt vor dem einhundert achtzigsten, oder nach dem dreihundertsten Tage vor oder nach der angegebenen Zeit der Schwängerung erfolgt sein.

l. *Impotenz des Beklagten.* Das gleiche Gesetzbuch nimmt auch die nachgewiesene Impotenz des Beklagten als einen Grund für Abweisung der Klage an ⁴¹⁾.

Dieses nun sind die Einreden, welche in den einzelnen Kantonen, in denen der Maternitätsgrundsatz gilt, gegen die Pflicht zur Finlassung auf die Alimentationsklage, oder wie die Gesetze besagen, auf die Vaterschaftsklagen können geltend gemacht werden. Als Eigenthümlichkeiten der dahierigen Gesetzgebungen notiren wir noch, dass im Kanton Bern, die Einrede der Unsittlichkeit wegen zweimaliger ausserehelicher Niederkunft, oder wegen Kriminalisirung der Klägerin, vom Beklagten nicht kann erhoben werden, wenn er sich selbst in einem solchen Falle befindet ⁴²⁾. Im Aargau zieht die Unzulässigkeit der Alimentationsklage, auch die Unzulässigkeit der eigentlichen Vaterschaftsklage nach sich, welche letztere sonst nach erfolgter Anerkennung des unehelichen Kindes von Seite seines Vaters erhoben werden kann. Und da es der Heimathsgemeinde zusteht, im Alimentationsprozesse jede Einrede gegen diese Klage geltend zu machen und derselben von jeder Anerkennung eines unehelichen Kindes Kenntniss gegeben werden muss, erscheint das Recht der Anerkennung unehelicher Kinder als ein sehr beschränktes ⁴³⁾.

Wir haben nun bis anhin gesehen, in welchen Fällen sowohl die Klage auf Mutterschaft und Vaterschaft, als auch auf Alimentation unzulässig oder abzuweisen ist. Es erübrigte noch die Darstellung der Unzulässigkeit der Entschädigungsklagen; allein da diese mit Ausnahme von Baselstadt, deren abweichende Vorschriften bereits angeführt wurden, mit den Vaterschafts- oder Alimentationsklagen als durchaus connex erscheinen, gegen diese demnach wie gegen jene vereint die gleichen Einreden erhoben werden können, und die Entscheidung der Erstern auch den Entscheid der Letztern in allen Theilen involvirt, kann hier eine weitere Ausführung in dieser Beziehung, um Wiederholungen zu vermeiden, füglich übergangen werden⁴⁴⁾.

- 1) Cod. civ. Art. 335.
- 2) Cod. civ. Art. 88.
- 3) Bürgerl. Gesetzbuch §. 225 Nr. 3.
- 4) Bürgerl. Gesetzbuch §. 225 Nr. 2.
- 5) Bürgerl. Gesetz §. 142.
- 6) Bürgerl. Gesetzbuch §. 291.
- 7) Bürgerl. Gesetz §. 234.
- 8) Ehegerichtsordnung §. 99.
- 9) Bürgerl. Gesetz §. 291 littera a.
- 10) Bürgerl. Gesetz §. 234.
- 11) Bürgerl. Gesetz §. 185.
- 12) Bürgerl. Gesetz §. 291 littera c.
- 13) Bürgerl. Gesetz §. 234.
- 14) Bürgerl. Gesetz §§. 231 und 234.
- 15) Bürgerl. Gesetz §. 291 littera d.
- 16) Bürgerl. Gesetz §. 234.
- 17) Ehegesetz §. 201 Nr. 6.
- 18) Ehegerichtsordnung §. 97.
- 19) Bürgerl. Gesetzbuch §. 185.
- 20) Bürgerl. Gesetzbuch §. 231.
- 21) Bürgerl. Gesetzbuch am angef. Orte.
- 22) Bürgerl. Gesetzbuch §. 291 littera e, f, g.
- 23) Ehegerichtsordnung §. 97.
- 24) Ehegerichtsordnung Art. 28.
- 25) Bürgerl. Gesetzbuch §. 234.

- ²⁶⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §. 185.
- ²⁷⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §§. 231 und 234.
- ²⁸⁾ Bluntschli sagt a. angef. Orte über die Einrede der Verleitung zur Unzucht gegen die Klagezulässigkeit, dass es der freien Erwägung des Richters unterlegt werden müsse. Der „Verführung zur Unzucht“ werde am ehesten Gewicht beizulegen sein, wenn ein erfahres reifes Weib einen jungen Menschen, z. B. eine vierundzwanzigjährige Dienstmagd den zwanzigjährigen Sohn ihrer Herrschaft zu unzüchtigem Umgange verlockt hat. — Siehe §. 98 der Ehegerichtsordnung für Baselstadt und §. 201 des Ehegesetzes für Schaffhausen.
- ²⁹⁾ Ehegesetz §. 201.
- ³⁰⁾ Bürgerl. Gesetz §. 185.
- ³¹⁾ Bürgerl. Gesetz §. 231 und 234.
- ³²⁾ Bürgerl. Gesetzbuch §. 337.
- ³³⁾ Ehegesetz §. 201.
- ³⁴⁾ Angef. Gesetz Art. 4 und 5.
- ³⁵⁾ Bürgerl. Gesetz §. 185.
- ³⁶⁾ Bürgerl. Gesetz §. 231.
- ³⁷⁾ Bürgerl. Gesetz §. 85.
- ³⁸⁾ Bürgerl. Gesetz §. 231 und 234.
- ³⁹⁾ Bürgerl. Gesetz §. 185.
- ⁴⁰⁾ Bürgerl. Gesetz §. 231.
- ⁴¹⁾ Bürgerl. Gesetz am angef. Orte.
- ⁴²⁾ Bürgerl. Gesetz §. 185. — Das angeführte Gesetz lautet: „Ist der Beklagte selbst eines Ehebruches überwiesen, zweimal wegen Unzucht bestraft worden, oder mit einer Strafe belegt, welche den Verlust der bürgerlichen Ehrenfähigkeit zur Folge hatte, so darf er der Klägerin denjenigen Fehler nicht vorwerfen, dessen er sich selbst schuldig gemacht.“
- ⁴³⁾ Bürgerl. Gesetzbuch am angef. Orte. — Es dürfte auffallen, dass das sonst so ausgezeichnete Gesetzbuch für den Kanton Zürich namentlich den Blödsinn der Klägerin und des Beklagten als Einrede gegen die Zulässigkeit der Klage übergangen, wenn man bedenkt, dass dasselbe keine Bestimmungen über das Beweisverfahren enthält und demnach diese Einreden auch nicht als solche gegen den Eid der Klägerin anführt. Allein das zürcherische Gesetzbuch wollte wie es scheint in den eigentlichen Prozess und in's Beweisverfahren nicht eintreten, man hielt dafür, diese Materien gehören in das Zivilrechtsverfahren und liess desshalb für einstweilen die Bestimmungen des alten Matrimonialgesetzes in Kraft. — Bluntschli am angef. Orte §. 294. Ebenso ist es erklärlich, dass das Gesetzbuch für Wallis diese Ein-

reden nicht speziell aufgenommen, obwohl dieselben auch dort als ein Unzulässigkeitsgrund für die Vaterschaftsklage gelten. — Bei Abfassung dieses Gesetzbuches befolgte man in dieser Beziehung ein dem Gesetzbuche für Zürich, Freiburg und Waadt ganz entgegengesetztes System. In diesen Gesetzbüchern sind die Fälle aufgezählt, in denen die Vaterschaftsklagen nicht zulässig sind, und es muss angenommen werden, dass in allen Fällen, welche nicht aufgezählt sind, keine gesetzlichen Gründe der Klagestellung entgegenstehen. — Nach dem wallisischen Gesetzbuche dagegen wird im Allgemeinen angenommen, die Vaterschaftsklage sei nicht zulässig, und sodann führt das Gesetz nur die Ausnahmen an, wann eine solche Klage zulässig sei. Als solche bezeichnet der §. 142 des angeführten Gesetzes: 1) „wenn erwiesen würde, dass der als Vater des Kindes Angegebene, für selbes eine Reihe von Sorgen getragen hat, woraus auf die Vaterschaft gefolgert werden kann; 2) wenn man eine von dem als Vater des Kindes Ausgegebenen herrührende Schrift aufweisen kann, worin derselbe seine Vaterschaft erklärt. 3) Im Falle einer Entführung oder Nothzucht, wenn die Zeit derselben mit derjenigen der Schwängerung übereinstimmt. — 4) Wenn die Mutter beweist, dass während der Zeit, die vom dreihundertsten bis zum hundertachtzigsten Tage vor der Geburt des Kindes gelaufen ist, der angegebene Vater Beischlaf gepflogen hat.“ — Und der §. 143 fügt bei: „das umständliche, selbst aussergerichtliche Geständniss genügt, um den Beweis des Beischlafes zu leisten.“ — Nicht als Unzulässigkeits- wohl aber als Abweisungsgründe der Klage gelten sodann im Kanton Wallis das Alibi und die Unsittlichkeit der Mutter, welche letztere aber nach dem Inhalte des §. 144 nur angenommen wird, wenn die Mutter zur Zeit der Schwängerung mehreren Mannspersonen den fleischlichen Umgang gestattet hat.

⁴⁴⁾ Gemeinrechtlich fiel diese Klage weg, wenn die Klägerin schon vorher mit einem Andern fleischlichen Umgang gepflogen; denn der Grund des Anspruches einer Geschwächten liegt in der Kränkung der jungfräulichen Ehre und in der durch Verleitung zur Unzucht möglicherweise entzogenen oder geschmälerten Aussicht zur anständigen Verheirathung. — Einen fernerer Grund für die Unzulässigkeit nimmt das gemeine Recht an, wenn die Klägerin für den Beischlaf einen Lohn ausbedungen oder einen solchen vor oder nach dem Beischlafe annahm. Dieser Umstand giebt dem Beischlafe den Charakter einer Hurerei. Wenn die Klägerin zum Beischlafe nicht verleitet wurde, oder gar zu demselben verleitete, fiel ihr Klagerecht ebenfalls dahin. Vergleiche Hagemann: praktische Erörterungen, Band IV, Seite 350. Band VI. Seite 402. — Gette Seite 11, 12 und 13.

Nach dem *österreichischen* Gesetzbuche fällt diese Klage weg, wenn die Frauensperson nicht verführt wurde, wenn dabei eine Kuppelei vorläge, wenn sie nicht ledig wäre, wenn durch den Beischlaf kein Kind erzeugt wurde, und endlich wenn die Geburt des Kindes in eine Zeit fiel, in der die rechtliche Vermuthung gegen die Ansicht spräche, dass das Kind durch den angegebenen Beischlaf erzeugt worden wäre. Vergleiche Zeiler am angeführten Orte, Bd. III. Abtheilung 2. Seite 763.

Nach den *preussischen* Gesetzen fällt die Entschädigungsklage weg, wenn die Geschwächte während der Konzeptionszeit mit mehreren Mannspersonen fleischlichen Umgang gepflogen, oder eine in geschlechtlicher Beziehung bescholtene Person ist, oder endlich die Klage nach erfolgter Niederkunft nicht geltend macht. Vergleiche §§. 9 und 10 des Gesetzes vom 24. April 1854.

§. 30.

Von der Erlöschung des Klagerechtes.

Wir haben bereits oben (§. 27) gezeigt, dass in mehreren Kantonen zur Abgabe der Klage bestimmte Fristen festgesetzt sind, und bei Nichttinnehaltung derselben das Klagerecht verloren gehe.

Ebenso haben wir im vorigen Paragraphen gesehen, dass alle jene Einreden, welche eine Nichtzulässigkeit der Klage begründen, an und für sich schon das Erlöschen des Klagerechtes nach sich ziehen.

Auf alle diese Gründe der Klagerechtserlöschung wird hingewiesen, und hier nur noch eine der wichtigsten That-sachen, welche ein Erlöschen des Klagerechtes nach sich zieht, dargestellt, nämlich *der Tod des Beklagten*.

„Die Klage“, sagt Bluntschli, „ist nach beiden Seiten hin eine reine persönliche und geht daher nicht ohne Weiteres auf die Erben über. In der Regel können demnach die Erben nicht auf Anerkennung der Vaterschaft, oder um einen Alimentationsbeitrag belangt werden, sondern sie können dieses nur, insoweit ihnen diessfalls das Gesetz eine rechtliche Befugniss giebt. Diese letztere Befugniss ist nun in den meisten Kantonen nur bezüglich der Unterhaltungspflicht des Kindes

gestattet, währenddem die Vaterschaftsklage entweder erlöscht, oder nur insoweit verfolgt werden kann, als sie noch bei Lebzeiten des Beklagten anhängig gemacht, oder die Vaterschaft selbst von ihm in gesetzlicher bestimmter Form anerkannt wurde“.

Das *bernerische* Gesetz verbietet jede Klage gegen Abgestorbene, wenn nicht ein, von einem solchen eigenhändig geschriebenes, oder vor einer öffentlichen Behörde oder einem Notar und Zeugen abgelegtes Geständniss vorliegt¹⁾. Die wörtlich gleiche Bestimmung ist in der *luzernerischen* Gesetzgebung aufgenommen worden²⁾. Beide Gesetze leiden an dem Mangel, dass sie hier über die Wirkung der Streitabhängigmachung durch Einlegung der Klage nichts bestimmen, denn die Möglichkeit ist gegeben, dass ein Beklagter nach Anhängigmachung der Klage und vor Erlass des Urtheils stirbt. Ergänzend hat deshalb die *luzernerische* Gerichtspraxis angenommen, dass, falls der Beklagte nach Abgabe der Klage stirbt, der Prozess dennoch und zwar gegen einen von der Heimathsgemeinde desselben zu bestellenden Rechtsbeistand kann fortgesetzt werden³⁾. In dieser Beziehung erscheinen die Bestimmungen des *zürcherischen* Gesetzes präziser und massgebender, indem, wenn die Klage bei Lebzeiten des Beklagten oder bevor die Klägerin von einem solchen Todfalle Kenntniss hat, eingelegt wird, diese verfolgt werden kann. Auch auf ein Ehegelöbniss oder eine schriftliche Anerkennung hin kann nach diesem Gesetze eine Vaterschaftsklage angehoben werden⁴⁾. Das *urnerische* Gesetz erklärt, dass wenn der Beklagte stirbt und der Vaterschaft nicht geständig ist, erlösche die Klage; ist er aber geständig, werde der Prozess gegen die Erben fortgesetzt und diese haften für den Unterhalt des Kindes⁵⁾. Hier fehlt offenbar eine nähere Präcisirung des Geständnisses, sowie eine Bestimmung für den Fall, wenn die Erbschaft ausgeschlagen, demnach gar keine Erben vorhanden sind. Der gleiche Mangel an Vollständigkeit tritt

auch im *schwyzerischen* Gesetze hervor, welches lautet: Ist der Beklagte weder geständig noch überwiesen und stirbt er vor der Geburt, erlöscht das Klagerecht⁶⁾. Abgesehen nun von der Unbestimmtheit des Wortes „geständig“, erscheint es hier kaum erklärlich, dass die Geburt des Kindes einen Einfluss auf die Klagerechtserlöschung ausüben soll, und selbst in jenen Fällen, in denen bei der Geburt nicht, wie es das schwyzerische Recht gestattet, wegen augenscheinlicher Lebensgefahr der Beweiseid von der Klägerin abgenommen wird. Das bürgerliche Gesetzbuch für *Niedwalden* macht das Erlöschen des Klagerechtes ebenfalls von der Geburt des Kindes und sodann noch von der Anzeige bei amtlicher Stelle über die Schwangerschaft abhängig. Nur wenn der Beklagte vor der Geburt stirbt und nicht geständig war oder vor seinem Tode keine Anzeige amtlichen Ortes gemacht wurde, erlöscht das Klagerecht⁷⁾. Wörtlich gleich lautet die Bestimmung des Gesetzes für *Obwalden*⁸⁾. Hier vermag man kaum einzusehen, warum denn gegen Einen, der nach der Geburt oder vielleicht noch vor der eigentlichen Klagestellung stirbt, nachtheiliger sollte verfahren werden können. Das *zugerische* Gesetz, freilich nur ein Spezialgesetz, hat für diesen Fall keine Bestimmung, das Gleiche gilt von dem *glarnerischen*, *graubündnerischen*, sowie von dem angeführten *St. Gallischen* Gesetze. Das *thurgauische* Gesetz enthält die gleichen Bestimmungen wie dasjenige für den Kanton Zürich. Das *schaffhausische* Gesetz lässt nach dem Tode des Schwängerers eine Klage zu, insoweit dessen Erbschaft reicht⁹⁾. Nach dem Gesetze für den Kanton *Aargau* findet gegen Abgestorbene nur dann eine Klage statt, wenn ein gültiges Eheverlöbniß vorliegt¹⁰⁾. Im Kanton *Solothurn* bestimmt das Gesetz, dass die Klage gegen Abgestorbene erlösche, wenn der Vater vor dem Erscheinungstage vor Behörde stirbt¹¹⁾. Falls kein Geständniß der Vaterschaft, sei es durch eine eigenhändige schriftliche Erklärung, oder eine öffentliche Urkunde, oder durch zwei unpartheiische

Zeugen von Seite des Beklagten erwiesen vorliegt, kann auch nach dem Gesetze für *Baselstadt* gegen einen Abgestorbenen keine Klage erhoben werden, welche zudem binnen der gesetzlichen Frist gestellt werden muss ¹²⁾). Aehnliche Bestimmungen wie das *bernerische* und *luzernerische* Gesetz enthält das *freiburgerische* Zivilgesetzbuch über die Erlöschung des Klagerechtes gegen Abgestorbene ¹³⁾). Währenddem endlich das *tessinische* Gesetz über diese Fälle keine Bestimmungen enthält, schreibt das Gesetzbuch für *Wallis* vor, dass jede *Vaterschaftsklage* gegen Abgestorbene abzuweisen sei ¹⁴⁾).

¹⁾ Bürgerl. Gesetz §. 200.

²⁾ Bürgerl. Gesetz §. 94.

³⁾ Zeitschrift der juristischen Gesellschaft des Kantons Luzern 1855, zur Interpretation des §. 94 des bürgerlichen Gesetzbuches. Rechtsgutachten von Dr. C. Pfyffer, und ein hierauf bezügliches Urtheil des hochl. Obergerichtes, mitgetheilt von Jost Weber, Fürsprech.

⁴⁾ Bürgerl. Gesetz §. 301.

⁵⁾ §. 6 a. a. Orte.

⁶⁾ §. 7 der angef. Verordnung.

⁷⁾ §. 105 litt. i.

⁸⁾ Art. 7 litt. g. a. angef. Orte.

⁹⁾ Ehegesetz §. 209.

¹⁰⁾ Bürgerl. Gesetz §. 232.

¹¹⁾ Bürgerl. Gesetz §. 287.

¹²⁾ Ehegerichtsordnung §. 100.

¹³⁾ Zivilgesetzbuch §. 225 Nr. 1.

¹⁴⁾ Bürgerl. Gesetz §. 144 Nr. 2.

D r i t t e A b t h e i l u n g .

Von dem Beweise.

A l l g e m e i n e s .

§. 31.

Diejenige Rechtshandlung einer Partei, wodurch sie dem Richter die erforderliche Ueberzeugung zu verschaffen sucht,

oder die Mittel, deren sie sich zu diesem Zwecke bedient, heissen Beweise. Die Form, in welcher diese Ueberzeugung der richterlichen Würdigung beigebracht wird, bildet den Inhalt des Beweisverfahrens ¹⁾.

Gemeinrechtlich, wie in den meisten ordentlichen Zivilprozessen theilt man die Beweise selbst in ordentliche und ausserordentliche, direkte und indirekte, künstliche und natürliche, und vollständige und unvollständige Beweise. Urkunden, Zeugen, Sachverständige, Augenschein und Geständniss sind die Formen, in welchen die Beweise dem Richter dargebracht werden. — Der Beweis selbst steht im innigsten Zusammenhange mit der Natur der zu beweisenden Thatsache, sowie das Verfahren selbst grösstentheils durch den Charakter des Beweismittels bedingt ist.

Im Vaterschaftsprozesse, wie im Prozesse um eine Alimentation ist die Zeugung jene entscheidende Thatsache ²⁾, auf welche jeder Beweis gerichtet, und über deren Existenz oder Nichtexistenz dem Richter eine hinreichende Ueberzeugung beigebracht werden muss. Von der Natur dieser Thatsache sind demnach folgerichtig auch die Beweismittel abhängig. Und da der Zeugungsakt selbst in einer Sphäre vorgeht, welche dem menschlichen Auge wie Ohr, den vornehmsten und sichersten Sinnen zur Wahrnehmung, entzogen ist, und auch alle andere Sinne nicht geeignet erscheinen, eine sichere Kenntniss von der vollendeten Thatsache der Zeugung zu erhalten, kann im Vaterschaftsprozesse von einem absolut sichern Beweise an und für sich, oder was gleichbedeutend ist, von einer absoluten richterlichen Ueberzeugung gar nicht die Rede sein. Bedingt von der Natur des Zeugungsaktes, kann demnach hier der Beweis durch Zeugen, Experten oder Augenschein als selbstständiger Beweis nicht geführt werden, sondern es bleibt nur das Geständniss und der Eid. Allerdings können auch im Vaterschaftsprozesse alle jene Beweismittel zum Vorscheine kommen; aber in diesem

Fälle sind sie nicht dahin gerichtet, die einzige entscheidende Thatsache, den Zeugungsakt, zu beweisen, sondern vielmehr den Gegenbeweis davon oder Einreden zu begründen und erscheinen demnach nicht als Haupt-, sondern vielmehr als Nebenbeweise. Das Geständniss selbst muss in zivilrechtlicher Beziehung zwar als ein genügender Beweis angenommen werden, soweit nämlich das Gesetz ihm diese Wirkung substituirt; allein an und für sich erscheint selbst dieses als ungenügend, indem in den meisten Fällen, ja vielleicht in allen, dasselbe keineswegs als das Resultat einer unbedingt sichern Ueberzeugung abgelegt wird. Es ist desshalb begreiflich, wenn bei diesen beschränkten Beweismitteln die Gesetzgebungen vorzüglich den Eid in dieser oder jener Form begünstigen, weil in Abgang dieses Beweismittels in den meisten Fällen der Vaterschaftsprozess, und als Folge davon die Anwendung des Paternitätsgrundsatzes eine Unmöglichkeit wäre. Der Eid über die Thatsache der Zeugung wurde demnach bald der Klägerin, bald dem Beklagten überbunden, jener, um eine aufgestellte Behauptung zu erhärten, diesem, um eine Verneinung zu bekräftigen, und desshalb erschien und erscheint er in der Gesetzgebung über den Vaterschafts- wie den Alimentationsprozess, sowohl als Erfüllungs- wie als Reinigungseid.

Da nun sowohl das Geständniss wie alle oben angegebenen mit der Thatsache der Zeugung nicht in direkter Verbindung stehende Beweismittel, sowie auch das Verfahren selbst nach der allgemeinen Regel des Zivilrechtverfahrens behandelt und beurtheilt werden und nur bei dem Beweise durch den Eid abweichende Eigenthümlichkeiten zu Tage treten, können wir, da es sich vorliegend nur um Darstellung der dem Vaterschaftsprozesse wie demjenigen über Alimentationsbeiträge eigenthümlichen und mit den übrigen Prozessen nicht gemeinsamen Bestimmungen handelt, uns auf das Beweismittel des Eides beschränken.

Wir haben desshalb vorliegend nur den Erfüllungs- und

Reinigungseid und dessen Unzulässigkeit in den angegebenen Prozessen, wie er sich in den schweizerischen Gesetzgebungen ausgebildet, näher zu untersuchen und darzustellen.

¹⁾ Bayer a. a. Orte, Seite 438.

²⁾ Einzelne Gesetzgebungen nahmen auch den Beischlaf als eine im Prozesse entscheidende Thatsache an, obwohl sie zwischen Beischlaf und Zeugung unterschieden, indem jener bei bestrittener und nicht nachgewiesener Zeugung oder Vaterschaft nach diesen Gesetzen denkbar und von rechtlichen Folgen ist. Eine nähere Definition des Beischlafes selbst wird dabei nicht gegeben, und somit dem richterlichen Ermessen ein unbeschränkter Spielraum gegeben. So sagt der Art. 6 des angeführten *graubündnerischen* Gesetzes: ist der Beklagte geständig oder überwiesen mit der Weibsperson „fleischlichen Umgang“ gehabt zu haben in einer Zeit, wo dann nach dem 7. und vor Ablauf des 10. Monats die Geburt erfolgte, ist er als Vater anzusehen, wenn nicht dargethan ist, dass die Weibsperson in dieser Zeit noch mit Andern Beischlaf gepflogen, sie nicht eine öffentlich verschrieene Person ist, oder aus der Beschaffenheit des Kindes sich nicht das Gegentheil ergibt. — Ja, das benannte Gesetz geht noch weiter und erklärt, dass wenn der Beischlaf Mehrerer während benannter Zeit bewiesen sei, der Richter dennoch Gewissheit haben könne, welcher von Zweien oder Mehreren der wirkliche Vater sei; und das Kind so diesem Letztern zusprechen könne! — Einer fast ähnlichen Bestimmung begegnen wir im ältern Gesetze für den Kanton *Zug*, obwohl hier in diesen Fällen nicht die Vaterschaft, sondern nur eine Alimentationspflicht ausgesprochen wurde. Der Art. 12 des angef. Gesetzes sagt: „Würde sich ergeben, dass mehrere Mannspersonen in jenem Zeitraume, in dem die Schwängerung, nach der Geburt des Kindes berechnet, erfolgte, der Geschwächten beigewohnt hätten, und wird demnach ihr das Kind zuerkannt, so kann jeder von dem Rathe jener Gemeinde, in der er angesessen oder heimathrechtig ist, mit einer Geldbusse von 16 bis 40 Fr., die im Falle der Vermögenslosigkeit in eine Leibesstrafe umgeändert wird, belegt und angehalten werden, zum Unterhalte des Kindes, bis es das vierzehnte Altersjahr erreicht hat, sammthaft einen jährlichen Beitrag von 16 bis 40 Fr. in vierteljährlichen Fristen zu leisten, für dessen Bezahlung solche Mannspersonen solidarisch haften.“

§. 32.

Vom Erfüllungseide.

Wenn über eine erhebliche Thatsache nur ein unvollständiger Beweis geliefert wird, der zur Fällung des Urtheils nicht genügt, und sodann der beweisführenden Partei der Eid gestattet wird, und endlich diese ihn abschwört, so leistet sie nach gemeinrechtlichen Begriffen den Erfüllungseid ¹⁾. Im Allgemeinen trifft diese Begriffsbestimmung auch beim Erfüllungseide in Vaterschafts- und Alimentationsklagen ein, insofern man die objectiv sichere Thatsache der Schwängerung, die Beobachtung aller Formalitäten bei Einleitung der Klage, und das nicht abweichende Beharren auf der Person des Schwängerers als subsidiäre Beweise annimmt. Würde dieses Letztere nicht angenommen, so hätte der sogenannte Erfüllungseid der Klägerin im Vaterschaftsprozesse mehr den Charakter eines vom Beweisführer anerbötenen, ihm nicht zugeschobenen, und in eigener Sache abgeschwornen Haupteides, in welcher Auffassung er als eine noch grössere Anomalie von den gemeinrechtlichen Ansichten über den Eid abweichen würde.

Diesen Erfüllungseid kennen nur die Gesetze in den Kantonen Luzern, Uri, Nidwalden, Obwalden, Glarus, Appenzell, Inner-Rhoden und Freiburg im Vaterschaftsprozesse, Schwyz, Zug, Graubünden, Schaffhausen, Solothurn und Baselstadt im Alimentationsprozesse; und endlich Solothurn und Baselland zur Begründung der Alimentationsklage ²⁾.

Den Inhalt dieses Eides bildet nun durchgängig die Beschwörung, dass der Angeklagte Vater des daherigen Kindes sei, sowie die Thatsache, dass sie, die Schwörende, zur Zeit der angegebenen Schwängerung mit keiner andern Mannsperson fleischlichen Umgang gepflogen habe ³⁾.

Der Eid selbst wird in allen jenen Kantonen, in denen er nicht bei oder sofort nach der Geburt abgenommen wird,

bei den gerichtlichen Verhandlungen geleistet, welches letzteres schon aus dem Grunde zweckmässiger erscheint, weil dem Beklagten dadurch geeignete Gelegenheit zur Geltendmachung seiner Einreden gegeben wird. Bei der Geburt oder sobald möglich nachher muss der Eid in Ury, Zug und bei einer Todesgefahr in Schwyz und Obwalden geleistet werden, in den andern Kantonen vor Gericht.

¹⁾ Bayer a. a. Orte, Seite 504.

²⁾ Nach dem Inhalte der Ehegerichtsordnung wäre dieser Eid in Baselland nicht zulässig. Vergleiche Art. 21 §. 5. Die Praxis jedoch hat denselben aufgenommen. Vergleiche beispielsweise: Obergerichtliches Urtheil vom 6. Mai 1837, fol. 163. — Ebenso, Urtheil vom 10. November 1837, fol. 387. Der bereits oben angeführte Bericht der Bezirksgerichtskanzlei von Liestal bemerkt über diesen Punkt: „Der Eid kömmt nur dann vor und wird vor dem Bezirksgerichte geschworen, wenn von Seite der Geschwächten binnen höchstens sechs Monaten nach der Schwängerung bei dem zuständigen Friedensrichteramte auf Vaterschaft-, Paternität-, und daherige Entschädigung eingeklagt, die Sache dann binnen drei Monaten, von den friedensrichterlichen Verhandlungen an, gemäss §. 9 der Prozessordnung, weiter ans Bezirksgericht gezogen, und die Schwängerung überhaupt, oder die Zeit des Beischlafes geläugnet wird, und für die Klägerin in Ermangelung von Beweismitteln, gleichwohl solche Thatsachen sprechen, die die Vermuthung der Richtigkeit für sich haben, und daher nur noch der Erhaltung durch den Eid bedürfen. — Auch ist von dem Eide schon Gebrauch gemacht worden, wenn von der Klägerin behauptet wurde, es habe der Beklagte durch arge oder hinterlistige Vorgabe sie von der rechtzeitigen Angabe abgehalten.“

Das Beweisverfahren in Zürich geschieht nach den Vorschriften des alten Matrimonial-Gerichtes, welches wir hier wegen der in Aussicht stehenden Revision des Prozessverfahrens übergehen. — Das Thurgauische und St. Gallische Gesetz enthält ebenfalls keine Bestimmung über diesen Eid, und in ersterem Kantone wird die Alimentationsklage ganz nach den Vorschriften der bürgerlichen Prozessordnung behandelt. Die Alimentationsklage in Tessin hat ebenfalls keine speciellen Vorschriften im Cod. civile, wesshalb hier, wie in Bern, unzweifelhaft die Bestimmungen der daherigen Prozessordnung in Anwendung kommen.

³⁾ Luz. B. G. §. 93. Der vorgeschriebene Eid lautet: Ich N. N.

betheure und beschwöre bei Gott dem Allmächtigen, dass meine gegen N. N. gestellte Vaterschaftsklage wahr und aufrichtig sei; dass ich mit keiner andern Mannsperson in einer Zeit einen Beischlaf gepflogen habe, nach welchem dieser möglicherweise Vater des fraglichen Kindes sein könnte, und dass somit N. N. der wahre Vater des von mir unterm (Datum) zur Welt gekommenen Kindes sei. Das betheure und beschwöre ich, so wahr mir Gott helfe und seine lieben Heiligen! —

Ury: §. 34 a. a. Orte. Das Landbuch enthält zwar die Eidesformel nicht, wohl aber, Seite 19, die Auslegung des Eides. Sie lautet: „Beim Eidschwure werden aufgehoben drei Finger; beim ersten ist zu verstehen Gott Vater, beim zweiten Gott der Sohn, und beim dritten Gott der hl. Geist; die andern zwei Finger neigen sich unter sich, der eine bedeutet die Seele, und der kleinste den Leib, als welcher gering zu schätzen gegen die Seele. Bei der ganzen Hand wird bedeutet, ein Gott, Schöpfer der Menschen und aller Geschöpfe im Himmel und auf Erden. — Welcher Mensch sich selbst so weit Feind ist, dass er einen falschen Eid schwört, der schwört als er spräche: Ich bitte Gott den Vater, den Sohn und den hl. Geist, dass ich ausgeschlossen werde von der Gemeinschaft der Heiligen und von dem Segen der Christenheit, dass mir dieser werde zum Fluch meines Leibes und meiner Seele. — Er redet als spräche er: Wie ich auf diese Stunde falsch geschworen, so soll mir Gott der Allmächtige, die barmherzige Mutter unsers Herrn Jesu Christi und die Heiligen Gottes nicht mehr zu Hülfe kommen, weder im Leben, noch in der Stunde, da sich meine Seele vom Leibe scheiden wird. Er spricht gleich, als sagt er: Ich bitte Gott den Allmächtigen, dass die unendliche Barmherzigkeit und die Verdienste unsers Erlösers Jesu Christi, seines bitteren Leidens und Sterbens mir armen Sünder ganz entzogen werden, dass ich also im strengen Gerichte verdammt und auf ewig ausgeschlossen werde von der hl. Anschauung Gottes und der Gemeinschaft seiner lieben Heiligen. — Hiedurch mag der Christ erkennen, wie er durch einen falschen Eid Gott seinen allmächtigen Schöpfer und alle Heiligen ganz verläugnet, wovor er billig sich entsetzen und auf das sorgfältigste hüten solle.“

Schwyz: Art. 5 d. a. Gesetzes. *Obwalden*: Art. 5 d. a. Ges. *Glarus*: §. 33 lit. b. a. a. Orte. Der Eid lautet, dass der rechtmässige Vater des auf meinem linken Arme tragenden Kindes, der neben mir stehende N. N. sei, das schwöre ich, so wahr als ich bitte, dass mir Gott helfe. *Graubünden*: Art. 6 a. a. Orte. *Solothurn*: B. G. §. 288. *Freiburg*: B. G. §. 223. Hier wird nicht die Vaterschaft beschworen, nur der Nichtungung mit andern Mannspersonen.

§. 33.

Unzulässigkeit des Erfüllungseides.

Den Gesetzgebungen konnte es nicht entgehen, dass durch Gestattung dieses Beweismittels der klagenden Partei eine grosse Rechtsbegünstigung zu Theil werde; dass dieser anormale Eid derselben ein ganz sicheres Prozessübergewicht zuschöpfe, und dass derselbe desshalb in der Macht des Leichtsinnes zu den abscheulichsten Verkehrtheiten führe. Um dieses nun zu verhindern, keineswegs aber zu verunmöglichen, knüpften die Gesetzgebungen dieses Mittel an gewisse Bedingungen, welche sich theils auf genaue Befolgung von Formalitäten, anderseits auf den sittlichen Charakter der Beweisführerin beziehen, und eröffneten so auf diesem Wege dem Beklagten eine Reihe von Einreden, welche er gegen die Eidesabschwörung der Klägerin geltend machen kann¹⁾.

Als solche Einreden gelten in den Gesetzen der angeführten Kantone:

a) *Nichtanzeige der Schwangerschaft.* Wir haben oben (§. 22) die Anzeige der Schwangerschaft von Seite der Geschwächten bei einer amtlichen Stelle behandelt, und namentlich auch die daherige Frist angegeben, innert welcher diese einleitende Handlung zur Klage muss vollbracht werden. Unterlässt die Klägerin nun diese Anzeige oder macht sie dieselbe nicht in der gesetzlichen Zeit, so hat sie in den Kantonen *Luzern*²⁾, *Schwyz*³⁾, *Nidwalden*⁴⁾, *Obwalden*⁵⁾, *Graubünden*⁶⁾, *Solothurn*⁷⁾ und *Freiburg*⁸⁾ die Rechtswohlthat der Beeidigung verwirkt.

Das *urnerische* Gesetz kennt diese Einrede nicht; ebenso fehlt sie im Gesetze von *Zug* und *Glarus*. Im Kantone *Zug* dagegen verliert die Klägerin das Recht zur Eidesleistung, wenn sie vor der Niederkunft nicht gehörige Anzeige macht⁹⁾ und die bestellten Geniessmänner beizieht, was nebst der An-

zeige auch im Kanton *Graubünden* ¹⁰⁾, *Obwalden* ¹¹⁾ und *Luzern* zu geschehen hat.

In den Kantonen *Obwalden*, *Graubünden* und *Zug* kann dieser Formfehler dadurch nachgeholt werden, dass die Klägerin beweist, diese Anzeige sei nicht aus eigener Schuld unterlassen worden. Das obwaldnerische Gesetz sagt, sie, die Klägerin, sei gerechtfertiget, wenn bewiesen sei, dass die Anzeige wegen Zwang, Betrug oder Hinterlist unterblieben sei ¹²⁾. Das Gesetz von *Graubünden* setzt bei Gestattung dieser Einrede hinzu: sie sei zulässig, wenn die Anzeige „geflissentlich“ unterlassen worden sei ¹³⁾. Das *Zugerische* Gesetz ¹⁴⁾ sagt diessfalls: der Eid sei unzulässig, wenn sie, die Klägerin, die bestellten Geniessmänner nicht zu sich entbieten liess, ohne durch „Verumständungen“ daran gehindert zu sein ¹⁵⁾.

b) *Impotenz des Beklagten*. Beweist der Beklagte seine physische Unmöglichkeit, Kinder zu erzeugen, so erscheint die klägerische Angabe als so zweifelhaft, dass auf dieselbe ein Eid nicht anvertraut werden darf. Von dieser Ansicht ausgehend, haben denn auch die Gesetzgebungen von *Luzern* ¹⁶⁾, *Uri* ¹⁷⁾, *Schwyz* ¹⁸⁾, *Nidwalden* ¹⁹⁾, *Obwalden* ²⁰⁾, *Zug* ²¹⁾ und *Solothurn* ²²⁾, diese erwiesene Thatsache als Schutzeinrede aufgenommen, währenddem die Gesetze von *Glarus*, *Graubünden* und *Freiburg* dieselben übergingen.

Wenn dann hier die Frage aufgeworfen würde, ob diese Unfähigkeit, Kinder zu erzeugen, eine bleibende oder nur momentane sein könnte, so kommt es nach unserm Dafürhalten einzig auf den Umstand an, dass der Beklagte beweist, er sei zur Zeit der angegebenen Schwängerung unfähig gewesen. Mag dann diese Unfähigkeit eine bleibende oder vorübergehende sein, wird sie ihn gegen den Erfüllungseid der Klägerin schützen. Dagegen wird er diese Einrede nicht geltend machen können, wenn er seit jener Zeit die Fähigkeit, sei es durch Krankheit, sei es durch Verstümmelung oder andere Zufälle, verloren hat ²³⁾.

c) *Alibi des Beklagten.* Befand sich der Beklagte zur Zeit der Schwängerung, entweder vom Orte, wo die Schwängerung stattgefunden haben soll, oder sonstwie so weit abwesend, dass eine Zusammenhaltung mit der Klägerin unmöglich erscheint, so leuchtet es ein, dass in einem solchen Falle ihren Angaben gar kein Glauben zu schenken ist. Desshalb haben auch mehrere Gesetzgebungen dieses Alibi ausdrücklich als eine Schutzeinrede für den Beklagten aufgenommen. Unter diese Gesetze gehört das *luzernerische* ²⁴⁾, das *urnerische* ²⁵⁾, das *schwyzerische* ²⁶⁾, das *nidwaldensche* ²⁷⁾, das *obwaldensche* ²⁸⁾ und das *zugerische* ²⁹⁾ Gesetz.

d) *Widerspruch in der Zeit zwischen dem angegebenen Schwängerungszeitpunkte und der Niederkunft.* Das *luzernerische* Gesetz nimmt diesen Widerspruch an, wenn das Kind von der angegebenen Schwängerung bis zum 300sten nicht, oder vor dem 180sten Tage geboren wurde ³⁰⁾. *Ury* nimmt die gleiche Zeitfrist an, behält aber dabei ausdrücklich den Fall nachgewiesener Frühgeburt vor. — Das *schwyzerische* Gesetz gestattet die Einrede nur, wenn das Kind nach dem dreihundertsten Tage von der angegebenen Schwängerung an geboren wird. — Dagegen adoptirte das *niedwaldnerische* und das *obwaldnerische* Gesetz die luzernischen Bestimmungen; — hinwiederum Zug die *Urnernischen*. — Die Gesetze für *Glarus, Graubünden, Schaffhausen, Basel-Stadt und Freiburg* enthalten diessfalls keine Bestimmungen; dagegen geht das *wäl-lisische* Zivilgesetzbuch in dieser Materie mit dem luzernischen einig.

e) *Widerspruch der Reife des Kindes mit der angegebenen Schwängerung.* Diese Einrede gestattet das *luzernerische* Gesetz. Nach demselben streitet aber die Vermuthung dafür, dass das Kind seine ordentliche Reife erhalten habe. Nimmt desshalb die einer unehelichen Geburt beiwoh nende Hebamme an dem Kinde Merkmale einer Früh- oder Späth- geburt wahr, so hat der zur Niederkunft herbeigerufene Ge-

meindammann dafür zu sorgen, dass das Kind durch den Bezirksarzt untersucht, und von demselben über dessen Reife ein Befundschein ausgestellt werde, der dem betreffenden Gerichtspräsidenten einzusenden ist. Auch *Ury* stellt diese Einrede, auf wenn diessfalls ein „erheblicher“ Widerspruch vorhanden ist. — Dagegen gilt diese Einrede nach *schwyerischem* Rechte nicht. — *Nidwalden* dagegen kennt die Einrede, ohne sie jedoch näher zu präzisiren. — Die Gesetze für *Obwalden*, *Zug*, *Glarus*, *Graubünden*, *Schaffhausen* und für *Baselstadt* enthalten dagegen keine Bestimmungen über diese Einrede.

f) *Widerspruch der Klägerin in der Angabe des Schwängers.* Das *luzernische* Gesetz nahm diese Einrede auf, ohne anzugeben, wo ein solcher Widerspruch stattfinden müsse, ob nur vor Behörde, oder auch nur vor andern Personen. Auch *Ury* huldigt dem gleichen Grundsatz, falls nicht bewiesen ist, dass sie zur falschen Angabe von Seite des Schwängers durch Drohung oder Hinterlist verleitet worden. — Das *schwyzerische* Gesetz dagegen kennt diese Einrede nicht. — In *Nidwalden* gelten die gleichen Bestimmungen wie in *Ury*. — In *Obwalden* gilt die Einrede nur, wenn der Widerspruch in den Angaben vor amtlicher Stelle stattgefunden. *Zug* nahm diese Einrede gar nicht auf, dagegen *Glarus*, *Graubünden*, *Schaffhausen*, und zweifelsohne auch *Baselstadt* ³¹⁾ und *Freiburg*.

g) *Unsittlichkeit der Klägerin.* Wie einzelne Kantone die Unsittlichkeit der Klägerin als eine peremptorische Einrede gegen die Einlassung auf die Klage gestatten, nehmen die Kantone *Luzern*, *Uri*, *Schwyz*, *Nidwalden*, *Obwalden*, *Zug*, *Glarus*, *Graubünden*, *Schaffhausen*, *Baselstadt* und *Freiburg* die nachgewiesene Unsittlichkeit der Klägerin als eine Einrede gegen den Bekräftigungseid an.

Dass dieses letztere Verfahren in formeller Beziehung kaum zu rechtfertigen ist, leuchtet ein. Denn einmal diese Zwischenfragen entschieden, ist für das Haupturtheil eine unter allen Umständen massgebende Präjudiz gegeben. Juristisch richtiger

wäre von daher in's Hauptverfahren gar nicht einzutreten, bevor diese entscheidende Frage erledigt wäre.

Sodann walten in den verschiedenen Gesetzgebungen über das, was zu dem Begriffe Unsittlichkeit gehöre, die verschiedensten Ansichten, und zweifelsohne noch viel mehr in den Gerichtssälen selbst, da die Gesetze durchgängig hierüber sehr kurz oder sehr zweifelhaft redigirt sind.

Das *luzernerische* Gesetz führt nur zwei Spezialitäten für Annahme der Unsittlichkeit an: nämlich die zweimalige ausser-eheliche Niederkunft und Gestattung des Beischlafes mehrerer Mannspersonen, ohne dabei andere Thatsachen auszuschliessen und die fernere Interpretation des Wortes „unsittlichen Lebenswandel dem Richter überlassend.

Das *urnerische* Gesetz nimmt die Unsittlichkeit an, wenn die Geschwächte einen „ausschweifenden, liederlichen“ Lebenswandel geführt oder Zwei oder Mehrere beim Gerichtspräsidenten als Vater angiebt. Das Gesetz für den Kanton *Schwyz* adoptirte diese Einrede nur insoweit, als die Klägerin nachgewiesenermassen zwei oder mehreren Mannspersonen den Beischlaf gestattete; aber auch dann noch mit der Beschränkung, dass die Zeitpunkte des Beischlafes so nahe aneinander seien, um einen begründeten Zweifel über den wahren Vater zu erregen. *Niedwalden* stellt im Allgemeinen eine zweimalige aussereheliche Niederkunft als Grund für Annahme der Unsittlichkeit hin. Hat jedoch die Klägerin sonst einen unbescholtenen Lebenswandel geführt, kann ihr nach dem Ermessen des Gerichtes auch nach der zweiten Niederkunft der Eid noch gestattet werden. Als einen fernern Beweis für die Unsittlichkeit wird angenommen, ein nachgewiesener ausschweifender Lebenswandel oder wichtige Anklagen gegen ihre Person. Der nachgewiesene Umgang mit mehreren Mannspersonen unterliegt auch hier der bei *Schwyz* angeführten Beschränkung. Dem Wesen nach die gleichen gesetzlichen Bestimmungen für den Nachweis der Unsittlichkeit wie in *Niedwalden*, bestehen

in *Obwalden*. Dagegen nimmt *Zug* nur eine zweimalige ausser-eheliche Schwangerschaft und Bestrafung wegen Ehebruchs an. In *Glarus* gilt zweimalige Schwangerschaft, unsittlicher Lebenswandel und Gestattung des Beischlafes mehreren Mannspersonen als Beweis für die Unsittlichkeit. Im Kanton *Graubünden* muss für Annahme der Unsittlichkeit nachgewiesen sein, dass die Klägerin während dieser Zeit mit andern Mannspersonen unerlaubten Umgang gepflogen oder sich überhaupt als eine öffentlich verschrieene Weibsperson aufgeführt hat. Im Kanton *Schaffhausen* beweist der Umstand, dass die Klägerin zum zweitenmale ausser-ehelich niedergekommen oder einen schlechten Leumund geniesst, die Unsittlichkeit, welche die Befähigung zur Eidesablegung ausschliesst. Im Kanton *Solothurn* gilt Umgang mit mehreren Mannspersonen oder auch nur dringender Verdacht desselben und Abstrafung als öffentliche Dirne als Grund für Annahme der Unsittlichkeit, währenddem das *freiburgische* Gesetz nur ein „ausschweifendes, ärgerliches Leben voraussetzt³²⁾.

h) *Kriminelle Bestrafung der Klägerin*. Ist die Klägerin kriminell abgestraft, hat sie auch ihre bürgerliche Ehre eingebüsst. Von daher gestatten die Gesetze von *Luzern*, *Uri*, *Niedwalden*, *Obwalden*, *Zug*, *Glarus* und *Schaffhausen* in einem solchen Falle den Beweiseid der Klägerin nicht.

i) *Geistiges Unvermögen der Klägerin*. Diese Einrede, obwohl gegen die Begründetheit derselben kaum etwas eingewendet werden könnte, findet sich nur im *urnerischen*, *niedwaldnerischen* und *solothurnischen* Gesetzbuche.

Schliesslich müssen wir noch erwähnen, dass nach dem *urnerischen* Gesetze in den Fällen, in denen die Klägerin wegen nicht gehöriger Anzeige, wegen entehrender Strafe, wegen Abgang geistigen Vermögens oder Unsittlichkeit der Erfüllungseid und dem Beklagten der Reinigungseid nicht kann anvertraut werden, die Gerichte dennoch den Beklagten zu Beiträgen an die Unterhaltung des Kindes verurtheilen können,

was auch zu geschehen hat, wenn die Klägerin mehreren Mannspersonen den Beischlaf in einem Zeitpunkt gestattete, wodurch ein Zweifel über den Vater begründet wird³³⁾. In Schaffhausen hebt der Tod des Kindes die Befähigung der Klägerin zur Ablegung des Eides auf.

Dieses nun sind die Einreden, welche die Gesetze gegen Abschwörung des Erfüllungseides aufstellen; gehen wir nun nach Darstellung dieser Rechtsmaterie zum Reinigungseide des Beklagten über.

1) Das preussische Landrecht, das den Erfüllungseid auch gestattet, stellt dabei als Grundsätze auf, dass wenn die Klägerin einen unbescholtenen Lebenswandel geführt, ein vertrauter Umgang nachgewiesen, der Beklagte von der Art sei, dass man sich bei demselben der verübten Schwängerung versehen könne, sei der Erfüllungseid zu gestatten. — §. 1108. Das Gleiche gelte in den Fällen, in denen sich der Beklagte einer unzüchtigen Vertraulichkeit mit der Klägerin gerühmt habe.

2) Bürgerl. Gesetz §. 91 a.

3) §. 19 a. a. O.

4) Bürgerl. Gesetz §. 105 a.

5) Art. 6 a. a. Orte.

6) Art. 6 a. a. Orte.

7) Bürgerl. Gesetz §. 288 Nr. 4.

8) Bürgerl. Gesetz §. 223.

9) Art. 10 des angef. Gesetzes.

10) Am angef. Orte.

11) Art. 6 des angef. Gesetzes.

12) Art. 6 am angef. Orte.

13) Am angef. Orte.

14) Am angef. Orte.

15) Wir können nicht umhin, hier auf die Unbestimmtheit dieser Begriffe hinzuweisen, welche ganz geeignet sind, das Recht vollständig dem Ermessen des Richters zu überliefern. Insbesondere ist die angeführte graubündnerische Verordnung ein Meisterstück der allerunbestimmtesten Begriffsbestimmungen.

16) Bürgerl. Gesetz §. 91 c.

17) Am angef. Orte, §. 3.

18) §. 19 a. am angef. Orte.

¹⁹⁾ Bürgerl. Gesetz §. 105 a.

²⁰⁾ Art. 7 b. a. a. O.

²¹⁾ §. 10 a. a. O.

²²⁾ Bürgerl. Gesetz §. 289. 8.

²³⁾ Gegen die Richtigkeit dieser Einrede wird sich schwer etwas einwenden lassen; allein in praktischer Beziehung hat sie seltenen Werth, schon aus dem Grunde, weil sie wenige vorschützen können, von diesen die meisten sie nicht vorschützen würden, und die That-
sache der Unfähigkeit, selbst ausgenommen bei einer theilweisen Verstümmelung, höchst schwierig nachzuweisen wäre.

²⁴⁾ Bürgerl. Gesetz §. 91.

²⁵⁾ §. 9 des angef. Gesetzes.

²⁶⁾ §. 19 des angef. Gesetzes.

²⁷⁾ Bürgerl. Gesetz §. 105.

²⁸⁾ Art. 7 des angef. Gesetzes.

²⁹⁾ §. 10 des angef. Gesetzes.

³⁰⁾ In Luzern, wie in den andern Kantonen befinden sich diese Bestimmungen in den sub. Lit. c angeführten Gesetzesstellen, wesshalb wir die Quellen bei Fortsetzung dieses Paragraphs nur bei vorkommenden Ausnahmen wiederholten.

³¹⁾ Das Ehegericht hat über die frühere Aufführung beider Parteien sorgfältige Erkundigung einzuziehen, und wird demnächst nach deren Ergebniss und nach der grössern Stärke der Verdachtsgründe entweder der Klägerin den Erfüllungseid oder dem Beklagten den Reinigungseid auflegen. Findet aber der Richter es bedenklich, der einen wie der andern Partei den Eid aufzulegen, so ist die Klägerin mit ihrer Klage abzuweisen, §§. 94 und 95 der Ehegerichtsordnung.

³²⁾ Das preussische Landrecht nimmt die Unsittlichkeit an im Falle ein Beischlaf mit einem Andern vorliegt, und Besuch verdächtiger Häuser ohne Beruf nachgewiesen ist. Solche, welche mehrmal an einsamen Orten mit verdächtigen Personen angetroffen wurden, oder sich unanständige oder freche Reden, Geberden oder Handlungen zur Gewohnheit gemacht, sind ebenfalls als unsittliche Personen anzusehen. §§. 1114, 1115, 1116 und 1117 des Landrechtes.

³³⁾ Angef. Gesetz §. 6. — Bezüglich aller dieser Einreden, wolle man nicht übersehen, dass in einzelnen Kantonen, in denen der Maternitätsgrundsatz gilt, wie namentlich in den Kantonen Aargau, Zürich und Bern, diese Einreden gegen die Einlassung auf die Klage können geltend gemacht werden. Vergleiche oben §. 29.

§. 34.

Vom Reinigungseide.

Wenn der einer Partei auferlegte Beweis unvollständig ausgefallen, so kann der Richter nach der römischen Rechtslehre der Gegenpartei den Reinigungseid überbinden. Strengrechtlich müsste in einem solchen Falle immer eine Losprechung jenes Theiles, gegen den die eingeklagten That-sachen nicht vollständig bewiesen wurden, erfolgen, weil die *condemnatio* eine volle juristische Ueberzeugung voraussetzt; allein man unterschied zwischen einem gänzlich misslungenen und einem unvollständigen Beweise, setzte beide nicht auf die gleiche Linie und gestattete für den letztern das *juramentum purgatorium* ¹⁾.

Dieses Beweismittel in bestimmt umschriebenen Fällen ist auch in einzelne schweizerische Vaterschafts- und Alimentationsprozesse aufgenommen worden, und zwar der Natur der Sache nach sowohl in den Kantonen, in denen der Maternitäts- und in solchen, in denen der Paternitätsgrundsatz gilt.

Wir treffen dieses Beweismittel in den Gesetzen der Kantone Bern, Uri, Graubünden, Schaffhausen, Baselstadt, Basel-land und Freiburg an ²⁾.

Nach dem *bernerischen* Gesetze ³⁾ kann das Amtsgericht dann dem Beklagten den Reinigungseid auflegen, wenn nach den Parteiverhandlungen dasselbe noch Zweifel über die Schuld oder Unschuld des Beklagten hat.

Das *urnerische* Gesetz sagt, dass der Beklagte in den Fällen, in denen die Klägerin

- a) wegen nicht gehöriger Anzeige,
- b) wegen einer entehrenden Strafe,
- c) wegen Abgang geistigen Vermögens oder endlich
- d) wegen Unsittlichkeit

den Eid nicht leisten kann, aufgefordert werden muss, den Reinigungseid zu leisten, der mit üblicher Feierlichkeit in Anwesenheit des Ortspfarrers stattzufinden hat und darin besteht,

zu erhärten, dass er vom 10. bis zum 6. Monate vor der Geburt des Kindes keinen fleischlichen Umgang mit der Person gehabt habe. Im Falle der Beklagte selbst nicht eidesfähig ist, wird das Gericht durch angemessenen Untersuch und Confrontation sonst die Wahrheit zu ermitteln suchen⁴⁾.

Im Kanton *Graubünden*⁵⁾ ist der Reinigungseid nur dann gestattet, wenn der Beischlaf selbst widersprochen ist. Bei einem zugegebenen Beischlaffe kann der Reinigungseid gegen die Vaterschaftsklage nicht übertragen werden. In den Kantonen *Baselland*⁶⁾, *Schaffhausen*⁷⁾ und *Baselstadt*⁸⁾ hängt es einfach vom Ermessen des Richters ab, ob er den Erfüllungseid der Klägerin oder aber den Reinigungseid dem Beklagten auflegen wolle. Im Kanton *Freiburg*⁹⁾ ist der Reinigungseid nur zulässig, wenn wegen gesetzlichen Exceptionen der Erfüllungseid von der Klägerin nicht geleistet werden kann, und auch dann hat der Beklagte noch das Recht, diesen Letztern zu verlangen und sich so auf diese Weise der Eidespflicht zu entbinden.

¹⁾ V. Bayr a. angef. Orte S. 538.

²⁾ Auch das preussische Landrecht gestattet den Reinigungseid des Beklagten. §§. 1104 bis 1106. — Ebenso das österreichische Gesetzbuch, welches den Erfüllungseid wie den Reinigungseid aufgenommen. Vergleiche Gette, S. 185 Note 322.

³⁾ Bürgerl. Gesetz §. 194.

⁴⁾ §. 8 des angef. Gesetzes.

⁵⁾ Art. 6 a. angef. Orte.

⁶⁾ Vergleiche Ehegerichtsordnung, Art. 21 §. 6. Das Gesetz zählt hier speziell den Eall auf; wenn die Klägerin von ihren ersten Angaben abgegangen, in welchem Falle der Erstangegebene frei wird, dagegen der Letztangegebene den Reinigungseid zu schwören hat, falls er seine Unschuld nicht auf andere Weise darthun kann, und Muthmassungen für die Richtigkeit seiner Angaben vorhanden sind.

⁷⁾ Ehegesetz §. 205.

⁸⁾ §. 94 a. angef. Orte.

⁹⁾ Bürgerl. Gesetz §. 223.

Während dem Drucke dieser Bogen wurde auch in Appenzell Inner-Rhoden die Legitimation durch nachfolgende Ehe angenommen. Landsgemeindbeschluss vom 29. April 1860. Sie gilt nun in allen Kantonen, mit Ausnahme des Kantons Schwyz. Vergleiche Bericht des Bundesrathes über seine Geschäftsführung für das Jahr 1859.

Beitrag zur Statistik
der
ausserehelichen Kinder
in
der Schweiz.

		per 100 Ehel.
1. Basel	1100	14.21
2. Zürich	1000	14.79
3. Appenzel A. Od.	1100	10.80
4. Kanton Bern	1000	8.11
5. Glarus	1000	1.67
6. Appenzel A. Od.	1000	3.60
7. Thurgau	1000	4.00

I. Uebersicht

der Geburten und der unehelichen Kinder in der Schweiz nach der Durchschnittszahl berechnet, für die Jahre 1850, 1851 und 1852.

	Kantone.	Geburten.	Uneheliche.	per 100 Ehel.
1.	Bern	14539	1047	7,2
2.	Zürich	7430	358	4,8
3.	Luzern	3354	325	9,7
4.	Glarus	1137	20	1,8
5.	Zug	467	18	3,9
6.	Freiburg	2763	186	6,8
7.	Baselstadt	769	25	3,3
8.	Baselland	1627	84	5,2
9.	Schaffhausen	1125	75	6,7
10.	Appenzell A.-Rh.	1488	62	4,2
11.	Appenzell I.-Rh.	421	19	4,5
12.	Graubünden	2226	59	2,6
13.	Aargau	6165	390	6,11
14.	Thurgau	2715	118	4,4
15.	Waadt	5265	262	5,0
16.	Neuenburg	2251	93	4,1
17.	Genf	1288	107	8,3

II. Uebersicht

der Geburten und der unehelichen Kinder in zwölf Kantonen der Schweiz für das Jahr 1853.

	Kantone.	Geburten.	Uneheliche.	per 100 Ehel.
1.	Bern	13543	1012	4,3
2.	Zürich	7433	319	4,29
3.	Luzern	3131	339	10,82
4.	Niedwalden	257	8	3,11
5.	Glarus	1080	17	1,57
6.	Appenzell A.-Rh.	1521	56	3,60
7.	Thurgau	2589	115	4,05

	Kantone.	Geburten.	Uneheliche.	per 100 Ehel.
8.	Aargau	5797	338	5,83
9.	Baselland	1575	55	3,42
10.	Baselstadt	746	22	2,94
11.	Freiburg	2540	221	8,70
12.	Genf	1475	100	6,77

III. Uebersicht

der Geburten und unehelichen Kinder in der Schweiz für 1854.

	Kantone.	Geburten.	Uneheliche.	per 100 Ehel.
1.	Bern	13258	1170	8,86
2.	Zürich	7251	383	5,40
3.	Luzern	3019	344	11,41
4.	Niedwalden	284	11	3,87
5.	Obwalden	284	8	3,16
6.	Zug	484	17	3,32
7.	Glarus	1055	19	1,80
8.	St. Gallen	4679	239	5,10
9.	Appenzell I.-Rh.	469	17	3,62
10.	Appenzell A.-Rh.	1554	66	4,24
11.	Thurgau	2312	116	5,01
12.	Aargau	5348	301	5,62
13.	Baselstadt	814	33	4,05
14.	Baselland	1561	81	5,18
15.	Freiburg	2410	195	8,09
16.	Waadt	4848	263	5,42
17.	Genf	1522	112	7,42

IV. Uebersicht

der Geburten und unehelichen Kinder in der Schweiz für 1855.

	Kantone.	Geburten.	Uneheliche.	per 100 Ehel.
1.	Bern	12326	892	7,18
2.	Zürich	7001	364	5,19
3.	Luzern	2716	306	11,30
4.	Niedwalden	231	12	5,15
5.	Obwalden	237	11	4,64
6.	Zug	429	10	2,34
7.	Glarus	961	18	1,80
8.	St. Gallen	4657	244	5,23
9.	Appenzell I.-Rh.	433	19	4,39
10.	Appenzell A.-Rh.	1413	44	3,11

	Kantone.	Geburten.	Uneheliche.	per 100 Ehel.
11.	Thurgau	2392	116	4,84
12.	Schaffhausen	1081	74	6,85
13.	Aargau	4795	309	6,40
14.	Solothurn	129	11	8,52
15.	Baselstadt	806	19	2,35
16.	Baselland	1447	76	5,25
17.	Neuenburg	3391	90	2,65
18.	Freiburg	2380	178	7,47
19.	Waadt	4773	272	4,74
20.	Genf	1398	105	7,01

V. Uebersicht

der Geburten und unehelichen Kinder in der Schweiz von 1856.

	Kantone.	Geburten.	Uneheliche.	per 100 Ehel.
1.	Bern	14255	949	6,65
2.	Zürich	7455	471	3,40
3.	Luzern	3090	383	12,07
4.	Niedwalden	283	15	5,30
5.	Obwalden	295	14	4,71
6.	Zug	476	21	4,62
7.	Glarus	1155	16	1,38
8.	St. Gallen	5236	260	4,96
9.	Appenzell I.-Rh.	435	10	2,29
10.	Appenzell A.-Rh.	1616	56	3,09
11.	Thurgau	2623	131	4,99
12.	Aargau	5534	412	7,44
13.	Solothurn	1146	112	9,67
14.	Baselstadt	894	18	2,01
15.	Baselland	1745	99	5,88
16.	Neuenburg	2675	137	5,12
17.	Freiburg	2754	250	9,80
18.	Waadt	5319	275	5,17
19.	Genf	1749	132	4,54

VI. Uebersicht

der ehelichen und ausserehelichen Geburten in der Schweiz
vom Jahre 1857.

	Kantone.	Geburten.	Uneheliche.	per 100 Ehel.
1.	Bern	14135	1170	8,27
2.	Zürich	7433	319	4,29

	Kantone.	Geburten.	Uneheliche.	per 100 Ehel.
3.	Luzern	3088	463	14,99
4.	Niedwalden	280	12	4,28
5.	Obwalden	243	12	4,93
6.	Zug	464	14	3,02
7.	Glarus	1200	15	1,25
8.	St. Gallen	5341	259	4,84
9.	Appenzell A.-Rh.	1664	54	3,24
10.	Appenzell I.-Rh.	483	16	3,31
11.	Thurgau	2589	146	5,64
12.	Schaffhausen	1116	69	6,18
13.	Aargau	5824	504	8,65
14.	Baselstadt	875	26	2,97
15.	Baselland	1709	126	7,37
16.	Solothurn	1356	156	11,50
17.	Neuenburg	2682	142	5,29
18.	Freiburg	2343	268	11,43
19.	Waadt	5189	311	5,99
20.	Genf	1578	132	8,36
21.	Wallis	2610	86	3,29

VII. Uebersicht

der ehelichen und unehelichen Geburten in der Schweiz vom
Jahre 1858.

	Kantone.	Geburten.	Uneheliche.	per 100 Ehel.
1.	Bern	15178	1205	7,93
2.	Zürich	7764	384	4,94
3.	Luzern	3202	520	16,23
4.	Niedwalden	276	12	4,35
5.	Obwalden	317	20	6,30
6.	Zug	533	18	3,37
7.	Glarus	1333	31	2,32
8.	St. Gallen	5706	321	5,62
9.	Appenzell A.-Rh.	1640	70	4,33
10.	Appenzell I.-Rh.	490	16	3,26
11.	Thurgau	2642	129	4,88
12.	Schaffhausen	1136	97	8,53
13.	Aargau	6051	574	9,48
14.	Baselstadt	882	19	2,15
15.	Solothurn	2031	222	10,93

	Kantone.	Geburten.	Uneheliche.	per 100 Ehel.
16.	Neuenburg	2975	187	6,28
17.	Freiburg	2769	133	4,76
18.	Waadt	5324	327	6,14
19.	Genf	1693	127	7,05

VIII. Uebersicht

der ehelichen und ausserehelichen Geburten in einigen Kantonen der Schweiz vom Jahr 1859.

	Kantone.	Geburten.	Uneheliche.	per 100 Ehel.
1.	Bern	16148	1313	8,01
2.	Zürich	7935	412	5,19
3.	Luzern	3088	463	14,92
4.	Niedwalden	333	15	4,50
5.	Obwalden	313	15	4,74
6.	Zug	528	24	4,54
7.	Glarus	1372	39	2,84
8.	St. Gallen	5937	328	5,52
9.	Appenzell A.-Rh.	1769	70	3,95
10.	Appenzell I.-Rh.	524	22	4,19
11.	Schaffhausen	1144	77	6,72
12.	Aargau	6381	571	8,94
13.	Neuenburg	3173	180	5,67
14.	Freiburg	3159	265	8,39
15.	Genf	1903	143	7,51

IX. Uebersicht

der Geburten und ausserehelichen Kinder in den einzelnen Hauptorten der Schweiz, durchschnittlich berechnet für 1850, 1851 und 1852.

	Kantonshauptorte.	Geburten.	Uneheliche	per 100 Ehel.
1.	Bern	825	196	23,7
2.	Luzern	236	24	10,2
3.	Glarus	194	2	1,10
4.	Zug	81	2	2,0
5.	Freiburg	241	33	13,6
6.	Baselstadt	704	20	3,0
7.	Liestal	97	8	8,2
8.	Schaffhausen	175	16	7,7
9.	Herisau	285	9	3,2
10.	Neuenburg	219	15	6,9
11.	Genf	671	71	10,6

X. Uebersicht

der Zahl der unehelichen Kinder, zusammengestellt aus einzelnen Kantonen, in denen der Paternitäts- oder Maternitäts-Berechnungsgrundsatz galt, nach der durchschnittlichen Anzahl für 1850, 1851 und 1852.

Maternitätsgrundsatz.

Kantone.	Geburten.	Uneheliche.	per 100 Ehel.
1. Bern	7430	358	4,8
2. Neuenburg	2251	93	4,1
3. Genf	1288	107	8,3
4. Aargau	6165	390	6,11
5. Baselstadt	769	25	3,3
6. Schaffhausen	1125	75	6,7
7. Appenzell A.-Rh.	1488	62	4,2

Paternitätsgrundsatz.

1. Luzern	3354	325	9,7
2. Glarus	1137	20	1,8
3. Zug	467	2	2,0
4. Graubünden	2226	59	2,6
5. Freiburg	2763	186	6,8
6. Appenzell I.-Rh.	1488	62	4,2
7. Waadt	5265	262	5,
8. Thurgau	2715	118	4,4

XI. Uebersicht

der ehelichen und unehelichen Geburten in der Schweiz, von den Jahren 1854, 1855 und 1856 zusammengerechnet.

Kantone.	Geburten.	Uneheliche.	per 100 Ehel.
1. Bern	39839	2817	7,57
2. Zürich	21607	1218	6,63
3. Luzern	8825	1033	11,70
4. Niedwalden	798	38	4,88
5. Obwalden	816	33	4,04
6. Zug	1389	48	3,45
7. Glarus	2171	53	1,67
8. St. Gallen	14572	743	5,09
9. Appenzell I.-Rh.	1337	46	3,73
10. Appenzell A.-Rh.	4583	166	3,51

	Kantone.	Geburten.	Uneheliche.	per 100 Ehel.
11.	Thurgau	7327	363	4,94
12.	Schaffhausen	1081	74	6,84
13.	Aargau	15677	1022	6,59
14.	Solothurn	1275	123	9,64
15.	Baselstadt	2514	70	2,74
16.	Baselland	4753	256	5,26
17.	Neuenburg	6066	227	3,74
18.	Freiburg	7544	623	8,25
19.	Waadt	14940	812	5,09
20.	Genf	4669	349	7,43
21.	Wallis	2630	86	3,30

XII. Uebersicht

über das Verhältniss der ausserehelichen Geburten in einigen Kantonen zwischen der Anfangs- und Mittelperiode dieses Jahrzehntes.

per 100 Eheliche, durchschnittlich berechnet.

	1850, 1851 u. 1852.	1854, 1855 u. 1856.
1. Bern	7,2	7,57
2. Zürich	4,8	5,63
3. Luzern	9,7	11,70
4. Glarus	1,8	1,67
5. Zug	3,9	3,45
6. Freiburg	6,8	8,25
7. Baselstadt	3,3	2,74
8. Baselland	5,2	5,26
9. Schaffhausen	6,7	6,84
10. Appenzell A.-Rh.	4,2	3,51
11. Appenzell I.-Rh.	4,5	3,73
12. Graubünden	2,6	—
13. Aargau	6,11	6,59
14. Thurgau	4,4	4,94
15. Waadt	5,0	5,09
16. Neuenburg	4,1	3,74
17. Genf	8,3	7,43

XIII. Uebersicht

der unehelichen Kinder in der Schweiz, geordnet nach der Grösse der Anzahl in Prozenten berechnet. 1854, 1855 und 1856.

1. Luzern	pr. 100 Ehel.	11,70	Unehel.
2. Solothurn	"	9,64	"
3. Freiburg	"	8,25	"
4. Bern	"	7,57	"
5. Genf	"	7,43	"
6. Aargau	"	6,59	"
7. Zürich	"	5,63	"
8. Baselland	"	5,26	"
9. Waadt	"	5,09	"
10. St. Gallen	"	5,09	"
11. Thurgau	"	4,94	"
12. Niederwalden	"	4,88	"
13. Obwalden	"	4,04	"
14. Neuenburg	"	3,74	"
15. Appenzell A. - Rh.	"	3,51	"
16. Zug	"	3,45	"
17. Appenzell I. - Rh.	"	3,43	"
18. Wallis	"	3,30	"
19. Baselstadt	"	2,74	"
20. Glarus	"	1,67	"

XIV. Uebersicht.

Vergleichende Uebersicht einzelner Kantone, in denen der Maternitäts- oder Paternitätsgrundsatz gilt, nach den Resultaten der Zahl der unehelichen Kinder in den Jahren 1854, 1855 und 1856 zusammengerechnet.

a) Maternitätsgrundsatz :

1. Solothurn	9,64
2. Bern	7,57
3. Genf	7,43
4. Aargau	6,59
5. Zürich	5,63
6. Waadt	5,09
7. St. Gallen	5,09
8. Neuenburg	3,74
9. Appenzell A. - Rh.	3,51
10. Baselstadt	2,74

b) Paternitätsgrundsatz :

1.	Luzern	11,70
2.	Freiburg	8,25
3.	Thurgau	4,94
4.	Niedwalden	4,88
5.	Obwalden	4,04
6.	Appenzell I. - Rh.	3,43
7.	Wallis	3,30
8.	Glarus	1,67

XV. Uebersicht

der Anzahl der unehelichen Kinder im Verhältniss zur Bevölkerung in einzelnen Kantonen, nach der Volkszählung von 1850 und auf je 1000 Einwohner berechnet, nach den Resultaten des Jahres 1857.

	Kanton.	Einwohner.	Unehel. Kinder.	per 1000 Einw.
1.	Luzern	131,280	463	3,48
2.	Freiburg	99,891	268	2,68
3.	Baselland	47,885	126	2,63
4.	Bern	458,301	1170	2,55
5.	Aargau	199,852	504	2,52
6.	Genf	64,146	132	2,05
7.	Neuenburg	70,753	142	2,
8.	Schaffhausen	35,300	69	1,95
9.	Thurgau	88,908	146	1,64
10.	Waadt	199,575	311	1,55
11.	St. Gallen	169,625	259	1,53
12.	Appenzell I. - Rh.	11,272	16	1,41
13.	Zürich	250,698	319	1,27
14.	Appenzell A. - Rh.	43,621	54	1,23
15.	Wallis	81,559	86	1,05
16.	Niedwalden	11,339	12	0,89
17.	Baselstadt	29,698	26	0,87
18.	Obwalden	13,783	12	0,86
19.	Zug	17,461	14	0,80
20.	Glarus	30,213	15	0,49

der Bewegung bezüglich der Anzahl der unehelichen Kinder in der Schweiz von 1850 bis 1859 in Prozenten berechnet.

[illegible]

XVII. Uebersicht.

Vergleichende Uebersicht zwischen den Resultaten der schweizerischen Statistik und denjenigen einiger ausländischen Städte und Staaten in der neuesten Zeit.

	Zeitraum.	Unehel. nach Proz.
1. Wien	1851	52,01
2. München	1850/51	49,16
3. Stockholm	1854	43,87
4. Paris	1857	34,61
5. Steyermark	1851	25,77
6. Nürnberg	1850/51	23,82
7. Bayern, Königreich	1850/51	21,14
8. Braunschweig, Herzogth.	1851/53	20,04
9. Mecklenburg-Schwerin	1855	19,21
10. Kassel	1847	19,—
11. Mecklenburg-Strelitz	1854/55	18,09
12. Baden, Grossherzogth.	1853/55	18,—
13. Lübeck	1852	14,94
14. Hessen-Darmstadt	1821/43	14,92
15. Böhmen	1851	14,51
16. Sachsen, Königreich	1852	14,20
17. Berlin	1854	14,17
18. Mähren	1851	13,44
19. Hamburg	1852	12,89
20. Curhessen	1847	12,60
21. Württemberg	1851/52	12,37
22. Luzern, Kanton	1854/56	11,70
23. Hannover	1853	10,16
24. Solothurn, Kanton	1854/56	9,64
25. Genf, Stadt	1856	9,17
26. Schweden	1854	9,10
27. Oesterreich, Monarchie, ohne Banat, Kroatien u. Serbien	1851	8,95
28. Freiburg, Kanton	1854/56	8,25
29. Bern, Kanton	1854/56	7,57
30. Preussen, Königreich	1851/55	7,53
31. Belgien	1841/50	7,44
32. Genf, Kanton	1854/56	7,43
33. Frankreich	1852/54	7,37

		Zeitraum.	Unehel. nach Proz.
34.	Holstein, Lauenburg .	1835/39	7,28
35.	Tyrol und Vorarlberg .	1851	6,92
36.	Schaffhausen, Kanton .	1854/55	6,84
37.	England .	1857	6,50
38.	Zürich, Kanton .	1854/56	5,63
39.	Oldenburg, Grossherzogth.	1854	5,60
40.	Baselland . .	1854/56	5,26
41.	Waadt . .	1854/56	5,09
42.	St. Gallen, Kanton .	1854/56	5,09
43.	Holland . .	1841/50	5,02
44.	Thurgau . .	1854/56	4,95
45.	Niedwalden . .	1854/56	4,85
46.	Obwalden . .	1854/56	4,04
47.	Neuenburg . .	1854/56	3,74
48.	Appenzell A.-Rhoden .	1854/56	3,51
49.	Zug, Kanton . .	1854/56	3,45
50.	Appenzell I.-Rhoden .	1854/56	3,43
51.	Wallis . .	1854/56	3,30
52.	Siebenbürgen . .	1851	3,21
53.	Limburg, Herzogthum .	1853	3,20
54.	Baselstadt, Kanton .	1854/56	3,14
55.	Lombardei . .	1841/50	3,06
56.	Glarus, Kanton .	1854/56	1,67

I.

Noten zu den Uebersichten.

Bern. Die Angaben für die Tabellen entnahmen wir aus den jährlichen Verwaltungsberichten der dortigen Regierung an den Grossen Rath, welche das hieher Bezügliche bis zum Jahre 1852 zurück enthalten. Der Verwaltungsbericht von 1849 nahm sodann eine Zusammenstellung von 1817 bis 1846 auf. — Im Verwaltungsberichte von 1814 bis 1830 finden sich interessante Angaben aus frühern Zeiten, sowie namentlich aus dem zweiten und dritten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts. Endlich enthalten die „Beiträge zur Statistik der Schweiz, IV“ eine genaue Zusammenstellung der Jahre 1850, 1851 und 1852. Die Angaben pro 1858 und 1859 verdanken wir den gefälligen Mittheilungen des Herrn Regierungspräsidenten Dr. Schenk in Bern. — Aus diesen Quellen führen wir folgende Einzelheiten an, die uns ein genaueres Licht über die bernerische Statistik bezüglich der unehelichen Kinder geben:

1724	hatte der Kanton Bern	46	ausserehel. Geburten,
1750	"	160	" "
1776	"	159	" "
1796	"	282	" "
1814	"	345	" "
1804	"	316	" "
1805	"	323	" "
1806	"	290	" "
1811	"	419	" "
1812	"	396	" "

Es wurden im Kanton Bern geboren:

1817—1820	42,075 Kinder,	2061 Uneheliche	= 4,89 Proz.
1821—1825	55,715 „	3081 „	= 5,53 „
1826—1831	59,248 „	3456 „	= 5,83 „
1840—1846	95,897 „	5620 „	= 5,86 „

Es fehlen zwar bis 1812 die Angaben über die Totalsumme der Geburten, allein dessenungeachtet lässt sich annäherungsweise auf die Grösse der Zunahme der unehelichen Kinder schliessen.

Im Jahre 1856 zählte Bern 499,129 Einwohner und wurden 3297 Ehen geschlossen. Die Anzahl der unehelichen Kinder war in den einzelnen Amtsbezirken sehr verschieden. Der Stadtbezirk hatte am meisten solcher Fälle, nämlich:

männliche	630
weibliche	533
zusammen	1163

Hievon waren uneheliche:

männliche	66
weibliche	73
zusammen	139

Dagegen stellt sich das Verhältniss im Jura, in welchem Landestheile französisches Recht gilt, viel günstiger. So hatte der Amtsbezirk Pruntrut im gleichen Jahre Geburten:

männliche	268
weibliche	292
zusammen	560

Von diesen waren uneheliche:

männliche	16
weibliche	30
zusammen	46

Um übrigens die Abweichungen in den verschiedenen Landestheilen mehr zu veranschaulichen, lassen wir hier bezüglich des Jahres 1856 eine Spezialtabelle folgen:

	Amtsbezirk.	Geborene männliche.	Geborene weibliche.	Unehel. männliche.	Unehel. weibliche.
1.	Aarberg	266	233	14	19
2.	Aarwangen	314	321	29	35
3.	Bern	630	533	66	73
4.	Biel	78	98	7	5
5.	Büren	115	106	10	5
6.	Burgdorf	361	337	35	27
7.	Courtelary	378	344	11	10
8.	Delsberg	173	154	12	8
9.	Erlach	83	68	3	5
10.	Fraubrunnen	161	142	15	10
11.	Freibergen	196	146	8	7
12.	Frutigen	158	132	6	4
13.	Interlaken	308	302	11	17
14.	Konolfingen	360	348	27	26
15.	Laufen	76	63	4	3
16.	Laupen	144	127	14	7
17.	Münster	173	164	12	7
18.	Neuenstadt	55	52	2	2
19.	Nidau	158	142	12	7
20.	Oberhasle	90	99	4	8
21.	Saanen	69	61	4	3
22.	Schwarzenburg	138	148	18	12
23.	Seftigen	291	246	14	22
24.	Pruntrut	268	292	16	30
25.	Signau	206	209	30	26
26.	Ober-Simmenthal	114	103	6	11
27.	Nieder-Simmenthal	132	137	5	7
28.	Thun	350	294	25	30
29.	Trachselwald	314	299	34	27
30.	Wangen	257	269	21	21

Bezüglich der ungünstigen Stellung des Amtsbezirkes Bern macht der Herausgeber der „Beiträge zur Statistik der Schweiz“ auf den Umstand aufmerksam, dass daselbst seit Errichtung der Hochschule auch ein allgemeines Gebärdhaus bestehe.

Zürich. Die statistischen Angaben entnehmen wir für 1850—52 der „Statistik der Schweiz“, und für die spätern

Jahre einer uns gütigst durch Herrn Hirzel-Schinz mitgetheilten Abschrift der auf der Kanzlei des Gesundheitsrathes in Zürich liegenden Tabellen.

Zur Vervollständigung lassen wir hier noch für die Jahre 1852 bis und mit 1857 die Statistik der Stadt Zürich folgen, worin nur die Stadt selbst und die in dieselbe kirchgenössigen Ausgemeinden mit 26,576 Seelen, nicht aber der Bezirk Zürich mit 48,802 Seelen inbegriffen ist.

	1852.		1853.		1854.		1855.		1856.		1857.	
	Ehel.	Unedel.	Ehel.	Unedel.	Ehel.	Unedel.	Ehel.	Unedel.	Ehel.	Unedel.	Ehel.	Unedel.
St. Peter:												
Aussersihl												
Enge-Leimbach												
Wiedikon												
Grossmünster:	225	7	272	19	264	15	247	8	259	13	257	12
Fluntern												
Oberstrass												
Unterstrass												
Fraumünster:	79	1	59	3	89	3	90	5	97	3	83	8
Kathol. Gmde.:	284	12	259	10	257	13	226	18	258	18	257	14
	18	—	14	—	15	—	16	1	12	—	15	3
	52	24	Nicht erhältl.		54	43	44	51	55	51	62	48
	658	44	604	32	679	74	623	83	681	85	674	85

Bezüglich der ungünstigen Verhältnisse in der katholischen Gemeinde ist zu bemerken, dass diese Angaben für die Gemeinde selbst nicht massgebend sein können, da von den aufgezählten viele Geburten in andern Landgemeinden vorkamen. Allein im Allgemeinen lässt sich dennoch nicht verkennen, dass die Zahl der Unehelichen mit fast 50 Prozent eine enorm hohe ist.

Luzern. Als Quellen benutzten wir bis 1858 einen amtlichen Bericht des Regierungsrathes an den Gr. Rath, abgedruckt in den „amtlichen Verhandlungen“, Jahrgang 1858, Seite 185, und eine in den gleichen Verhandlungen abgedruckte Eingabe der luzernerischen Geistlichkeit an die Regierung, bezüglich Ueberhandnahme der Unsittlichkeit. Die

Resultate für 1859 verdanken wir der Gefälligkeit des Herrn Regierungsrathes Renward Meyer in Luzern.

Da wir nun in den angegebenen Tabellen nur eine neun-jährige Periode angegeben, lassen wir hier der Vollständigkeit wegen eine Tabelle von zweiundzwanzig Jahren folgen.

Im Kanton Luzern wurden geboren:

1837 geboren 3938 davon uneheliche 247 auf 1 unehel. 16 ehel.

1838	"	3939	"	"	254	"	1	"	16	"
1839	"	4081	"	"	253	"	1	"	16	"
1840	"	4216	"	"	255	"	1	"	16	"
1841	"	4310	"	"	276	"	1	"	16	"
1842	"	4332	"	"	280	"	1	"	15	"
1843	"	4329	"	"	213	"	1	"	20	"
1844	"	4061	"	"	226	"	1	"	18	"
1845	"	4026	"	"	234	"	1	"	17	"
1846	"	3804	"	"	242	"	1	"	16	"
1847	"	3286	"	"	188	"	1	"	17	"
1848	"	3689	"	"	266	"	1	"	14	"
1849	"	3760	"	"	343	"	1	"	11	"
1850	"	3614	"	"	356	"	1	"	10	"
1851	"	3174	"	"	307	"	1	"	10	"
1852	"	3275	"	"	311	"	1	"	11	"
1853	"	3131	"	"	339	"	1	"	9	"
1854	"	3019	"	"	345	"	1	"	9	"
1855	"	2716	"	"	306	"	1	"	9	"
1856	"	3090	"	"	383	"	1	"	8	"
1857	"	3088	"	"	463	"	1	"	6	"
1858	"	3202	"	"	520	"	1	"	6	"
1859	"	3088	"	"	463	"	1	"	7	"

Eine eigenthümliche Erscheinung im Kanton Luzern ist, dass die Stadt Luzern im Verhältniss zu den Landgemeinden sich nicht in das ungünstige Verhältniss wie andere Schweizerstädte, z. B. Bern, Genf und Zürich, stellt. So betraf es 1857 in der Gemeinde Altishofen auf 79 Geburten 21 ausser-eheliche, in Hergiswyl auf 68 Geburten 19, in Malters auf 96 19, in Reiden auf 59 19, in Triengen auf 56 13, in Sursee auf 47 13, in Entlibuch auf 48 Geburten 15 ausser-

eheliche Geburten. In der Stadt Luzern kamen in diesem Jahre auf 174 nur 35 solcher ausserehelicher Fälle.

Um wenigstens theilweise einen Schluss auf die Verhältnisse in früheren Zeiten ziehen zu können, entnehmen wir dem „katholischen Luzernerbieter von Pfarrer X. Herzog in Ballwyl, VI. Jahrgang, 1. Heft“, über die kleine Gemeinde Ballwyl, im Amte und Kreise Hochdorf gelegen, folgende Angaben:

In den Jahren

1756—1799	kamen auf 546 Geburten	1 uneheliche
1800—1806	„ „ 223	„ 4 „
1807—1820	„ „ 330	„ 18 „
1821—1831	„ „ 340	„ 34 „
1832—1841	„ „ 299	„ 22 „
1842—1856	„ „ 440	„ 18 „

In den Jahren 1671—1799, also während 128 Jahren, wurden von 1750 Geburten fünf uneheliche Kinder in der Gemeinde Ballwyl getauft. Hingegen sind in den letzten 56 Jahren von 1146 Kindern 96 aussereheliche getauft worden, was im ersten Zeitraum 1 auf 350, im letztern fast 11 Prozent ausmacht. Im Jahr 1857 hatte diese Gemeinde von 26 Geburten 3 aussereheliche, was beinahe 1 uneheliche auf 8 eheliche ausmacht.

Nach der bereits angeführten Eingabe der luzernerischen Geistlichkeit wurden im Amte Willisau von

1825—1835	1 uneheliches Kind auf 14 eheliche geboren,
1835—1845	1 „ „ „ 12 „ „ und
1845—1855	1 „ „ „ 8 „ „

welches Verhältniss annähernd mit unsern tabellarischen Angaben übereinstimmt.

Um einen Begriff über die Gemeindkosten bezüglich dieser ausserehelichen Kinder im Kanton Luzern, wo die obligatorische Armenunterstützungspflicht gesetzlich aufgestellt ist, zu bilden, entnehmen wir dem gleichen Gutachten Folgendes:

In einer Gemeinde mittlerer Grösse wurde 1830 nur 215, dagegen 1856 1286 Fr. für uneheliche Kinder verausgabt. In den letzten 25 Jahren wurden in dieser Gemeinde bezahlt:

a) Niederkunftskosten	Fr. 574. 67
b) Pflegelöhne für Uneheliche	„ 14,342. —
c) Arzneikosten	„ 984. 10
d) Gerichtskosten	„ 562. 74
e) Verschiedenes	„ 781. 10
Zusammen	Fr. 17,244. 61.

In einer andern Gemeinde, die 1831 für derlei Ausgaben nur 114 Fr. verwenden musste, musste 1854 hiefür 2249 Fr. bezahlt werden. Aus dem Tagebuch eines Waisenvogts entnimmt endlich die gleiche Eingabe, dass in einer Gemeinde für eine Weibsperson mit drei unehelichen Kindern Fr. 1382. 56 Rp., für eine andere mit ebenfalls drei unehelichen Kindern Fr. 1325. 19 Rp. und für einen illegitimen Burschen, der wieder drei uneheliche Kinder erzeugte, Fr. 2562 verausgabt wurden.

Bezüglich des Prozessverfahrens gibt Dr. C. Pfyffer im bereits angeführten Berichte folgende statistische Notizen:

Von 1848—1852 wurden in 1305 Fällen den Klägerinnen 577, den Beklagten dagegen 728 Kinder zugesprochen; von diesen erstern erfolgte die Zusprechung an die Klägerinnen in 255 Fällen, weil sie bereits mehr als einmal ausserehelich geboren; den Beklagten erfolgte die Zusprechung in 624 Fällen wegen Anerkennung, in 80 Fällen wegen dem abgelegten Beweiseide der Klägerin und endlich in 24 Fällen wegen Abwesenheit.

Nach einer amtlichen Zusammenstellung wurden in den Jahren 1849 bis und mit 1859 in Folge des im Kanton Luzern bestehenden Paternitätsgrundsatzes 81 uneheliche von Nichtluzernerinnen geborene Kinder Angehörigen des Kantons Luzern gerichtlich zugesprochen. Von diesen Letztern waren

10 Bürger im Amt Luzern, 16 im Amt Hochdorf, 19 im Amt Sursee, 15 im Amt Willisau und endlich 21 im Amt Entlibuch.

Niedwalden. Die statistischen Tabellen gehen bis auf 1853 zurück und finden sich im „Amtsblatte des Kantons Unterwalden Nied dem Wald“, Nr. 9, 1857. Für 1856 lassen wir hier eine Uebersicht nach den Pfarrgemeinden folgen:

Stans	geboren	118,	Uneheliche	3
Buochs	„	61	„	4
Beckenried	„	35	„	3
Wolfenschiessen	„	31	„	2
Ermetten	„	8	„	—
Hergiswyl	„	30	„	3

Obwalden. Die in den Tabellen angeführten Resultate entnehmen wir den amtlichen Mittheilungen des Herrn Land-schreiber Joseph Gasser. Es ergibt sich aus denselben, dass auch in diesem Kanton die Anzahl der unehelichen Kinder sich vermehrte.

Zug. Wir entnehmen die statistischen Angaben für diesen Kanton den amtlichen Mittheilungen des Herrn Ständerathes Alois Schwerzmann bezüglich der Jahre 1854—59; dagegen jene für die Jahre 1850—52 der „Statistik der Schweiz.“

Im Jahre 1857 wurden im ganzen Kanton 464 Kinder geboren, von denen 14 uneheliche waren. In diesem Jahre vertheilten sich die unehelichen Kinder auf die einzelnen Gemeinden wie folgt:

Zug	geboren	89,	Uneheliche	4
Oberägeri	„	64	„	1
Unterägeri	„	78	„	—
Menzingen	„	53	„	2
Neuheim	„	14	„	2
Baar	„	66	„	3
Cham	„	47	„	1
Steinhausen	„	9	„	1
Risch	„	18	„	—
Walchwyl	„	26	„	—

Der amtliche Bericht für 1854 enthält folgende Bemerkung: „In Baar sind 24 Kinder von Fremden, und unter diesen 5 uneheliche getauft worden. In Oberägeri ist nur 1 uneheliches Kind auf der Liste der Geborenen und auch dieses gehört einem fremden Vater. Unterägeri, der grösste Fabrikort des Kantons zählt auch in diesem Jahre, also schon im dritten, keine aussereheliche Geburt.“

Glarus. Die statistischen Angaben aus diesem Kanton entnehmen wir den jährlich veröffentlichten Uebersichten. Das Hauptresultat wird jedesmal auch in den je von drei zu drei Jahren veröffentlichten Rechenschaftsbericht aufgenommen. Die Angaben über die Jahre 1850, 1851 und 1852 finden sich in der angeführten Statistik der Schweiz. Die Angaben endlich für die Jahre 1858 und 1859 verdanken wir den gefälligen Mittheilungen des Herrn Landammann Dr. J. Heer in Glarus.

Um auch für diesen Kanton allein eine bessere Uebersicht zu gewähren, lassen wir hier das Resultat der letzten 12 Jahre auf einander folgen:

1847	geboren	963,	Uneheliche	17
1848	"	916	"	8
1849	"	1057	"	13
1850	"	1168	"	21
1851	"	1111	"	20
1852	"	1152	"	17
1853	"	1080	"	17
1854	"	1055	"	19
1855	"	961	"	18
1856	"	1155	"	16
1857	"	1200	"	15
1858	"	1333	"	31
1859	"	1372	"	39

Im Jahr 1857 vertheilten sich die 15 unehelichen Kinder auf folgende Gemeinden:

1.	Mollis	1
2.	Näfels	4

3.	Netstall	2
4.	Glarus, evangel.	1
5.	Glarus, kathol.	2
6.	Mitlödi	1
7.	Schwanden	2
8.	Lintthal, evangel.	1
9.	Matt	1

Die Gemeinden Bilten, Niederurnen, Kerenzen, Luchsingen, Betschwanden, kathol. Lintthal, Elm, Ennenda und Mühlehorn hatten keine ausserehelichen Niederkunften.

Graubünden. Nach Inhalt einer freundlichen Mittheilung des Herrn Archivar Schreiber in Chur existiren im Kanton Graubünden keine solchen Zusammenstellungen, mit Ausnahme für die Jahre 1850, 1851 und 1852, welche einzig auf Verlangen des eidgenössischen Departements des Innern aufgenommen wurden. Und wirklich enthalten weder das Amtsblatt noch der Verwaltungsbericht der Regierung diessfalls Angaben. Bezüglich der Stadt Chur lassen wir aus jenen Jahren hier ein spezifizirtes Verzeichniss folgen.

I. Evangelischer Theil, Chur:

1850	eheliche	155,	Uneheliche	4
1851	"	145	"	6
1852	"	145	"	8
1853	"	133	"	12

II. Katholischer Theil, Chur:

1850	eheliche	30,	Uneheliche	2
1851	"	33	"	2
1852	"	37	"	4
1853	"	37	"	3

St. Gallen. Die daherigen statistischen Angaben enthalten die Amtsberichte.

1855 war das Verhältniss in einzelnen Bezirken wie folgt:

St. Gallen	geboren	252,	Uneheliche	38
Ober-Rheinthal	"	252	"	33

Gaster	geboren 191, uneheliche	8
Ober-Toggenburg	" 293 "	4
Wyl	" 212 "	5

1856 stellten sich am ungünstigsten:

Sargans	mit 28 unehelichen auf	442
St. Gallen	" 40 "	278

Dagegen am günstigsten:

Gaster	mit 4 unehelichen auf	216
Wyl	" 9 "	337

Das Verhältniss aller Bezirke einander gegenüber aus dem Jahre 1857 ergibt sich endlich aus folgender Uebersicht:

St. Gallen	geboren 359, uneheliche	41
Tablatt	" 253 "	19
Rorschach	" 282 "	21
Unter-Rheinthal	" 417 "	21
Ober-Rheinthal	" 530 "	19
Werdenberg	" 391 "	7
Sargans	" 427 "	16
Gaster	" 211 "	9
Seebezirk	" 384 "	18
Ober-Toggenburg	" 363 "	10
Neu-Toggenburg	" 373 "	21
Alt-Toggenburg	" 320 "	6
Unter-Toggenburg	" 474 "	24
Wyl	" 241 "	10
Gossau	" 316 "	16

Appenzell Ausser-Rhoden. Für die Jahre 1850—52 finden sich die Angaben in der „Statistik der Schweiz“; für die Jahre 1853—57 steht uns eine gefällige Mittheilung der Kanzlei des Kantons Appenzell Ausser-Rhoden vom 30. Sept. 1858 zu Gebote, und die Resultate für 1858 und 1859 wurden uns von Herrn Nationalrath Dr. Zürcher auf das Zuvorkommendste übermittelt.

Appenzell I.-Rhoden. Wir entnehmen diese Data einer gefälligen Mittheilung des hochwürdigen Herrn Pfarrer J. A.

Knill, bischöflicher Kommissär in Appenzell. „Zu diesen vielen unehelichen Geburten“, bemerkt Herr Knill, „liefern immer noch die Vagabunden ihr Kontingent, welche, wenn schon eingebürgert, ihr vages und ordnungsloses Leben nur ungern und schwer ablegen; sie wollen halt Vagabunden bleiben.“

Thurgau. Auch bezüglich dieses Kantons befinden sich die Zusammenstellungen für 1850—52 in der „Statistik der Schweiz“ und für die spätern Jahre in dem jährlichen Verwaltungsberichte der Regierung. Für das Jahr 1858 benutzten wir eine freundliche Mittheilung des Hrn. Oberrichter Messmer in Frauenfeld.

In den Jahren 1809—1824 fanden im Kanton Thurgau durchschnittlich jährlich 2889 Geburten statt, von denen 69 ausserehelich waren, was 1,60 Prozent gleich kam.

Der Uebersichtlichkeit wegen lassen wir auch hier eine Tabelle seit 1842 folgen:

1842	geboren	2948,	Uneheliche	123
1843	"	3024	"	99
1844	"	2784	"	91
1845	"	2912	"	96
1846	"	2770	"	90
1847	"	2540	"	89
1848	"	2663	"	91
1849	"	2945	"	130
1850	"	2891	"	133
1851	"	2710	"	109
1852	"	2545	"	110
1853	"	2589	"	115
1854	"	2312	"	116
1855	"	2392	"	116
1856	"	2623	"	141
1857	"	2589	"	146
1858	"	2642	"	129

Schaffhausen. Die Quellen für diese statistischen Angaben bildet die „Statistik der Schweiz“, und für die Jahre 1854 bis 1855 und 1855 bis 1856 der regierungsräthliche Ver-

waltungsbericht. Die Resultate für 1857, 1858 und 1859 verdanken wir der freundlichen Mittheilung des Hrn. Ständerrathes Hans v. Ziegler in Schaffhausen.

Im Jahr 1854—55 zählte die Stadt Schaffhausen mit 9 Prozent die meisten und Stein mit 1 Prozent die wenigsten ausserehelichen Geburten.

1855—56 hatten	Schleitheim	6
	Neukirch	2
	Thaingen	2
	Buch	1

uneheliche Kinder.

Aargau. Die regierungsräthlichen Verwaltungsberichte enthalten die daherigen Angaben für die Jahre 1834 bis 1857. Herr Landammann Welti in Aarau theilte uns zuvorkommend die Resultate für 1858 und 1859 mit.

Die Zusammenstellung aus diesen Jahren ergibt folgendes Resultat:

1838	geboren	6321,	uneheliche	349
1839	"	6479	"	321
1840	"	6500	"	336
1841	"	6593	"	379
1846	"	6159	"	332
1847	"	5661	"	288
1848	"	5843	"	312
1849	"	6505	"	393
1850	"	6511	"	437
1851	"	6036	"	391
1852	"	5948	"	342
1853	"	5797	"	338
1854	"	5348	"	301
1855	"	4795	"	309
1856	"	5534	"	412
1857	"	5824	"	504
1858	"	6051	"	574
1859	"	6381	"	571

Aargau hatte nach der Statistik der Schweiz von 1816 bis 1830 jährlich 5803 Geburten, davon uneheliche $331 = 5,70$

und von 1830—1839 jährlich 6207 Geburten, davon unehe-
liche 311 = 5,33, was gegen obige Angaben gehalten in den
letzten Jahrzehnten eine bedeutende Vermehrung herausstellt.

Im Jahr 1857 vertheilten sich die unehelichen Geburten
auf die verschiedenen Bezirke wie folgt:

Aarau	geboren	504,	uneheliche	54
Baden	"	650	"	47
Bremgarten	"	574	"	23
Brugg	"	465	"	32
Kulm	"	669	"	68
Laufenburg	"	441	"	34
Lenzburg	"	492	"	36
Muri	"	421	"	28
Rheinfelden	"	292	"	29
Zofingen	"	840	"	100
Zurzach	"	476	"	33

Baselstadt. Die Angaben über diesen Halbkanton finden
sich in dem Verwaltungsberichte des Kleinen Rathes an den
Grossen Rath, sowie in den jährlichen Berichten des Stadt-
rathes an den Grossen Stadtrath.

Die städtischen Berichte geben sodann noch folgende Spe-
zifikationen über das Verhältniss der ausserehelichen Kinder
von Stadtbürgerinnen und Einsassen. Es fanden statt im

Jahr	Bürgerl. Geb.	Unehel.	Geb. v. Einsassen.	Unehel.
1853	258	6	472	16
1854	256	5	465	21
1855	269	3	445	16
1856	278	5	532	12
1857	284	10	565	16
1858	274	7	586	15

Im Jahr 1858 hatte die in Basel bestehende Sekte der
Irvingianer 4 aussereheliche Geburten.

Von den im Jahr 1858 in Basel geborenen 882 Kindern
waren 50 todtgeborene und 15 vor der Taufe gestorbene.

Die offiziellen Berichte des Ehegerichtes geben endlich

interessante Aufschlüsse über die Lebensverhältnisse derjenigen Personen, welche ausserehelich daselbst niederkommen, sowie über die Anzahl der Rückfälle bezüglich dieser Unzuchtsvergehen.

1854 wurden 59 Schwängerungsklagen erhoben und zwar von

46	Personen	in Folge der ersten, von
10	"	" " zweiten und von
3	"	" " dritten

ausserehelichen Niederkunft. — 1855 waren 55 Schwängerungsklagen anhängig, bei denen die Klägerinnen

46	in Folge erster,
8	" " zweiter und
1	" " vierter

ausserehelicher Schwangerschaft klagend auftraten.

1857 waren von 78 Klägerinnen

61	zum erstenmal,
12	" zweitenmal,
5	" drittenmal

ausserehelich geschwängert worden.

1858 hatten von 67 Klägerinnen

48	zum erstenmal,
15	" zweitenmal und
4	" drittenmal

ausserehelich geboren.

Nach dem Berufe vertheilten sich diese Klägerinnen wie folgt:

1855:	Mägde	18
	Fabrikarbeiterinnen	21
	Modistinnen	10
	ohne Beruf	6
		55

1856:	Mägde	24
	Fabrikarbeiterinnen	34
	Nätherinnen	13
	ohne Beruf:	9
		80

1857:	Mägde	25
	Fabrikarbeiterinnen	30
	Nätherinnen	18
	ohne Beruf	5
		78

1858:	Fabrikarbeiterinnen:	25
	Dienstmägde	27
	Nätherinnen	14
	ohne besondern Beruf	1
		67

Die Anzahl dieser Schwängerungsprozesse selbst scheinen in den letzten 10 Jahren in Baselstadt sich eher vermindert als vermehrt zu haben. So waren 1848 78 und 1849 gar 123 solcher Prozesse anhängig, während von 1855—57 die höchste Zahl nur 80 erreichte.

Endlich erscheinen

1855 von 55 Klägerinnen nur 4 = 7 Prozent,

1856 „ 80 „ „ 13 = 16 „

1857 „ 78 „ „ 14 = 17 „

aus der Stadtbürgerschaft.

Von den 78 Personen, welche 1857 als Klägerinnen auftraten, waren

Bürgerinnen der Stadt Basel	14
„ aus Baselland	10
„ „ andern Kantonen	25
„ „ Baden	19
„ „ Württemberg	6
„ „ andern Staaten	4

1858 vertheilte sich das Heimathsort der 67 Klägerinnen, wie folgt:

auf Baselstadt	5
„ die Landgemeinden	3
„ Baselland	8
„ andere Kantone	21
„ Baden	19
„ Württemberg	8
„ andere Staaten	3

Von den Klägerinnen wurden
 1857 33 zu Geld,
 7 zu Freiheitsstrafen und
 34 zu Landesverweisung
 verurtheilt.

1858 bestrafte das Ehegericht
 30 Klägerinnen mit Geld,
 3 " " Freiheitsstrafen und
 33 " " Wegweisung.

Die diesen Klägerinnen gegenüberstehenden Beklagten
 waren der Heimath nach:

1857	Bürger aus Baselstadt	6
"	" Baselland	9
"	" andern Kantonen	20
"	" Baden	11
"	" Württemberg	2
"	" andern Staaten	5
1858	Bürger aus Baselstadt	12
"	" Baselland	5
"	" andern Kantonen	25
"	" Baden	17
"	" Württemberg	4
"	" andern Staaten	4

Den Berufsarten nach waren diese Beklagten

1857	mit Fabrikation beschäftigt	15
	Handwerker	18
	Knechte und Tagelöhner	16
	Kaufleute, Wirthe u. s. w.	4
1858	Fabrikarbeiter	11
	Knechte, Kutscher u. s. w.	8
	Handwerker	48

Neben diesen für 1858 angegebenen 67 Klägerinnen, in
 deren Prozessen beide Parteien auftraten, wurden noch 20
 Fälle vom Ehegericht verhandelt, in denen nur die Klägerinnen
 als Partei erschienen, von denen 14 die abwesenden Schwän-
 gerer nannten, 6 dagegen keine solche angaben.

Von den im Jahr 1857 in's Recht gefassten 78 Beklagten endlich wurden 53 zu einem Alimentationsbeitrage verurtheilt.

Solothurn. Schon die „Statistik der Schweiz“, deren Verfasser sonst auf amtlichem Wege leichter aus den einzelnen Kantonen statistische Mittheilungen erhalten konnte, musste den Kanton Solothurn übergehen, weil ihm diessfalls kein Material erhältlich war.

Durch Vermittlung eines unserer Jugendfreunde, des Hrn. Ludw. v. Glutz-Blozheim in Solothurn, gelang es uns, wenigstens insoweit Angaben zu erhalten, als daraus annähernd ein Schluss auf das Ganze ziemlich ermöglicht wird.

Zwar werden dortselbst alljährlich von den Pfarreien die Geburtstabellen der Regierung eingereicht; allein erst seit dem Jahr 1855 findet sich auf denselben eine Rubrik für uneheliche Geburten. Diese Rubriken sind indessen bis zur Stunde höchst mangelhaft ausgefüllt.

Im Jahr 1855 enthalten diese Listen nur aus folgenden Gemeinden Angaben über die ausserehelichen Geburten.

I. Im Amtsbezirk Solothurn-Läbern aus den Gemeinden

1. Bettbach	5	eheliche	und	2	uneheliche
2. Günsberg	24	„	„	1	„
3. Flammenthal	11	„	„	1	„

Da dieser Amtsbezirk 8 Pfarreien zählt, fehlen demnach die Angaben aus 5 Gemeinden.

II. Im Amtsbezirk Bucheggberg-Kriegstetten fehlen die Angaben aus 9 Pfarreien und einzig aus Aettingen ist die Tabelle ausgefüllt, wo auf 51 Eheliche 3 Uneheliche kommen.

III. Im Amtsbezirk Balsthal ist keine einzige Tabelle ausgefüllt.

IV. Im Amtsbezirk Dorneck findet sich von 19 Pfarreien eine einzige, nämlich Dorneck mit 27 Ehelichen und 4 Unehelichen ausgefüllt.

Da die Zahl sämmtlicher Geburten sich in diesem Jahre auf 1607 beliefen, wir dagegen nur das Verhältniss von 129

kennen, welches uns bei Aufstellung unserer Tabelle für dieses Jahr zu Gebote stand, darf das Material wohl als ein ganz ärmliches angesehen werden. Wir hätten dasselbe auch bei den aufgestellten Tabellen nicht berücksichtigt, wenn die Register für die drei folgenden Jahre nicht vollständiger gewesen und uns zudem nicht überzeugt hätten, dass das aus den vorigen spärlichen Angaben genommene Resultat ein für den Kanton Solothurn, im Allgemeinen genommen, ziemlich richtiges sei.

Im Jahr 1856 kennen wir das Resultat aus 48 Pfarreien von 69, welche der Kanton Solothurn zählt. In diesen 48 Gemeinden wurden im Ganzen geboren 1146, wovon 112 Uneheliche waren.

In diesem Jahr hatte die Gemeinde Biberist, Amtsbezirk Bucheggberg-Kriegstätten, 33 Eheliche und 11 Uneheliche, somit gerade $\frac{1}{3} = 33,33$ Prozent uneheliche Kinder.

Für das Jahr 1857 endlich entnehmen wir den Tabellen folgende Angaben.

I. Solothurn-Lebern:

Solothurn	Eheliche	113,	Uneheliche	21
Bettlach	"	14	"	—
Salzach	"	28	"	4
Günsberg	"	17	"	4
Flammenthal	"	11	"	3
St. Niklaus	"	32	"	3

II. Bucheggberg-Kriegstätten:

Aettingen	Eheliche	43,	Uneheliche	4
Messen	"	37	"	2
Schnottwyl	"	46	"	2
Deitingen	"	39	"	1
Luterbach	"	3	"	1
Aeschi	"	40	"	6
Biberist	"	27	"	1
Zuchwyl	"	5	"	1

III. Balsthal:

Aus allen Gemeinden Eheliche 334, Uneheliche 32.

IV. Olten - Gösgen:

Grezenbach	Eheliche	47,	Uneheliche	7
Hägendorf	"	30	"	3
Walterswyl	"	10	"	2
Wangen	"	22	"	2
Kienberg	"	12	"	1
Lostorf	"	33	"	5
Niedergösgen	"	15	"	3
Süsslingen	"	18	"	3
Trimbach	"	28	"	21

V. Dorneck - Thierstein.

Büren	Eheliche	17,	Uneheliche	1
Dorneck	"	14	"	2
Hofstetten	"	19	"	2
Rodersdorf	"	5	"	—
Seewen	"	23	"	2
Witterswyl	"	5	"	1
Bärschwyl	"	20	"	3
Beinwyl	"	12	"	—
Breitenbach	"	23	"	5
Büsserach	"	15	"	1
Erschwyl	"	8	"	4
Himmelried	"	19	"	—
Kleinlützel	"	26	"	3

In diesen angeführten 52 Kirchgemeinden fanden demnach 1857 im Ganzen 1356 Geburten statt, wovon 156 uneheliche waren.

Hält man dieses Resultat mit den Jahren 1856 und 1858, für welch' letzteres Jahr uns das Resultat von Herrn Landammann Vigier in Solothurn gütigst mitgetheilt wurde, zusammen, in welch' ersterem Jahre 1856 die Zahl der Unehelichen 9,64 Prozent betrug, so ergibt sich eine bedeutende Vermehrung, indem die ausserehelichen Geburten im letzten Jahre 10,93 Prozent erstiegen.

Am auffallendsten ist die Vermehrung in der Gemeinde Trimbach, woselbst die unehelichen Geburten 75 pCt. erstiegen,

was den Eisenbahnarbeiten am Hauensteintunnel zugeschrieben wird, die Stadt Solothurn selbst hatte auf 134 Geburten 21 uneheliche, was 15 Proz. gleichkömmt.

Nach Luzern stellt sich demnach im Kanton Solothurn die Anzahl der unehelichen Kinder am ungünstigsten heraus.

Baselland. Wir entnehmen die daherigen Angaben einer von der Staatskanzlei von Baselland auf unser Ersuchen speziell aufgenommenen Tabelle, wofür wir derselben hier öffentlich unsere beste Verdankung aussprechen müssen.

Dagegen waren unsere Bemühungen beim dortigen Herrn Regierungspräsidenten, um auch die Resultate aus den letzten Jahren zu erhalten, leider fruchtlos.

Neuenburg. – Aus diesem Kantone enthalten die Verwaltungsberichte die Anzahl der Geburten nicht vollständig; dagegen finden sich folgende Angaben über die Anzahl der unehelichen Kinder:

1854 zählte man 101

1855 " " 90 = $3\frac{3}{4}$ Proz. auf 2391 Geburten,

1856 " " 137 = 5 Proz. uneheliche Kinder,

in diesem Jahre mit 2675 Geburten.

In letztem Jahre waren von den ausserehelich Gebärenden

44 Neuenburgerinnen,

80 Schweizerinnen und

13 Ausländerinnen.

Die 80 Schweizerinnen vertheilten sich bezüglich des Heimathsortes auf die Kantone wie folgt:

62 Bernerinnen,

6 Waadtländerinnen,

4 Freiburgerinnen,

3 Solothurnerinnen,

2 Zürcherinnen,

2 Aargauerinnen,

1 Luzernerinnen.

Von den Ausländerinnen waren

6 aus Würtemberg,

4 aus Baden,
2 „ Bayern,
1 „ Frankreich.

Von den im Jahr 1856 geborenen unehelichen Kindern wurden

13 von Neuenburgern anerkannt,
33 Neuenburgerinnen zugesprochen und
30 starben bei der Geburt.

Auf die einzelnen Distrikte vertheilten sich die ausser-
ehelichen Geburten wie folgt, auf:

	1856.	1857.
Val-de-Ruz	5	10
Boudry	13	7
Val-de-Travers	19	28
Locle	21	—
Neuchâtel	24	—
Chaux-de-fonds	52	57

Von 1805 bis 1825 hatte der Kanton durchschnittlich
1474 Geburten, wovon $24\frac{1}{2} = 1,60$ Proz. uneheliche waren.
Vgl. „Statistik der Schweiz“ a. a. O.

Von den 180 unehelichen Kindern des Jahres 1859 wur-
den nach einer gefälligen Mittheilung des Herrn Staatsraths-
präsidenten A. Piaget 65 von Neuenburgerinnen, 89 von an-
dern Schweizerinnen und 26 von Ausländerinnen geboren.

Freiburg. Den Verwaltungsberichten entnehmen wir neben
den bereits angeführten, noch folgende Notizen:

Es wurden in diesem Kantone

1836	geboren	2803	Kinder,	davon	unehel.	139
1837	„	2803	„	„	„	146
1848	„	2735	„	„	„	125
1849	„	2904	„	„	„	163
1850	„	2874	„	„	„	181
1851	„	2765	„	„	„	194
1852	„	2652	„	„	„	183
1853	„	2540	„	„	„	221
1854	„	2410	„	„	„	195
1855	„	2380	„	„	„	178
1856	„	2754	„	„	„	250

In dem Jahre 1855 vertheilen sich die unehelichen Geburten auf die Bezirke wie folgt:

Sane	geboren 515, davon Unehel. 48
Sense	" 431 " " 7
Gruyeres	" 423 " " 36
See	" 398 " " 27
Glane	" 305 " " 21
Broye	" 348 " " 32
Vivisbach	" 160 " " 7

Die Resultate pro 1858 und 1859 verdanken wir der gefälligen Mittheilung des Hrn. Grossrathspräsidenten Werro in Freiburg, der uns eine amtliche Uebersicht gütigst übersandte.

Waadt. Die Angaben entnehmen wir einer uns vom Chef-Redaktor dortiger Staatskanzlei gemachten gütigen Mittheilung. Theilweise findet man die Angaben auch in den amtlichen Verwaltungsberichten des Staatsrathes.

In den Jahren 1838—1841 wurden daselbst durchschnittlich 5,303, und von diesen 237, somit 1,20 Prozent ausser-eheliche Kinder geboren. Vgl. „Statistik der Schweiz“.

In der Periode von 1850—52 betraf es dagegen 5 Proz. Von 1854—56 kamen auf 14,940 Geburten 812 uneheliche Kinder, was 5,09 Proz. gleichkommt.

1857 hatte Waadt auf 5189 Geburten 311 uneheliche Kinder, was 5,99 Proz. gleichkommt.

Es zeigt sich demnach eine bedeutende Zunahme der unehelichen Kinder zwischen 1840 und 1850, dagegen eine höchst unbedeutende in den letzten sieben Jahren.

Genf. Die statistischen Notizen für 1850, 1851 und 1852 finden sich in der „Statistik der Schweiz“ von Francini, sowie in den jährlichen Comptes-rendu de l'administration du conseil d'Etat, présenté au grand conseil. Die Angaben für 1859 endlich entnehmen wir einer freundschaftlichen Mittheilung des Herrn Dr. Carl Vogt, Professor in Genf.

Nach Eduard Mallet wurden in der Stadt Genf von 1814

bis 1831 10,925 Kinder geboren, von denen 646, somit 1,17 Proz. uneheliche waren.

Zur Uebersichtlichkeit folgt auch hier eine Tabelle zusammengestellt für die Jahre 1848 bis und mit 1859.

	<i>Stadt.</i>		<i>Land.</i>		<i>Total.</i>	
	Ehel.	Unehel.	Ehel.	Unehel.	Ehel.	Unehel.
1848	542	41	620	21	1162	62
1849	585	57	632	30	1217	87
1850	608	63	599	35	1207	98
1852	708	79	668	31	1376	110
1853	769	64	706	36	1475	100
1854	809	70	713	42	1522	112
1855	813	73	785	32	1598	105
1856	916	84	833	48	1749	132
1857	802	80	776	52	1578	132
1858	890	72	803	55	1693	127
1859	955	88	948	55	1903	143

Bei diesen Zahlen sind die todtgeborenen Kinder nicht inbegriffen, diese betrugen

in der Stadt Genf	1857	39
in den Gemeinden	1857	42
in der Stadt Genf	1858	37
in den Gemeinden	1858	56

Im Jahr 1858 und 1859 wurden in 26 Gemeinden, und zwar in Anuièrs, Aire la Ville, Avully, Avusy, Bernex, Carigny, Céligny, Chaney, Corsier, Dardagny, Genthod, Gy, Bellerive, Hermance, Jussy, Laconnex, Meinier, Onex, Perty-Certoux, Prégny, Presinge, Puplinge, Russin, Sacconnex, Sorat und Vandoeuvres keine unehelichen Kinder geboren. Von diesen Gemeinden sind 15 katholische und 11 reformirte.

Wallis. Laut amtlichen Berichten, welche uns durch gültige Vermittlung des Herrn Grossrathes Leo von Roten in Raron zugehen, existiren im Kanton Wallis bis 1857 keine speziellen Aufzeichnungen. Wir waren desshalb genöthigt, die Resultate dieses Jahres in unsern Tabellen aufzunehmen, um eine Vergleichung mit andern Kantonen zu ermöglichen.

Auch zur Stunde sind die Zusammenstellungen pro 1858 und 1859 noch nicht beendet.

Das Resultat selbst für dieses Jahr erscheint im Vergleiche zu andern Kantonen für diese Bewohner an der Rhone sehr günstig. Freilich zeigen sich hier auch bedeutende Verschiedenheiten zwischen den einzelnen Bezirken; so hat Martigni auf 341 Geburten 21 uneheliche, was 6,12 ausmacht, dagegen Couches auf 120 Geburten nur 1 uneheliche oder 0,83 Prozent.

Tessin. Nach gefälligst mitgetheilten amtlichen Berichten von der Staatskanzlei vom 17. September 1858 finden da selbst bei Aufstellung der Bevölkerungstabellen mit wenigen Ausnahmen keine Unterscheidungen zwischen ehelichen und ausserehelichen Geburten statt. Dieses wäre auch um so weniger nur mit einiger annäherungsweisen Richtigkeit zu thun möglich, da weitaus der grösste Theil dieser unehelichen Kinder aus dem Kanton Tessin in die Findelhäuser von Mailand, Como und Novara getragen wird.

Frankreich. Die Angaben über dieses Land entnehmen wir dem Annuaire pour l'an 1858, und bezüglich der Stadt Paris dem „Schweizerischen HandelsCourier“, Nr. 353 vom 24. Dezember 1858. Das Annuaire enthält die Anzahl der unehelichen Geburten bis 1817 zurück, welche wir hier der Uebersichtlichkeit wegen folgen lassen.

Jahrgang.	Zahl aller Geborenen.	Uneheliche.
1817	944,125	62,553
1818	913,855	58,551
1819	987,918	65,661
1820	958,933	66,349
1821	963,358	67,486
1822	972,796	69,748
1823	964,621	69,662
1824	984,152	71,474
1825	973,986	69,392
1826	993,191	72,471
1827	980,196	70,768

Jahrgang.	Zahl aller Geborenen.	Uneheliche.
1828	976,517	70,704
1829	964,527	69,351
1830	967,882	69,247
1831	986,709	71,411
1832	938,186	67,677
1833	969,983	71,498
1834	986,490	73,559
1835	993,833	74,727
1836	979,820	73,502
1837	943,349	69,829
1838	961,476	70,089
1839	957,740	70,353
1840	952,318	70,243
1841	976,919	70,838
1842	982,896	69,928
1843	983,107	69,558
1844	967,324	69,292
1845	992,033	62,230
1846	983,473	69,633
1847	918,080	65,626
1848	948,748	67,791
1849	995,466	70,043
1850	962,972	69,954
1851	979,907	70,950
1852	955,080	69,844
1853	936,967	68,332
1854	923,461	70,097

Prüft man diese Resultate, so ergibt sich, dass

in der ersten fünfjährigen Periode	320,599
" " zweiten	352,747
" " dritten	351,481
" " vierten	360,963
" " fünften	351,352
" " sechsten	340,641
" " siebenten	344,364

uneheliche Kinder in Frankreich geboren wurden. Ohne Rücksicht auf die Totalzahl aller Geborenen stellte sich demnach die erste von 1817 bis 1828 am günstigsten. Auf dieselbe folgte die fünfte von 1837 bis 1841.

Die Gesamtzahl aller in Frankreich während den 34 Jahren, d. h. von 1817 bis 1851, geborenen ausserehelichen Kinder beträgt 2,422,147.

Auffallend hat übrigens in Frankreich seit 1817 die Anzahl der unehelichen Kinder nicht zugenommen. In der Periode von 1817 bis und mit 1821 kamen auf 4,168,189 Geburten 320,599 uneheliche, was 7,93 Proz. gleichkommt; dagegen zählte die Periode von 1851 auf 1854 nur 7,37 pCt.

In der Periode von 1817—21 wurden 7,93

"	"	"	"	1822—26	"	7,29
"	"	"	"	1827—31	"	7,29
"	"	"	"	1832—36	"	7,43
"	"	"	"	1837—41	"	6,94
"	"	"	"	1842—46	"	6,95
"	"	"	"	1847—51	"	7,80
"	"	"	"	1851—54	"	7,37

aussereheliche Kinder geboren.

Am günstigsten stellten sich desshalb die Jahre 1837 bis 1846. Immerhin aber erreichte keine spätere Periode jene von 1817—1822.

Franscini macht bezüglich Frankreich interessante Angaben aus dem Jahre 1835. Nach ihm zählten die Manufaktur-Departemente

Rhone	1	von 6,2 Geburten,
Seine-inférieure	1	" 7,6 "
Nord	1	" 10,2 "

aussereheliche.

Dagegen stellte sich in den agricolen Departementen, das Departement

Vendée	mit 1	von 27,5 Geburten,
Morbihan	" 1	" 38,5 "
Ile-et-Vilaine	1	" 32 "

als aussereheliche heraus.

England. Die Angaben über das Jahr 1857 entnehmen wir den „Basler Nachrichten“, Nr. 233, vom 2. Oct. 1858.

Nach dem bernerischen Amtsberichte für 1849 zählte England 1843 nur 1,49 Prozent aussereheliche Kinder, was

uns mit Rücksicht auf obige Resultate kaum glaubwürdig erscheint.

Ebenso irrig sind in dem gleichen Berichte die Angaben über Frankreich, wo für die Perioden

1824—28	nur	1,38
1829—33	"	1,38
1834—38	"	1,34
1839—43	"	1,33

uneheliche Kinder angegeben sind.

Belgien. Unsere Angaben entnehmen wir dem „Staatswörterbuche“ von Dr. C. Bluntschli.

Nach diesem wurden in drei belgischen Städten von 1840 bis 1850 im Ganzen 298,617 Kinder geboren, von denen 49,508 uneheliche waren. Es traf somit 1 auf 7,3 eheliche. Auf dem Land dagegen wurden in dem gleichen Zeitraume von 904,412 nur 47,072, somit nur 1 auf 20,21 Kinder ausser-ehelich zur Welt gebracht.

Nach den „Bevölkerungswissenschaftlichen Studien aus Belgien“ von J. E. Horn, I. Band. Leipzig, bei F. A. Brockhaus 1854, wurden in Belgien

1841	geboren	143,667,	davon	9895	Uneheliche
1842	"	140,501	"	9777	"
1843	"	138,670	"	9949	"
1844	"	139,862	"	9963	"
1845	"	143,048	"	10331	"
1846	"	124,786	"	9474	"
1847	"	123,153	"	9500	"
1848	"	125,830	"	9963	"
1849	"	139,294	"	11779	"
1850	"	137,734	"	12026	"
		<u>1,356,515</u>		<u>102650</u>	

Es ergeben sich hieraus während diesem zehnjährigen Zeitraum durchschnittlich 757 uneheliche Kinder auf je 10,000 Neugeborene, was 7,57 Proz. gleichkommt.

Die Zunahmsverhältnisse stellen sich, auf 10,000 Neugeborene berechnet, heraus wie folgt:

1841	Uneheliche	688
1842	"	667
1843	"	717
1844	"	712
1845	"	718
1846	"	759
1847	"	771
1848	"	789
1849	"	846
1850	"	873

Bezüglich des Verhältnisses zwischen den Städten und Landgemeinden führen wir an, dass 1841—50 die belgischen Städte auf 369,458 Geburten 53,461 aussereheliche hatten; die belgischen Landgemeinden dagegen auf 987,057 Geburten nur 49,182 uneheliche, was bei den erstern 145 uneheliche Kinder auf 1000 eheliche, bei den letztern nur 49 auf je 1000 ausmacht.

Schliesslich lassen wir hier noch speziell die Angaben über Brüssel und einige belgische Städte folgen.

Brüssel hatte

1841	geboren	5041,	davon	Unehel.	1538	=	305	pr. 1000.
1842	"	4972	"	"	1551	=	312	"
1843	"	5142	"	"	1602	=	314	"
1844	"	5247	"	"	1641	=	343	"
1845	"	5419	"	"	1790	=	330	"
1846	"	5217	"	"	1668	=	320	"
1847	"	5153	"	"	1660	=	323	"
1848	"	5006	"	"	1734	=	335	"
1849	"	5593	"	"	1942	=	347	"
1850	"	5623	"	"	1963	=	349	"

In dem gleichen Zeitraume enthalten die Tabellen von

Gent	37844	Geburten,	davon	7579	oder	204	pr. 1000	ausserehel.
Antwerpen	29870	"	"	4345	"	145	"	"
Lüttich	26031	"	"	4097	"	157	"	"
Brügge	15598	"	"	1705	"	109	"	"
Löwen	10588	"	"	1998	"	189	"	"
Tournay	9138	"	"	812	"	89	"	"

Mecheln	9899	Geburten, davon 1262 oder 128 pr. 1000 ausserehel.
Mons	7319	" " 1322 " 180 " "
Verviers	8071	" " 581 " 72 " "
Namur	8124	" " 1829 " 225 " "

Holland. Die Angaben über Holland entnehmen wir Horn a. a. O. und lassen hier ebenfalls ein Tableau für die Jahre 1841—50 folgen.

1841	geboren 108,326,	Unehel. 5520 pr. 10,000 = 509
1842	" 105,629	" 5516 " = 522
1843	" 105,350	" 5476 " = 519
1844	" 108,598	" 5467 " = 503
1845	" 109,324	" 5684 " = 519
1846	" 100,702	" 5268 " = 523
1847	" 91,670	" 4428 " = 483
1848	" 96,617	" 4426 " = 458
1849	" 109,932	" 5331 " = 485
1850	" 110,919	" 5769 " = 520

Die Durchschnittszahl der unehelichen Kinder in diesem Zeitraume beträgt demnach in Holland 505 per je 10,000 Geburten oder annähernd 5,05 Prozent.

Auf die einzelnen Städte vertheilten sich diese Resultate wie folgt:

Amsterdam	geboren 22,809,	Uneheliche 2083 = 91 pr. 1000
Rotterdam	" 9,975	" 1059 = 101 "
Haag	" 7,587	" 847 = 112 "
Utrecht	" 4,895	" 426 = 88 "
Leyden	" 3,828	" 373 = 97 "
Mastricht	" 2,243	" 241 = 109 "

Auffallend erscheinen hier nun vorab diese günstigen Resultate gegenüber andern bereits angeführten deutschen Städten. Sodann übt hier die Einwohnerzahl einer Stadt, das dichte Zusammenleben, wie es scheint auf diese Verhältnisse keinen ungünstigen Einfluss aus, denn das bevölkerte Amsterdam hat weniger uneheliche Kinder als Maastricht. Indessen dürften solche Beispiele doch wohl nur Ausnahmen von der Regel bilden.

Oesterreich. Die Angaben über Oesterreich entnehmen wir der „deutschen Staatenkunde“ von Hugo Franz Brachelli. Wien, 1857; F. G. Kolb, „Handbuch der vergleichenden Statistik“ und endlich speziell die Angaben über Böhmen und die Lombardei von J. E. Horn a. a. Orte.

Nach Kolb nun werden in Oesterreich durchschnittlich auf 7,75 Geburten 1 Uneheliche berechnet. In den einzelnen Kronländern stellte sich das Verhältniss im Jahr 1854 folgendermassen: in Oesterreich unter der Ens 1 zu 2,93, in Steiermark 1 zu 2,97, in Oberösterreich 1 zu 4, in der Militärgrenze 1 zu 88,04, in Siebenbürgen 1 zu 36, in Venedig 1 zu 39 und endlich in Dalmatien 1 zu 29,29.

Unsere Angaben in den Tabellen stützen sich auf Brachelli, welcher uns mehr als Francini und Kolb in österreichischer Statistik Gewährsmann zu sein scheint. Den Angaben dieses erstern entnehmen wir noch folgende Tabelle über die Resultate des Jahres 1851:

Kronland.	Lebendig geborene.		Tot geborene.		Geburten zusammen.		
	Eheliche.	Uneheliche.	Eheliche.	Uneheliche.	Männliche.	Weibliche.	Hauptsumme
Wien	10,228	10,963	379	533	11,324	10,779	22,103
Oesterreich u. d. Ens	33,870	6,292	782	231	21,121	20,054	41,175
Oesterreich ob d. Ens	16,919	4,045	331	110	10,868	10,537	21,405
Salzburg	3,062	1,033	46	25	2,119	2,047	4,166
Steiermark	22,312	7,670	459	239	15,666	15,014	30,680
Kärnten	6,099	3,198	62	49	4,868	4,540	9,408
Krain	12,710	1,169	162	36	7,133	6,944	14,077
Görz, Gradisca, Istrien	14,744	395	190	10	7,879	7,456	15,335
Triest, Militär-Gebiet	3,295	924	135	80	2,282	2,152	4,434
Tyrol und Voralberg	25,043	1,849	255	33	14,061	13,119	27,180
Böhmen	160,532	26,803	3,479	1,048	99,310	92,552	191,862
Mähren	66,779	10,240	895	270	40,183	38,001	78,184
Schlesien	15,975	2,418	305	64	9,629	9,133	18,762
Galizien	183,268	16,594	2,156	422	104,363	98,077	202,440
Bukowina	11,867	972	34	3	6,625	6,251	12,876
Dalmatien (1850)	11,151	367	35	12	5,901	5,664	11,565
Lombardei	101,669	4,742	1,121	255	55,652	52,165	107,817
Ungarn	348,192	15,734	3,238	310	189,176	178,298	367,474
Serbien und Banat	—	—	—	—	35,351	33,266	68,617
Siebenbürgen	74,491	2,446	599	57	40,160	37,433	79,593
Militärgrenze	42,648	673	388	19	22,488	21,240	43,728
	1,251,551	120,800	15,939	3875	752,739	708,043	1,460,782

Um wenigstens theilweise einen Einblick in die Zu- oder Abnahme der unehelichen Geburten in Oesterreich zu thun, lassen wir aus Horn bezüglich der zwei grössern Kronländer Böhmen und der Lombardei, die hierauf bezüglichen Angaben aus den Jahren 1841—50 folgen.

Auf 10,000 Geburten hatten

	Böhmen.	Lombardei.	
1841	1539	332	Aussereheliche.
1842	1571	335	"
1843	1573	328	"
1844	1436	354	"
1845	1588	365	"
1846	1574	364	"
1847	1471	386	"
1848	1426	374	"
1849	1423	366	"
1850	1493	351	"

Dieses ergibt in Böhmen durchschnittlich auf 10,000 Geburten 1493 und in der Lombardei 356 uneheliche Kinder. Bei ersterm Lande ist in diesem Dezzennium eine Abnahme der unehelichen Kinder von 196/10,000 ersichtlich.

Nach Horn's Angaben erzeugte sich zwischen 1839—47 in einzelnen österreichischen Städten folgendes Resultat; auf je 1000 Geburten hatten:

Gratz	655	Linz	435
Klagenfurt	565	Laibach	361
Wien	483	Troppau	305
Lemberg	477	Mailand	296
Prag	466	Insbruck	194
Brünn	417	Venedig	142 unehel. Kinder

Preussen hatte von 1844 bis 1853, somit in einem Zeitraum von zehn Jahren, folgendes Verhältniss zwischen ehelichen und unehelichen Kindern:

1844 geboren	623,191,	Uneheliche	43,332	oder	7,95	Proz.
1845	" 647,369	"	47,030	"	7,25	"
1846	" 626,424	"	46,108	"	7,36	"
1847	" 583,348	"	41,158	"	7,06	"
1848	" 576,937	"	37,824	"	6,56	"
1849	" 691,562	"	51,011	"	7,38	"

1850 geboren 676,984, Uneheliche 53,903 oder 7,96 Proz.

1851 " 675,465 " 53,528 " 7,92 "

1852 " 673,868 " 50,599 " 7,50 "

1853 " 659,122 " 47,185 " 7,16 "

In diesen Jahren ist ein Wachsen der Zahl der unehelichen Kinder nicht ersichtlich. Das Jahr 1850 mit 7,96 war das ungünstigste, dagegen das Jahr 1848 mit 6,56 das günstigste, ohne dass die Differenzen indessen auch nur $1\frac{1}{2}\%$ ausmachten.

Die Durchschnittszahl während diesen Jahren beträgt 7,30 Prozent unehelicher Kinder auf alle Geburten berechnet, oder 1 uneheliches auf 13,64 eheliche.

Dieses Resultat ist um so auffallender, wenn man dasselbe mit frühern Perioden vergleicht, woraus sich ergibt, dass in Preussen die Zahl der unehelichen Kinder in Wirklichkeit sich kaum vermehrt hat.

1816 traf es auf 13,42 ein unehel. Kind

1817 " " " 13,52 " " "

1818 " " " 14,90 " " "

1819 " " " 14,44 " " "

1820 " " " 14,30 " " "

1821 " " " 14,17 " " "

1822 " " " 13,86 " " "

1823 " " " 14,12 " " "

oder in diesem Zeitraum 1 uneheliches auf 13,88 eheliche durchschnittlich berechnet.

1824 traf es auf 14,37 ehel. Kinder ein unehel.

1825 " " " 14,18 " " " "

1826 " " " 14,24 " " " "

1827 " " " 14,69 " " " "

1828 " " " 15,49 " " " "

1829 " " " 15,51 " " " "

1830 " " " 14,95 " " " "

1831 " " " 13,97 " " " "

1832 " " " 14,94 " " " "

1833 " " " 14,31 " " " "

oder durchschnittlich berechnet in dieser Periode 1 uneheliches auf 14,64 eheliche.

1834	traf es auf	13,68	ehel. Kinder ein unehel.
1835	" " "	13,03	" " " "
1836	" " "	14,43	" " " "
1837	" " "	14,13	" " " "
1838	" " "	14,24	" " " "
1839	" " "	14,40	" " " "
1840	" " "	14,34	" " " "
1841	" " "	14,04	" " " "
1842	" " "	13,70	" " " "
1843	" " "	13,73	" " " "

oder durchschnittlich in dieser Periode berechnet 1 uneheliches auf 14,06 eheliche.

Vergleiche hierüber „Mittheilungen des statistischen Bureau's in Berlin“; 8. Jahrgang, 1855.

Nach den Regierungsbezirken erhält man im angegebenen Zeitraume nach G. F. Kolb a. a. O., Seite 112 folgendes Verhältniss:

Potsdam	1 Uneheliches auf	4,69 bis	5,63 Eheliche
Liegnitz	" "	7,98	" 9,15 "
Stralsund	" "	8,19	" 9,20 "
Breslau	" "	8,25	" 9,30 "
Münster	" "	27,71	" 36,99 "
Koblenz	" "	28,51	" 35,82 "
Aachen	" "	27,94	" 32,94 "
Düsseldorf	" "	24,86	" 31,01 "
Trier	" "	23,23	" 30,69 "

Nach Dr. Boudin's Berechnung (vgl. Kolb a. a. O.) kommen durchschnittlich bei den Protestanten 1 Uneheliches auf 10 bis 11 Eheliche, dagegen bei den Katholiken 1 auf 16, eine Folge, wie Kolb sagt, von der erleichterten Niederlassung in den Rheinlanden.

In Berlin wurden 1854 geboren 20,290 Kinder, wovon 1417 uneheliche waren. Nach den Konfessionen stellt sich dabei folgendes Verhältniss heraus:

Bei den Evangelischen betrifft es 6,34 auf 1 Uneheliches

"	"	"	"	"	12,27	"	1	"
"	"	"	"	"	39,87	"	1	"

Vgl. hierüber „Statistisches Jahrbuch für 1854 von Dr. Eduard Müller.

Bayern weist folgende eheliche und uneheliche Geburten nach:

	Totalzahl.	Uneheliche.
1825—26	139,218	28,544
1826—27	139,507	28,085
1827—28	140,029	27,297
1828—29	135,567	25,781
1829—30	141,409	26,680
1830—31	142,010	28,262
1831—32	141,647	29,048
1832—33	146,674	29,267
1833—34	151,982	31,259
1834—35	155,704	33,409
1835—36	153,873	32,393
1836—37	149,185	31,351
1837—38	148,378	30,907
1838—39	153,667	31,744
1839—40	154,473	32,473
1840—41	156,212	32,588
1841—42	161,546	34,618
1842—43	158,197	33,354
1843—44	147,366	29,015
1844—45	161,971	31,965
1845—46	159,908	32,838
1846—47	152,093	31,022
1847—48	147,239	27,776
1848—49	167,206	34,926
1849—50	162,442	35,372
1850—51	162,999	35,083

Die Haupt- und Residenzstadt München hatte in der Periode von 1845 bis 1851 folgende Resultate:

1845—46	geboren	2765	, Uneheliche	1199
1846—47	"	2871	"	1263
1847—48	"	2822	"	1588
1848—49	"	2880	"	1293
1849—50	"	3031	"	1440
1850—51	"	3464	"	1702
1856	"	4322	"	1955

Nürnberg hatte in dem gleichen Zeitraume folgende uneheliche Geburten:

1844—45	geboren	1523,	Uneheliche	413
1845—46	"	1513	"	421
1846—47	"	1502	"	402
1847—48	"	1501	"	395
1848—49	"	1526	"	446
1849—50	"	1608	"	478
1850—51	"	1880	"	448

Fasst man das Resultat dieser statistischen Angaben in's Auge, so ergeben sich für den ersten Zeitraum von 1825 bis 1835 19,99 Prozent, für den Zeitraum von 1835 bis 1845 20,73 Prozent und endlich für den Zeitraum von 1845 bis 1851 20,69 Prozent, und nur die Jahre 1849 bis 1851 in's Auge gefasst 21,14 Prozent uneheliche Kinder.

Wenn auch die Anzahl derselben an und für sich im Königreich Bayern ausserordentlich gross ist, fällt es auf, dass darin keine grössere Vermehrung stattgefunden, und es dürfte vielleicht der Schluss nicht gewagt sein, dass dieses ungünstige Verhältniss nunmehr seinen Höhepunkt erreicht hat.

Anders freilich gestaltet sich das Verhältniss in der Stadt München. Währenddem dort im Jahre 1845—46 nur 43,36 Prozent uneheliche Kinder geboren wurden, zählte das Jahr 1850—51 49,10 Prozent, somit eine Vermehrung von 6 0/0.

Es ist überhaupt auffallend, welch' grossen Schwankungen diese Verhältnisse in München unterworfen sind.

1845—46	hatte München	43,36	Proz.	unehel.	Kinder
1846—47	"	"	43,29	"	"
1847—48	"	"	56,23	"	"
1848—49	"	"	44,89	"	"
1849—50	"	"	47,50	"	"
1850—51	"	"	49,10	"	"
1856	"	"	45,23	"	"

Die grösste Zahl erreichte das Jahr 1847—48; dagegen beweist das Jahr 1856, dass die Anzahl eher wieder im Abnehmen als Zuwachsen begriffen ist.

Die Anzahl der unehelichen Kinder in der Stadt Nürnberg von 1845 bis 1851 ist dagegen im Verhältniss zu andern grössern Städten Deutschlands eine ziemlich verhältnissmässige.

Bluntschli berechnet in seinem Staatswörterbuche von 1817 bis 1834 durchschnittlich 142,432 Geburten und davon 19 Prozent uneheliche, von 1835 bis 1850 durchschnittlich 136,044 Geburten, und davon 20 Prozent uneheliche. Nach ihm sank in letzter Zeit die Anzahl der unehelichen Kinder in der Pfalz auf 9 Prozent hinunter, währenddem sie in Oberfranken 28, in Niederfranken 27 und endlich in Oberbayern 26 Prozent betrug.

(Vergleiche hierüber Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, nach amtlichen Quellen herausgegeben von Dr. F. B. W. v. Hermann, 1850 und 1855. — Sodann „Allgemeine Zeitung von Augsburg, Nr. 54, Jahrgang 1857“.)

Kurhessen. Wenn die Angaben aus diesem Kurfürstenthume auch etwas älter sind, wollten wir sie dennoch um so eher anführen, um wenigstens theilweise aus verschiedenen Gegenden Deutschlands Nachweise zu haben. Es stehen uns diessfalls folgende Zahlen zu Gebote:

	Geburten.	Unehel.	Prozent.
1836	25,440	2838 =	11,
1837	24,884	2938 =	11,8
1838	26,136	2786 =	10,6
1839	25,542	2917 =	11,1
1840	26,569	3255 =	12,2
1841	26,524	3222 =	13,3
1842	27,504	3522 =	12,8
1843	25,926	3245 =	12,5
1844	26,511	3136 =	11,8
1845	26,964	3591 =	11,9
1846	26,485	3596 =	13,5
1847	23,192	2890 =	12,5

Die Hauptstadt Kassel hatte in den drei letztangegebenen Jahren folgende uneheliche Kinderzahl:

1845 geboren 999, Uneheliche 190 = 19 Prozent

1846 „ 1018 „ 218 = 21,4 „

1847 „ 971 „ 186 = 19,1 „

Vergleiche hierüber „Statistische Mittheilungen über die volkswirthschaftlichen Zustände Kurhessens“ von Dr. Bruno Hildebrand. Berlin, 1853. Verlag der Trautwein'schen Buch- und Musikalienhandlung.

Sachsen, Königreich. Wir entnehmen die Angaben den Uebersichten der bereits angeführten „Vergleichenden Statistik“ von Kolb, S. 163.

Hier wurden geboren:

1834 Total 63,363, davon Unehel. 8215 = 12,97 Proz.

1840 „ 68,377 „ „ 9624 = 14,08 „

1849 „ 82,068 „ „ 12579 = 15,33 „

Baden. Den „Beiträgen zur Statistik der innern Verwaltung des Grossherzogthums Baden“, herausgegeben von dem Ministerium des Innern; 2. Heft, 1856, entnehmen wir folgende Uebersicht:

	Eheliche.	Uneheliche.	Prozent.
1833	39,526	6618	14,3
1834	40,720	7550	15,6
1835	41,219	7720	15,7
1836	42,442	7384	14,8
1837	42,314	7389	14,8
1838	43,997	7162	14.
1839	44,573	7436	14,3
1840	44,311	7812	14,9
1841	45,403	8128	15,3
1842	45,403	8047	15.
1843	44,271	7685	14,8
1844	45,297	7275	14,5
1845	47,080	7987	14,5
1846	44,958	8042	15,1
1847	41,825	6853	14.
1848	44,003	7339	14,3
1849	44,849	8725	16,3
1850	44,335	9206	17,2
1851	42,972	8574	16,6
1852	38,641	6712	14.

1853	37,918	6566	14.
1854	35,709	6498	15.
1855	33,465	5985	15.

In den Jahren 1833—56 blieb sich somit die Zahl der Unehelichen fast durchgängig ziemlich gleich und nur die Jahre 1849 und 1850 zeigen eine Steigung über 16 Prozent.

In den verschiedenen Kreisen war das Verhältniss ein sehr verschiedenes, wie sich aus folgender Uebersicht ergibt:

	1852.	1853.	1854.	1855.
Seekreis	17 0/0	18 0/0	18 0/0	18 0/0
Oberrheinkreis	18 "	19 "	20 "	19 "
Mittelrheinkreis	12 "	12 "	12 "	13 "
Unterrheinkreis	13 "	12 "	13 "	14 "

Die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe hatte 1855 auf 440 Geburten 71 uneheliche, somit annähernd 12 Prozent.

Nach Bluntschli a. a. O. ergaben sich von 1847 bis 1853 in Baden 304,846 Geburten, von denen 47,807 oder nur 6,38 Prozent uneheliche waren, welche Angabe nach obigen amtlichen Uebersichten offenbar nicht genau ist.

Braunschweig. Hier war von 1851 bis 1853 von 8829 Geburten 20,4 Prozent, somit mehr denn der fünfte Theil ausserehelich. Vgl. Kolb a. a. O., S. 193.

Schweden. In den Jahren 1845 bis 1850 ergaben sich durchschnittlich 104,822 Geburten, von denen 10,314 uneheliche waren, was 10 Proz. gleichkommt. Vergleiche Kolb am angef. Orte, S. 267. — Im Jahre 1854 wurden 120,106 Kinder geboren, davon waren uneheliche 10,985, demnach 9,1 Prozent. Auf das Land traf es von diesen letztern 7996 oder 7,3 Proz., dagegen auf die Städte 2996 oder 26,1 Proz.

Stockholm allein hatte in diesem Jahre auf 3177 Geburten 1404, somit 44 Prozent aussereheliche. Vergleiche hierüber „Allgemeine Zeitung von Augsburg“, Nr. 54, Jahrgang 1857.

II.

Bemerkungen zu den statistischen Uebersichten.

Fassen wir nun schliesslich die Gesammtheit dieser statistischen Angaben zusammen, so ergeben sich aus denselben für den Juristen wie den Staatsmann interessante und wichtige Resultate, und zwar in der Vergleichung zwischen den einzelnen Kantonen der Schweiz, als auch in derjenigen der Schweiz mit dem Auslande.

Vor Allem aus, und das interessirt uns Juristen am meisten, ergibt sich aus dieser Statistik, dass der Paternitätsgrundsatz nicht das gerühmte Mittel ist, um die Anzahl der unehelichen Kinder zu vermindern, wobei der entgegengesetzte Schluss: dass durch Einführung oder Beibehaltung des Maternitätsgrundsatzes dieser Zweck erreicht werde, ebenso gewagt sein dürfte. Der Vermehrung oder Verminderung der unehelichen Kinder liegen ganz andere Ursachen als dieses oder jenes gesetzgeberische System zu Grunde. So sehen wir (Tab. XVII.), dass Frankreich nur 7,37, England nur 6,50, Holland nur 5,02; Bern 7,57, Baselland 5,26, Neuenburg 3,74 Prozent uneheliche Kinder aufweisen, währenddem alle diese Länder seit Jahren den Maternitätsgrundsatz angenommen haben und Frankreich sogar das Verbot jeder Vaterschaftsklage damit verbunden hat. Dagegen haben Länder mit dem Paternitätsgrundsatz eine weit grössere Anzahl solcher natürlicher Kinder, so Böhmen 14,51, Mähren 14,20, Luzern 11,70; die österreichische Monarchie 8,95, Freiburg 8,25, Tyrol und Vorarlberg 6,92 und Thurgau 4,95. — Angesichts dieser Resultate wird auch dem Ungläubigsten klar, dass das Paternitätssystem die Anzahl der unehelichen Kinder an und für sich nicht vermindert, und von daher die nicht selten in diesem Sinne aufgestellte Behauptung eine unrichtige ist.

Freilich haben Glarus nur 1,67, Siebenbürgen nur 3,21, Wallis nur 3,30, Appenzell I.-Rh. nur 3,43⁰/₀ uneheliche Kinder, und stehen doch unter Paternitätsgesetzen, währenddem Bayern 21,14, Baden 18, Sachsen 14,20 und Württemberg 12,37 Prozent uneheliche Kinder und dabei den Maternitätsgrundsatz haben; allein diess entkräftet unsere aufgestellte Behauptung keineswegs, sondern beweist eben auch nur, dass die gesetzgeberischen Systeme auf die Anzahl dieser unehelichen Kinder keinen Einfluss haben, indem zu Gunsten des einen wie des andern günstige und ebenso ungünstige statistische Belege angeführt werden können.

Ja, wenn man überhaupt annehmen wollte, eines dieser Systeme hätte auf die Vermehrung oder Verminderung dieser unehelichen Kinder einen bestimmenden Einfluss, so wären wir wenigstens geneigt, uns zu Gunsten des Maternitätsgrundsatzes auszusprechen; allein, wie gesagt, wir unserseits glauben an diesen Einfluss nicht und halten dafür, die kleinere oder grössere Anzahl der unehelichen Kinder werde von ganz andern Faktoren bedingt.

Ebenso ergibt sich aus den angeführten Resultaten, dass harte Strafen nicht unbedingt die Vermehrung der unehelichen Kinder verhindern. So weist Zug mit seinen ziemlich milden Strafbestimmungen 1,40 Proz. weniger uneheliche Kinder auf, als Obwalden mit seinen ziemlich drakonischen Strafen, wobei noch zu berücksichtigen ist, dass Zug seit dem Anfange dieses Dezenniums grösstentheils ein Fabrikanton geworden. Das Gleiche gilt von Baselstadt gegenüber von Appenzell A.-Rh., indem auch hier die Erstere mit den minimsten Strafen vor dem Halbkantone Appenzell, der den zweiten Fall sogar mit der Unfähigkeit zu Kundschaften bestraft, ein günstigeres Resultat nachweist. Wir wollen mit diesen Angaben keineswegs der völligen Straflosigkeit der Unzuchtsvergehen das Wort reden, sondern nur der Motivirung harter Strafen entgegentreten, welche sich einbildet, dadurch den Zweck einer

allgemeinen Verminderung der unehelichen Kinder zu erreichen. Zachariä bemerkte sicher richtig, wir wiederholen es, dass bei diesen Gesetzesübertretungen die Strafe nicht die That selbst, sondern nur die zweifelhafte Folge derselben treffe und von daher, möge jene grösser oder kleiner sein, vor der letztern nicht abschrecke, und diese richtige Bemerkung des deutschen Gelehrten wird auch durch die angeführte schweizerische Statistik nur bekräftigt.

Auch die strenge Handhabung von Eheverboten, d. h. die da und dort bestehenden grössern und kleinern Schwierigkeiten, eine Ehe einzugehen, scheint auf diese Verhältnisse keinen bedeutenden Einfluss auszuüben, trotzdem dass man in der Schweiz bis anhin ziemlich allgemein annahm, diese Hindernisse stehen mit der Vermehrung der unehelichen Kinder im innigsten Zusammenhange. Noch in neuester Zeit wurde die Annahme in einem amtlichen Berichte der Luzerner Regierung unumwunden und in zustimmender Weise hingestellt! In dieser Beziehung freilich fehlt uns aus den meisten Kantonen das Material, um die Frage, wie wir wünschen, zu beleuchten. Wir wissen zur Stunde nicht, wie viele Individuen vom 18. bis 45. Lebensjahre in der Schweiz ledig und verheirathet leben, um so das Verhältniss zwischen den Verheiratheten und den Heirathsfähigen annäherungsweise bestimmen zu können. Ebenso kennen wir das Verhältniss der geschlossenen Ehen, sei es für ein Jahr, sei es für eine längere Zeitdauer, und namentlich auch das Verhältniss der wirklich bestehenden Ehen zu der Gesamtbevölkerung nicht, um daraus für unsern Entscheid Schlüsse ziehen zu können. Allein aus den Erfahrungen, welche man in andern Ländern gesammelt, lässt sich mit ziemlicher Sicherheit auch auf die Ursachen und Wirkungen in der Schweiz schliessen, und aus diesem Gesichtspunkte werden hier einige Angaben von Horn über die Resultate in andern Staaten um so interessanter erscheinen.

In den Jahren 1841 bis 1850 hatten

1. Frankreich	71 pr. ‰
2. Lombardei	36 "
3. Böhmen	149 "
4. Belgien	76 "
5. Holland	51 "
6. Sachsen	150 "

uneheliche Kinder.

Es verheiratheten sich durchschnittlich in dem gleichen Zeitraume in

1. Belgien	auf 10,000 Einwohner	136
2. Preussen	" " "	178
3. Sachsen	" " "	170
4. Holland	" " "	138
5. England	" " "	160
6. Frankreich	" " "	106
7. Schweden	" " "	142
8. Bayern	" " "	130
9. Böhmen	" " "	173
10. Lombardei	" " "	166

Nun wird allgemein angenommen, je mehr Ehen geschlossen werden, desto weniger uneheliche Kinder sollten erzeugt werden, und ferner: aus der Anzahl der geschlossenen Ehen im Verhältniss zur Gesamtbevölkerung eines Landes lasse sich auf die Heirathsfrequenz und folgerichtig auch auf die Leichtigkeit der Eingehung der Ehen schliessen. Das Letztere, unzweifelhaft als richtig angenommen, ergibt sich aus den oben angeführten Tabellen klar die Unrichtigkeit der erstern Ansicht, d. h. die Heirathsfrequenz eines Landes, — oder die Leichtigkeit eines Heirathsabschlusses hat — auf die Anzahl der unehelichen Kinder keinen oder doch ganz sicher nicht jenen grossen Einfluss, welcher ihr gewöhnlich zugeschrieben wird. Richtig bemerkt daher Horn: „dass die grössere oder kleinere Anzahl der unehelichen Geburten nicht, wie man von vornherein annimmt, durch den Grad der Heirathsfrequenz geregelt werde, erhelle hier auf den ersten Blick.“ — Sachsen und Böhmen haben eine sehr hohe Hei-

rathsfrequenz, und zeigen doch in obigen Tabellen das Maximum der unehelichen Kinderzahl. Freilich auch die entgegengesetzte Annahme käme in Widerspruch mit den Resultaten der Lombardei, die bei grosser Heirathsfrequenz eine geringe Anzahl unehelicher Kinder hat. Die Ansicht, dass dieses Verhältniss auf die Anzahl der unehelichen Kinder keinen Einfluss habe, bestätigt sich namentlich auch aus den Resultaten der französischen und bayerischen Statistik. Frankreich und Bayern haben beide eine sehr geringe Heirathsfrequenz, und doch hat Letzteres 13 Proz. uneheliche Geburten mehr als das Erstere.

Ein oberflächlicher Blick auf die gewonnenen statistischen Resultate könnte leicht zu der Ansicht verleiten, dass die religiösen Glaubensbekenntnisse auf die Anzahl der unehelichen Kinder einen bedeutenden Einfluss ausüben; und namentlich, wenn man Oesterreich, Bayern und Luzern einerseits, und anderseits Glarus, Holland und England ins Auge fasste, glauben machen, dass diessfalls katholische Länder gegenüber von protestantischen im Nachtheile wären. Allein auch dieser Schluss wäre offenbar ein unrichtiger. Im Gegentheil darf auch hier angenommen werden, dass das Glaubensbekenntniss auf diese Verhältnisse keinen nachweisbaren Einfluss ausübt. Wenn auch das grösstentheils protestantische Glarus nur: 1,67; Holland: 5,02; England: 6,50 Proz.; dagegen das katholische Oesterreich: 8,95, das mehr als zur Hälfte katholische Bayern: 21,14, und das ganz katholische Luzern: 11,70 Proz. uneheliche Kinder aufweist; und überdies in Belgien nach Horn's Angabe, die der dortigen katholischen Partei angehörigen Städte Mecheln: 128, Löwen: 189⁰/₀₀; dagegen die Fabrikstadt Verviers nur: 72, und Tournay nur: 89⁰/₀₀ uneheliche Kinder haben: so wird man doch, die Frage im Grossen und Ganzen aufgefasst, nicht umhin können, den Einfluss der religiösen Bekenntnisse auf diese Verhältnisse zu bestreiten. Selbst Horn pflichtet dieser Ansicht

(Seite 269 a. angef. Orte:) ausdrücklich bei. Und wirklich hat:

Belgien	nur	7,47	Prozent
Frankreich	"	7,37	"
Lombardei	"	3,06	"
Wallis	"	3,30	"
Innerrhoden	"	3,43	"
Zug	"	3,45	"

uneheliche Kinder, und doch sind alle diese Staaten fast ausschliesslich katholisch, währenddem

Braunschweig	20,04	Prozent
Meklenburg-Schwerin	19,21	"
Meklenburg-Strelitz	18,09	"
Lübeck	14,94	"
Sachsen	14,20	"
Schweden	9,10	"
Bern	7,57	"

aussereheliche Geburten haben. — Man sieht, es lassen sich für die katholische wie für die protestantische Konfession günstige und ungünstige Verhältnisse aus der Statistik heraus finden, und darin liegt wohl der sicherste Beweis, dass jene auf die Vermehrung oder die Verminderung der unehelichen Kinder keinen Einfluss ausüben.

Dagegen übt, wenigstens örtlich, die Dichtigkeit der Bevölkerung, das heisst das Zusammenleben in grössern Städten, auf die Anzahl der unehelichen Kinder einen nicht unverkennbaren, höchst nachtheiligen Einfluss aus. So hat

Wien	52,01 %	ganz Oesterreich	dagegen nur	8,95 %
München	49,16 "	"	"	21,14 "
Kassel	19 — "	" Churhessen	"	12,64 "
Bern	23,07 "	der Kanton Bern	"	7,02 "
Freiburg	13,06 "	"	" Freiburg	6,08 "
Liestal	8,02 "	"	" Baselland	5,02 "

unehelicher Kinder. In beinahe allen diesen angeführten Städten zeigt sich fast die doppelte Anzahl der unehelichen Kinder, wenn man sie mit den Resultaten der Statistik des Gesamtstaates vergleicht. Ja es scheint, dass je grösser

die Stadt ist, desto ungünstiger dieses Verhältniss sich herausstelle. Der Grund dieses Einflusses muss nun offenbar in den lockerern Sitten der städtischen Bevölkerungen, in der verfeinertern Genusssucht und in den Schwierigkeiten der Befriedigung in ehelicher Gemeinschaft gesucht werden. Ueberdiess nimmt Horn in den Städten eine kleinere eheliche Fruchtbarkeit, als auf dem Lande, dagegen eine grössere ausser-eheliche Fruchtbarkeit in den Städten und eine kleinere auf dem Lande an. 1841—50 traf es in den belgischen Städten auf je 100 Ehen 293, dagegen auf dem Lande 448 eheliche Kinder; und in den holländischen Städten: 350; und in den Gemeinden 406 eheliche Geburten. Als Grund dieser Erscheinung führt Horn an, dass man in den Städten wegen der Kostspieligkeit der Erziehung einen reichen ehelichen Segen immer mehr als ein Unglück ansehe, was auf dem Lande nicht der Fall sei. Sodann seien wegen grösserer Sterblichkeit in den Städten die Ehen daselbst von kürzerer Dauer; die uneheliche Fruchtbarkeit endlich nehme in den Städten in dem Verhältniss zu, wie die eheliche Fruchtbarkeit sich vermindere. So traf es in dem angegebenen Zeitraume in den belgischen Städten auf 1000 Geburten: 145, dagegen auf dem Lande nur: 49; und in den Städten Holland's auf 1000 Geburten: 84, und auf dem Lande nur: 30 aussereheliche Kinder. Auf 10,000 Städtewohner traf es in Belgien 50, in Holland 32; dagegen auf 10,000 Landbewohner in Belgien: 15, und in Holland 11 aussereheliche Geburten. Paris endlich hatte in diesem Zeitraume auf je 100 Ehen 220 eheliche Kinder.

Anomal mit diesen Erfahrungen stellen sich in der Schweiz einzig die Verhältnisse der Stadt Luzern gegenüber dem Gesammtkanton, indem daselbst in vielen Landgemeinden die Anzahl der unehelichen Kinder viel grösser als in der Hauptstadt ist.

Eine anscheinend noch viel auffallendere Erscheinung er-

giebt sich aus der Vergleichung der schweizerischen Statistik mit der ausländischen, nämlich die, dass seit 10 bis 15 Jahren, ja vielleicht seit dem Beginne dieses Jahrhunderts, in allen Schweizerkantonen die Zahl der unehelichen Kinder in einer Progression zugenommen, die mit derjenigen in andern Ländern in keinem Verhältniss steht. Frankreich hatte in der Periode von 1817 bis 1821: 7,93 Proz., und in der Periode von 1851 bis 1854 nur: 7,37 Proz., somit eine Verminderung von: 0,56 Proz.; das benachbarte Grossherzogthum Baden zählte 1833: 14,03 ‰, 1834: 15,06 ‰, 1854: 15 ‰; und 1855: 15 ‰ unehelicher Kinder, somit in einem Zeitraume von 22 Jahren keine Vermehrung. Selbst in Bayern, das 1825 bis 1835: 19,99 und von 1849 bis 1854 21,14 ‰ uneheliche Kinder hatte, ergiebt sich während 30 Jahren nur eine Vermehrung von: 1,15 ‰. — In der Schweiz dagegen hatte Bern von 1807 bis 1820: 4,89 ‰, und 1854 auf 1856: 7,57 ‰ unehelicher Geburten, somit in 35 Jahren eine Vermehrung von: 4,68 ‰. Luzern zählte 1837: 6,28 ‰ und 1857 mehr denn 14 ‰, somit eine Vermehrung von beiläufig 8 ‰ in dem kurzen Zeitraume von 20 Jahren. Im Kanton Thurgau wurden in den Jahren 1850 auf 1852: 4,04 ‰ und in dem Jahre 1856: 4,94 ‰ uneheliche Kinder geboren; und es zeigte sich desshalb auch hier in einem Zeitabschnitt von kaum 5 Jahren eine Vermehrung von beinahe 1 ‰. Freiburg zählte 1837: 4,88 ‰ und 1856 über 9 ‰; somit eine Vermehrung von mehr denn 4 ‰ in 19 Jahren!

Die Ursachen dieser auffallenden Vermehrung der ausser-ehelichen Geburten in der Schweiz dürften so leicht nicht bezeichnet werden. Jedenfalls tragen unsere Gesetze, wie wir bereits gezeigt, daran keine bedeutende Schuld. Auch die geringern Strafen für Unzuchtsvergehen, sowie die in der Schweiz bedeutenden Ehebeschränkungen sind keineswegs die Ursache dieser auffallenden Erscheinung.

Einige und namentlich die Mitglieder des geistlichen Standes erblicken in einem gesunkenen religiösen Sinne des Volkes die Hauptursache der Ueberhandnahme dieses Uebels. Diese Ansicht kann kaum im Ernste bestritten werden. Da, wo das Christenthum, das den Menschen lehrt, sich vorab selbst zu erkennen und alle seine Leidenschaften in vollständige Harmonie mit seinem grossen Lebenszwecke zu bringen und zu bemeistern, das Individuum vollständig und lebenskräftig durchdringt, kann allerdings von einer Handlung, welche die göttlichen wie menschlichen Gesetze als ein Unrecht mit Strafe bedrohen, weniger die Rede sein. Allein darüber, wie dieser religiöse Sinn geweckt und bethätigt werden kann, differiren die Ansichten wieder himmelweit auseinander. Einige sehen diessfalls alles Heil in einer immer mehr gesteigerten Bildung und in einer tüchtigen Volksschule; Andere dagegen in der striktesten Uebung aller äusseren Religionspflichten, zu welcher letzterem Zwecke die Staatsgewalt für Heilighaltung des Sonntages, für Besuch des Gottesdienstes, für Verminderung öffentlicher Lustbarkeiten u. s. w. ihre polizeiliche Mitbethätigung eintreten lassen sollte. Alle diese Rathschläge mögen gut gemeint, und auch die vorgeschlagenen Mittel, vernünftig angewendet, hie und da wirksam sein. Aber nach unserer Ansicht wird die gesteigerte Volksbildung, wie die gewissenhafteste aber dabei gezwungene Religionsübung, nicht im Stande sein, dem Uebel auch nur einigermaßen zu steuern. Die Schule wie die Kirche, als die grossen Erziehungs-Anstalten der Menschheit, haben die Aufgabe, vor dem Uebel zu warnen, dessen Folgen in allen Beziehungen klar zu machen, und den selbständigen bessern Willen des Individuums gegenüber seinen Leidenschaften auszubilden. Auf diese Weise werden sie den bessern Theil eines Volkes von dem Vergehen abhalten, aber es wird ihnen nicht gelingen, das Uebel selbst zu heben oder dessen Ueberhandnahme mit auffälligen Erfolgen entgegenzutreten zu können. Unter zwölf Aposteln

gab es einen Judas, — und man wähnt: es liege in der Macht der Wahrheit, die Unwahrheit auf Erden ganz auszurotten! — In dem Bestehen und dem ewigen Antagonismus dieser Gegensätze allein vermag die Freiheit des Menschen, die freie eigene Selbstbestimmung sich zu entwickeln und im Kampfe jene sittliche Ausbildung zu erringen, welche erst den Menschen zum freien Wesen, zur Krone der Schöpfung macht!

Wenn wir daher auch zugeben, dass Mangel an wahrem religiösem Sinne und einer durchweg richtigen, in Fleisch und Blut übergegangenen Bildung, im Allgemeinen als die wesentlichste Ursache des Vorhandenseins unehelicher Kinder anzusehen sei, so vermögen wir nicht zu begreifen, dass gerade diese Momente die ausserordentliche Vermehrung der unehelichen Kinder in der Schweiz während den letzten drei Dezennien bedingen und erklären.

Auch die gesteigerte Zivilisation mit den vermehrten Bedürfnissen und den grössern Schwierigkeiten, dieselben zu befriedigen; mit den verfeinertern Sitten und den gelockerteren Ueberzeugungen; mit dem oft spielenden Erwerbe von Millionen und der dabei aufschreienden Armuth: kann nur als ein Erklärungsgrund für die Vermehrung der unehelichen Kinder im Allgemeinen gelten, ohne dadurch gerade die ausnahmsweisen Progressionen in der Schweiz zu erklären. Sonst müssten ja auch in Frankreich und Deutschland die gleichen Ursachen die analogen Wirkungen hervorbringen; denn keinem Schweizer wird es einfallen zu behaupten, dass die allgemeine Zivilisation seit 30 Jahren in den Schweizerkantonen grössere Fortschritte als bei den 40 Millionen Deutschen, oder im benachbarten mächtigen Frankreich ausnahmsweise gemacht habe.

Den besten Erklärungsgrund für diese auffallende Erscheinung finden wir unsererseits in den allgemeinen Vergleichungsverhältnissen der Schweiz zum Auslande. Vergleicht man nämlich das Totalergebniss der schweizerischen Statistik mit demjenigen benachbarter Länder, so ergibt sich, dass im

Allgemeinen in der Schweiz die Normalzahl der unehelichen Kinder jene in andern Ländern noch nicht erreicht hat. Die Durchschnittszahl der unehelichen Kinder in dem Zeitraume von 1854/56 (Tabelle 11) ergiebt für die angeführten Kantone nur die Ziffer von: 5,36 Proz. unehelicher Kinder, welche zudem noch eher zu hoch als zu nieder gegriffen sein dürfte, wenn man bedenkt, dass gerade aus den Kantonen Uri, Schwyz und Graubünden die Angaben fehlen, in denen sich jedenfalls das Verhältniss nicht ungünstiger gestalten dürfte.

Diese Durchschnittszahl mit den Resultaten anderer Länder zusammengehalten, stehen die Kantone der Schweiz unter den Angaben von Bayern, Braunschweig, Sachsen, Oesterreich, Schweden, Preussen, Belgien, Frankreich und England. Ja, aus allen den von uns angeführten Ländern, mit Ausnahme der Lombardei, stellt sich das Verhältniss in der Schweiz am günstigsten heraus. Auch Sardinien, falls die Angaben von Frascini richtig sind, das 1828 bis 1837 in den Städten 10, und auf dem Lande 7,44 Proz. aussereheliche Kinder hatte, würde der Schweiz noch ziemlich weit nachstehen.

Uns erscheint es nun, dass die Schweiz auch in dieser Beziehung von den angeführten Ländern kaum eine bedeutende Ausnahme machen wird. Für eine solche Voraussetzung vermöchten wir in unserem Schweizerischen Volksleben keine Momente zu entdecken. Zweifelsohne wird desshalb die Anzahl der unehelichen Kinder in den meisten Schweizerkantonen in den nächsten Jahren noch mehr steigen, trotz neuer Gesetze, trotz härterer Strafen, trotz öffentlicher Besprechungen, trotz der Schule und der Kirche, bis auch bei uns, wenigstens annähernd, die Durchschnittsziffer jener Länder erreicht ist. Es mag für den Menschenfreund etwas erschreckendes haben, wenn ihm in Zahlen vorgerechnet wird, in welchem Maasse ein Uebel, das er bekämpft, trotz aller Anstrengungen der Wahrheit, unaufhaltsam in bestimmter Progression sich

vermehrt; es mag darin für die ehrbare Sitte etwas Entsetzliches liegen, wenn ihr im Jahre 1860 schon mit nackten Zahlen der Beweis geleistet wird, wie viele uneheliche Zeugungen im Jahre 1865 in diesem oder jenem Kantone der Schweiz stattfinden werden, es sei! — allein die Ziffern in der Statistik, dieser mit Zahlen gemeisselten Geschichtsblätter der Völker, werden dennoch die Wahrheit des Gesagten entgegenstarren und die nächste Zukunft ihre Prophetie bekräftigen.

Richtig dabei ist und bleibt, dass das Gute wie das Schlechte in der Geschichte der Völker ihren Kulminationspunkt haben, — diesen nach den Gesetzen der Geschichte im Laufe von Jahrhunderten erklimmen, — ihn aber nicht übersteigen, um so die soziale Welt-Ordnung nicht umzustürzen. Und so darf auch den nächsten Steigungen der unehelichen Kinderzahl in der Schweiz wie im Auslande in der Beziehung mit Beruhigung entgegengesehen werden, dass diese nie Zahlen erreichen wird, welche das Bestehen guter Sitte, die Existenz eines jungfräulichen Sinnes in dem socialen Leben der Völker vollständig aufheben, oder eine diese wirklich bedrohende Präponderanz annehmen wird.

Schliesslich wiederholen wir, und zwar nicht mit geringem Stolze, dass die angezogene Statistik die Ansicht, die Schweiz dürfe mit Rücksicht auf die vorwürfige Materie den Vergleich mit dem Auslande nicht aushalten, eine total unrichtige ist. Wahrlich, wie in so mancher andern politischen und national-ökonomischen Beziehung, steht auch bezüglich der Anzahl der unehelichen Kinder unser schönes Vaterland, das Schweizerland, unter allen europäischen Staaten ziemlich in den günstigsten Verhältnissen da!

Hut.

Weber, Jost

Das Recht der unehelichen Geburt in der Schweiz mit Rücksicht auf d.
schweizer. Gesetzgebungen u. d. wichtigsten ausländ. Rechte, nebst e.
Beitr. zur Statistik d. unehel. Kinder in d. Schweiz

Zürich 1860

J.germ. 220 kh

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10552937-4